REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 429 · 26.8.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. ila-Mitarbeiter in Peru verhaftet
2. MACHT ZUKUNFT SPASS - 22. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
3. Der Patriot, der ein Fremder blieb. Zum Tod von Ignatz Bubis - eine Danksagung - Js.
4. NATO goes East - wohin geht Rußland? - Kt.
5. Belagerungszustand am KFOR-Grill. Reportage aus dem geteilten Mitrovica - B. Kanzleiter/ L. Matziaris
6. Zwischen den Fronten. Roma aus dem Kosovo in mazedonischen Flüchtlingslagern - B. Kanzleiter/ L. Matziaris
7. Griechenland schiebt Albaner ab. Interview mit "Citizens against War". Thessaloniki
8. Standort EU oder sozialistische Perspektive. DGB-Gewerkschaften und soziale Bewegungen - Martin Rheinlaender
9. Faster, firmer, fairer. Britische Regierung paßt Flüchtlingspolitik Schengen an - dk.
10. "Druck macht beweglich." Der Arbeitszwang wird ausgeweitet - Christa Sonnenfeld
11. Jugendbildung à la Daimler-Chrysler - Gerhard Klas
12. Zittern in Zittau. Antirassistisches Grenzcamp verstört die BürgerInnen vor Ort - das soll auch so sein - Ivo Bozic
13. Die Prozeßwelle rollt. KurdInnen vor den Schranken der bundesdeutschen Justiz - mb.
14. Studierende gegen Rabehl. Offener Brief an die Hans-Böckler-Stiftung - Böckler- Stipendiaten
15. Von Konsens und Herrschaft. Rot-Grün und die gesellschaftliche Rechtsentwicklung - Raul Zelik
16. Gib Gas für den Atomausstieg. Alternativen zum unwirtschaftlichen Atomstrom - DSe
17. Sorgen der Entsorger. In Stade wird es eng - Atommüllbehälter im Süden blockiert - DSe
18. Einwendung gegen das atomare Zwischenlager am AKW Lingen
19. Lagern für die atomare Zukunft. Erstes Standort-Zwischenlager entsteht am AKW Lingen - Bernd Schmidt
20. Auf der Suche nach dem Führungskader. BKA droht der Anti-AKW-Bewegung - Castor-Gegner
21. Schutzwürdiges Interesse an einem geordneten Haar. Aktueller Stand nach den Hausdurchsuchungen - Castor-Gegner
22. Siemens Wille geschehe. Kanzler bezahlt AKWs in der Ukraine - Henrik Paulitz
23. "Heidelberg boykottiert Siemens". Mit Städtekampagnen gegen den Atomkonzern - Henrik Paulitz
24. Baraks Visitenkarte. Regierungsbildung in Israel - Achim Rohde
25. Multis und der schmutzige Krieg. Große Geschäfte und staatlicher Terror in Kolumbien - Raul Zelik
26. Noch nicht vergessen, aber fast schon Legende. Vor 20 Jahren siegten die Sandinisten in Nicaragua - Friedhelm Böhnke
27. Von Somoza bis Chamorro. Ein Rückblick auf die sandinistische Revolution - Bernd Pickert
28. Millenium-Round - oder wer gestaltet zukünftig den Welthandel? - Stefan Armborst/ Tom Kucharz
29. Das Jahrhundert der Flüchtlinge. Michael R. Marcus" Buch "Die Unerwünschten" - Michael Marrus
30. Zwangsarbeiter in der Todesfabrik. Ehemalige Häftlinge der Sonderkommandos in Auschwitz berichten - Js.
31. Museum der Wahnsinnigen Schönheit. Berlin: Mahnmal für Euthanasie-Opfer geplant - Peter Nowak
32. IG Farben: Entschädigung im Miniaturformat - Günter Hoffmann und Angela Martin
33. "Eine Katastrophe ist nichts dagegen." Hans Frankenthal über seine Zwangsarbeit für die IG Farben AG (Interview)
34. Der große Knall. Atomwaffen und das Jahr2000-Problem - Olivier Minkwitz
35. Im Dienst der alten Ordnung. Goethe als Politiker - ein Staatsbeamter wider den "Parteigeist" - Js.
36. Fausts Vision und der reale Sozialismus
37. "Vom fortschrittlichen Interesse her". Das Goethe-Jahr 1949 in der SBZ - Angela Martin
38. Kein Stoff für linke Heldenmythen: Wagner - der antisemitische Barrikadenkämpfer - ef
39. Elegisches in Schwarz-Weiß. Barbara Klemm fotografiert 30 Jahre deutsch-deutsche Geschichte - Angela Martin

40. Gregor Gysis moderner Sozialismus. Die PDS und der "sozialdemokratische Entwicklungspfad" - mb.
41. Pardon wird nicht gegeben. Wie Gremliza albanische Zivilisten zu "Kombattanten" macht - Th. Siepelmeyer, AKAFRIK
42. ak auf CD
43. Fairer, firmer, faster
44. Quelldatei 33.htm
45. Quelldatei 43.htm
46. ak-Redakteurin gesucht!
47. Arbeit ist nicht alles!
48. Reportagen vom Balkan
49. Kurden-Prozesse
50. Mach's noch einmal besser, Sandinista

1. ila-Mitarbeiter in Peru verhaftet

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:42

Der Mitabeiter der Informationstelle Lateinamerika (ila), Julio Mendívil, wird in Verbindung mit einer Kronzeugenaussage von peruanischen Behörden beschuldigt, Mitglied des Sendero Luminoso ("Leuchtender Pfad") zu sein. Er ist am 12. August bei der Einreise in Peru verhaftet worden, wo er seine Familie besuchen wollte. In einem Verfahren vor dem Militärgericht drohen ihm bis zu 30 Jahre Haft.

Wir bitten die ak-LeserInnen, den folgenden Brief oder eigene Protestschreiben an die unten genannten Adressen zu schicken. Für weitere Auskünfte: ila (Informationsstelle Lateinamerika), Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205, 53111 Bonn, Tel.: 0228-658613, Fax: -631226, eMail: ila@link-lev.de

Herr Präsident:

Durch Menschenrechtsorganisationen habe ich von der Verhaftung des Journalisten und Schriftstellers Julio César Mendívil Trelles erfahren, der seine Familie in Peru besuchen wollte und am 12. August 1999 bei einer Paßkontrolle der Militärs in der Region von Santa Rosa im Département Tacna verhaftet wurde.

Wir betrachten die gegen Julio Mendívil Trelles erhobenen Beschuldigungen des "Vaterlandsverrates" und "Terrorismus" als falsch, denn im Laufe seines zehnjährigen Aufenthaltes in Deutschland hat er unzählige Male seine demokratische Einstellung und seine Ablehnung des Terrorismus unter Beweis gestellt. In unserem Land ist Julio César Mendívil Trelles als junger peruanischer Intellektueller anerkannt, der sich der Verbreitung der Geschichte und Kultur seines Landes widmet und mit seinen Ideen und Schriften zu einem besseren Verständnis der Vergangenheit und Gegenwart Perus beiträgt.

Zudem wissen wir, daß in Peru viele unschuldige Menschen unter der Anklage der Terrorismus zu Haftstrafen zwischen 5 und 30 Jahren verurteilt wurden. Wir wissen, daß über 400 dieser unschuldigen Gefangenen bereits begnadigt und freigelassen wurden, aber viele sind weiterhin im Gefängnis, obwohl sie die ihnen zur Last gelegten Vergehen nicht begangen haben. Das ist eine Ungerechtigkeit, die sich auf keinen Fall wiederholen darf.

Aufgrund dieser Situation fordern wir, daß Sie alles in Ihrer Macht Stehende zur Freilassung von Herrn Julio César Mendívil Trelles tun sowie dafür, daß er das Land ungehindert verlassen kann. Sollte er vor Gericht gestellt werden, fordern wir, daß ihm alle Rechtsmöglichkeiten zur Verteidigung und ein fairer Prozeß garantiert werden, sowie daß er von seinen Familienangehörigen besucht werden darf.

In Erwartung Ihrer Bemühungen, so daß Julio César Mendívil Trelles Gerechtigkeit widerfährt, verbleiben wir hochachtungsvoll

.....

(Unterschrift)

Alberto Fujimori Fujimori

Presidente de la República del Peru

Palacio de la Gobernación

Plaza de Gobierno

Lima 1 - Peru

Fax: 0051 1 4266770

Fiscalia de la Nación

Avenida Abancay, 5.ta Cuadra, s/n

Cercado de Lima - Peru

Fax: 0051 1 4269421

eMail: webmaster@djlim.mpfn.gob.pe

2. MACHT ZUKUNFT SPASS

Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt

Autor: 22. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:29

22. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen: Buko 28. - 31. Oktober 1999 in Hannover

MACHT ZUKUNFT SPASS

Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt

Der 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) findet vom Donnerstag, 28. Oktober bis Sonntag, 31. Oktober 1999 in Hannover statt. Der BUKO nimmt - wenige Monate nach den EU- und Weltwirtschaftsgipfeln in Köln - die Internationale Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover (1.6. - 31.10.2000) zum Anlaß, die Debatten über "Gegenmacht von unten" und emanzipatorische Politik jenseits der herrschenden Weltordnung weiterzuführen.

Die EXPO ist ein gesellschaftliches Großereignis, zu dem 40 Millionen Menschen erwartet werden. Auf dieser Heerschau des herrschenden Denkens wird präsentiert, wie wir uns die Lösung der drängenden "Menschheitsfragen" vorzustellen haben: durch die Anwendung von noch mehr und noch effizienterer Technik. Das Glücksversprechen der Moderne auf universellen Wohlstand erhält hier eine Neuauflage: Die Atomenergie löst die Energieprobleme; mit der Bio- und Gentechnologie lassen sich die Hungerkatastrophen in den Griff bekommen; und darüber hinaus kann dadurch das angeblich drängendste Problem der Menschheit, die "Bevölkerungsexplosion" in den Ländern der sog. Dritten Welt beseitigt werden.

Die Leitfragen für den BUKO 22 entwickeln sich aus einer grundlegenden Kritik an den Mainstream-Perspektiven, wie sie die EXPO 2000 inszeniert. Gegen den Herrschafts- und Fortschrittsdiskurs der EXPO will der BUKO 22 ein Diskussionsforum für soziale und politische Bewegungen schaffen, die für die Entwicklung solidarischer Lebenszusammenhänge kämpfen.

Für den BUKO werden vier Foren organisiert, die jeweils in einzelnen Arbeitsgruppen zentrale Fragen, praktische Erfahrungen und Perspektiven diskutieren. Anknüpfend an zentrale Positionen des Konzepts "EXPO 2000" wird am Freitag die kritische Bestandsaufnahme der herrschenden Verhältnisse im Vordergrund stehen.

Am Samstag dreht sich die Diskussion um Zukunftsentwürfe "von unten" und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Gäste u.a. aus Südafrika und Mittelamerika wurden um Diskussionsbeiträge gebeten.

BUKO 22: Foren und Arbeitsgruppen (Stand Juli 1999, Änderungen vorbehalten)

Forum 1

Weltwirtschaft und Globalisierung - Aktuelle Entwicklungen, dominante Diskurse und die Konsequenzen für internationalistische Politik

Koordination: BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

AG 1: WTO und EU - Institutionen und Strategien neoliberaler Globalisierung

AG 2: Ökologische Modernisierung - das Zauberwort zukünftiger Debatten?

AG 3: Entschuldungsinitiativen

AG 4: Rüstung und Militär: Normalität Krieg?

AG 5: Von der Soligruppe zur NGO?

Forum 2

Soziale Frage - soziale Kämpfe

Koordination: BUKO-Geschäftsstelle, Hamburg

AG 1: Stolpersteine auf dem Weg zur Gesundheit

AG 2: Schöne neue Arbeitswelt

AG 3: Jugend und Bildung

Forum 3

Kontrolltechniken der Zukunft - Nachhaltige Herrschaftssicherung: Modernisierung, EXPO 2000 und Perspektiven des Widerstands

Koordination: Anti-EXPO-AG Hannover und Kai Kaschinski, Redaktion alaska, Bremen

AG 1: Technik-Herrschaft-Zukunft

AG 2: EXPO und BIOpolitik

AG 3: Kritische Mitarbeit - oder die Kunst "Ja aber ..." zu sagen

AG 4: Umweltschutz von oben - Umweltschutz von unten

AG 5: Soziale Frage und Innere Sicherheit

AG 6: Frauen und EXPO - feministische Modernisierung oder Widerstand?

Forum 4

"Dialog-Kultur: gleichberechtigt zusammenarbeiten?"

Koordination: Afrika-Initiative Hannover

AG 1: Attackieren, selbst organisieren ... - Initiativen gegen den alltäglichen Rassismus

AG 2: Farbfieber - Kooperation von KünstlerInnen aus verschiedenen Kontinenten

AG 3: Don't shoot the messenger - Dialog durch Radio, Internet & JournalistInnen- Netzwerke

AG 4: united international? - Basisnetzwerk Afrika, Europa, USA

Aktuelles Programm, Informationen und Anmeldung:

Der BUKO ist für jedeN offen! Ort ist das Kulturzentrum "Pavillon" in Hannover (Lister Meile 4).

Der Teilnahmebeitrag beträgt DM 80,- für Personen aus BUKO-Mitgliedsgruppen und DM 110,- für andere TeilnehmerInnen. Fahrtkosten werden anteilig erstattet. Für Leute aus Hannover beträgt der Eintritt 50,- DM (keine Fahrtkostenerstattung).

Anmeldung bis spätestens 1.10.1999, besser aber früher, damit ihr das Vorbereitungsheft noch rechtzeitig bekommt.

Zur Anmeldung bitte den Teilnehmerbeitrag im voraus auf das Konto des BUKO überweisen:

Konto-Nr. 234389 bei der Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37.

Programmfaltblatt und Anmeldung:

BUKO-geschäftsstelle, Nernstweg 32-34; 22765 Hamburg;

Tel.:040/393156; Fax: 0 40/3907520; Email: bukohh@t-online.de

Aktualisierungen im Internet unter www.epo.de\buko\

3. Der Patriot, der ein Fremder blieb. Zum Tod von Ignatz Bubis - eine Danksagung

Autor: Js. · Rubrik: Juden in der BRD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:40

Müssen deutsche Spitzenpolitiker ihren kostbaren Urlaub unterbrechen, um einem "großen Deutschen" (Roman Herzog) die letzte Ehre zu erweisen? Offensichtlich nicht - wenn es sich bei dem Verstorbenen um den Repräsentanten der in Deutschland lebenden Juden handelt. Neben dem neuen Staatsoberhaupt, Bundespräsident Johannes Rau, erschien als ranghöchster Regierungspolitiker Innenminister Schily zu Ignatz Bubis' Begräbnis in Tel Aviv. Kanzler Schröder und sein Vize Fischer glänzten ebenso durch Abwesenheit wie Kohl und Herzog, beide bis vor kurzem höchste Vertreter jenes deutschen Gemeinwesens, für das die "Aussöhnung" mit den Juden und ein gutes Verhältnis zu Israel Staatsziele sind.

Vermutlich haben die Berater der genannten Herren ganz nüchtern kalkuliert, wie sich die in Bild und Ton festgehaltene Anwesenheit ihrer Chefs an Bubis' Grab auf deren Sympathiewerte auswirken würde - und von einer Reise nach Israel abgeraten. Denn spätestens seit der "Walser-Bubis-Kontroverse" von Herbst 1998 steht fest: Für die "schweigende Mehrheit" in Deutschland (die noch immer wortgewaltige Fürsprecher gefunden hat) ist Bubis ein Störenfried, wenn nicht Schlimmeres.

Mit dem Wunsch, sein Leichnam möge in Israel beigesetzt werden, hat Bubis diese Mehrheit ein weiteres Mal provoziert, auch wenn die von ihm genannte Begründung offensichtlich überzeugend ist: "Ich möchte in Israel beerdigt werden, weil ich nicht will, daß mein Grab in die Luft gesprengt wird - wie das von Heinz Galinski." So hatte er es Ende Juli im Interview mit dem Stern gesagt - eine "spontane Äußerung", wie Rau dreist behauptete. Es gebe, so Rau weiter, in Deutschland "keine nennenswerte rechtsradikale Bewegung", sondern lediglich "immer wieder Untaten, zum Glück in Einzelfällen."

Der Farbanschlag Meir Mendelssohns während der Begräbniszeremonie in Tel Aviv erfüllt nicht nur die harten Antisemiten mit klammheimlicher Freude - zumal es sich laut Presseberichten bei dem Täter um einen "streng gläubigen Juden" handelt. Selbst der eigentlich zu diplomatischer Zurückhaltung verpflichtete Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye verstieg sich zu der Formulierung, dieser Anschlag sei eine "Ironie der Geschichte", während die taz den gleichen Gedanken variierte: "Paradoxer hätte es nicht kommen können."

So sorgte noch der verstorbene Ignatz Bubis für Irritationen bei staatlichen Würdenträgern, die - Pietät hin oder her - mit falschen Dementis (Rau) oder Häme (Heye) konterten. Entsprechend hohl klangen manche der nachgerufenen Lobesworte: Ein "Patriot" sei Bubis gewesen, sagte Rau, ein "großer Deutscher" (Herzog), ein "Botschafter Deutschlands in der Welt" (Kohl), ein Mann, der Deutschland "nach innen und außen gedient" habe (Thierse).

Unterschlagen wird in diesen allzu einseitigen Nachrufen gerade das, was Bubis unter radikalen Demokraten (Teile der radikalen Linken eingeschlossen) zu einer geachteten, wenn nicht bewunderten Persönlichkeit gemacht hat: Sein Eintreten gegen Rassismus und Antisemitismus, für das öffentliche Erinnern an die Opfer der nationalsozialistischen Völkermorde - und seine Bereitschaft, sich, wenn es sein mußte, auch mit den Herrschenden, der "schweigenden Mehrheit" und insbesondere dem Bildungsbürgertum anzulegen.

Es wäre verfehlt, Ignatz Bubis, aktives FDP-Mitglied seit 1969, deswegen für die Linke vereinnahmen zu wollen. Aber als er im September 1992, kurz nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, auf dem Höhepunkt der "Asyldebatte", sein Amt als Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland antrat, war er einer der wenigen noch verbliebenen "bürgerlichen" Bündnispartner der immer weiter marginalisierten Linken. Auch in dieser Zeitung wurden seine Äußerungen zustimmend zitiert: Der Asylrechtsartikel 16 sei "eine Zierde des Grundgesetzes"; der Streit um diesen Artikel laufe auf ein "Handeln gegen die Opfer" hinaus.

Ein Kämpfer für das Recht auf Asyl

Mit Blick auf die rassistischen Gewalttaten von Rostock-Lichtenhagen sagte Bubis, "manchmal könne der Eindruck entstehen, daß die Regierung die jetzige Situation gewollt provoziert habe". Insbesondere hätten es Politik und Staatsgewalt versäumt, "gegen rassistische Gewalttäter vorzugehen", kritisierte Bubis - weil die Taten der Rassisten in Springerstiefeln den Rassisten in Nadelstreifen gelegen kamen, folgerte die Linke.

Denn die Regierungsparteien und die Mehrheit der SPD wollten das im Grundgesetz garantierte Asylrecht abschaffen - erst dessen angeblich massenhafter "Mißbrauch", so behaupteten sie, hätte die im Prinzip berechtigte, wenn auch teilweise (Rostock) überzogene Abwehrreaktion der deutschen Bevölkerung hervorgerufen. Dieser "Logik" widersprach Bubis - allerdings mit deutlich anderen Argumenten als die Linke. Das "Abschieben von Nichtberechtigten, Straffälligen, (könne) auch mit den gegenwärtigen Gesetzen geregelt werden"; ihm ging es "um den Erhalt des individuellen Rechtes auf Asyl".

So halbherzig und "scheißliberal" man das finden mag - in der 1992/93 herrschenden Massenhysterie um das Asylrecht waren das oppositionelle und den Herrschenden lästige Töne. Zumal Bubis als Repräsentant der Juden in Deutschland vehement einer Hierarchisierung der diskriminierten und verfolgten Minderheiten widersprach. Wenn gleichzeitig rassistisch und antisemitisch motivierte Taten begangen würden, erklärte Bubis, "kann ich nicht sagen, gegen die Juden habe ich nichts, ich habe nur etwas gegen die Asylanten, ich habe nur etwas gegen die Ausländer, ich habe nur etwas gegen Schwarze, ich habe nur etwas gegen sonstwen, das liegt bei mir alles auf derselben Ebene wie Antisemitismus. Ich kann da keinen Trennungsstrich ziehen. Denn für diese Leute ist das alles eins. Sie werden niemals akzeptieren, daß ein Jude auch ein Deutscher sein kann, für sie ist ein Jude ein Teil des Fremden." Streng analytisch betrachtet ist die Gleichsetzung von Rassismus und Antisemitismus sicherlich falsch; Bubis diente sie dazu, die ungeteilte Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt zu begründen.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat er sich damit gefährlich nah an den linken Rand der Gesellschaft begeben - obwohl das überhaupt nicht sein Anliegen war. Denn während er Kritik an den deutschen Zuständen übte, nahm er das Land, in dem er sich dauerhaft niedergelassen hatte, auch gegen Kritik in Schutz, die ihm überzogen erschien. Sein öffentliches Auftreten in Rostock begründete er u.a. damit, er wolle verhindern, daß wegen Lichtenhagen die ganze Stadt "verdammt" werde. Und nach Oranienburg sei er auch gefahren, um der Stadt bei ihren "Problemen mit ausländischen Investoren" zu helfen - "weil Ausländer eine Hemmschwelle haben, in Oranienburg zu investieren, weil dort in Sachsenhausen das KZ war." Er habe einen Beitrag leisten wollen, "den Makel von dem Namen wegzunehmen, nicht von dem, was dort geschehen ist."

Bundesverdienstkreuz für einen Störer

Zur Widersprüchlichkeit der politischen Persönlichkeit Ignatz Bubis gehört auch sein Eintreten für die "Vereinigung der beiden Deutschlands", ohne "Euphorie", aber auch ohne Warnungen vor der neuen deutschen Großmacht - Warnungen, die die Linke von Bubis damals gern gehört hätte.

So gesehen war Bubis, der für sich die vielzitierte Formel vom "deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" erfand, tatsächlich ein "Patriot" und "großer Deutscher", dem folgerichtig das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde. Gleichwohl stellte der so geehrte Mann kurz vor seinem Tode sein politisches Scheitern fest: "Ich habe nichts oder fast nichts bewirkt. (...) Ich wollte diese Ausgrenzerei, hier Deutsche, dort Juden, weghaben. (...) Die Mehrheit hat nicht einmal kapiert, worum es mir ging. Wir sind fremd geblieben; sicher auch, weil sich die Juden in diesem Land teilweise selbst ausgrenzen." Der letzte Halbsatz darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Bubis sehr genau wußte, wer für das "Ausgrenzen" der winzigen Minderheit in Deutschland lebender Juden die Verantwortung trug und trägt: die nichtjüdische Mehrheit, die von dem deutschen Jahrhundertverbrechen nichts mehr hören will und die antisemitischen Stereotypen bewahrt, insbesondere die von jüdischer "Raffgier", "Rachsucht" und "Drahtzieherei".

Die Virulenz dieser Stereotypen, gerade innerhalb der "feinen Gesellschaft" des Bildungsbürgertums, wurde zuletzt in der Debatte um das Holocaust-Mahnmal, deutlicher noch in der "Walser-Bubis-Kontroverse" Ende 1998 sichtbar. Auch hier zog Bubis in dem Stern-Interview eine pessimistische Bilanz: "Ein Großteil der Bevölkerung denkt wie Martin Walser. Ende, Zeit, Schluß zu machen, nur noch nach vorne schauen. (...) Die heutige Politikergeneration möchte auf eine sanfte Walser-Tour das Ganze zurückdrehen. Nicht ‚Mahnmal der Schande`, nicht ‚Moralkeule`, nicht so harte Ausdrücke."

Seine Isolation in der Kontroverse mit Walser hat Bubis schwer getroffen. Während die handverlesene politische und intellektuelle Elite Walser in der Paulskirche Ovationen darbrachte, zogen es die meisten "kritischen Intellektuellen" vor zu schweigen. Bubis konnte und wollte nicht schweigen und sah sich dem Zorn der Sekundanten Walsers ausgesetzt, die - wie Dohnanyi und Augstein - hemmungslos antisemitische Ressentiments mobilisierten. Hinzu kam der Druck der "Versöhnler", angeführt durch den FAZ-Herausgeber

Frank Schirrmacher, der Bubis schließlich zum Gespräch mit Walser nötigte - für Bubis eine unerhört schwierige, Kräfte raubende Situation. Wie zum Hohn mußte er sich noch kurz vor seinem Tode vorhalten lassen, die politische Klasse in Deutschland liege ihm "zu Füßen, manchmal in geradezu grotesker, lächerlicher Weise" und habe "jedes seiner Worte vergoldet". So weit Michael Wolffsohn, Historiker an der Bundeswehrhochschule in München und "Lieblingsjude" aller gebildeten deutschen Antisemiten.

Bubis und die Linken - die Linken und Bubis

Der Wahrheit wegen muß gesagt werden, daß Bubis auch von links heftig angegriffen wurde - auch unter Zuhilfenahme antisemitischer Stereotypen. Im Frankfurter Häuserkampf Anfang der 70er Jahre sei das, Bubis zufolge, noch eher eine Randerscheinung gewesen: "Der Antisemitismus selbst kam kaum zum Vorschein." Anders dann 1985, als in Frankfurt Fassbinders Stück "Der Müll, die Stadt und der Tod" aufgeführt werden sollte - ein Stück über einen "jüdischen Spekulanten", der nicht nur verwerfliche Geschäfte macht, sondern damit auch an den Deutschen Rache nimmt - womit zwei antisemitische Stereotypen, Geldgier und Rachsucht, in einer Person vereint auf die Bühne gebracht werden sollten. Diese Konstruktion wies Bubis zurück - und bekannte sich gleichzeitig als "Spekulant", der wie andere, nicht-jüdische, in der Immobilienbranche gute Geschäfte gemacht habe.

Als Vorsitzender der Frankfurter Jüdischen Gemeinde setzte sich Bubis an die Spitze der Proteste gegen die Aufführung des Fassbinder-Stücks, die u.a. mittels einer Bühnenbesetzung verhindert wurde. Er habe darüber keine Genugtuung empfunden, sagte Bubis in einem späteren Interview mit Susann Heenen-Wolff. Vielmehr habe er damals erstmals darüber nachgedacht, Deutschland zu verlassen - wegen der vielen Drohanrufe, die er damals bekam: "Der Tenor dieser Anrufe: Was wollt ihr eigentlich noch in Deutschland? Sehen Sie, und das war der wesentliche Unterschied zu der Zeit des Häuserkampfes."

Die Koalitionen, die sich 1985 in Frankfurt wegen der Auseinandersetzung um das Fassbinder-Stück bildeten, waren bemerkenswert heterogen: Für die Aufführung plädierten u.a. die Grünen (Fundis und Realos), die SPD, Theo Sommer (Zeit), Thomas Hartmann (taz), Peter Iden (FR), das DKP-Zentralorgan UZ, Cohn Bendit, Reich-Ranicki, Peter Zadek und Iring Fetscher. An der Seite von Bubis und der Jüdischen Gemeinde standen u.a. Gräfin Dönhoff (Zeit), Joachim Fest (FAZ), Hessens Kultusminister Schneider (SPD), Teile der SPD Hessen-Süd, beide christlichen Kirchen, Josef Abs (Deutsche Bank) - und der Kommunistische Bund, Gruppe Frankfurt.

Heute, nach dem Tod von Ignatz Bubis, walsert es auch in den Köpfen von Leuten, die sich selbst für stramme Linke halten. Wir erinnern uns, daß Walser in dem von der FAZ arrangierten Gespräch mit Bubis sich selbst als den wahren Erinnerungspolitiker feierte: "Ich war in diesem Feld beschäftigt, da waren Sie noch mit ganz anderen Dingen beschäftigt; Sie haben sich diesen Problemen später zugewendet als ich." Bubis beantwortete diese perfide Attacke damals mit bemerkenswerter Ruhe: "Ich hätte nicht leben können. Ich hätte nicht weiterleben können, wenn ich mich damit früher beschäftigt hätte." Auch an anderer Stelle hat Bubis eingestanden, daß er jahrzehntelang über seine Erlebnisse vor der Befreiung durch die Rote Armee nicht sprechen konnte - aus Scham, zu den wenigen Überlebenden zu gehören, während sein Vater in Treblinka von den Nazis ermordet wurde.

Nichtsdestotrotz taucht Walsers Vorwurf in der linken Tageszeitung junge Welt erneut auf, nur deutlicher formuliert. In seinem Kommentar "Zum Tod von Ignatz Bubis" schreibt Werner Pirker, stellvertretender Chefredakteur der jW: "Ignatz Bubis aber hat sich nach 1945 für ein Leben in Westdeutschland entschieden, weil es ein kapitalistisches war." Dort beteiligte er sich an der "Refundierung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse" - er war "mit ganz anderen Dingen" (Walser) beschäftigt als der Erinnerungsarbeit. Die begann er nicht nur "später" als Walser, er hätte sie besser ganz bleiben lassen sollen, findet Pirker: "Die Verdränger von gestern gerieren sich als die antifaschistischen Mahner von heute" und hetzen zum Krieg gegen Jugoslawien, der nur deshalb geführt wird, "weil es in Belgrad noch immer keine Börse gibt." Ohne die aber kann der Jude offensichtlich nicht leben: "Ignatz Bubis, der den ‚Tyrannenmord` an Milosevic öffentlich in Erwägung zog, hat sich an der Umkehr antifaschistischer Werte beteiligt." (jW, 16.8.99)

Einen klareren, abstoßenderen Beweis für das Fortleben des Antisemitismus in der Linken muß man erst einmal finden. Hier wäre "Ausgrenzung", Distanzierung und Verweigerung der Zusammenarbeit

ausnahmsweise am Platze: Wer solchen Dreck fabriziert, kann kein Bündnispartner sein. Andererseits ersetzt die - notwendige - Abgrenzung von der üblen Nachrede keine eigene Würdigung des Toten.

Ich bin überzeugt, Bubis wird auch der radikalen Linken fehlen, die Grund hat, ihm dankbar zu sein - und sei es allein wegen seiner mutigen Opposition gegen Walser und dessen illustre Fangemeinde. Denn Walsers Appell zum "Wegsehen" bei der "Dauerrepräsentation unserer Schande" ist nicht nur eine Verhöhnung der Opfer; er ermuntert den deutschen Staat auch, "historisch" begründete Rücksichten fallen zu lassen und endlich machtpolitisch so zuzulangen, wie es seine "neue Rolle" in der Welt ermöglicht. Bubis hat, obwohl Befürworter der deutschen Einheit, der Opposition gegen die deutsche Großmachtpolitik gewichtige Argumente geliefert.

Js.

4. NATO goes East - wohin geht Rußland?

Autor: Kt. · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:09

Seit Beginn des Kosovo-Krieges wird immer wieder die Selbstmandatierung der NATO und der damit verbundene Bedeutungsverlust der UNO kritisiert. Über die Mitwirkung Rußlands bei der Entmachtung der Vereinten Nation zugunsten der NATO wird allerdings kaum gesprochen. Der folgende Artikel beleuchtet die russische Politik seit der Auflösung des Warschauer Militärbündnisses und zeigt, mit welchen Mitteln die NATO die Nachfolgestaaten des früheren Ostblocks in ihre Strukturen einzubinden versteht.

Als sich vor 10 Jahren der Zusammenbruch aller Bündnisstrukturen des "sozialistischen Lagers" und damit auch das Ende der "Blockkonfrontation" abzeichnete, kam kurzzeitig die Illusion auf, daß damit vielleicht auch die NATO "obsolet werden" könnte oder daß zumindest ihr bisheriger Rüstungsumfang angesichts des Verlusts des traditionellen "Feindbildes" nicht mehr legitimierbar sei.

Tatsächlich folgte eine erhebliche Reduzierung der Personalzahlen, der Militärausgaben und teilweise sogar der Waffenarsenale. Dahinter steckte aber in erster Linie ein beispielloser Modernisierungsschub, weg von den geldfressenden Riesenarmeen, mit denen praktisch kaum etwas anzufangen gewesen war, hin zu abgespeckten, hochmobilen Einheiten und Computer-gestützten Aufklärungs- und Kommunikationssystemen, die tendenziell sogar eine Kriegführung fast ganz ohne eigene Verluste ermöglichen. An die Stelle der letztlich sehr defensiven, unbeweglichen Doktrin von der "Gefahr aus dem Osten" trat der Anspruch, weltweit mit einer Vielfalt von militärischen Optionen initiativ und offensiv einzugreifen.

Voraussetzung dieses grundlegenden Wandels war die Auflösung des Warschauer Militärbündnisses (Juli 1991), ein halbes Jahr später das Ende der Sowjetunion (Dezember 1991) und schließlich der Verfall der russischen Streitkräfte. Zum einen machte der Zusammenbruch des traditionellen militärischen Hauptgegners die sofortige Orientierung der NATO auf ein Spektrum neuer Aufgabenstellungen politisch und propagandistisch unbedingt erforderlich, denn sonst hätte vielleicht wirklich eine Legitimationslücke entstehen können. Zum anderen stellte der Fortfall der "Blockkonfrontation" aber auch eine entscheidende Voraussetzung für die NATO dar, um in der strategischen Planung von vornherein keinen Gegner mehr ernsthaft in Rechnung stellen zu müssen. Mit der Gewißheit des "freien Rückens" kann die NATO völlig ungehemmt offensiv agieren, wo und wann immer sie es für zweckmäßig hält. Der Luftkrieg gegen Jugoslawien demonstriert, wie bei dieser Form der Kriegführung das eigene Risiko praktisch sogar bis auf Null minimiert werden kann. Ein Jugendlicher, der sich morgens auf den Schulweg macht, steht größeren Gefahren gegenüber als der Pilot eines Kampfflugzeugs, der zum "Feindflug" startet.

Keine "Friedensdividende"

Null-Risiko bedeutet massenpsychologisch, daß Kriege sehr viel leichter als in der Vergangenheit ausgelöst und geführt werden können. Sie berühren das Leben der Menschen in den NATO-Staaten in praktischer Hinsicht überhaupt nicht, verursachen nur noch geringe und diffuse Eskalationsängste. Die "Kollateralschäden" (Fehltreffer in Wohnhäuser, Züge usw.) lösen zwar noch ein Erschrecken aus, werden aber als unvermeidliche Begleiterscheinungen akzeptiert - so wie auch Auffahrunfälle auf der Autobahn oder schwere Zugunglücke nicht die selbstverständliche Akzeptanz von Auto oder Bahn in Frage stellen. Nachteilig könnte sich dabei für die NATO-Strategen auswirken, daß sich die Menschen ihrer Länder an die neue Art der Ballerspiel-Kriegführung ohne "Zinksärge" und "Bodybags" für eigene Soldaten gewöhnen, wodurch aber zugleich die Hemmschwelle gegenüber Kriegen auch ohne Null-Risiko angehoben wird. In der Diskussion um die Bodenkriegs-Option kam das schon sehr deutlich zum Ausdruck.

Noch vor der am 1. Juli 1991 offiziell verkündeten Auflösung des Warschauer Bündnisses hatte die Sowjetunion im Juni den Rückzug ihrer Streitkräfte aus Ungarn und der Tschechoslowakei abgeschlossen. Ende Oktober 1992 verließ die letzte russische Einheit Polen. Das bedeutete - abgesehen von den besonderen Verhältnissen in der DDR, wo der Abzug erst am 1. September 1994 beendet wurde, - daß keine sowjetischen oder russischen Truppen mehr außerhalb der ehemaligen UdSSR stationiert waren.

Zuvor war im August 1991 der Versuch gescheitert, durch einen Staatsstreich in Moskau die Auflösung der Sowjetunion im letzten Moment doch noch aufzuhalten. Das Scheitern des Putsches riß auch Gorbatschow mit

sich und beschleunigte den allgemeinen Zusammenbruch der Unionsstrukturen. Am 8. Dezember 1991 erklärte Jelzin als Staatschef Rußlands, gemeinsam mit seinen Kollegen aus Belarus (Weißrußland) und der Ukraine, daß die UdSSR aufgehört habe zu bestehen. Zugleich unterzeichneten sie die Gründungserklärung der GUS, mit der Perspektive, die Sowjetunion durch einen vielfältig vernetzten und verklammerten Staatenbund zu ersetzen. Der GUS schlossen sich 11 der 15 früheren Unionsrepubliken an. Es fehlten Georgien, das der GUS aber später beitrat, und die drei baltischen Republiken - Litauen, Lettland und Estland.

Die GUS verfehlte bei weitem die Aufgabenstellung, die Sowjetunion mit neuen Formen und Instrumenten im wesentlichen fortzuführen. Dem militärischen Teil der GUS, dem im Mai 1992 abgeschlossenen Kollektiven Sicherheitsvertrag, schlossen sich zunächst neben Rußland nur die vier zentralasiatischen Republiken (Kasachstan, Kyrgystan, Usbekistan, Tadschikistan) und Armenien an. Später kamen Belarus, Georgien und zeitweise auch Aserbaidschan dazu, doch hat der Militärpakt nur geringe praktische Bedeutung und kann mit der allumfassenden Integration der NATO überhaupt nicht verglichen werden.

Aufgrund bilateraler Verträge und teilweise unter Ausnutzung ethnischer und territorialer Konflikte hat Rußland immer noch Militäranlagen und Soldaten in Armenien, Georgien, der Ukraine (Nutzung Sewastopols auf der Krim als Heimathafen der Schwarzmeerflotte durch einen 20jährigen Pachtvertrag), in Moldova und Teilen Zentralasiens. Insgesamt ist aber festzustellen, daß seit 1990 die russische Verteidigungslinie aus der Mitte Europas nicht nur an die Westgrenze der ehemaligen UdSSR, sondern fast schon bis an die russische Grenze zurückgeschoben wurde. Rußland hat den Zugang zur Ostsee weitgehend verloren und ist für die Verbindung mit seiner Exklave Kaliningrad auf den Transit durch Litauen angewiesen. Der russischen Schwarzmeerflotte würden ohne die (immer wieder umstrittene) Benutzung der Häfen und Anlagen in der Ukraine, insbesondere auf der Krim, kaum noch Stützpunkte auf russischem Gebiet verbleiben.

Fatal ist die Zurückdrängung Rußlands auf seine eigenen Grenzen auch für das Frühwarnsystem und die gesamte Luftabwehr, also für einen gerade im Licht der Jugoslawien-Erfahrung hochgradig sensiblen Bereich. Zugleich ist festzustellen, daß in dem Gebiet, aus dem sich die Sowjetunion bzw. Rußland militärisch zurückziehen mußte, nicht etwa eine Pufferzone entstanden ist, sondern daß sich die NATO immer weiter nach Osten vorschiebt.

NATO-Kandidaten stehen Schlange

Am 20. Dezember 1991 gründete die NATO als erste Stufe der Ost-Ausdehnung den "North Atlantic Cooperation Council", NACC. Er sollte, so lautete die offizielle Erklärung, als institutioneller Rahmen für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der NATO und den ehemals sozialistischen Staaten dienen. Dem neuen internationalen Gremium traten sofort, neben den NATO-Staaten, alle Mitglieder des früheren Warschauer Bündnisses, Rußland und neun weitere GUS-Staaten sowie die drei neugegründeten baltischen Republiken bei.

Kühne Hoffnungen mancher russischer Politiker oder Politik-Kommentatoren gingen dahin, daß der NACC zum Ausgangspunkt einer Ersetzung oder richtiger gesagt einer Verschmelzung beider großen Militärblöcke werden könnte. Daran war selbstverständlich seitens der NATO niemals gedacht. Praktische Funktionen hatte der NACC von Anfang an nicht und entwickelte sie auch nicht. In erster Linie stellte er wohl eine vorübergehende, niedrigschwellige, unverbindliche Antwort auf den Wunsch vieler osteuropäischer Politiker nach einem schnellen NATO-Beitritt dar. Diesem Begehren wollte die NATO, aus mehreren Gründen, nicht sofort nachgeben: Zum einen aus taktisch bedingter Rücksichtnahme auf Rußland, zum anderen wegen der Instabilität der osteuropäischen Länder und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Auf gar keinen Fall wollte die NATO schon in diesem frühen und ungeklärten Stadium eine militärische Schutz- und Beistandsgarantie für einzelne osteuropäische Länder übernehmen, was zwangsläufig Folge einer NATO-Mitgliedschaft gewesen wäre.

Am 25. August 1993 erklärte Jelzin bei einem Staatsbesuch in Warschau, daß jedes Land selbst entscheiden könne, mit wem es sich künftig verbinden wolle. Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten Walesa unterschrieb er außerdem eine gemeinsame Erklärung, daß Polens Absicht, der NATO beizutreten, sich nicht gegen die Interessen anderer Staaten, einschließlich der Interessen Rußlands, richte. Nicht völlig überraschend überlegte sich Jelzin die Sache aber innerhalb von drei Wochen wieder anders. Am 15. September 1993 schickte er Clinton und anderen westlichen Politikern einen Brief, in dem er sich gegen die

Aufnahme osteuropäischer Staaten in die NATO aussprach. Das würde, so Jelzin, zu negativen Reaktionen in der russischen Gesellschaft führen, da es als versuchte Isolierung Rußlands verstanden werden würde. Dieser Protest hinterließ jedoch keinen Eindruck: Bis Ende 1993 hatten alle ehemaligen Vorfeld-Staaten der UdSSR sowie die drei baltischen Republiken ihren Wunsch nach NATO-Mitgliedschaft ausgesprochen oder eindeutig signalisiert.

Als Antwort beschlossen die NATO-Verteidigungsminister auf ihrer Tagung in Travemünde im Oktober 1993 das Projekt der "Partnership for Peace" (PfP) bzw. stimmten vermutlich dem von den USA entwickelten Vorschlag zu. Der Brüsseler NATO-Gipfel im Januar 1994 machte sich die "Partnerschaft für den Frieden" offiziell zu eigen. Im belgischen Mons, dem Sitz des europäischen NATO-Hauptquartiers, wurde eine "Partnership Coordination Cell" eingerichtet, um die PfP-Aktivitäten zu zentralisieren.

Der Beitritt zur PfP steht allen Staaten des ehemaligen Warschauer Bündnisses und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion offen, und sie machen ausnahmslos von dem Angebot zur NATO-geführten Zusammenarbeit Gebrauch. Auch Rußland ist, nach wenigen Monaten Ziererei, seit Juni 1994 mit von der Partie. Außerdem gehören die neutralen Staaten Österreich, Finnland, Schweden und Schweiz der PfP an.

Die Zusammenarbeit ist jeweils individuell. Das heißt, für jedes PfP-Land wird, unter Berücksichtigung seiner eigenen Wünsche und Kapazitäten sowie selbstverständlich der strategischen Interessen der NATO, Jahr für Jahr ein eigenes Partnerschafts-Programm festgelegt. Es beinhaltet die Teilnahme an internationalen Manövern und Übungen, vielfältige Weiterbildungsangebote (bis hin zu englischen Sprachkursen für Offiziere), technische Zusammenarbeit bei der Umstellung der einzelnen Streitkräfte, insbesondere ihrer Kommunikationssysteme, auf NATO-kompatible Standards, usw.).

PfP stellt also für die NATO ein erstklassiges Instrument dar, um sehr differenziert mit den Nachfolgestaaten des früheren "Ostblocks" umgehen zu können. Insgesamt werden sie - sofern sie mitspielen, aber das tun mit der wesentlichen Ausnahme Rußlands schon fast alle - immer mehr an die NATO-Strukturen angepaßt und in diese integriert. Daneben dient die PfP dazu, Vorzugskandidaten für die Aufnahme in den erlauchten NATO-Kreis gezielt zu fördern und schon unterhalb der formalen Beitrittsschwelle zu integrieren. Außerdem besteht erklärtermaßen ein hochrangiges praktisches Ziel der PfP darin, möglichst viele Staaten möglichst rasch darauf vorzubereiten, daß sich Teile ihrer Streitkräfte an NATO-geführten Militärinterventionen beteiligen können.

Diese Zusammenarbeit wurde erstmals seit Ende 1995 im Rahmen der multinationalen Truppen der IFOR, später SFOR, in Bosnien-Herzegovina erprobt. Neben den NATO-Mitgliedern, die etwa 90 Prozent der Soldaten stellten, sind an SFOR nicht nur Rußland, sondern fast alle Staaten des früheren Warschauer Bündnisses mit kleinen oder wenigstens mit winzigen Kontingenten, bis hinunter zu einem Dutzend Sanitätern oder ein paar Offizieren, beteiligt. Das stellt in allen Verlautbarungen, mit denen diese Länder ihre NATO-Tauglichkeit demonstrieren wollen, ein zentrales Argument dar. Dasselbe wird sich nun mit der gleichfalls von der NATO nicht nur geführten, sondern auch zahlenmäßig absolut dominierten "Friedenstruppe" KFOR im Kosovo wiederholen.

NATO-Manöver: Simulation humanitärer Aufgaben

Seit Beginn der PfP haben zahlreiche NATO-geführte Manöver in Osteuropa, auch in mehreren Nachfolgestaaten der früheren UdSSR, stattgefunden. Diese Übungen, bei denen in der Anfangszeit mit Vorliebe humanitäre Aufgabenstellungen simuliert wurden (Evakuierung der Zivilbevölkerung, Rettung auf hoher See usw.) stehen allen PfP-Mitgliedern zur Teilnahme offen. Auch hier gilt das Prinzip, daß nicht so sehr die Größe des Kontingents, aber unbedingt das Dabeisein wichtig ist, wenn man sich die Option auf den NATO-Beitritt in absehbarer Zeit offenhalten will. Selbst Rußland hat sich an fast allen diesen Manövern beteiligt - offenbar mit dem Ziel, nicht isoliert zu werden und das Feld nicht völlig der NATO zu überlassen. Aber die russische Teilnahme ändert nichts daran, daß NATO-geführte Manöver im Schwarzen Meer (Rumänien, Ukraine) oder in den baltischen Republiken für Rußland sowohl psychologisch als auch militärisch ein ernstes Problem sind.

Beim NATO-Gipfel in Paris im April dieses Jahres wurde die erste Gruppe neuer Mitglieder offiziell aufgenommen: Polen, Tschechien und Ungarn. Die Absicht dazu war schon beim Madrider NATO-Treffen im Juli 1997 öffentlich verkündet worden. Zugleich war im Abschlußkommunique von Madrid signalisiert worden,

welche Länder für die zweite Aufnahme-Phase in der engeren Wahl stünden: Rumänien, Slowenien und die drei baltischen Republiken.

Vom Pariser NATO-Gipfel dieses Jahres hatten viele einen Zeitplan für die Aufnahme der zweiten Gruppe und die verbindliche Nennung der dafür vorgesehenen Länder erwartet. Doch die gemeinsame Erklärung besagt lediglich, man wolle den Prozeß der NATO-Erweiterung beim nächsten Gipfeltreffen überprüfen, das spätestens im Jahre 2002 stattfinden werde. Man dürfe dies aber nicht als Garantie verstehen, daß dann eine Beitrittseinladung an bestimmte Kandidaten ergehen werde.

Unterhalb der NATO-Mitgliedschaft

Tatsächlich ist jedoch schon heute die NATO-Mitgliedschaft zwar eine Frage des politischen Status, aber für die militärische Praxis nur von untergeordneter Bedeutung. Erstens führt die Zusammenarbeit im Rahmen der PfP alle Beitrittswilligen schon sehr nahe an die NATO heran und verknüpft sie mit deren Strukturen und technischen Systemen. Zweitens sind schon seit Mai 1994 mehrere osteuropäische Staaten als sogenannte Assoziierte Partner der WEU - die als "europäischer Pfeiler" der NATO definiert wird - mit der NATO verbunden. Es handelt sich dabei (neben Polen, Tschechien und Ungarn, deren Status inzwischen noch weiter aufgewertet wurde) um Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland, Rumänien und die Slowakei. Drittens gibt es eine Vielzahl militärischer und militärpolitischer bilateraler und multilateraler Kooperationen unterhalb der NATO-Mitgliedschaft. Polen zum Beispiel sieht sein Verhältnis sowohl zu Litauen als auch zur Ukraine als "strategische Partnerschaft" und hat mit Litauen bereits ein gemeinsames Bataillon gebildet, das an NATO-Einsätzen teilnehmen soll. Litauen wiederum ist durch einen Militärpakt mit Lettland und Estland verbunden. Alle drei baltischen Republiken arbeiten eng mit den skandinavischen NATO-Mitgliedern Dänemark und Norwegen zusammen, beispielsweise bei der Luftüberwachung, die praktisch jetzt schon in das NATO-Netzwerk integriert ist. Viertens hat der Luftkrieg gegen Jugoslawien dazu geführt, daß ganz Osteuropa, bis an die frühere sowjetische Grenze, in die Kriegführung und Logistik der NATO einbezogen und integriert wurde.

UNO - wer war das noch?

Der Kosovo-Krieg stellte in formaler Hinsicht die erste "Selbstmandatierung" der NATO dar, also eine militärische Intervention ohne vorausgegangene Beschlußfassung durch den UNO-Sicherheitsrat. Die UNO ist freilich schon seit einigen Jahren von den USA und ihren Verbündeten praktisch ausgeschaltet worden. Vorausgegangen war ein beispielloser "Boom": In nur sieben Jahren, von 1988 bis 1994, wurden auf 19 Schauplätzen neue UNO-Einsatzfälle begonnen. Unmittelbar danach wurde die Zahl der UNO-Missionen drastisch heruntergefahren. 1994 wurden nur noch drei sehr kleine, unaufwendige und unproblematische UNO-Einsatzfälle begonnen, und seit 1995 ist kein einziger größerer UNO-Einsatz, der die Entsendung von "Friedenstruppen" beeinhaltet, vom Sicherheitsrat beschlossen worden. Die NATO hat die militärischen Funktionen der UNO übernommen und benutzt den UNO-Sicherheitsrat nur noch nachträglich oder flankierend als Legitimationsinstrument.

Diese Entwicklung hängt mit dem vorausgegangen UNO-"Boom" und mit einigen Einsätzen der Vereinten Nationen eng zusammen, die erfolglos oder hochdramatisch verlaufen sind. An erster Stelle ist das Eingreifen der UNO in Somalia 1992-1995 zu nennen. Treibende Kraft waren die USA gewesen, denen durch Beschluß des Sicherheitsrates vom 3. Dezember 1992 explizit das Kommando über die Operation überlassen wurde. Im Juni 1993 sorgten die USA für eine gezielte Eskalation, indem sie (erfolglos) Jagd auf einen der rivalisierenden Clan-Chefs, Aidit, machen ließen, und indem sie Luftangriffe mit vielen zivilen Opfern auf angebliche "Rebellenstützpunkte" fliegen ließen. Am 9. September 1993 eröffnete ein amerikanischer Hubschrauber das Feuer auf eine demonstrierende Menschenmenge, 200 Frauen und Kinder wurden dabei getötet.

In den folgenden zwei Wochen faßten beide Häuser des US-Parlaments Beschlüsse für einen baldigen Rückzug der amerikanischen Truppen aus Somalia. Daraufhin kündigte Clinton Ende September 1993 restriktivere Kriterien für die Beteiligung der USA an UNO-Missionen an. Er nannte sechs Bedingungen, u.a.: Kenntnis über die Kosten der Operation; vorherige Festlegung eines eindeutigen Terminplans und einer klaren politischen Strategie; eine klare Definition des Kommandos und der Kontrolle der Truppen. Letzteres war der wichtigste Punkt, denn er besagte schlicht und einfach, daß die USA keine Truppen für UNO-Einsätze mehr zur Verfügung stellen würden, sofern sie dabei nicht selbst das Kommando übertragen bekämen.

Nimmt man die Tatsachen, daß in erster Linie die USA zu der UNO-Intervention in Somalia getrieben hatten und sie auch für die Eskalation verantwortlich waren, die schließlich zu dem überstürzten, fast schon fluchtartigen Abbruch des Einsatzes führte, so liegt der Gedanke nahe, daß von der amerikanischen Regierung eine bewußte Provokation herbeigeführt wurde. Ihr Zweck: Legitimierung der Entscheidung, sich künftig generell nicht mehr an Missionen der Vereinten Nationen zu beteiligen, bzw. für die USA das Oberkommando über jeden Einsatz zu fordern. Im gleichen Sinn wirkte auch das "Versagen" der UNO in Bosnien-Herzegovina 1993-1995, wo die Blauhelme sich spektakulär von den Serben vorführen ließen: von dem Massaker von Srebrenica fast unter den Augen niederländischer UNO-Truppen bis zur Festsetzung ganzer Einheiten als Geiseln.

Im Krieg gegen den Irak im Januar und Februar 1991 hatten die USA, stellvertretend für die NATO, zum ersten Mal seit dem Korea-Krieg (1950-1953) den UNO-Sicherheitsrat dazu benutzt, sich ein Mandat zu besorgen, das in der praktischen Wirkung einem Blankoscheck gleichkam. Das heißt, der UNO-Sicherheitsrat, und an erster Stelle Rußland, besorgte seine eigene Abdankung, indem er ein Ultimatum gegen den Irak beschloß, dessen Vollstreckung er den USA (und der von den USA geführten Allianz) überließ. Auch wenn die russische Regierung, damals noch vertreten durch Gorbatschow, sich dann teilweise kritisch vom militärischen Vorgehen der USA abgrenzte, bleibt die Tatsache, daß der Krieg gegen den Irak ohne die Kooperation und Zustimmung Rußlands im Sicherheitsrat in dieser Form, nämlich unter dem politischen Deckmantel eines UNO-Auftrags, nicht möglich gewesen wäre.

Dies als einen bloßen Irrtum der russischen Diplomatie zu interpretieren, wäre ganz falsch, denn sonst hätten daraus Lehren für die Zukunft gezogen werden müssen. Aber tatsächlich führte Rußland seine Politik konsequent weiter, indem es zusammen mit den USA, Großbritannien und Frankreich die Festlegung der sogenannten Flugverbotszonen mittrug, die den Irak bis heute zum permanenten Angriffsziel der NATO-Luftwaffen machen.

Rußlands Beitrag zur Entmachtung der UNO

Auch in den verschiedenen Phasen des jugoslawischen Bürgerkriegs setzte die russische Regierung ihre Mitwirkung bei der Entmachtung der Vereinten Nationen zugunsten der NATO fort. Das begann mit der russischen Zustimmung zur Überwachung des Embargos gegen Jugoslawien in der Adria durch Kriegsschiffen der NATO und der WEU (seit Juli 1992). Auch die praktische Ausführung der Entscheidung des UNO-Sicherheitsrats vom 31. März 1993, das ausschließlich gegen die Serben gerichtete Flugverbot über Bosnien-Herzegovina mit militärischen Mitteln durchzusetzen, blieb von vornherein der NATO überlassen. Sogar den tagelangen Luftangriffen der NATO gegen serbische "Militärziele" in Bosnien-Herzegovina zwischen dem 30. August und dem 20. September 1995 lagen UNO-Beschlüsse zugrunde, die ohne russische Mitwirkung nicht zustande gekommen wären. Anschließend stimmte Rußland im Sicherheitsrat zu, in Bosnien-Herzegovina unter dem Deckmantel der UNO eine "Friedenstruppe" zu stationieren, die nicht nur zu 90 Prozent von der NATO gestellt, sondern auch eindeutig von dieser geführt wurde und wird. In ganz ähnlicher Weise wurde jetzt die NATO-Besatzungsarmee im Kosovo durch den UNO-Sicherheitsrat nachträglich mandatiert.

Das ist eine durchaus konsequente Entwicklungslinie, als deren Fazit festzustellen ist, daß die UNO tatsächlich bereits tot ist und an ihrer Stelle nur noch die NATO agiert. Daß Rußland seine Mitwirkung an diesem Prozeß für Schadensbegrenzung hält - und mit diesem Urteil vielleicht sogar richtig liegt - demonstriert lediglich, wie minimal die russischen Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Weltpolitik tatsächlich geworden sind.

Abgesehen von seinem immer noch gigantischen Atomwaffen-Arsenal ist Rußland militärisch zugrundegerichtet. Ein Ausdruck davon ist auch das Schrumpfen seines Rüstungsexports, der einmal ungefähr gleichauf mit dem der USA gelegen hatte. Heute beträgt er nicht viel mehr als ein Zehntel des amerikanischen und etwa ein Drittel des französischen (lt. SIPRI-Jahresbericht für 1998). Rußland hat keine militärischen Handlungsoptionen mehr, und die gelegentlichen martialischen Ausbrüche mancher russischer Politiker und Militärs während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien dementieren diese Lage nicht etwa, sondern unterstreichen sie.

Rußland hat in Wirklichkeit überhaupt keine Kapazitäten, um sich auf einen nachholenden Rüstungswettlauf mit der NATO einzulassen. Und es hängt ökonomisch am Tropf des von den USA geführten internationalen

Kapitals, das ihm jetzt, wie irgendeinem Land der Dritten Welt, seine Bedingungen diktiert, die auch tief in die russische Sozialpolitik einschneiden. Es bleibt zu allerletzt nur noch die Drohung russischer Militärs, die "taktischen"Atomraketen nicht bloß als abstraktes Potential, sondern als reale Kriegswaffen ins Spiel zu bringen. Das ist als Abschreckung gegen deutsche Alleingänge - wenn man ein solches Szenario denn für möglich hält - wahrscheinlich hinreichend. Für die anstehende nächste Konfliktrunde, bei der es um die direkte Ausdehnung der NATO bis an die russischen Grenzen geht, läßt sich mit der atomaren Drohung aber nicht viel anfangen.

Kt.

5. Belagerungszustand am KFOR-Grill. Reportage aus dem geteilten Mitrovica

Autor: B. Kanzleiter/ L. Matziaris · Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:18

Mitrovica ist eine geteilte Stadt. Der nördliche Stadtteil bildet die letzte größere Serbentrutzburg im Kosovo. Etwa 10.000 Serben, vielleicht auch ein paar tausend mehr, die Angaben schwanken je nach Standpunkt, haben sich in mehrgeschossigen Plattenbauten und umliegenden kleineren Wohnhäusern auf einem Hügel verschanzt. Im Süden wohnen rund 100.000 Albaner. Ein Fluß trennt die Stadt in zwei unversöhnliche Lager.

An den zwei Brücken spannen französische KFOR-Soldaten Stacheldrahtrollen über die Straße. Panzer mit aufgepflanzten MGs samt Bedienungspersonal stehen auf beiden Seiten der neu gezogenen Grenze. Das Gewehr im Anschlag, patrouillieren KFOR-Soldaten hin und her. Mit Feldstechern in der Hand beäugen sich Jugendliche, die auf beiden Seiten in Gruppen zusammenstehen, voller Haß und Mißtrauen.

"Die Serben sollen endlich verschwinden", fordert Rujtim, der mit seinen Freunden auf der albanischen Seite kurz hinter dem Panzer in der Sonne sitzt. "Sie haben unsere Häuser zerstört und viele Menschen brutal ermordet. Wir können nicht mehr mit ihnen leben." Rujtim macht keine Unterschiede. Für ihn sind alle Serben schuld an den Massakern während des Kriegs, bei denen Tausende ermordet wurden. "Niemand von denen hat uns geholfen, sie sind wie wilde Tiere." Zlatko und seine Freunde sind der selben Meinung, nur sprechen sie von den Albanern. "In den letzten Tagen hat die UCK Hunderte Serben aus ihren Häusern aus den umliegenden Dörfern vertrieben. Jetzt sitzen sie hier im Nordteil und haben alles verloren. Die Albaner sind Bestien", sagt er mit fester Stimme und überkreuzt die Arme. Mit einem piepsenden Funkgerät in der Hand koordiniert er die Verteidigung der Brücke auf der serbischen Seite.

Die Zerstörungen durch den Krieg sind in Mitrovica allgegenwärtig. Im albanischen Teil liegen viele Häuser in Schutt und Asche. Aus den verkohlten Ruinen ragen oft nur noch Backsteinmauern heraus. An anderen Stellen sind auch diese eingestürzt. Die Trümmer lassen keinen Zweifel an der Brutalität und Zerstörungswut, mit der serbische Nationalisten hier vorgegangen sind. Zwischen den Hausskeletten stehen aber immer wieder auch unbeschädigte Gebäude. An jeder Ecke laufen die Aufräumarbeiten auf Hochtouren. Jugendliche schaufeln den Schutt beiseite. Die wenig zerstörten Häuser werden provisorisch wieder flott gemacht, die anderen abgerissen. Traktoren, von den Fernsehbildern der Flüchtlingstrecks wohlbekannt, tuckern kreuz und quer durch die Straßen.

Am Markt, keine 200 Meter von der Brücke entfernt, haben Cafés und Imbiß-Restaurants neu eröffnet. Eines von ihnen heißt "KFOR-Grill", ein anderes "KFOR-Bar". Wenn man genügend Geld hat, ist auf dem Markt bereits wieder alles zu haben, vom Gemüse bis zum Fernseher. Die Geschäfte laufen gut. Durch das chaotische Treiben bahnen sich die Schützenpanzer der Franzosen ihren Weg. In vielen Fenstern der neueröffneten Läden hängen Bekanntmachungen der UCK. Davor spielen Kinder mit Baseballmützen, auf denen ein selbstgemaltes UCK-Emblem prangt. Doch die scheinbar wiedergekehrte Normalität kann nur oberflächlich darüber hinwegtäuschen, daß die Menschen vom Krieg noch tief getroffen sind. An jeder Ecke erzählen sie von Vertreibung, Flucht, Mord und Totschlag der letzten Wochen.

Serbische "Tiere", albanische "Bestien"

Auf der serbischen Seite sind die meisten Wohnblocks heil geblieben. Doch auch hier stehen vereinzelt verkohlte Ruinen. Die Häuserwände und Türen sind mit dem Symbol der serbischen Nationalisten, dem Cetnic-Kreuz, bepinselt. Wie im anderen Teil der Stadt ist auch hier die KFOR überall präsent. Doch die Stimmung ist angespannter. Durch die Straßen laufen Gruppen von jungen Männern mit Kurzhaarschnitt und breiten Schultern, viele von ihnen könnten als Türsteher arbeiten. Frauen und Kinder sieht man kaum. "Wir sind im Belagerungszustand", erklärt Zlatko. "Würden wir uns nicht verteidigen, kämen die Albaner und würden hier alles kurz und klein schlagen."

Seine Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen. Immer wieder werden im Kosovo orthodoxe Kirchen angezündet, 30 Menschen werden jede Woche ermordet, zur Zeit hauptsächlich Serben und Roma. Aus dem albanischen Teil Mitrovicas mußten seit der Einstellung der Luftangriffe und der Rückkehr der albanischen

Flüchtliche die meisten Serben aus Angst um ihr Leben über die Brücke flüchten - vertrieben von albanischen Nationalisten, die jetzt Rache üben. Die Albaner sind bereits während des Krieges aus dem serbischen Teil vertrieben worden und haben nun keine Chance, in ihre Häuser auf dieser Seite der Brücke zurückzukehren.

"Die Lage ist kompliziert", sagt ein Mitarbeiter der OSCE. "In Mitrovica wird sich entscheiden, ob es in Zukunft ein multi-ethnisches Kosovo gibt oder nicht", schätzt er die Lage ein. Zur Zeit deutet allerdings alles darauf hin, daß ein Zusammenleben von Albanern und Serben schwer möglich sein wird, zu groß ist der Haß auf beiden Seiten. Die kleineren ethnischen Gruppen, wie die Roma, werden zwischen beiden Lagern zerrieben. Auf der albanischen Seite hat die selbsternannte provisorische Regierung unter UCK-Chef Hasim Thaci einen Bürgermeister eingesetzt. Bajram Rexaphi war früher Arzt und schloß sich während des Kriegs der UCK an, jetzt soll er eine zivile Verwaltung in Mitrovica aufbauen und residiert im Rathaus. Auch die Serben haben einen eigenen Bürgermeister für ihren Teil der Stadt ernannt, Oliver Ivanovic. Der UNMIK (United Nations Mission in Kosovo), die eigentlich für den Aufbau einer zivilen Verwaltung zuständig wäre, bleibt nichts anders übrig, als sich mit den realen Machtverhältnissen zu arrangieren.

In Mitrovica geht es in diesen Tagen um mehr als um ethnische Konflikte. Hinter einem der bewaldeten Hügel, die die Stadt umgeben, liegt in einem schmalen zerklüfteten Tal die Trepca-Mine. Hier werden Erze und Mineralien unter Tage aus dem Fels geschlagen. Trepca birgt die reichsten Vorkommen auf dem Balkan. Für ein unabhängiges Kosovo wäre der Trepca-Schatz lebensnotwendig.

Bajram, Mitarbeiter der albanischen Bergarbeitergewerkschaft, verlangt denn auch die sofortige Öffnung der Mine. "Wir wollen hier wieder arbeiten", sagt er. Albanische Bergarbeiter haben in den letzten Tagen immer wieder vor der Mine demonstriert, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. 1990, als Slobodan Milosevic das Autonomiestatut des Kosovo aufhob, wurden die gesamte albanische Belegschaft gefeuert. Bis zum Krieg wurde unter serbischer Kontrolle mit einer neuen Belegschaft, die außerhalb Kosovos rekrutiert wurde, weiter gefördert. Jetzt ist die Mine stillgelegt. Wer Mitrovica kontrolliert, wird in Zukunft auch die Mine betreiben. Doch darüber ist noch nicht entschieden. Hinter dem Werkstor steht ein KFOR-Panzer, der sein Rohr direkt auf den Eingang richtet, daneben parken einige Militärjeeps und Truppentransporter. Wer sich vor dem Werkstor aufhält, wird von den französischen Soldaten freundlich, aber bestimmt weggeschickt.

Während die NATO durch ihren Krieg gegen Jugoslawien unter den Kosovo-Albanern Freunde fürs Leben gefunden zu haben scheint, zeichnen sich doch erste Konflikte ab. Nicht nur die Weigerung, die Mine wieder zu öffnen, sorgt auf der albanischen Seite für schlechte Stimmung gegenüber den französischen Truppen. Rujtim und seine Clique an der Brücke sagen offen, was viele auf der albanischen Seite denken: "Die Franzosen stehen auf der Seite der Serben." Sie wollen wissen, daß französische Soldaten auf der anderen Seite mit serbischen Paramilitärs Bier trinken. "Die Franzosen sollten sie verhaften, statt mit ihnen Witzchen zu reißen. Wären die Deutschen oder die Amerikaner hier, würde es anders aussehen", sagt Rujtim.

Explosive Stimmung, wilde Gerüchte

Tatsächlich stellen sich die Franzosen nicht eindeutig auf die Seite der Albaner und versuchen sich mit der serbischen Minderheit zu arrangieren. So kommt es zu Vorfällen, die für Momente explosiver Stimmung sorgen. In einer der Straßen im serbischen Teil fährt eine Kolonne von KFOR-Fahrzeugen und der französischen Gendarmerie vor. Eine albanische Familie steigt aus einem Jeep und wird von den Gendarmen abgeschirmt. In Sekundenschnelle hat sich eine Gruppe von etwa 30 serbischen "Verteidigern" um sie gesammelt, die anfangen, auf die Albaner einzuschreien: "Verpißt euch!" Die Gendarmen versuchen die Lage zu beruhigen. "Sie wollen nur ihre Sachen aus ihrer Wohnung holen und gehen danach wieder auf die andere Seite." Doch die Situation droht zu kippen, serbische Jugendliche rangeln mit den Gendarmen, die KFOR-Soldaten nehmen die Gewehre in Anschlag. Schließlich eskortieren die Gendarmen die Familie zum Jeep zurück und ziehen sich unverrichteter Dinge zurück.

Jetzt erregen zwei ausländische Journalisten die Aufmerksamkeit der Jugendlichen. "Was wollt ihr hier?" rufen sie erregt. Erst ein griechischer Paß und einige Wort auf Serbokroatisch können sie beruhigen. Zurück auf der anderen Seite, erzählt die albanische Familie, die Franzosen seien vor den Serben eingeknickt. Rujtim fühlt sich in seinem Urteil bestätigt, aber auch Zlatko verflucht die Franzosen, weil sie nicht dafür sorgen, daß Serben auf die albanische Seite gelangen können.

Jeden Tag sorgen Vorfälle dieser Art für neuen Sprengstoff. Mehrmals bildeten sich aus dem Getümmel des Marktplatzes heraus Demonstrationen, die von der albanischen Seite an die Brücke zogen. "Das sind spontane Proteste", erklärt Rujtim. Andere sehen die UCK am Werk. Von den wilden Gerüchten und Spekulationen, die in Mitrovica kurisieren, lautet eines, daß die UCK versuchen werde, die Serben in den nächsten Tagen zu vertreiben. Dagegen spricht, daß es sich die UCK nicht leisten kann, sich mit der KFOR anzulegen. Das wäre aber die unweigerliche Folge einer Aktion gegen die serbische Enklave nördlich des Flusses. So bleibt die Situation gespannt, jede Seite beobachtet argwöhnisch die Bewegungen auf der anderen. Überall werden Spitzel vermutet. Alle warten darauf, daß irgend etwas passiert - doch was, das weiß keiner so recht.

Nicht mehr lange warten können indes die 20 Familien in einer Straße direkt hinter dem Fluß auf der serbischen Seite. Hier leben seit Jahrzehnten Moslems aus dem Sandjac-Gebiet, das westlich an den Kosovo angrenzt. "Wir müssen bei Tag und Nacht auf unsere Häuser aufpassen", sagt ihr Sprecher, der seinen Namen nicht verraten will. "Die Serben wollen uns hier rausschmeißen, und die KFOR tut nichts. Als vor zwei Tagen ein Haus abgebrannt wurde, haben sie nur daneben gestanden und Fotos gemacht", beschwert er sich. Doch auch auf die andere Seite wollen sie nicht. "Die UCK hält uns für Kollaborateure" - und was mit denen geschieht, zeigt das Schicksal der Roma, die in den letzten Wochen von albanischen Nationalisten nach Serbien und Mazedonien vertrieben worden sind.

Boris Kanzleiter/Lakis Matziaris

Mitrovica, 2.8.99

6. Zwischen den Fronten. Roma aus dem Kosovo in mazedonischen Flüchtlingslagern

Autor: B. Kanzleiter/ L. Matziaris · Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:19

"Wir können nicht mehr zurück in den Kosovo", sagt Agim, der Sprecher einer Roma-Gruppe in einem Flüchtlingslager nahe der mazedonischen Hauptstadt Skopje. "Die Albaner lassen ihren Haß an uns aus." Agim sitzt mit seiner Familie zusammen vor einer Baracke an einem klapprigen Holztisch im Flüchtlingslager Dare Bompol, keine 40 Kilometer von der Grenze zum Kosovo entfernt. 180 Roma leben hier an einem abgelegenen Hügel in umzäunten, ärmlichen Sammelunterkünften. Ihre Zukunft ist ungewiß. Aus dem Kosovo wurden sie vertrieben, im von politischen und sozialen Problemen geplagten Kleinstaat Mazedonien sind sie nicht willkommen, ein Drittstaat findet sich nicht zur Aufnahme bereit. Eine Rückkehr über die Grenze scheint ebenfalls ausgeschlossen: Jeden Tag werden weitere Roma-Familien von albanischen Nationalisten über die Grenze nach Serbien und Mazedonien getrieben.

Die ethnischen Vertreibungen im Kosovo gehen weiter. Nachdem während der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien serbische Militärs und Freischärler die Häuser Hunderttausender Albaner niederbrannten und sie über die Grenze nach Albanien und Mazedonien vertrieben, rächen sich nun die Rückkehrer. "Die UCK geht im Kosovo gezielt gegen Serben und Roma vor, verbrennt ihre Häuser und treibt sie aus ihren Dörfern", sagt Agim. Obwohl sich die politische Führung der UCK von den Vertreibungen distanziert, gibt es keinen Zweifel daran, daß UCK-Mitglieder an den Gewaltakten federführend beteiligt sind. Der KFOR-Oberkommandierende Michael Jackson sagte der Presse in Pristina: "Einige Albaner haben sich in sehr ähnlicher Weise verhalten wie diejenigen, die gerade abgezogen sind."

Seit dem Ende der Luftangriffe auf Jugoslawien Mitte Juni sind laut einem Bericht der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch von Ende Juli 164.000 Serben und Roma aus dem Kosovo vertrieben worden. Die meisten Serben flüchteten Richtung Belgrad, viele Roma versuchen nach Mazedonien zu gelangen. Nach Schätzungen des Roten Kreuzes befinden sich etwa 2.000 serbische und 3.000 Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo in Mazedonien. Im Kosovo selbst haben sich einige Serben- und Roma-Enklaven gebildet, die wie in der nördlich gelegen Stadt Mitrovica im Belagerungszustand leben.

Die Roma-Familien in Dare Bompol flüchteten meist bereits während der Luftangriffe nach Mazedonien. Zunächst wurden sie vom UNHCR zusammen mit ebenfalls geflohenen Albanern in den Lagern Stencovec I und II direkt an der Grenze untergebracht. Binnen kürzester Zeit platzte dieses improvisierte Flüchtlingslager aus allen Nähten. Während des Kriegs fanden alleine dort 50.000 Flüchtlinge vorübergehende Unterkunft. Nach Schlägereien zwischen Roma und Albanern, wurde entschieden, die beiden Gruppen getrennt unterzubringen. Die Roma-Familien wurden nach Dare Bompol gebracht. Dort lebten 500 Personen - bei einer Kapazität von höchstens 180 Plätzen. Unhaltbare Zustände, wie der Administrator berichtete: "Es konnte nicht genügend Essen gekocht werden, und die hygienischen Bedingungen waren untragbar." Das UNHCR entschied, das Lager Stencovec II wieder zu eröffnen. Während die meisten Albaner mittlerweile in das Kosovo zurückgekehrt sind, finden hier nun die rund 700 Roma-Flüchtlinge Platz. Doch Stencovec II ist eine Zeltstadt. "Die Leute können während des Winters unmöglich dort bleiben", sagt der Administrator.

Im Vergleich zu Stencovec II sind die Bedingungen in Dare Bompol luxuriös. Für die Kinder wurde sogar ein Schule eingerichtet. Doch die psychischen Wunden, die Krieg und Vertreibung bei den Flüchtlingen geschlagen hat, bleiben. Die Roma verstehen nicht, warum gerade sie die Opfer der erneuten Vertreibung werden. "Im Kosovo führte ich bis zum Krieg ein normales Leben", erzählt Agim. "Ich spreche Albanisch. Wir haben die selbe Religion. Im Kosovo haben wir zusammen gelebt und gearbeitet. Nur aufgrund unserer dunkleren Hautfarbe bezeichnen die Albaner uns nun als Roma." Er kann sich die Aggression nur so erklären: "Die Albaner akzeptieren uns nicht, weil einige Roma in der serbischen Armee gedient haben. Das verallgemeinern die Albaner jetzt und beschuldigen alle Roma der Kollaboration. Dabei wollten die meisten von uns keinen Krieg."

Der Status der Roma in Mazedonien ist prekär. Sie verfügen lediglich über eine auf drei Monate befristete Aufenthaltsgenehmigung als "humanitär betreute Personen". Im Gegensatz zu "Kriegsflüchtlingen" haben sie

damit keine Arbeitserlaubnis in Mazedonien und sind auf die Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen angewiesen. Die Aufenthaltsgenehmigung wurde im Juni bis September verlängert, was danach passiert, ist ungewiß. "Das wahrscheinlichste ist aber, daß die Leute über den Winter hier bleiben können", meint der Administrator.

Eine langfristige Lösung ist das für die Roma in Dare Bompol aber nicht. "Die Roma werden auch in Mazedonien diskriminiert", sagt Zeneh Berisha. Tatsächlich leben viele mazedonische Roma in den Elendsquartieren rund um Skopje. Rassistische Übergriffe gehören zum Alltag. Wie es weitergehen soll, weiß Zeneh nicht: "Wir würden gerne von hier fortgehen - egal wohin. "

Boris Kanzleiter/Lakis Matziaris

Skopje, 6.8.99

7. Griechenland schiebt Albaner ab. Interview mit "Citizens against War". Thessaloniki

Rubrik: Griechenland; Albanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:11

Interview zu Massenabschiebungen von Albanern aus Griechenland mit Spyros Psaroudas, Katerina Karamanlis und Fotis Mantzoros von Citizens against War (CAW) in Thessaloniki. Die Fragen stellten Boris Kanzleiter und Lakis Matziaris.

Die griechische Regierung führt seit einigen Wochen eine aggressive Kampagne gegen albanische Einwanderer und Flüchtlinge. Wie geht die Polizei dabei vor?

Mehrere tausend Albaner wurden in den letzten Tagen von der Polizei aufgegriffen und auf Sportplätzen zusammengepfercht. Dabei kam es zu gewalttätigen Übergriffen. Die Polizei nimmt bei den Verhaftungen keine Rücksicht darauf, ob es sich um Albaner mit einem legalen oder illegalen Status handelt. Sie werden einfach alle festgenommen. Manchmal müssen sie mehrere Stunden in der Sonne warten, bis sie registriert werden. Dann werden sie zu Polizeistationen transportiert, wo ihnen Fingerabdrücke abgenommen werden und ihre Identität registriert wird. Von dort werden sie an die griechisch-albanische Grenze gebracht und abgeschoben. Die Kampagne richtet sich gegen alle, die so aussehen, als könnten sie Albaner sein. Es gab Fälle, in denen auch Nichtalbaner festgenommen wurden, zum Beispiel zwei französische Touristen.

Wieviel Albaner wurden in den letzten Wochen auf diese Weise abgeschoben?

Niemand weiß es genau, aber die Polizei spricht von 25.000.

Wie reagiert die Öffentlichkeit auf die Maßnahmen?

Die Maßnahmen finden Unterstützung, da die Öffentlichkeit seit den letzten Jahren zunehmend rassistisch auf die Einwanderung reagiert. Die Medien spielen dabei eine wichtige Rolle. Wenn ein Verbrechen geschieht, steht für die Medien oft fest, daß der Täter Albaner ist, auch wenn dafür keine Beweise vorliegen. Tatsächlich liegt die Kriminalitätsrate nach offiziellen Statistiken unter Albanern etwas höher als im griechischen Durchschnitt. Aber diese Zahlen sagen wenig aus, da Albaner natürlich kaum eine Möglichkeit haben, einen Rechtsanwalt zu bezahlen und sich daher kaum verteidigen können. Die historischen Konflikte zwischen Griechenland und Albanien spielen natürlich auch eine Rolle für das Funktionieren der rassistischen Kampagne.

Wieviel Albaner sind in den letzten Jahren nach Griechenland gekommen?

Die Einwanderung begann 1991, als die Grenze nicht mehr so streng kontrolliert wurde. Heute leben nach Schätzungen etwa 500.000 Albaner mit legalem oder illegalem Status in Griechenland. Viele von ihnen sind Angehörige der griechischen Minderheit im Süden Albaniens, andere versuchen, sich als solche darzustellen, teilweise mit gefälschten Namen. In Griechenland arbeiten sie zu einem großen Teil als billige Arbeitskräfte unter schlechten Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Als Illegale verfügen sie über keine gewerkschaftlichen Rechte. Wenn es keine Arbeit gibt, werden sie einfach gefeuert. Oft haben sie keine Unterkunft. Auch vom Staat erhalten sie keine Unterstützung. Während die Einwanderung zunächst akzeptiert wurde, hat sich die Situation nach dem Aufstand in Albanien 1997 verändert. Einige der Waffen, die damals aus Militäranlagen entwendet wurden, sind nach Griechenland transportiert worden. Es ist keine Lüge, daß eine albanische Mafia in Griechenland existiert. Bei den Abschiebungen geht die Polizei aber nicht gegen die Mafia vor. Sie inhaftieren einfach alle, die aussehen, als könnten sie Albaner sein, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Arbeit.

Gibt es einen konkreten Anlaß für die Welle von Abschiebungen?

Bei den Europawahlen hat die regierende PASOK (Panhellenische Sozialistische Partei) sehr schlecht abgeschnitten. Die konservative Opposition Nea Demokratia beschuldigte die PASOK während des Wahlkampfs, daß sie nicht genügend gegen Kriminalität vorgehe und sich zu wenig um die Innere Sicherheit kümmere. Die PASOK reagierte auf die Wahlniederlage, indem sie zu beweisen versuchte, daß auch sie die Themen der Inneren Sicherheit aufgreift. Dazu haben sie sich die schwächsten Opfer ausgesucht, die

albanischen Einwanderer. Für die Abschiebungen gibt es eine generelle politische Unterstützung durch die Europäische Union (EU). Es geht darum, illegale Migration in die EU zu stoppen.

In Athen und Thessaloniki gab es Demonstrationen gegen die Abschiebungen. Wie stark ist der öffentliche Protest?

Es artikuliert sich durchaus auch Widerstand. Selbst innerhalb der PASOK wurden Stimmen laut, die sich dagegen wehren, die Kriminalität mit der albanischen Einwanderung in Verbindung zu bringen. Auch die kommunistische Partei KKE und andere linke Gruppen sprechen sich gegen die Massenabschiebungen aus. Gerade die Masseninternierungen von Albanern in Sportstadien haben bei vielen Menschen schlechte Erinnerungen an die Zeit der Militärdiktatur wachgerufen, als ähnliche Massenverhaftungen stattfanden, wenn auch mit einem ganz anderen Hintergrund. Viele Stimmen sprechen sich deshalb gegen die Maßnahmen aus. Eine andere interessante Entwicklung ist, daß sich Grundbesitzer über die Politik beschweren und befürchten, finanziell ruiniert zu werden, weil sie keine billigen Erntearbeiter finden können. Es gibt auch Beispiele für antirassistischen Widerstand. In Mirsini in der Region Peloponissa zum Beispiel rief der Bürgermeister alle Albaner im Ort zu Versammlungen auf, um das gemeinsame Zusammenleben besser zu organisieren. Auf diese Weise werden dort die Albaner an kommunalen Entscheidungen beteiligt, was ihnen sonst unmöglich ist.

8. Standort EU oder sozialistische Perspektive. DGB-Gewerkschaften und soziale Bewegungen

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:08

Maastricht-Europa mobilisiert gegen und für sich die unterschiedlichsten Kräfte. Die Anti-Maastricht-Opposition in Deutschland setzt nicht zuletzt auf die Gewerkschaften, insbesondere auf die Gewerkschaftslinke. Dazu wird im folgenden aus links-gewerkschaftlicher Sicht kritisch Stellung bezogen - kritisch vor allem gegenüber den Perspektiven eines "Sozialen Europa", wie sie von der deutschen und europäischen Gewerkschaftslinken vertreten werden. Diesen Überlegungen liegt ein Redebeitrag bei der Veranstaltung "Soziale Widerstandsperspektiven im Euroland" am 6. Mai 1999 in Hamburg zugrunde.

Kein "Ende der Sozialpartnerschaft"

Zusammengenommen ergeben die gewerkschaftlichen Erfahrungen der letzten drei Jahre ein scheinbar paradoxes Bild. Zum einen haben wir mehrere Situationen regelrechter Massenmobilisierungen erlebt - 1996 die Demonstrationen gegen das "Spar"-Programm der Kohl-Regierung, dann im Herbst desselben Jahres eine höchst explosive Auseinandersetzung in der Metallindustrie (von einer Kraft wie seit den wilden Streiks Ende der sechziger Jahre nicht mehr), schließlich 1997 Mobilisierungen der Bergarbeiter usw., dann 1998 die Aktionstage der Erwerbslosengruppen. Zum anderen aber steht am Anfang und am Ende dieser Entwicklung jeweils das "Bündnis für Arbeit".

Das neue "Bündnis für Arbeit" ist die zentrale Plattform der SPD-Regierung, und wer die Stellungnahmen aus den Einzelgewerkschaften genau verfolgt, wird feststellen, daß dieses "Bündnis für Arbeit" faktisch alternativlos akzeptiert wird - wenn auch oft nur zähneknirschend. Grundlage dieses "Bündnis"-Konzeptes ist zweierlei: Erstens eine Reduzierung der staatlich vermittelten Regulation auf allgemeine Rahmenvereinbarungen (woran die Gewerkschaften zentral beteiligt werden), während die konkrete Arbeitszeit- und Lohnpolitik immer weiter "verbetrieblicht" wird. Zweiter Eckpunkt ist die absolute Prioritätssetzung von Marktanpassung: die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit, also die Standort-Logik.

Der scheinbare Widerspruch - zwischen Mobilisierung einerseits (mitsamt der sattsam bekannten Rhetorik einer simulierten sozialen Bewegung) und einer Fortsetzung kooperativer Interessenvermittlung andererseits - läßt sich freilich auflösen. Es handelt sich nämlich in der Bundesrepublik keineswegs um ein "Ende der Sozialpartnerschaft", wie es die gewerkschaftliche und gewerkschaftslinke Rhetorik oft nahelegt, sondern darum, ein neues Sozialpartnerschaftsmodell auszuhandeln und, falls nötig, auch auszukämpfen. Dafür werden soziale Initiativen und Bewegungen, werden Protest und Widerstand instrumentalisiert. Zugespitzt gesagt handelt es sich darum, daß die Gewerkschaften aufgrund ihrer Legitimationskrise dazu verdammt sind, "Gegenmacht" zu mobilisieren, um sich selbst als "Ordnungsfaktor" gegenüber Staat und Unternehmerlager wieder ins Spiel zu bringen.

Das ist den DGB-Gewerkschaften tatsächlich auch gelungen. Alle Auseinandersetzungen seit 1996 haben schließlich bewiesen, daß es ohne die Gewerkschaften nicht geht, daß die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik einen Frontalangriff wie das "Spar"-Programm der Kohl-Regierung 1996 nicht zulassen. Es sei denn, ein solches Programm stützt sich auf einen korporativen Konsens mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden, - was Heiner Geißler am Wahlabend im September 1998 als Hauptgrund für die Wahlniederlage der CDU einräumte. Der Ort dieses korporativen Konsenses ist nun gefunden. Es ist die "Neue Mitte" Schröders. Bei allen tiefgreifenden Krisenerscheinungen innerhalb der DGB-Gewerkschaften zeigt sich hier doch eine relative Stärke der gewerkschaftsoffiziellen Politik - relativ im Verhältnis zu anderen Ländern innerhalb der EU. Dies macht es dem DGB auch immer wieder möglich, sich in entscheidenden Situationen selbst zur "sozialen Bewegung" zu erklären bzw. deren Platz einzunehmen. So wie es Dieter Schulte 1996 sagte: "Der DGB ist die soziale Bewegung in Deutschland." Beihilfe kann die DGB-Führung dabei sogar von seiten der gewerkschaftlichen Linken erwarten, die bis heute nicht aufgehört hat, ausgerechnet dem DGB eine politisch vereinigende bündnispolitische Funktion - sozusagen als Dach verschiedener sozialer Bewegungen -zuzuschreiben bzw. diese einzufordern.

Die relative Stärke dieser gewerkschaftlichen Integrationspolitik hat freilich auch mit widersprüchlichen Ansprüchen zu tun, die von seiten der "Basis" an die DGB-Gewerkschaften gestellt werden. Zum einen wird von den Gewerkschaften erwartet, daß sie - gleichsam stellvertretend - eine aktive, manchmal auch polarisierende Rolle in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen spielen. Die Gewerkschaften haben hier ein ausdrückliches politisches Mandat und sind dabei so etwas wie eine sozialpolitische Ersatz-Partei der Lohnabhängigen, zumal wenn eine "ArbeitnehmerInnenpolitik" durch die SPD gar nicht mehr repräsentiert wird.

Umgekehrt geht aber auch von der "Basis" ein immenser Anpassungsdruck aus. Eine gewerkschaftliche Praxis, die sich der Standort-Logik widersetzt, kann sich heute de facto nur auf Minderheiten innerhalb von Branchen und auch von Belegschaften stützen. Es wäre also grundfalsch, die Widersprüche gewerkschaftlicher Politik einzig an den Führungen oder Apparaten festzumachen. Es handelt sich um Widersprüche, die die gesamte Klasse der Lohnabhängigen durchziehen. Das heißt, jede radikale Opposition kann zunächst einmal nichts anderes als eine Minderheit sein. Es kommt aber darauf an, daß diese handlungsfähig wird.

Europäische Perspektiven

Was heißt dies nun in europäischer Perspektive? Zunächst einmal gilt auch hier die Priorität der "Wettbewerbsfähigkeit". Insbesondere in exportstarken Branchen haben sich Gewerkschaften hier auch Vorteile durch die Wirtschafts- und Währungsunion versprochen. Immerhin fand Maastricht ja mehrheitlich Zustimmung innerhalb des DGB. Standortpolitik und korporative Interessenvertretung gehören auch in europäischer Perspektive zusammen. Die DGB-Gewerkschaften werden mehrheitlich mit der Bundesregierung das gemeinsame "nationale Interesse" vertreten. Damit befinden sie sich ganz im Trend einer zunehmenden Re-Nationalisierung der EU-Politik, also im Trend des Widerstreits nationalstaatlicher Einzelinteressen. Auch in dieser Frage werden sich die DGB-Gewerkschaften nicht so weit entfernt von großen Teilen der "Basis" befinden. Ein großer Konsens dürfte darin bestehen, daß die nationalen sozialen Standards, soweit sie in der Bundesrepublik noch Geltung haben, gehalten werden müssen. Aber so etwas wie eine gesamteuropäische soziale Perspektive, für die eben auch GewerkschafterInnen in der Bundesrepublik nicht nur für sich, sondern auch für alle anderen mit-kämpfen müßten, bleibt wohl vorerst in weite Ferne gerückt. Eher ist das Gegenteil zu befürchten, nämlich eine noch stärkere nationalistische und auch rassistische Aufladung der sozialen Frage - wie in anderen Ländern der EU, wo Neofaschisten als Parteien des nationalen Sozialstaates fungieren. Diese abgrenzende und ausgrenzende Dynamik innerhalb der ArbeiterInnenklasse muß sich in der Bundesrepublik nicht zwangsläufig in Gestalt eines eigenständigen Rechtsradikalismus artikulieren. Interessenlagen und Wertorientierungen, die mit denen des offenen Rechtsradikalismus identisch sind, lassen sich heute im breiten Spektrum der sozialdemokratischen WählerInnenbasis wie auch innerhalb der Gewerkschaftsmitgliedschaft feststellen - eine Problematik, die erst seit kurzem offen innerhalb der Gewerkschaften diskutiert wird.

Demgegenüber deutet sich seit einigen Jahren innerhalb der Gewerkschaftslinken eine andere Position an, und zwar als durchaus positiver Bezug auf die EU-Integration. Im Zentrum steht dabei die Konzeption eines "Europäischen Sozialstaates", zu dessen bekanntesten PropagandistInnen nach 1995 Pierre Bourdieu geworden ist. Etwas vereinfachend gesagt handelt es sich hierbei um eine neo-reformistische Perspektive auf europäischer Ebene - eine Maastricht-kritische, eine "europakritische Europapolitik". Im Gegensatz zum Modell eines Nationalen Wettbewerbsstaates innerhalb von Maastricht-Europa wird hier de facto das Modell eines Europäischen Staates angestrebt, der die bestehende EU in zweifacher Weise reformieren und dabei ablösen soll: Zum einen soll die EU eine bürgerlich-demokratische Legitimation erlangen - etwa durch eine einheitliche europäische Staatsbürgerschaft, eine europäische Verfassung, die zur Stärkung des Europäischen Parlaments führen würde; zum anderen soll diese reformierte Staatlichkeit auch Garantin weitgehender sozialer BürgerInnenrechte werden.

Dabei ist den ProtagonistInnen dieser reformistischen Option durchaus klar, daß dies nicht ohne eine enorme Intensivierung und Ausdehnung sozialer Kämpfe und Bewegungen auf europäischem Terrain zustande kommen kann. Das wäre die Rückkehr des historischen "kämpferischen Reformismus" der alten nationalen ArbeiterInnenbewegungen, nunmehr auf europäischer Ebene. Auch wenn dafür ein "neuer Internationalismus" (Bourdieu) bemüht wird, muß man doch präzisieren, daß es sich hier vorrangig um die Vision einer "Europäischen Nation" handelt, zu der sich in sozialen Bewegungen und Kämpfen die ArbeiterInnenklassen Europas konstituieren werden.

Tatsächlich ist dies derzeit die einzig strategische Perspektive, in der sich ein breites politisches und gewerkschaftliches Spektrum der Linken über die Staatsgrenzen hinweg vereinigt. Das macht die Faszination dieser Orientierung aus. Von der Führung der IG Medien über italienische Kommunisten bis hin zu LinksgewerkschafterInnen von AC! oder SUD reicht dieses Spektrum. Diese Faszination hat auch noch mit etwas anderem zu tun: Mit dem Konzept einer europäischen oder zunächst transnationalen Sozialstaatlichkeit glaubt sich die Linke endlich aus der sogenannten "Globalisierungsfalle", aus der nationalstaatlichen Fesselung befreien zu können und hofft dabei, auf europäisch-transnationaler Ebene wieder so etwas wie eine wohlfahrtsstaatliche Regulationspolitik in Gang bringen zu können - wenn denn der soziale Druck von unten stark genug ist.

Das Problem besteht aber darin - und dies ist als Kritik auch schon in den bisherigen Debatten angemerkt worden -, daß man auf internationaler oder transnationaler Ebene nicht die Niederlagen kompensieren kann, die man sich seit zwanzig Jahren auf nationalem Terrain eingefahren hat. Die internationale Deregulierungsoffensive von seiten der Unternehmer und Staaten fand und findet in nationalstaatlicher Form und auf regionalem Terrain statt. Deshalb sei hier ein Einwand als These formuliert: Ein Europäischer Sozialstaat auf der Grundlage weitgehender sozialer BürgerInnenrechte kann und wird nur das Ergebnis von langen und schweren Klassenauseinandersetzungen sein können, von einer Radikalisierung, die schon im Ansatz die magere Utopie eines sozialstaatlich regulierten europäischen Kapitalismus überschreitet. Insofern birgt die neo-reformistische Perspektive eines "Sozialen Europa" möglicherweise eine Eigendynamik in sich, die den Horizont eines Europäischen Sozialstaates überschreitet.

Vorerst werden wir also auf den Ausgangspunkt zurückgeworfen, auf die inneren Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik und darauf, wie sie sich im Prozeß der EU-Integration entwickeln werden. Die entscheidenden Auseinandersetzungen, auch wenn sie in sich einen internationalen Charakter haben, weil schließlich die neoliberale Offensive selbst ein internationales Projekt ist, - diese entscheidenden Auseinandersetzungen finden ja jeweils "vor Ort" statt. Also in der Bundesrepublik, in Frankreich, in Italien, in Britannien ... Und dabei sollten wir uns dessen bewußt sein, was früher schon KollegInnen und GenossInnen aus Italien anmerkten und was später Bourdieu GewerkschafterInnen in der Bundesrepublik sagte: Über die weitere Entwicklung von Maastricht-Europa wird maßgeblich in den sozialen Auseinandersetzungen hier in der Bundesrepublik entschieden.

Essentials einer radikalen sozialen Opposition

Um eine Art Fazit oder erstes Resümee als Schlußfolgerungen für eine gleichermaßen mögliche wie notwendige radikale soziale Opposition zu formulieren, hier einige Essentials, die lediglich erste Orientierungspunkte sein können, aber schon in den Erfahrungen der vergangenen Jahre begründet sind:

1. Auf absehbare Zeit werden wir uns darauf einrichten müssen, in der Position einer Minderheit zu bleiben, als Minderheiten zu agieren, die sich freilich zunehmend vereinigen. Auseinandersetzung um und Kampf gegen die Standortlogik ist auch eine massive Auseinandersetzung innerhalb der "Klasse" mitsamt zwangsläufigen Polarisierungen und neuen Fraktionierungen.

2. Um der Instrumentalisierung durch die gewerkschaftsoffizielle Politik zu entgehen, muß der Vorrang auf Selbstorganisierung gelegt werden, auf die Autonomie sozialer Initiativen und Bewegungsansätze. Das heißt nicht, daß eine institutionelle Praxis, etwa innerhalb der Gewerkschaften, nicht sinnvoll wäre. Sie ist es aber nur in Hinsicht auf eine Stärkung von Selbstorganisierungsprozessen.

3. Insbesondere die aktiven Linken innerhalb der Gewerkschaften müssen Schluß machen mit einer gewerkschaftlichen Praxis, in der die gewerkschaftliche Aktion sich selbst genügt. Das heißt, sie müssen damit beginnen, sich selbst als Teil einer gesellschaftspolitischen oder sozialpolitischen Linken zu begreifen, die - neben anderen Bereichen und Handlungsfeldern - auch in Gewerkschaften und Betrieben aktiv ist.

4. Es darf unter den eh nur schwachen Teilbereichsinitiativen keinerlei Privilegierung geben. Ob es sich nun um betrieblich-gewerkschaftliche oder Erwerbslosen- oder andere Sozialinitiativen handelt, - es muß völlige Gleichberechtigung gelten. Die minoritären Kräfte einer radikalen sozialen Opposition müssen schon heute das ganze Spektrum einer möglichen, zukünftigen sozialen Bewegung abbilden. Das setzt allerdings mehr voraus als reine Bündnisbeziehungen. Woran wir arbeiten müssen, das ist eine übergreifende, organisierte linke Strömung in allen sozialen Bereichen.

5. Als letztes, aber bedeutendes Essential ist hier noch zu nennen: ein bedingungsloser Internationalismus. Aber dieser Internationalismus konstituiert sich nicht primär über inter- oder transnationale Beziehungen (so wichtig auch Strukturen wie die der Euro-Märsche sein mögen). Dieser Internationalismus hat seinen praktischen Ort zuallererst hier in der Bundesrepublik. Ein Kernelement davon ist der Kampf für umfassende soziale BürgerInnenrechte, die für alle gelten, die auf diesem Territorium leben - eine andere, radikal-demokratische Bestimmung von BürgerInnenrechten: nämlich unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Ein Inter-Nationalismus, der nur eine neue Nation konstituiert, und sei es eine Europäische Nation, widerspricht einer solchen universellen Orientierung.

Zum Schluß bleibt die Frage, warum sich mittlerweile fast alle linken Strömungen derart an die sozialstaatliche Rhetorik angepaßt haben, daß immerfort nur noch von einem "Sozialen Europa" als Zielvorstellung die Rede ist. Warum nicht wieder damit beginnen, offen auszusprechen, worum es uns geht, auch wenn wir den Weg dahin und die sozialen Kräfte, die ihn beschreiten können, derzeit nicht konkret bestimmen können? Warum sprechen wir eigentlich nicht offen von Sozialismus, und zwar von einem Sozialismus ohne Grenzen - eine Perspektive, die nicht an den Grenzen eines "Sozialen Europa" haltmachen kann?

Martin Rheinlaender

9. Faster, firmer, fairer. Britische Regierung paßt Flüchtlingspolitik Schengen an

Bündnis für Arbeit in den Niederlanden

Autor: dk. · Rubrik: Sozialpolitik; Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:04

Gerhard Schröder verheißt den Deutschen "eine neue Art nationaler Gemeinsamkeit", ganz "nach dem Vorbild der Niederlande". Und als arbeitsmarktpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen schwärmte auch Marieluise Beck von dem Land "gleich hinter der Grenze", das "mit größerem Erfolg gegen die soziale Spaltung gekämpft" habe als irgendein anderer Staat. Wenn vom niederländische "Poldermodell" die Rede ist, bekommen bundesdeutsche PolitikerInnen aller Couleur glänzende Augen: So viel Wirtschaftswachstum, so wenig Arbeitslosigkeit, so viel Bündnis für Arbeit.

Am 2. Juni 1999 besetzten niederländische AktivistInnen das Büro des niederländischen Zeitarbeitsmulti Randstad in Köln. Mit der Kritik an dem "Poldermodell" hat die Aktion gleichzeitig eines der Vorzeigeprojekte des europäischen, sozialdemokratischen Neoliberalismus attackiert.

Das Ziel dieser Aktion war durchaus mit Bedacht gewählt. Randstad ist nicht nur ein wichtiger Profiteur des "Poldermodells". Wie andere Zeitarbeitsfirmen auch steht Randstad darüber hinaus für eines der zentralen Standbeine dieses Modells, nämlich die weitgehende Flexibilisierung der Arbeit, "flexwerk" genannt. "Uitzendbureaus" (Versendebüros), wie die Sklavenhändler in den Niederlanden genannt werden, sind inzwischen nach der Metallbranche zu den größten Arbeitgebern im Land geworden. Innerhalb eines Jahres wuchs das Umsatzvolumen der Branche 1998 um 26%, von 1988 bis 1998 verdoppelten sich die vermittelten Arbeitsstunden auf 303 Millionen. Der Copy-Marktführer Rank Xerox etwa arbeitet mit bis zu 90% LeiharbeiterInnen.

Boomender Sklavenmarkt

Die Flex-Jobs sind durchaus tariflich reguliert. In den vergangenen Jahren haben die Gewerkschaften allen Flexibilisierungsvereinbarungen mit den Unternehmern zugestimmt. Jede Arbeitsstunde bei niederländischen Leiharbeitsfirmen ist steuer- und sozialversicherungspflichtig und führt zum Anspruch auf eine garantierte Grundrente. Eine Flex-Arbeitsstunde kostet die entleihende Firma ca. 10% mehr als bei Festangestellten. Dennoch liegt der Bruttostundenlohn in diesen Jobs durchschnittlich 20% unter denen festangestellter ArbeiterInnen. Die Differenz streicht das "Uitzendbureau" ein.

Dennoch ist "Flexwerk" für die Unternehmen attraktiv: Kündigungsfristen gibt es nicht, das Prinzip des Heuern und Feuern gilt uneingeschränkt; weder in Rentenfonds noch in die Krankenkassen muß eingezahlt werden. Quotierungen und Förderregelungen für benachteiligte Gruppen, etwa MigrantInnen, brauchen nicht beachtet werden; die Lohn- und Lohnnebenkosten werden durch befristete Arbeit kurzfristig gesenkt. Seit letztem Jahr haben Flex-ArbeiterInnen nach 18 Monaten Beschäftigung bei demselben Unternehmer zwar das Recht auf Festeinstellung, aber bis zur letzten Minute vor Fristablauf kann das Personal ausgewechselt werden. Nach einer Studie der Rotterdamer Erasmus-Universität greifen inzwischen 80% der Unternehmen in den Niederlanden auf LeiharbeiterInnen zurück, um die Lohnkosten zu senken.

Die Jobs bei den Leiharbeitsfirmen sind extrem unbeliebt. Selbst der Wissenschaftliche Rat der Regierung (WRR) kommt in seiner letzten landesweiten Auswertung flexibler Arbeitsverhältnisse in den Niederlanden zu dieser Einschätzung. Bei 80% der Flex-ArbeiterInnen ist es lediglich die Furcht vor der Arbeitslosigkeit, die sie in diese Jobs treibt. Doch trotz der vorhandenen Unzufriedenheit gelten flexible ArbeiterInnen auch in den Niederlanden als schlecht organisierbar. Die prekären und befristeten Beschäftigungsverhältnisse bei häufig wechselnden Unternehmen machen eine organisierte Interessenvertretung schwer, zumal die Gewerkschaften diesen ArbeiterInnen häufig wenig Verständnis entgegenbringen. Doch es gibt Gegenbeispiele. Bei Randstad haben sich TelefonistInnen organisiert und Gewerkschaften und Unternehmen unter Druck gesetzt. Sicherheitsmaßnahmen, Schulungen und die Übernahme von Rentenbeiträgen haben sie dem Multi abgetrotzt.

Bündnis für Sozialabbau

Von 1982 datiert der "Vertrag von Wassenaar", die Grundlage des "Poldermodells". In der Villa des Arbeitgeberpräsidenten stimmte Wim Kok, damals Chef des wichtigsten Gewerkschaftsverbandes FNV, heute sozialdemokratischer Ministerpräsident, dem "Waterloo der Gewerkschaften" (so damals der jetzige FNV-Präsident de Waal) zu. Gewerkschaften und Unternehmer verschrieben sich der "Verstärkung der Konkurrenzkraft der Unternehmen", einer "Verbesserung der Ertragslage" und flexibleren Arbeitszeiten. Während die Gewerkschaften Lohnbescheidenheit zusagten, vermieden die Unternehmer jede konkrete Aussage zum Thema 36-Stunden-Woche.

Sechs Jahre lang hatte die konservative Regierung Lubbers zuvor einen harten antigewerkschaftlichen Kurs in der Tarifpolitik gefahren und einen Lohnstop nach dem nächsten oktroyiert. Bis Wassenaar gab es so etwas wie Tarifautonomie in den Niederlanden nicht. Mit diesem Vertrag wurde die von Unternehmern und Gewerkschaften getragene "Stiftung der Arbeit" damit beauftragt, einvernehmlich neue Lohnerhöhungen zu errechnen. Die Regierung muß zwar noch zustimmen, tut das aber in der Regel. Diese Stiftung ist die Grundlage für das "Klima des Vertrauens", das seit 1982 das Verhältnis von Kapitalistenverbänden und Gewerkschaftsspitzen prägt. Die Empfehlungen der Stiftung gehen an den Sozialwirtschaftlichen Rat (SER), der im selben Gebäude sitzt und in dem neben den Tarifparteien auch Regierungsexperten, der Chef der Notenbank und der Direktor des Zentralen Planungsamtes (CPB) mit am Verhandlungstisch sitzen. Die Zahlen und Statistiken des CPB werden dabei von allen Beteiligten als Gesprächsgrundlage akzeptiert.

Über 80 Vereinbarungen sind seitdem zwischen beiden Vertragspartnern getroffen worden. So ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes über die Zunahme von Teilzeit- und Leiharbeit genauso einvernehmlich erfolgt wie die Kürzung des Arbeitslosengeldes, die Lockerung des Arbeitsrechts und des Ladenschlusses, die Privatisierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Privatisierung der Krankenversicherung oder die Einschnitte bei der Arbeitsunfallversicherung.

Neben der Arbeitsmarktflexibilisierung haben sich Staat, Gewerkschaften und Kapitalisten mit Wassenaar vor allem daran gemacht, die Staatsquote zu senken und die Sozialversicherungssysteme drastisch zu beschneiden. Vor allem ab 1994 und ab 1998 - mit den zwei "lila" Regierungen unter Wim Kok - sind tiefe Einschnitte in das soziale Netz vorgenommen worden, so etwa die Einschränkungen bei der Hinterbliebenenversicherung. Diese wurde 1997 auf Kinder unter 18 Jahren und Ehepartner, die älter als 47 Jahre sind, beschränkt.

Noch empfindlicher und umstrittener waren die Eingriffe bei der Arbeitsunfallversicherung (WAO). Nachdem die Konservativen die Wahl 1994 mit der Ankündigung verloren hatten, die WAO zu kappen, setzte der Sozialdemokrat Kok genau dieses um. Die bis dahin relativ großzügigen Zugangsvoraussetzungen für eine Frühverrentung wurden drastisch verschärft, die Beweislast auf die ArbeiterInnen abgewälzt, die Leistungen empfindlich gekürzt. Wer als nur "teilweise arbeitsunfähig" gilt, muß sich jährlich einer erneuten ärztlichen Prüfung unterziehen.

Im letzten Jahr haben Unternehmerverbände und Gewerkschaften der Regierung ein gemeinsames Papier vorgelegt, nach dem sowohl die Arbeitslosenversicherung als auch die Frühverrentung nach Arbeitsunfällen in Zukunft von privaten Unternehmen abgewickelt werden soll. Firmen schließen in Zukunft - nach Zustimmung der Gewerkschaften - Verträge mit privaten Versicherern. Ursprünglich sollten diese auch prüfen, ob ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder Frührente vorliegt. Doch diese Aufgabe verbleibt nun (noch) bei den staatlichen Arbeitsämtern. Dort müssen sich Erwerbslose und FrührentnerInnen melden und werden anschließend an die Versicherer weitergeleitet. Diese versuchen dann, die Betreffenden möglichst schnell wieder loszuwerden, d.h. sie in die Leiharbeit oder Fortbildungsmaßnahmen zu vermitteln. Ab dem Jahr 2001 haben die privaten Versicherer darüber hinaus die Möglichkeit, Erwerbslosen und FrührentnerInnen die Unterstützung zu kürzen oder zu streichen, wenn diese ihrer Bewerbungspflicht nicht nachkommen.

Geschönte Bilanz

Die oberflächliche und vielgepriesene Erfolgsbilanz des "Poldermodells" (Wachstumsraten von 3-4%, eine offizielle Erwerbslosenquote von knapp 5%) müssen Erwerbslose und ArbeiterInnen teuer bezahlen. Armut und soziale Polarisierungen haben in den Niederlanden dermaßen zugenommen, daß der katholische Bischof von Breda Hungernden, die Brot stehlen, öffentlich seinen Segen erteilt.

Während die Körperschaftssteuer für Unternehmen kontinuierlich von 55% auf heute 35% gesenkt worden ist, ist der Anteil der Haushalte "mit geringem Jahreseinkommen" (18.000 Gulden, ca. 16.000 DM) 1998 auf 16% angestiegen. Das niederländische Lohnniveau liegt 20% unter demjenigen der Bundesrepublik. Von 1982 bis 1998 sind die Löhne um magere 2% gestiegen, und auch für den Zeitraum von 1998 bis 2001 haben die Gewerkschaften einer Nominallohnerhöhung von nur 1,5% zugestimmt. Insgesamt ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen von 1982 bis 1994 um 21% gesunken. Der gesetzliche Mindestlohn ist auf 51% des Durchschnittslohns eines Fabrikarbeiters gesunken, und inzwischen müssen in den Niederlanden eine Million Haushalte mit diesem Mindestlohn auskommen.

Während die offiziellen Arbeitslosenstatistiken in den Niederlanden von 350.000 Erwerbslosen sprechen, bekommen andererseits 700.000 Menschen Arbeitslosenunterstützung. In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der EmpfängerInnen von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe um 10% gestiegen. Grund genug, um an den offiziellen Statistiken des CPB zu zweifeln. Nach der offiziellen OECD-Definition von Erwerbslosigkeit müssen die Menschen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen genauso mitgezählt werden wie die BezieherInnen von Frühinvalidenrente. Danach beträgt die Arbeitslosenquote in den Niederlanden 23 - 27%.

Der Abbau der offiziellen Arbeitslosigkeit geht nahezu ausschließlich auf das Konto von Teilzeit- und Leiharbeit. Von den zwischen 1994 und 1998 geschaffenen 450.000 Arbeitsplätzen waren über ein Drittel Teilzeitstellen. Die Frauenerwerbsquote stieg von 35 auf 55%. Der Preis dafür ist der Lohnverzicht, denn wie auch in der Bundesrepublik bedeutet Teilzeit eben keineswegs Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich. Darüber hinaus relativieren die Teilzeit- und Flex-Jobs auch die realen Arbeitsplatzeffekte, denn das reale Arbeitsvolumen stieg keineswegs im selben Umfang. Selbst der Wissenschaftliche Rat der Regierung kommt in Bezug auf "Flexwerk" lediglich auf eine Ausweitung des Arbeitsvolumens um allerhöchstens 1 - 2%.

Kok - Blair - Schröder

Für die Gewerkschaften bedeutet der Vertrag von Wassenaar "die Erfahrung, daß ausgerechnet unser Gegner uns rettete", so FNV-Chef Lodewijk de Waal. In der Tat zeigen die niederländischen Erfahrungen, daß die Gewerkschaften in einem korporatistischen Bündnis für Arbeit nicht "überflüssig" werden. Die neuen neoliberalen Regulationsmechanismen bedeuten keinesfalls ein "Ende der Gewerkschaften", ganz im Gegenteil.

Unter der Parole "Arbeit ist besser als Lohn" haben die niederländischen Gewerkschaften es aufgegeben, den Preis für die Ware Arbeitskraft möglichst hoch zu treiben. Sie sind statt dessen zum Teil eines Produktivitätspaktes geworden, in dem sie vor allem als Ordnungsfaktor eine wichtige Rolle spielen. Denn schließlich müssen Lohnkürzungen, Flexibilisierungsmaßnahmen und Streichung der Sozialeinkommen gegen die ArbeiterInnen durchgesetzt werden, ohne daß es zu "Verwerfungen" in der Produktion kommt. Gewerkschaftliche Neugründungen oder wilde Streiks wie bei den Krankenschwestern und den Rotterdamer Hafenarbeitern zeigen, wie notwendig eine gewerkschaftliche Abfederung und Durchsetzung der neuen Ausbeutungsformen ist. Der Hafenarbeiterstreik von 1998 ist nicht zuletzt auch durch die Gewerkschaften gebrochen worden.

Das Beispiel Niederlande zeigt zweierlei: Zum einen erfüllen die Gewerkschaften eine eminent wichtige Funktion bei der Modernisierung der Ausbeutung wie auch bei ihrer Umsetzung. Zum anderen zeigt es sich, daß ein Bündnis für Arbeit eine ausgesprochen ungleichgewichtige Angelegenheit ist. In den Niederlanden haben die Gewerkschaften letztlich immer die Vorgaben der Kapitalisten nachvollzogen. Jeder "Kompromiß", jede Vereinbarung zementierte das Primat der Unternehmensbedürfnisse und zwar mit nur einer Gegenleistung: Die Gewerkschaften dürfen bei der Abwicklung der Maßnahmen dabei sein.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle des Staates, der als neutraler Mittler auftritt und die Vorschläge der Tarifparteien (d.h. die Vorschläge der Unternehmensverbände) in Gesetzesform gießt. Ab und an sieht man ihn auch als Schlichter, wenn es mal nicht zu einer konsensualen Empfehlung kommt. Im "Poldermodell" sind Kapital und Gewerkschaften direkt an den Regierungsgeschäften beteiligt, der "keynesianische Deal" der 60er und 70er Jahre wird durch einen "postfordistischen Deal" ersetzt: Direkte Regierungsbeteiligung und ein "Klassenkompromiß", in dem die Gewerkschaften Ruhe in der flexibilisierten

Ausbeutung garantieren und dafür sozialstaatliche Regulierung auf niedrigstem Niveau (Grundeinkommen, Grundrente, Mindestlohn...) bei allgemeiner Arbeitspflicht erhalten.

dk.

10. "Druck macht beweglich." Der Arbeitszwang wird ausgeweitet

Autor: Christa Sonnenfeld · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:21

Erzwungene Arbeitseinsätze für Bezieher und Bezieherinnen sozialer Leistungen sind inzwischen zum festen Bestandteil des sozialen Sicherungssystems geworden. Es handelt sich dabei um einen staatlich organisierten Zwang zu Niedriglöhnen und ungeschützter Beschäftigung. Bei Verweigerung werden die Sozialleistungen gekürzt oder gar ganz gestrichen. Die Abhängigkeit von diesen Transfers ist so der Hebel, mit dem der Arbeitszwang durchgesetzt wird. Die Einschränkung sozialer und ziviler Grundrechte wird in der breiten Öffentlichkeit weitgehend hingenommen; es scheint allgemein akzeptiert zu sein: Wer soziale Leistungen bezieht, muß die Verletzung von Grundrechten in Kauf nehmen.

Die seit dem 1. April 1997 geltenden Zumutbarkeitsbestimmungen im Arbeitsförderungsrecht haben den Berufs- und Statusschutz für Erwerbslose endgültig aufgegeben. Seitdem muß bereits nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit eine Tätigkeit akzeptiert werden, die nur noch in der Höhe des Arbeitslosenunterstützung entlohnt wird. Erworbene Abschlüsse, Kenntnisse und Interessen sind völlig irrelevant. Die Verarmungsspirale wird beschleunigt: Da jetzt auch Zeitverträge akzeptiert werden müssen, ist die kommende erneute Erwerbslosigkeit absehbar. Die Arbeitslosenunterstützung wird dann aber nach dem letzten Einkommen berechnet. Die Sozialhilfebedürftigkeit rückt immer näher. Neben der Verarmung bedeutet diese Verordnung auch eine tiefe Demütigung auf psychischer Ebene, weil der eigene Wert nur noch zur verfügbaren Masse wird. Der Berufsschutz wurde ersetzt durch das Kriterium der Arbeitsfähigkeit, - weder Qualifikation noch Interessen und Fähigkeiten sind ausschlaggebend, sondern allein die körperlich-seelische Verfügbarkeit.

Zwang "als Hilfe"

Die Arbeitsverpflichtung ist von Beginn an elementarer Bestandteil des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG). Unter dem Titel "Hilfe zur Arbeit" ist dort zum einen die sog. gemeinnützige Arbeit vorgesehen, zum anderen die befristeten Beschäftigungen mit arbeitsrechtlichem Schutz und Sozialversicherungsbeiträgen. In beiden Bereichen gilt grundsätzlich jede Arbeit als zumutbar; Qualifikations- und Berufsschutz hat es für SozialhilfebezieherInnen nie gegeben.

Im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit können die Sozialämter Hilfeempfängerinnen dazu zwingen, für eine bis vier DM in der Stunde zusätzlich zur Sozialhilfe auf Sportplätzen und Friedhöfen, beim Gartenbauamt oder den Wohlfahrtsverbänden für maximal drei Monate zu arbeiten. Statt eines Lohns wird eine Mehraufwandsentschädigung zur Sozialhilfe gezahlt, die Betroffenen verbleiben also im Sozialhilfebezug. Es handelt sich weder um arbeitsvertraglich begründete Arbeitsverhältnisse, noch werden Sozialversicherungsbeiträge entrichtet. Der Zwang wird durch abgestufte Sozialhilfekürzungen bis hin zur völligen Einstellung der Leistungen durchgesetzt.

Nach einer Hochrechnung des Deutschen Städtetages wurden 1996 bundesweit knapp 94.000 SozialhilfeempfängerInnen zu "gemeinnütziger Arbeit" gezwungen (im Vergleich: 1993 waren es ca. 50.000 Personen). Die Zahl dürfte im Jahr darauf noch höher gewesen sein, allein in Berlin wurden 1997 ca. 70.000 Personen in "gemeinnütziger Arbeit" gezählt (1992: 30.000 Personen).

Ein Großteil der Kommunen sieht die gemeinnützige Arbeit als Vorschaltmaßnahme zu den sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten in kommunalen Beschäftigungsgesellschaften. Andere Varianten solcher befristeten Beschäftigungsverhältnisse bestehen z.B. darin, SozialhilfeBezieherInnen an Unternehmen, Vereine, Schulen, an die Deutsche Bahn AG u.a. auszuleihen oder sie an Leihfirmen selbst zu vermitteln. Gleichgültig, um welche Einsatzorte es sich handelt: Auch sie werden unter Androhung des Leistungsentzugs durchgesetzt. Bezahlt werden sog. Haustarife, die allerdings immer unter dem öffentlichen Tarif liegen. In der Beschäftigungsgesellschaft "Werkstatt Frankfurt" sind es 80 % des Tariflohns und weniger. In Berlin wird ein Monatslohn von 2.140 DM brutto bezahlt. Die Einkommen bewegen sich durchweg im Niedriglohnbereich. In der Regel sind die Arbeitsverhältnisse zwischen einem halben und zwei Jahren befristet.

Insgesamt nahmen die Maßnahmen im Rahmen der "Hilfe zur Arbeit" von 1993 bis 1996 um 67 % zu. In Frankfurt werden seit April 1998 Sozialhilfeberechtigte bereits bei Antragstellung in gemeinnützige Arbeit oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt bzw. an Unternehmen ausgeliehen, die dann lediglich die Verpflichtung übernehmen, dem Sozialamt ggf. eine Arbeitsverweigerung zu melden. In Chemnitz werden im Anschluß an die "gemeinnützige Arbeit" für ein Jahr Arbeitsverträge "angeboten", wobei die Lohnkosten vom Sozialamt, vom Europäischen Sozialfond und dem Betrieb getragen werden. Der Unternehmer entscheidet allein, ob er den Vertrag auf diesen Zeitraum befristet oder nicht.

Öffentliche Stellen sind nicht nur bemüht, derartigen Druck zu erzeugen, daß Personen aus dem Leistungsbezug "aussteigen" oder erst gar keinen Antrag stellen. Durch die Finanzierung einzelner befristeter Arbeitsplätze sollen auch Sozialhilfekosten gespart werden: Die dort Beschäftigten sind im Anschluß zumindest arbeitslosenhilfeberechtigt und belasten somit nicht mehr den städtischen Haushalt - bis sie wieder einen Antrag auf ergänzende Sozialhilfe stellen müssen, weil die Leistungen des Arbeitsamtes nicht zum Leben reichen. Nach einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) im Jahr 1994 besteht der begründete Verdacht, daß reguläre kommunale Arbeitsplätze mit solchen Hilfskräften abgebaut bzw. keine neuen geschaffen werden. Nach dieser Untersuchung setzte man sie als Urlaubsvertretungen beim Sport- und Gartenamt ein, zu Renovierungsarbeiten an Schulen, als Putzdienste in Kindergärten oder zu Büroarbeiten bei Wohlfahrtsverbänden.

Spargel stechen

und Trauben lesen

Seit dem 1. Juli 1996 ist der erzwungene Arbeitseinsatz auch für BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe unter der Bezeichnung "Arbeitnehmerhilfe" als Teil des neuen Sozialgesetzbuches (SGB) III rechtskräftig. Auch hier ist der Berufs- und Statusschutz aufgehoben. Die Arbeitslosenhilfe wird in der Zeit des Einsatzes nicht weiter bezahlt, die Statistik wird damit "entlastet". Anschließend gelten die betreffenden Personen als Neuzugang. Das Arbeitsamt zahlt zum Lohn eine tägliche "Aufwandsentschädigung" von 25 DM pro Tag. Dies ist kein Lohnbestandteil: Wird die Person im Einsatz z.B. krank, entfällt diese Aufwandsentschädigung. Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden nicht anteilig ausbezahlt. Ein Einsatz kann inzwischen - durch Beschluß der neuen Bundesregierung - länger als drei Monate dauern. Eine erneute Beschäftigung muß ein anderes Arbeitsgebiet umfassen, nicht aber einen anderen Arbeitgeber, d.h. sie kann faktisch von einem Unternehmen über längere Zeit mit einer Person ausgefüllt werden. Es werden keine Qualifikationen und keine Berufsperspektiven erworben. Und: Die Arbeit wird mit Zwang durchgesetzt. Bei einmaliger Weigerung folgt eine dreimonatige Leistungssperre, bei nochmaliger Verweigerung wird die Leistung ganz eingestellt. Verweigert werden kann die Arbeit nur, wenn der Lohn zusammen mit der Aufwandsentschädigung niedriger ist als die Arbeitslosenhilfe.

Ende November 1997 erließ die alte Bundesregierung ergänzend dazu eine "Sonderregelung", die zumindest noch für 1999 gilt: Danach wird die Maßnahme auf BezieherInnen von Arbeitslosengeld ausgeweitet, und zwar bereits nach sechs Monaten ab Beginn der Erwerbslosigkeit. Diese Sonderregelung enthält auch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Es wird zwar eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden zugrunde gelegt, die Verteilung auf die fünf Arbeitstage bleibt aber ungeregelt. Man will die Einsätze offenbar flexibel an den unternehmerischen Interessen ausrichten.

Vor allem sind es Ernteeinsätze, aber auch im Gartenbau und in der Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättenbereich, auf Messen oder in Konservenfabriken werden Erwerbslose eingesetzt. Die Unternehmer zahlen den jeweils üblichen, vereinbarten Lohn, wobei in den verschiedenen Bundesländern die Bezahlung stark differiert. In Hessen sind es 10,09 DM brutto pro Stunde, in Bayern und Rheinland-Pfalz 8,75 DM und in Brandenburg 5,85 DM in der Landwirtschaft. Unklar bleibt, ob der Lohn tatsächlich bezahlt wird und ob auch Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden. Die Bundesanstalt für Arbeit erklärte dazu, daß die Personen im Einsatz keine Arbeitslosen mehr seien. Die Arbeitsämter seien deshalb nicht mehr zuständig und würden die Arbeitsverhältnisse nicht überprüfen. Arbeitsrechtliche Konflikte müßten vor den Arbeitsgerichten geklärt werden - wie in jüngster Zeit in Darmstadt geschehen: Dort hatte ein Erwerbsloser das Spargelstechen verweigert, u.a. weil nach seiner Auffassung ein städtischer Gutshof auch den kommunalen Tarif zu zahlen habe.

Ob es zu einem schriftlichen Arbeitsvertrag kommt, bleibt dem jeweiligen Bauern bzw. Unternehmer überlassen. Das Arbeitsamt verlangt lediglich eine Bescheinigung, daß der oder die Beschäftigte die erforderliche Zeit gearbeitet hat. Es herrscht offenbar ein regelloser Zustand, weil sich niemand zur Kontrolle der Arbeitsverhältnisse verpflichtet sieht. Von der Gewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt war nicht einmal eine Stellungnahme zu erhalten.

Der Hessische Bauernverband sieht dieses neue Gesetz nicht gerne. Mit der bisherigen Regelung, für befristete Zeit ausländische SaisonarbeiterInnen einzustellen, war man durchaus zufrieden. Nunmehr hat das Arbeitsministerium verfügt, daß ab 1998 mindestens 10% der SaisonarbeiterInnen deutsche Arbeitslose sein müssen. Inzwischen nehmen die Forderungen von seiten der Bauern und ihres Verbandes zu, diese Beschränkung wieder rückgängig zu machen: Die deutschen Erwerbslosen seien sich zu fein für diese Arbeit und produzierten Ausfälle; zudem könne man sich nicht auf Arbeiter verlassen, die gezwungenermaßen auf dem Feld seien.

Die Einsätze liefen bundesweit im Herbst 1996 noch zögerlich an. Die Bundesanstalt für Arbeit sieht das Problem vor allem darin, daß es sich - wie z.B. beim Spargelstechen - um schwere körperliche Arbeiten handle und man deshalb Erwerbslose mit gesundheitlichen Einschränkungen nicht einsetzen könne; darüber hinaus sind in manchen Regionen die Löhne so niedrig, daß selbst mit der täglichen Aufwandsentschädigung das Einkommen unter der Arbeitslosenunterstützung liegt, der Einsatz kann also abgelehnt werden. Wenn man davon ausgeht, daß Mitte 1997 die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe bundesweit 923 DM betrug (Ost: 876 DM, West: 970 DM), dann läßt sich leicht vorstellen, wie niedrig die Einkommen in diesen Fällen bei den Einsätzen sind.

Von September 1996 bis Juli 1997 wurden insgesamt bundesweit 4.597 Personen zu Saisonarbeiten aufgefordert, tatsächlich wurden in diesem Zeitraum dann 2.188 Personen eingesetzt. Die Bundesanstalt für Arbeit sprach im Sommer 1998 von 6.000 Einsätzen seit Jahresbeginn (1997 insgesamt: ca. 8.000 Einsätze). Die alte Bundesregierung hatte für die "Arbeitnehmerhilfe" im Bundeshaushalt 1998 einen Betrag von 50 Millionen DM bereitgestellt. Dabei wurde davon ausgegangen, daß etwa 760.000 LeistungsbezieherInnen unter 35 Jahren in Saisonarbeiten vermittelbar sind.

Arbeitszwang

gegen "Anfechtungen"

Es drängt sich die Frage auf, warum trotz unzähliger Stellengesuche bei ständig schwindenden Arbeitsplätzen der Arbeitszwang eine so große Rolle spielt. Zunächst einmal geht es um das Herausdrängen aus dem Leistungsbezug und damit um immense Einsparungen. Es wird geschätzt, daß ca. ein Viertel der Sozialhilfebezieher die erzwungenen Arbeiten ablehnen oder bereits im Vorfeld ganz auf einen Sozialhilfeantrag verzichten. Da die Anordnung zum Einsatz im Ermessensspielraum der jeweiligen Sachbearbeiter liegt (auch bei der Anordnung der "Arbeitnehmerhilfe"), entsteht eine Atmosphäre des Verdachts, der Disziplinierung und der unwürdigen Behandlung. Schon derartige Faktoren können Menschen daran hindern, einen Antrag auf Hilfe zum Lebensunterhalt zu stellen, obwohl sie einen Rechtsanspruch hätten.

Der Zwang, der gegenüber Erwerbslosen ausgeübt wird, zeigt auf subtile Weise auch bei den Erwerbstätigen Wirkung: Um diesen drohenden Repressalien nicht ausgesetzt zu sein, sind sie umso mehr bereit, schlechte Arbeitsbedingungen, fehlende Mitbestimmung und Lohnsenkungen zu akzeptieren.

Im Arbeitszwang wird darüber hinaus eine Arbeitsethik transportiert, die Konkurrenz und Leistungsdenken intensiv vorantreibt. Es wird suggeriert, daß sich wachsende Ungleichheit eben aus unterschiedlichen Fähigkeiten ergibt. Pierre Bourdieu sieht hier einen neuen Sozialdarwinismus, wonach die Fähigsten Arbeit haben, und diejenigen ohne Arbeit unfähig sind. Noch als stellvertretender Vorsitzender der IG-Metall bekräftigte der jetzige Arbeitsminister Walter Riester diese Ideologie: "Grundsätzlich halte ich die Überlegung, daß Menschen, die arbeitsfähig sind und soziale Leistungen erhalten, sich in der Gesellschaft nützlich machen sollten, für richtig". Die Botschaft faßt Fuß, diejenigen, die Arbeit haben, fühlen sich privilegiert, und diejenigen, die ohne Arbeit sind, bleiben auf Dauer an die Arbeitsmoral gebunden - sie wollen dazugehören, egal zu welchem Preis.

In der Umkehrung bedeutet der Arbeitszwang im Bewußtsein das Ende von Müßiggang, zweckfreien oder "nutzlosen" Tätigkeiten. Der Sinn des Menschen liegt in seiner Nützlichkeit und Verwertbarkeit; Werte wie Zeitgewinn oder Zeitsouveränität haben heute kaum mehr Bedeutung.

Letztlich wird durch den Zwang zur Arbeit auch der Niedriglohnsektor personell "bedient". Wann würde denn jemand für 10 DM brutto pro Stunde Müll sortieren, wenn er davon nicht leben kann, wenn er andere Berufsvorstellungen hat oder eine Ausbildung abgeschlossen hat? Doch nur, wenn das Sozialamt die Klienten zu einer Leihfirma schickt, die dann dieses Arbeitsfeld zuweist - unter der Androhung, daß bei Verweigerung die Sozialhilfe ganz gestrichen wird. Mit dem Zwang wird verdeutlicht, daß man das Beharren auf dem Berufsschutz und einem existenzsichernden Lohn nicht länger hinnehmen will. Der Staat tritt damit als Förderer des Lohndumpings auf, und für die Unternehmen erschließt sich in großem Umfang die Möglichkeit, Tätigkeiten, die bislang höher bezahlt waren, kostengünstiger zu besetzen und einen neuen Niedriglohnsektor zu etablieren.

Die durch den Wohlfahrtsstaat geförderte Anspruchshaltung - so die Meinung vieler Politiker und Medienvertreter - habe zur Passivität und einem Verlust an Freiheit geführt. Es müsse deshalb an die Pflichten gegenüber der Gemeinschaft erinnert werden: "Die Pflichtwerte gewinnen wieder an Bedeutung gegenüber dem, was die Soziologen so schön ‚Selbstverwirklichungswerte` nennen... Gerade unsere Jugend ist wieder bereit, sich für die Gemeinschaft einzusetzen" (Roman Herzog). Staatliche Vorsorge und soziale Sicherung haben danach eine Verantwortungslosigkeit geschaffen, der es gegenzusteuern gilt. Gemeint sind zunächst ehrenamtliche Tätigkeiten wie Krankenpflege, Hilfsdienst in Altenheimen u.a. gemeint, die vorrangig weggesparte, qualifizierte Stellen einnehmen sollen.

Doch die Rede von den Pflichten für die Gemeinschaft entzaubert schnell den schönen Schein von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit: Die Appelle suggerieren Verantwortungslosigkeit, wenn man derartige Pflichten nicht erfüllt. Die Hemmschwelle zum Zwang ist schnell überwunden. Dies läßt auch eine Forderung von Daniel Cohn-Bendit 1996 vermuten, wonach ein "soziales Pflichtjahr" für junge Frauen und Männer einzuführen sei, um einer "Entsolidarisierung der Gesellschaft" entgegenzutreten. Die Neubelebung des Pflichtgedankens ist quasi die Begleitmusik für Sozialabbau und Zwang. Zwar meint eine moralische Pflicht noch nicht den "Zwang". Doch freiwillige Unterwerfung und Selbstkontrolle sind gefordert, und das bereitet einer Zustimmung zum Arbeitszwang den Weg.

Mehr denn je gibt es einen moralischen Aspekt der Arbeit: Sie dient heute der Selbstverwirklichung und ist unentbehrlich für das Selbstwertgefühl - so wird uns zumindest suggeriert. Je knapper existenzsichernde Arbeitsplätze werden, umso mehr wird "Arbeit" moralisch aufgeladen. Erwerbslose dürfen sich nicht in der Arbeitslosigkeit einrichten. Man befürchtet ein "moralisches Risiko" und zwar nicht allein wegen des Leistungsmißbrauchs, sondern weil Erwerbslose sich einen "Gewinn an Freizeit erhoffen" könnten und, weil sie nicht mit genügend Nachdruck eine Stelle suchten, so die Autoren des Berichts an den Club of Rome 1998.

Was Max Weber mit dem protestantischen Credo "Arbeit schützt vor Anfechtungen", meinte, findet hier seinen modernen Ausdruck. Angesichts von Millionen Erwerbslosen sind die Anfechtungen verstärkt in den Blick geraten. Freie Zeit könnte Gedanken an das Wesen entfremdeter Arbeit aufkommen lassen, könnte Widerständiges entstehen lassen. Wenn, wie in der Zeit kürzlich vermutet, gerade unter jungen Erwachsenen die Vorstellung wächst, auch ohne Lohnarbeit und Berufsbindung klar zu kommen, dann muß aus herrschender Sicht gegengesteuert werden.

Grundrechte

nur nach Vorleistung

Angesichts des praktischen und ideologischen Vormarsches des Arbeitszwangs zeigt sich u.a. auch, wie doppelbödig eine Forderung nach einem "Recht auf Arbeit" ist. Erfahrungen auch in Nachbarländern zeigen, daß ein solches Recht immer mit dem Arbeitszwang gekoppelt ist. In Dänemark z.B. hat jedeR nach spätestens einem Jahr, Jugendliche bereits nach sechs Monaten, das Recht auf ein Arbeitsangebot, gleichzeitig aber auch die Pflicht, dieses "Angebot" anzunehmen. Eine derartige Koppelung haben auch Lafontaine und Müller zu Beginn der rot-grünen Bundesregierung befürwortet: "Der Staat muß ... die Verantwortung dafür übernehmen, daß jeder Bürger sein Recht auf Arbeit einlösen kann, und für Vollbeschäftigung sorgen. Dann muß dem Staat aber zugestanden werden, diejenigen Bürger zur Arbeit zu

verpflichten, die zwar von der Gesellschaft leben, ihr aber ihre Leistung verweigern wollen. Die Pflicht zur Arbeit kann nur einfordern, wer vorher Arbeit angeboten hat".

Es wird eine Geschäftsbasis unterstellt, in der es ein Geben und Nehmen zwischen Staat und Individuum gibt. Daß es sich dabei um ein Zerrbild handelt, darauf hat Volkmar Deile von amnesty international sehr zu Recht hingewiesen: Offenbar werden heute Grundrechte hinfällig, wenn Menschen sich nicht an ihre "Pflichten" halten. Grundrechte sind aber keine Belohnung für Wohlverhalten. Die Pflichten werden in Zusammenhang mit den Rechten gedacht, anstatt sie klar voneinander zu trennen und damit die Unveräußerlichkeit der Grundrechte klarzustellen. Nach wie vor hat nämlich Art. 12 des Grundgesetzes Bestand, wonach niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden darf - auch nicht durch die Einschränkung des Leistungsbezugs.

In den zahllosen Stellungnahmen von PolitikerInnen fällt auf, daß sich um den Begriff des Zwangs herumgewunden wird. Der Geschäftsführer der Lübecker Beschäftigungsgesellschaft will klarstellen, daß kein Sozialhilfebezieher zur Arbeit gezwungen werde. Es handle sich deshalb weder um "Arbeitszwang" noch um "Arbeitspflicht": "Richtig ist nur: Wer nicht arbeiten will, erhält weniger oder keine Leistungen vom Staat." Viel zutreffender findet er deshalb die Bezeichnung "kontrollierte Hilfe, Menschen wieder in Arbeit zu bringen". Auch das erwähnte Saarländische Programm für junge Arbeitslose spricht von "Hilfeplänen" und von einem "Ticket in die Gesellschaft"; man unterbreitet "Angebote" und streckt die vermeintlich helfende Hand aus.

Auch in dem eingangs erwähnten Beispiel der Stadt Chemnitz will man helfen, scheut aber im dortigen Beschäftigungsmodell nicht den Vergleich zur "Arbeitsfürsorge" aus dem Ende der Weimarer Republik und legt sie sogar als Maßstab für die eigene Beschäftigungspolitik an. Auf einer Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge im September 1996 referierte ein städtischer Beigeordneter über das Chemnitzer Modell und erinnerte an 1932, wo man "auf ähnliche Herausforderungen mit durchaus vergleichbaren Lösungen reagiert(e) wie heute". Danach präzisierte er die Maßnahmen der "Arbeitsfürsorge", und zwar im Vergleich:

- " Notstandsarbeiten, die eher der heutigen ABM nahekommen,

- Fürsorgearbeiten, die der heutigen ASS (Arbeit statt Sozialhilfe) vergleichbar wären,

- Pflichtarbeiten, die vor allem Frauen in Nähstuben usw. beschäftigte und

- den Freiwilligen Arbeitsdienst, der im wesentlichen unter 25jährige Männer ansprach."

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) äußerte vor einiger Zeit, daß, wer von staatlichen Leistungen abhängig sei, kein echter Bürger sein könne, da er nicht frei und selbständig handle. Ich fürchte, daß diesem Gedankengang inzwischen viele folgen werden. Die Angst vor sinkendem Einkommen und damit sinkendem Sozialstatus führt zu einer gewissen Verrohung gegenüber denjenigen, die bereits davon betroffen sind. Erfolgreich wurde suggeriert: Es gibt keine Alternative zu Ungleichheit und zum Zwang. Man läßt sich Grundrechte nehmen, weil es dem Gemeinwohl dient.

Nach meiner Erfahrung in einer Beratungsstelle für Erwerbslose und Sozialhilfe-BezieherInnen, die sich seit vielen Jahren um die Mobilisierung von Protest bemüht, wird die erzwungene Arbeit vom Großteil der Erwerbslosen ohnmächtig hingenommen, - sicherlich auch deshalb, weil eine individuelle Verweigerung eine existentielle Bedrohung darstellt. Ohnmacht, das heißt ganz konkret, daß es keine akzeptierte gesellschaftliche Gruppierung gibt, die sich für die Attacken auf die BezieherInnen sozialer Leistungen sonderlich interessiert, die den Berufsschutz verteidigen will oder die Sicherung ihrer Freiheitsrechte einfordert. Es fehlen hierzulande auch die Einzelpersönlichkeiten, die den Erwerbslosen ihre gesellschaftlich anerkannte Position zur Seite stellen und damit deren soziale Lage aus der Sphäre des Mitleids herauslösen könnten. Die Aufgabe einer solchen Opposition wäre es auch klarzumachen, daß es universelle Rechte geben muß, die den Zwang ausschließen und die nicht an Erwerbstätigkeit gekoppelt sind.

Christa Sonnenfeld

Die Autorin ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und Mitglied im Arbeitsausschuß des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Sie war langjährige Mitarbeiterin im Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ). Der hier abgedruckte Text ist die von der ak-Redaktion gekürzte Fassung eines Artikels, der in der Dokumentation der Jahrestagung 1998 des Komitees für Grundrechte und Demokratie unter dem Titel "Soziale

Ausgrenzung, Solidarität und Sicherheit" erschienen ist. Bestelladresse: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln. Die Dokumentation kostet 15 DM. Die Langfassung dieses Beitrages ist auch über http://www.labournet.de erhältlich.

11. Jugendbildung à la Daimler-Chrysler

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:37

Nicht mit mehr Lehrstellen und Arbeitsplätzen, sondern mit LAB. 01, einem mobilen Projekt für die erste Weltausstellung in Deutschland - die EXPO 2000 in Hannover - engagiert sich der Konzernriese DaimlerChrysler zur Zeit "für die Zukunft der jungen Generation". Das futuristische, zwölf Meter hohe Gebäude ist seit Juli auf Europatour. Sein Engagement läßt sich der Konzern einiges kosten: nach Angaben des Sprechers John Will mehr als 30 Millionen Mark. Das übertrifft die Pflichteinlage der EXPO-Weltpartner, zu denen auch DaimlerChrysler gehört.

"Discover the next" lautet das Motto der Wanderausstellung, die bis Sommer des nächsten Jahres in acht europäischen Metropolen zu sehen sein wird: nach Berlin und Köln nun noch in Hamburg, Warschau, Dresden, Barcelona, Brüssel und letztendlich auf der EXPO in Hannover. Die "Entdeckung der Zukunft" beginnt in dem an eine Forschungsstation erinnernden Komplex mit einer "Virtual Shower", einer "virtuellen Dusche". Was in der Broschüre zur Ausstellung mit esoterischen Beschwörungsformeln als "Leben ist Bewegung. Bewegung ist Leben. [...] Das Abenteuer beginnt im Kopf" angepriesen wird, entpuppt sich als Trommelfeuer auf die Sinne: In einem Wandelgang durch einen verspiegelten Tunnel wird phonstarker Techno mit unzählbaren "beats per minute" gespielt. Danach beginnt die Gehirnwäsche.

Mit pulsierenden Bildsequenzen und interaktiven Exponaten sollen "Kinder und Jugendliche die Zukunft bereits heute hautnah erleben" und sich mit "Phantasie und Visionen aktiv an ihrer Gestaltung beteiligen". Ängste vor Umweltverschmutzung, Atomkrieg und Arbeitslosigkeit sind da fehl am Platz, denn die Zeiten "der NO-future-Kids sind vorbei", konstatiert Klaus Mangold, Vorstandsmitglied bei DaimlerChrysler und verantwortlich für das EXPO-Engagement des Konzerns. Technische und naturwissenschaftliche Errungenschaften sollen vielmehr die Jugend motivieren, ihre "mentale Mobilität" zu entwickeln, erklärt Mangold weiter. Die junge Generation, so ist weiter zu erfahren, soll sich kritisch mit ihrer Rolle in der Gesellschaft auseinandersetzen, um dort "ihren Platz" zu finden. Die Gesellschaft selbst ist hingegen nicht mehr Gegenstand der Kritik. Die zentralen Zukunftsfragen reduziert der Konzern auf das Individuum und seine Verwertbarkeit: "Wie sieht mein Leben in zehn Jahren aus? Welchen Beruf werde ich wohl ausüben?"

Der Multi wartet mit etlichen Erfolgsbiographien auf. "Personal Visions" heißt dieser Teil der Ausstellung. Dovren Baptist, 32 Jahre alt, ist Interface-Designer. Er kümmert sich um die effektive Verbindung zwischen Mensch und Maschine. Sein Bestreben ist es, Gedanken auf möglichst direktem Weg umzusetzen. Die 28-jährige Marion Wallmann ist Faser-Forscherin. Sie reist zwischen internationalen Modenschauen und Chemielabors umher. Wallmann ist eine gemachte Frau, denn weltberühmte Designer haben immer "ein offenes Ohr" für sie. Auch Ellen de Maie ist mit 27 Jahren bereits eine festangestellte Bild- und Tondemanipulatorin; Michael Schmock hat es mit 34 zum Welten-Architekt gebracht, der an der Planung einer interplanetarischen Hotelkette arbeitet. In der schönen, neuen Welt scheint alles möglich, solange man genügend "Neugier und Pioniergeist" entwickelt. Kein Hinweis deutet darauf hin, daß sämtliche Biographien reine Erfindungen sind.

Wer es trotzdem zum Traffic-Navigator bringen möchte, kann seine Qualifikationen in einem computersimulierten Planspiel testen. Die simple Machart des Spiels verhindert Frustration und garantiert den schnellen Erfolg. Es geht um virtuelle Mobilität - "höher, schneller, weiter", heißt es im Begleittext. Zwischen einem Wohnviertel, Erholungsgebiet und einer Industriezone soll eine verkehrsgünstige Verbindung geschaffen werden. Zur Auswahl stehen weder Untergrund- noch Straßenbahnverbindungen, schon gar nicht Fahrrad- und Fußgängerwege. DaimlerChrysler hat dafür gesorgt, daß Kinder und Jugendliche zwischen Auto- und Busverkehr wählen müssen. Verloren hat, wer zwischen Erholungsgebiet und Industriezone eine Autobahn baut, denn die wird kaum frequentiert. Nur befahrene Straßen sind ein Volltreffer.

In der Abteilung "Shelf of inventions" werden die neuesten Erfindungen vorgestellt. Die Vereinnahmung zukunftsweisender Technik durch DaimlerChrysler kennt keine Grenzen: Neben Solar- und wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen und der optischen Darstellung von Nanometern (einem milliardstel Meter) findet sich ein Gehörlosen-Datenhandschuh, der Zeichensprache per Computer in gesprochene Sprache umsetzt. In einer Ecke können Jugendliche unter fachlicher Anleitung einen Roboter zusammenbauen, der sich anschließend über den Tisch bewegt. "Die Koordinationsfähigkeit ist noch nicht mal

auf dem Niveau eines Insektengehirns", deutet ein Begleittext die schier unbegrenzten Möglichkeiten. Die Schattenseiten des technischen Fortschritts sind nicht von Belang: daß die meisten dieser Techniken zunächst vor allem in der Rüstungsindustrie entwickelt wurden, ist mit keinem Wort erwähnt.

Video und Musikkultur sind das Herz der Ausstellung und sollen Jugendlichen ebenfalls beispielhaft die Möglichkeiten einer steilen Karriere vor Augen führen. Mit ein bißchen Phantasie und dem nötigen technischen Equipment, einem "Personal Music Assistant" (PMA), so suggeriert LAB.01, kann jeder und jede ein Star werden. Ansonsten ist Musik vor allem eine Sache der "Komprimierung" der Instrumente: Vor einem Titelcover der legendären Rock-Formation Pink Floyd, auf der ein Schlagzeug-Set maximalen Ausmaßes zu betrachten ist, steht exemplarisch einer der notizblockgroßen PMA's für die "andere Epoche", die mit selbstprogrammierter Musik angebrochen ist.

Begleitet wird das Ausstellungsprogramm von Talkshows sowie Exkursionen in prosperierende Wirtschaftsunternehmen der umliegenden Kommunikations- und Verkehrsindustrie. Auch dort geht es um "Personal Visions", z.B. wie man "Musik zum Beruf machen" kann. Das hat wenig mit dem Lernen eines Instrumentes zu tun, vielmehr mit Marketing und Entertainment.

Für die Talkrunde, in deren Zuschauerraum sich gerade einmal zehn Jugendliche tummeln, hat DaimlerChrysler Kölner Prominenz aus dem Musik-Business eingeladen: Viva-Moderatoren, Musiker und ihre Manager reden unablässig von ihrem "coolen" Alltag, ihrer Karriere, von "Flexibilität" und daß man "Chancen nutzen" müßte. Als einer der Jugendlichen sich nach seinen konkreten Aussichten auf einen Job in der Branche erkundigt, wiegelt ihn die Moderatorin lapidar ab: "Wir sind doch keine Jobvermittlung".

Gerhard Klas

12. Zittern in Zittau. Antirassistisches Grenzcamp verstört die BürgerInnen vor Ort - das soll auch so sein

Antirassistisches Grenzcamp verstört die BürgerInnen - das soll auch so sein

Autor: Ivo Bozic · Rubrik: Rassismus-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:38

"Eine Art Kulturschock" titelte die Görlitzer Zeitung im letzten Jahr, als das Antirassistische Grenzcamp der Kampagne "Kein Mensch ist illegal!" nach Rothenburg an der Neiße in der Nähe der sächsischen Stadt Görlitz kam. Und ein Kulturschock war es auch diesmal wieder. In diesem Jahr allerdings fand das Camp 35 Kilometer weiter südlich bei Zittau statt. Doch auch dort wirkte es wie von einem anderen Stern heruntergebeamt. Insgesamt rund 1300 TeilnehmerInnen verzeichneten die VeranstalterInnen; gleichzeitig auf dem Platz mit bis zu 600 Menschen doppelt soviel wie 1998.

Wie im letzten Jahr kämpfte man an drei Fronten: Gegen den staatlichen Rassismus - also die Flüchtlings-, Asylpolitik und die BGS-Menschenjagd in der Grenzregion, gegen die rassistische Stimmung unter den BürgerInnen und gegen die organisierten Neonazis vor Ort. "Grenzen sind überkodierte Orte, und so haben auch praktische Interventionen im Grenzgebiet notwendigerweise einen starken symbolischen Charakter. Doch eröffnet sich dort zugleich ein weites Feld an Interventionsmöglichkeiten von Aktionen der Kommunikationsguerilla über klassische Aufklärung bis hin zur effektiven Störung. Und wenn die Grenzsicherung der Behördenpropaganda zufolge vor allem in der gezielt geschürten Denunziationsbereitschaft breiter Teile der Bevölkerung besteht, heißt Sabotage am Grenzregime eben auch, diese Denunziationsbereitschaft zu verstören." Soweit die programmatische Vorgabe aus dem Mobilisierungsflyer. Und bei aller nötigen Kritik: Diesen Vorgaben wurde das Grenzcamp 99 voll und ganz gerecht.

Platz

Als erste antirassistische Aktion muß der Kampf um den Platz angesehen werden. Die 550-Seelen-Gemeinde Lückendorf im Zittauer Gebirge wehrte sich mit Händen und Füßen gegen das Camp, das in ihrem Ort stattfinden sollte. Leider erfolgreich. Obwohl eine Wiese bereits seit Monaten gepachtet, Verträge mit Wasserwerken und anderen Versorgern abgeschlossen waren, verweigerte der zuständige Landrat in letzter Minute die Ausnahmegenehmigung, die für das Zelten im Landschaftsschutzgebiet notwendig ist. Alle Interventionen von Bundespolitikerinnen wie der Ausländerbeauftragten Marieluise Beck (Grüne) und der PDS-Bundestagsabgeordneten Angela Marquardt waren vergebens. Doch nicht nur das Landratsamt kämpfte gegen das Antirassistische Camp, auch die Bevölkerung Lückendorfs stellte sich geschlossen dagegen. Der jeder linksradikalen Gesinnung unverdächtige Verpachter der Wiese wurde im Dorf plötzlich nicht mehr gegrüßt, beim Volksfest wollte niemand auf seinem Wagen mitfahren. Und auch die Neonazis der Region machten mobil. Der Kreisverband der NPD Löbau-Zittau verteilte ein Flugblatt: "Linke Chaoten kommen nach Lückendorf."

Alle Bemühungen um ein Ersatzgelände verliefen erfolglos. Die örtliche PDS und einige Landtagsabgeordnete versuchten zu vermitteln - ohne Ergebnis. Schließlich half nur der Druck des Faktischen. Über hundert AntirassistInnen reisten bereits am Freitag an und belagerten die von der Polizei bewachte Lückendorfer Wiese. Als sie zu verstehen gaben, die Nacht auf dem angrenzenden Parkplatz zu verbringen, gab es plötzlich doch ein notdürftiges Ersatzgelände auf einem ehemaligen NVA-Übungsplatz in Zittau, ab Sonntag dann eine Wiese direkt an der B99 Richtung Görlitz. Erst diese Wiese war denn auch groß genug für die vielen inzwischen angereisten AktivistInnen.

CamperInnen

Versuchten letztes Jahr in Rothenburg noch ein paar FDJler aus Münschen ihr Glück mit Blauhemden und "Manifest"-Lesekreisen, ließen sich dieses Jahr keinerlei Angehörige kommunistischer Splittergrüppchen mehr blicken. Das antiautoritäre, undogmatische Spektrum war unter sich. Doch was heißt das schon?! Auch hier ist eine enorme Spannweite vorhanden: Von ostdeutschen Jungantifas, über westdeutsche Altautonome, Leute aus Flüchtlingsinitiativen, aus den ehemaligen Wohlfahrtsausschüssen, Antideutsche, MusikerInnen, bis hin zu Punks und Wagenplatzhippies. Letztere hatten sogar zwei Esel mitgebracht. Auch ein Altersdurchschnitt ließ

sich schwer ermitteln. Viele sehr junge Menschen, im vermutlich ersten Jahr ihrer Politisierung und zahlreiche Altkader, die seit 20 Jahren in der ersten Reihe stehen.

Nazis

Hörte und sah man in Rothenburg praktisch gar nichts von denen, fühlten sie sich dieses Jahr offenbar direkt provoziert. Kein Wunder, in Zittau sind die Nazis bestens organisiert, bekommen von der Stadt gar ein Zentrum finanziert. Nicht nur, daß sie im Vorfeld Stimmung gegen das Camp verbreiteten. Am Montag schossen Nazis aus einem fahrenden Auto mit einer Luftdruckwaffe auf parkende Wagen der CampteilnehmerInnen. Gegen die Zittauer PDS-Direktkandidatin für den Landtag, Juliane Wünsche, die sich für das Camp stark gemacht hatte, wurden Morddrohungen vorgebracht, auf einem Flugblatt ihre vollständige Adresse angegeben.

Öffentlichkeit

Als im letzten Jahr das Antirassistische Grenzcamp nach Rothenburg kam, war die Stimmung in der Region bereits Wochen zuvor vergiftet. Das lag zum Teil daran, daß vorher in Görlitz ein FrauenLesben-Camp stattgefunden und Görlitz mit zahlreichen antirassistischen Graffitties versehen hatte. Das reichte, um die GörlitzerInnen gegen die Frauen aufzubringen. War in den Wochen vor dem gemischtgeschlechtlichen Grenzcamp in den Lokalmedien nur von "Chaoten" bzw. "Autonomen aus Berlin und Hamburg" die Rede, die in Rothenburg erwartet würden, sprachen die Zeitungen später sogar von "Menschenrechtlern", obwohl die Aktionen zum Teil recht konfrontativen Charakter hatten. In Zittau hatte die Sächsische Zeitung vor Beginn des Camps erstaunlich positiv berichtet, und auch das Neue Deutschland hatte das Camp begrüßt. Im Laufe der Woche schwankte die Berichterstattung erheblich je nach Art der Aktionen am Tag zuvor. Das Anliegen an sich erfuhr jedoch deutlich weniger Ablehnung als 1998.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Zittauer Bevölkerung das Camp freudig begrüßte. Unverständnis und Unbehagen dominierten ebenso wie die klare Distanzierung von den Aktionen und dem antirassistischen Anliegen. Die Kommentare von BürgerInnen beim Verteilen der Campzeitung oder in Interviews waren erschreckend. Die Mehrheit lobt die repressive Flüchtlingspolitik und fühlt sich vom BGS eher beschützt als bedroht. Es verwundert nicht, daß der größte Teil der aufgegriffenen illegal eingereisten Flüchtlinge Opfer von Bürgerdenunziationen werden.

Aktionen

Eine Kundgebung auf dem Zittauer Marktplatz mit schrägem Live-Konzert verschiedener Hamburger Rockgrößen aus Bands wie Goldene Zitronen, Sterne, Blumfeld, Robespierres u.a., die jedoch allesamt unter falschen Namen aber in echten Bademänteln spielten. Eine Demo zur polnischen Grenze, während zur selben Zeit auf der anderen Seite, polnische AntirassistInnen ebenfalls eine Kundgebung machten. Blockade der Hauptverkehrsstraße und Rangelei mit der Polizei, um gegen die Festnahme von vier Antifas zu demonstrieren. Räuber-Überfall und Kaperung einer Dampflok-Eisenbahn unter dem Motto "Kuckuck, die Kriminalität hält einzug". Mehrstündige Belagerung einer BGS-Kaserne, bei der die Grenzschützer tatsächlich am Verlassen ihrer Zentrale gehindert werden konnten. Öffentliche Diskussion mit einem Auschwitz-Überlebenden. Demo durch Lückendorf. Picknick in Vorgärten von Eigenheimbesitzern. Trotz Verbot durchgesetzte Demo zum Flüchtlingsheim. Gründung eines Komitees für die Dezentrale Unterbringung der AsylbewerberInnen in Zittau. Trauermarsch mit Kreuzen zur Erinnerung an die über 60 an der Ostgrenze umgekommenen Flüchtlinge. Antifa-Konvoi zum Nazi-Hotel "Neiße-Blick" in Ostriz und entlang Naziadressen in Görlitz. Feuerspektakel. Nachtspaziergänge an der Grenze, um den BGS bei der Arbeit zu stören. Am letzten Tag wurde schließlich die Klosterruine im Kurort Oybin per verstecktem Theater zur Festung Europa erklärt. Ebenfalls zu erwähnen eine sehr schöne Aktion, die in einem Saal der Diakonie stattfand: Antirassistische AktivistInnen hatten in Zittau unscheinbare Plakate aufgehängt und zur Vorführung eines Films mit dem Titel "Die Sonnenfinsternis und ihre Folgen für Deutschland" eingeladen. Der Film, der zunächst ganz seriös mit physikalischen Erklärungen zu dem Naturereignis begann, entwickelte nach und nach die These, daß die Sonne in Deutschland gar nicht mehr aufgehen, Deutschland völlig vereisen werde, und die Bevölkerung daher nach Osten fliehen müsse, wo die Sonne scheine. Obwohl derart getäuscht reagierten die ZuschauerInnen weniger aggressiv als erwartet, und es ergaben sich interessante Diskussionen nach der Vorführung.

Diskussionen

Die Demo durch Lückendorf machte einen der latenten Diskussionen des Camps deutlich: Während einer der Teilnehmer durchs Megafon rief: "Lückendorf Rassistennest - Wir schicken Dir die Beulenpest!", hielt ein andere dagegen: "Bürger laßt das glotzen sein, kommt herunter, reiht Euch ein!" Das Verhältnis zur Bevölkerung muß Thema sein, wenn man aus allen Teilen Deutschlands in eine rechtsdominierte Region fährt, um dort - ja was eigentlich? Die Menschen dort abholen wo sie sind - das wollte mit Sicherheit niemand. Sich auf rassistische Argumentationsweisen einzulassen, kam nicht in Frage. Soweit Konsens. Aber was dann? Aufklärung? Linke Gegenkultur? Alternativen aufzeigen? Einfach provozieren?

Als Sprachregelung einigte man sich auf die Formulierung: "Die Wenigen ansprechen, die anders denken, die sich solidarisch gegenüber Flüchtlingen verhalten." Nicht die Rassisten zu Nichtrassisten machen, sondern die Nichtrassisten ermutigen, Zivilcourage zu zeigen, vielleicht sogar Fluchthilfe zu leisten. Doch auch wenn dies die Botschaft des Camps war, Konsens unter den TeilnehmerInnen war das nicht.

Natürlich konnte das Camp nur Fragen aufwerfen. Es bleibt auch nach Zittau offen, was eine revolutionäre Linke tun soll, die nicht autoritär ist, sich also auch nicht gegen die Masse der Menschen gewaltsam durchsetzen will, daher also die Massen für die revolutionäre Perspektive braucht, aber nicht mehr glaubt, sie überzeugen zu können und dazu größten Teils auch gar keine Lust hat, beziehungsweise die Bevölkerung inzwischen sogar eher als Gegenseite ansieht.

Es gab aber noch andere Debatten, die während der Woche in Zittau eine Rolle spielten: Etwa der Streit um den Plakat-Spruch "Keine Grenze ist für immer". Verschiedene TeilnehmerInnen kritisierten diesen an der deutschen Ostgrenze mehr als zweideutigen Spruch scharf. Auch von Vertriebenenverbänden war jene Parole in der Vergangenheit benutzt worden. In einer halbwegs niveauvollen Plenumsdebatte teilte die Mehrheit diese Kritik. Eine Aktion wurde anschließend umgeplant. War zunächst zur Verwirrung und Störung des BGS vorgesehen, eine Art nächtliche "Schnitzeljagd" an der Grenze zu veranstalten, bei der es darum gehen sollte, nach 22 Uhr über die nach dieser Uhrzeit geschlossene Grüne Grenze zu gelangen - also auch von Deutschland nach Tschechien -, wurde dies nach der erwähnten Diskussion revidiert. Es wurde klargestellt, daß es vor 22 Uhr legal über die Grenze nach Tschechien gehen, und das unkontrollierte Eindringen nur in Richtung Deutschland stattfinden sollte.

Dennoch wurde immer wieder während der neun Tage klar, daß das Camp nicht für alle ein "Antirassistisches Grenzcamp", sondern für viele eher ein "Anti-Grenzcamp" war. Da wurde von der Utopie einer Welt ohne Grenzen und Staaten phantasiert, von Grenzen geredet, die einem selbst gesetzt würden, die es zu überschreiten gelte - alles schön und gut, aber eben Opferdiskurse. Die Ausrichtung des Grenzcamps letztes Jahr war eindeutiger: Die eigenen Privilegien wurden erkannt. War es jahrelang antirassistischer, linksradikaler Konsens "Offene Grenzen" zu fordern, so war die Orientierung nicht weniger CampteilnehmerInnen dieses Jahr auf "Keine Grenzen" ein Bruch damit. Wer aufgrund einer utopisch-anarchistischen - letztlich ja richtigen Vision einer grenzenfreien Welt hier und heute unter den gegebenen politischen Bedingen, die Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze durch die BRD nach der Wende nicht gutheißen mag, begibt sich auf gefährliche Abwege.

Eine weitere Diskussion, die wichtig ist, und eher in kleinen Kreisen geführt wurde: Welchen Sinn macht es, die EU-Außengrenze als "Wohlstandsgrenze" zu charakterisieren? Eine etwas surrealistische Aktion brachte diese Frage aufs Tablett: Etwa 50 TeilnehmerInnen des Camps besuchten eine Einfamilienhaussiedlung und ließen sich in den Vorgärten der Häuser nieder, packten Decken und Brote aus, picknickten, spielten Federball, Frisbee, hörten Musik aus dem Kassettenrekorder. An die erzürnten Hausbesitzer wurden etwas wirre Flugblätter verteilt, in denen von "virtuellen RaumschreiterInnen" die Rede war, dessen Mission es sei, eben hier Räume zu durchschreiten. Grenzen wurden als Einzirkelung des Eigentums, als Schutzwall der Habenden gegenüber den Nichthabenden dargestellt. Insofern ähnele die Wohlstandsgrenze Gartenzaun der EU-Außengrenze.

Natürlich ist die Angst vor dem Verlust des Eigentums ein wesentlicher Bestandteil rassistischer Argumentation und natürlich ist die Ausländer-Raus-Politik auch eine zur Absicherung des eigenen Wohlstands. Trotzdem ist Rassismus mehr. In Diskussionen mit der Zittauer Bevölkerung war die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder vor Diebstählen in der Laubenkolonnie nur ein Argument unter anderen. Gerade die Angst vor "Überfremdung", vor "anderen Kulturen", vor "dem Fremden an sich" wurde immer wieder vorgebracht. Letztlich erscheint die soziale Angst auch eine Ausrede der Rassisten für ihren Rassismus

zu sein. Die Argumentation kann schnell in eine Debatte münden, wie der um Gollwitz, als ostdeutsche Kommunisten die rassistischen Ausbrüche der Gollwitzer Dorfbevölkerung relativierten, indem jene als Opfer der sozialen Krise dargestellt wurden. Genau deshalb ist es wichtig, die rassistische Bevölkerung nicht als Krisenopfer und potentielle Bündnispartner, sondern vor allem als Täter zu bezeichnen.

All diese Diskussionen wurden nicht wirklich ausgetragen, zum größten Teil nur angerissen. Immerhin für viele TeilnehmerInnen ein erster Anstoß, sich mir jenen Fragen auseinanderzusetzen. Das gute an so einem Camp ist, daß eine Debatte, die entlang bestimmter Aktionen geführt werden kann, wesentlich konkreter und weniger abgehoben verläuft. Wie auch schon im letzten Jahr haben AltaktivistInnen aus Westdeutschland viel von jungen Antifas aus Ostdeutschland lernen können - und anders herum. Mit seiner Orientierung auf die drei Fronten des Rassismus (Staat, BürgerInnen, Neonazis) und seiner spannungsreichen Mischung aus Störung, Provokation und Aufklärung ist das Grenzcamp die wesentlichste und politisch interessanteste Aktion zur Zeit in diesem Land. Außer, daß intern Debatten angezettelt wurden, hat das Camp in der Region Zittau wochenlang die Schlagzeilen und Gespräche beherrscht, es hat den BGS gestört, den Nazis kräftig eingeheizt, ist den BürgerInnen auf die Pelle gerückt, hat dauerhafte Initiativen ins Leben gerufen, junge Menschen bei ihrer Politisierung unterstützt - alles in allem ein Erfolg.

Ivo Bozic

Weitere Infos unter:

www.nadir.org/nadir/initiativ/camp

13. Die Prozeßwelle rollt. KurdInnen vor den Schranken der bundesdeutschen Justiz

Autor: mb. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:30

Am 16. Februar verschleppte der türkische Geheimdienst den Vorsitzenden der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, aus der griechischen Botschaft in Kenia in die Türkei. Wenige Stunden danach protestierten weltweit KurdInnen gegen diesen staatsterroristischen Akt. In der Bundesrepublik kam es in vielen Städten zu teilweise militanten Protesten. Medien und PolitikerInnen von CSU bis SPD waren sich nach den Botschafts- und Parteibürobesetzungen schnell einig: Es müsse Schluß gemacht werden mit dem "Kurden-Krieg". Da war die Rede von "Terror-Kurden", "mißbrauchtem Gastrecht" und "importierten Bürgerkrieg". Innenminister Otto Schily gab die Linie vor: Mit der "vollen Härte der Gesetze" soll gegen die DemonstrantInnen vorgegangen werden.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wurden in der Woche vom 15. bis 21. Februar bundesweit 2.100 KurdInnen festgenommen. Davon waren 1.500 Ingewahrsamnahmen, 600 Festnahmen betrafen mutmaßliche Straftäter. Am 5. März sprach Schily von 135 Haftbefehlen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden sechs KurdInnen abgeschoben.

Eine Bericht des Rechtshilfevereins AZADI über die Protestaktionen gibt folgenden Überblick über das Vorgehen des Staates:

- Berlin: Am 16. Februar wurde das griechische Konsulat besetzt. In der Nacht endete die Besetzung nach Verhandlungen mit der Polizei ohne Festnahmen. Die Polizei hat nach Auswertung von Videoaufnahmen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Am folgenden Tag wurden im und vor dem israelischen Konsulat von israelischen Sicherheitskräften drei KurdInnen erschossen. Eine weitere Person starb eine Woche später an ihren schweren Verletzungen. Im Lauf der Auseinandersetzungen vor dem israelischen Konsulat und danach wurden 229 Menschen festgenommen, davon 72 wegen Straftaten; die übrigen wurden "in Gewahrsam" genommen.

- Bonn: Nach der Besetzung der kenianischen und griechischen Botschaften am 16. Februar notierte die Polizei von 72 Personen die Personalien und nahm 76 Identitätsfeststellungen vor Ort bzw. auf dem Bonner Polizeipräsidium vor. Inzwischen laufen zahlreiche Ermittlungsverfahren wegen "des Verdachts auf Freiheitsberaubung u.a.".

- Bremen: Hier gab es laut Zeitungsmeldungen zehn Verhaftungen wegen Brandanschlägen. Acht Personen wurden inzwischen wieder freigelassen.

- Chemnitz: Am 18. Februar wurden 50 Personen festgenommen. Einige wurden drei bis vier Tage in Polizeigewahrsam gehalten. Teilweise wurden sie trotz laufenden Asylverfahrens mit einer Ausweisungsverfügung entlassen.

- Düsseldorf: Am 16. Februar wurde das griechische Konsulat besetzt. In der Nacht wurde das Konsulat von den BesetzerInnen verlassen, ohne daß es zu Festnahmen kam. Die Polizei hat nach Auswertung von Videoaufnahmen Ermittlungsverfahren eingeleitet.

- Essen: Nach der Besetzung des Parteibüros von Bündnis 90/Die Grünen am 17. Februar wurde eine Person festgenommen; sie befindet sich in Untersuchungshaft.

- Frankfurt: Am 16. Februar wurde das griechische Konsulat besetzt. Nach Verhandlungen konnten die BesetzerInnen das Gebäude ohne Festnahmen verlassen. Einen Tag später kam es vor dem Konsulat zu Auseinandersetzungen zwischen KurdInnen und der Polizei. In deren Verlauf wurden 83 Personen "in Verwahrung" genommen. Anfang April teilte die Frankfurter Staatsanwaltschaft mit, daß sie gegen 224 Personen ermittele, u.a. wegen Landfriedensbruch und Geiselnahme. Zwei Beschuldigte sitzen in Untersuchungshaft. Die Masse der Beschuldigten seien Demonstranten, die sich am 16. Februar vor dem griechischen Konsulat zur Unterstützung der Besetzer aufgehalten hatten. Gegen 23 wird wegen der

Besetzung des Konsulats, gegen elf wegen der Beteiligung an der Besetzung des kenianischen Fremdenverkehrsamtes ermittelt.

- Hamburg: 82 Menschen wurden am 16. Februar bei einer Demonstration vor dem griechischen Konsulat festgenommen. Ein Kurde wurde in einem Schnellverfahren zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und in Abschiebehaft genommen. Die Abschiebung konnte in letzter Minute verhindert werden. Nach Verhandlungen konnte die Besetzung der SPD-Parteizentrale, in der sich ein Mitarbeiter aufhielt, am 18. Februar beendet werden. Neun Personen wurden verhaftet, 14 konnten das Gebäude ungehindert verlassen. Gegen sechs Menschen, darunter zwei Minderjährige, wurde Haftbefehl erlassen. Drei KurdInnen wurden gegen Melde-Auflagen von der Haft verschont. Am 5. März konnten vier Personen nach dem Haftprüfungstermin gegen Melde-Auflagen aus der Haft entlassen werden. Eine Person stellte sich im Beisein eines Anwalts der Polizei.

- Hannover: Am 16. Februar wurde der kurdische Verein durchsucht. Insgesamt sollen 393 Personen festgenommen worden sein. Am Morgen des 17. Februar verhaftete das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen einen 41jährigen, den es als "Rädelsführer" für die Region einstuft. Am 25. Februar wurde ein Kurde, der schon eine Woche zuvor kurzzeitig festgenommen worden war, verhaftet und in die Türkei abgeschoben. Bei Nachforschungen eines Anwaltes stellte sich heraus, daß keine Abschiebeverfügung der Ausländerbehörde Hannover vorlag.

- Köln: Bei der Räumung des besetzten griechischen Konsulats am 16. Februar wurden im Inneren des Hauses vier Personen festgenommen, vor dem Haus erfolgten 100 Festnahmen. Zwei Kurden kamen in Untersuchungshaft und zwei in Abschiebehaft.

- Leipzig: Über 120 Menschen wurden wegen der Besetzung des griechischen Konsulats am 16. Februar festgenommen, 73 Haftbefehle wurden erlassen. Zwei Kurden wurden abgeschoben, mindestens vier weitere Personen sind in Abschiebehaft. Am 17. Februar wurden nochmals 47 Menschen festgenommen. Wie in Chemnitz saßen viele von ihnen drei bis vier Tage in Polizeigewahrsam.

- Reutlingen/Tübingen: Eine unbekannte Anzahl von KurdInnen wurde am 19. Februar in Präventivhaft genommen. Die Polizei erschien um sechs Uhr morgens. Nach Pressemeldungen war bei sieben Personen bis zu zwei Wochen Präventivhaft verordnet worden.

- Stuttgart: Am Mittag des 16. Februar wurde das besetzte griechische Konsulat von der Polizei geräumt. Alle KurdInnen in der Botschaft und alle, die sich vor dem Haus oder in der Nähe aufhielten, wurden festgenommen. Über 200 Menschen befanden sich in Polizeigewahrsam. Einzelne wurden noch am Abend entlassen; die meisten kamen am folgenden Tag frei. Am 18. Februar wurde ein Parteibüro von Bündnis 90/Die Grünen besetzt. Zwei Tage später fand ein Demonstration mit mehr als 2.000 TeilnehmerInnen statt.

Schnellverfahren, Deals und sächsische Härte

Schon am 22. Februar begann unter strengen Sicherheitsvorkehrungen eine Prozeßserie gegen kurdische Besetzer des griechischen Generalkonsulats in Stuttgart. Im Hochsicherheitssaal des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim wurde gegen 21 Besetzer und einen Demonstranten wegen versuchter Nötigung, schweren Hausfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung verhandelt. Die Kurden waren im sogenannten beschleunigten Verfahren angeklagt, bei dem maximal ein Jahr Gefängnis verhängt werden kann. Bei der speziellen Form des Strafverfahrens sind die sonst üblichen Mindestfristen für Einlassung und Ladung von jeweils einer Woche außer Kraft gesetzt.

Die 22 Prozesse in Stuttgart-Stammheim endeten mit 18 Haftstrafen auf drei Jahre Bewährung und vier Haftstrafen ohne Bewährung. Die auf Bewährung ausgesetzten Strafen liegen zwischen fünf und sieben Monaten, die Haftstrafen ohne Bewährung bei zweimal acht, einmal sieben und sechs Monaten. Ausschlaggebend für eine Verurteilung ohne Bewährung, das gab der Amtsrichter Lutz Petzold offen zu, sei gewesen, ob die Angeklagten geständig gewesen seien.

Der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble zeigte sich zufrieden: "Baden-Württemberg hat mit seinen beschleunigten Gerichtsverfahren bundesweit am schnellsten reagiert." Von den 21 kurdischen Besetzern sind mittlerweile zwei abgeschoben worden. Ausweisungsverfügungen sollen gegen alle anderen Beteiligten und Verurteilten gestellt werden.

In Hamburg wurden am 15. Juli vier Kurden zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Sie standen vor Gericht, weil sie am 17. Februar mit etwa 20 anderen in die Hamburger SPD-Parteizentrale eingedrungen waren. Der Vorwurf gegen sie lautete auf Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Verstoß gegen das Vereinsgesetz.

Die Staatsanwaltschaft wollte eigentlich die Verhandlung gegen die vier mit dem Prozeß gegen die Besetzer des Parteibüros zusammenlegen, denen noch die Geiselnahme eines SPD-Kreisgeschäftsführers vorgeworfen wird. Doch an der Besetzung der Parteizentrale waren die vier unstrittig nie beteiligt. Sie waren kurz nach Beginn der Besetzung im Treppenhaus verhaftet worden. Dies rechtfertigt eigentlich nur eine Anklage wegen einfachen Hausfriedensbruchs, der nur mit einer Geldstrafe geahndet wird.

Da die vier in Untersuchungshaft saßen und ein Prozeß gegen alle Beteiligten an der Besetzung frühestens im Herbst begonnen hätte, handelten Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidiger folgenden Deal aus: Gegen die vier wird sofort verhandelt; als Gegenleistung verzichten sie auf eine aufwendige Beweisaufnahme, an deren Ende hätte stehen können, daß sie nur Hausfriedensbruch begangen haben. Statt dessen erkennen sie das Urteil von einem Jahr Haftstrafe auf Bewährung an und werden aus der Untersuchungshaft entlassen.

Als "einvernehmliche Lösung" wurde diese Vereinbarung vom Vorsitzenden Richter gerühmt. Erpressung wäre das passende Wort. Eigentlich ist das Gericht angehalten, die Untersuchungshaft so kurz wie eben nötig zu halten. Mit der Androhung einer noch längeren U-Haft übte das Gericht allerdings solchen Druck auf die Kurden aus, daß sie bereit waren, sich für Taten bestrafen zu lassen, die sie nicht begangen haben.

Als erstes Bundesland hat Sachsen Ausweisungsverfügungen gegen Kurden erlassen, die sich an den Protesten gegen die Verschleppung Öcalans beteiligt hatten. "Entschlossenes" Durchgreifen hatte Sachsen auch schon bei der Besetzung des griechischen Konsulats am 17. Februar in Leipzig gezeigt. Während in anderen Bundesländern die Polizei die Besetzer zunächst gewähren ließ, schlug die Staatsmacht in Sachsen mit aller Härte zu. Ein Sonderkommando der Polizei stürmte das Konsulat und nahm die Besetzer fest. Gegen 73 KurdInnen wurden Haftbefehle erlassen und Untersuchungshaft vollstreckt.

Mittlerweile ist gegen alle Anklage erhoben worden. Die Verfahren gegen die 73 KurdInnen wurden von der Staatsanwaltschaft in Fünfergruppen aufgesplittet. Die ersten Prozesse fanden Ende Juni statt. Ein Großteil der BesetzerInnen wurde inzwischen zu Bewährungsstrafen zwischen acht und 19 Monaten verurteilt - wegen schweren Landfriedensbruchs und schweren Hausfriedensbruchs, zum Teil auch wegen gemeinschaftlicher Freiheitsberaubung. Während der Besetzung wurden drei unbeteiligte Personen in den Räumen festgehalten. Die Gerichte sprachen in diesen Fällen Bewährungsstrafen aus, weil sie davon ausgehen, daß die Angeklagten den Angriff nicht geplant hätten und auch keine Anführer gewesen seien. Am 12. Juli hat die Staatsanwaltschaft gegen sechs "mutmaßliche Rädelsführer" der Leipziger Besetzung Anklage erhoben. Ihnen wird gemeinschaftliche Geiselnahme, Hausfriedensbruch im besonders schweren Fall und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Der Prozeß gegen die "mutmaßlichen Geiselnehmer", die wahrscheinlich die "ganze Härte des Gesetzes" erfahren werden, beginnt in einigen Wochen.

In Sachsen sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Angeklagten - noch vor Prozeßbeginn - ein politisches Betätigungsverbot für die Zeit nach der Haftentlassung erteilt wurde.

Berlin: Hauptstadt der Verfahren

Bei der versuchten Besetzung des israelischen Konsulats in Berlin erschossen israelische Sicherheitsbeamte vier KurdInnen. Während die Ermittlungen gegen die beteiligten KurdInnen auf Hochtouren laufen und die ersten Prozesse schon beendet sind, ist noch immer unklar, ob die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die beiden Sicherheitsbeamten weiterführt.

Am 2. August begann erstmals ein Prozeß gegen vier "mutmaßliche Rädelsführer" der Aktion. Die Angeklagten sollen sich in vorderster Reihe an der "Erstürmung" des Konsulats beteiligt haben. Mit Haftstrafen von mindestens vier Jahren sei zu rechnen, so die Staatsanwaltschaft. Diese Strafandrohung wird mit der Schwere der Auseinandersetzungen vor und in dem israelischen Konsulat begründet. "Die Angeklagten sollen für die schwere Auseinandersetzung büßen, bei der vier ihrer Freundinnen und Freunde erschossen wurden", stellt das Berliner Solidaritätskomitee fest. Video-Aufnahmen, Zeugenaussagen und die Obduktion der Leichen

haben ergeben, daß die Version der Polizei und der Sicherheitsbeamten, sie hätten in Notwehr geschossen, nicht länger aufrecht zu erhalten ist.

Gegen mindestens 140 Personen laufen derzeit Ermittlungsverfahren wegen der Protestaktion vor dem Konsulat. Zwölf Kurden befinden sich noch immer in Untersuchungshaft. Bei zwei Verhandlungen vor dem Jugendschöffengericht hat sich die Grundannahme der Staatsanwaltschaft als nicht haltbar erwiesen, die Aktion vor dem israelischen Konsulat sei gemeinsam geplant und durchgeführt worden. Der Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte folgte lediglich eine Verurteilung zu vier Wochen Dauerarrest wegen einfachen Hausfriedensbruchs.

Am 2. Juli erhielt ein Kurde wegen schweren Landfriedensbruchs, Widerstandes und gefährlicher Körperverletzung zwei Jahre Gefängnis, die aufgrund seines Geständnisses und verminderter Schuldfähigkeit zur Tatzeit auf Bewährung ausgesetzt wurden. Er war mit einem Holzknüppel auf Polizisten losgegangen und saß viereinhalb Monate in U-Haft. Ein 24jähriger Kurde wurde am 19. Juli zu neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Das Landgericht sprach ihn des schweren Landfriedensbruchs und des Widerstandes gegen Polizeibeamte für schuldig. Der Kurde soll am 17. Februar in vorderster Reihe dabeigewesen sein, als Demonstranten das Gelände des israelischen Konsulats besetzten.

Parallel zu den Ermittlungs- und Strafverfahren wurden die Daten aller erfaßten KurdInnen vom Berliner LKA an die Ausländerbehörde weitergegeben. In der Berliner Ausländerbehörde wurde ein spezieller Sachbereich in dieser Angelegenheit eingerichtet. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus kündigt die Behörde seitdem die Anhörung zur Ausweisung an. Dabei wartet sie nicht die rechtskräftigen Urteile ab, sondern wird alleine auf Grundlage von polizeilichen Ermittlungen aktiv. Begründet werden die Ausweisungsankündigungen u.a. folgendermaßen: "Zudem ist davon auszugehen, daß bestimmte Personenkreise ihr Gesamtverhalten (das der KurdInnen; Anm. ak) zum Anlaß nehmen, in zunehmendem Maße Ausländerfeindlichkeit zu propagieren." Wieder einmal werden Ausländer für den deutschen Rassismus verantwortlich gemacht!

Die Ausländerbehörde hat öffentlich ihren Willen bekundet, einige Angeklagte noch vor dem Abschluß ihrer Strafverfahren in die Türkei abzuschieben.

mb.

Anmerkung:

Der Artikel basiert maßgeblich auf den Veröffentlichungen des Rechtshilfevereins AZADI, des Solidaritätskomitees für die kurdischen politischen Gefangenen in Berlin sowie der Solidaritätsgruppen in Hamburg, Leipzig und Stuttgart.

Kontaktadressen: AZADI, Koelhoffstr. 10, 50676 Köln, Tel. 0221/923 44 97, Email: Azadi@t-online.de.

Solidaritätskomitee für die kurdischen politischen Gefangenen in Berlin, Yorkstr. 54, 10965 Berlin, Tel. 030/78 89 99 01, Spenden über das AZADI-Spendenkonto, Stichwort Berlin.

Presse- und Informationsbüro für die sächsischen Kurdenverfahren, Tel. 0351/804 87 95.

AZADI unterstützt KurdInnen in Deutschland, die wegen ihrer politischen Betätigung Verfolgungen ausgesetzt sind. Der Verein ist auf Spenden angewiesen. Spendenkonto: Ökobank Frankfurt/M, BLZ 500 901 00, Kto.: 54 00 279.

14. Studierende gegen Rabehl. Offener Brief an die Hans-Böckler-Stiftung

Autor: Böckler- Stipendiaten · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:41

Im folgenden dokumentieren wir den offenen Brief des Leitungskollektives der Hans-Böckler-Stipendiaten der Uni Hamburg an die Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Diese, so fordern die Studierenden, soll sich von Rabehl, der immer noch Vertrauensdozent der HBS ist, trennen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir schreiben Euch heute in Bezug auf Bernd Rabehl, Professor an der FU Berlin und Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung. Ein Vertrauensdozent muß für die HBS in erster Linie die StipendiatInnengutachten schreiben, ist also ein wichtiges Bindeglied zwischen HBS und StudentInnen. Als gewerkschaftliche Organisation ist die HBS an gewerkschaftliche Prinzipien, wie z.B. die Ablehnung rechtsextremer Tendenzen in der eigenen Organisation, gebunden. Auch die DozentInnen sollten diese gewerkschaftlichen Prinzipien teilen, ansonsten läßt sich nicht von Vertrauen zum/r DozentIn sprechen. Wir zeigen im Folgenden, daß Rabehl diese Prinzipien nicht teilt, damit also nicht auf dem Boden gewerkschaftlicher Positionen steht. Auch wenn uns der Fall in Hamburg nicht direkt betrifft, denken wir, daß er zu wichtig ist, als daß er unkommentiert übergangen werden könnte.

Wie Euch bekannt ist, hat Bernd Rabehl, ehemaliges SDS-Mitglied, am 5./6.12.1998 an den "Bogenhauser Gesprächen" der Münchener Burschenschaft "Danubia" teilgenommen und dort einen Vortrag unter dem Titel "Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961/ 1980" gehalten. Die rechtsextreme Burschenschaft "Danubia" ist eine pflichtschlagende Verbindung (1). Angesichts von Rabehls Biographie und politischem Hintergrund, muß davon ausgegangen werden, daß er sich bewußt auf diesen Vortrag eingelassen hat, wissend wer seine Gastgeber sind und welches Ziel die extreme Rechte damit verfolgt, mit (ehemaligen) Linken ins Gespräch (und mehr) zu kommen.

In seiner Rede postuliert er eingangs angeblich vorherrschende "Denk- und Diskussionsverbote" (2), hervorgebracht von einer "Antifa-Linke(n), (die) (...) in einem Bündnis mit bestimmten Medien im In- und Ausland" stünde. Diese Verbote führten dazu, daß nicht gesehen werde, "daß in Zentraleuropa ein Friedensalter sich dem Ende zuneigt". Daß er hier nicht von den tatsächlich in Europa stattfindenden Kriegen spricht wird kurz darauf klar: "Nicht primär die Asylanten- und Flüchtlingsströme aus der ganzen Welt bedrohen den ethischen und moralischen Zusammenhalt der zentraleuropäischen Völker, sondern der Import der Partisanenformationen der internationalen Bürgerkriege und Kriegsschauplätze geschieht durch den Zuzug hochorganisierter und gleichzeitig religiös oder politisch fundamentalistisch ausgerichteter Volksgruppen, die keinerlei Interesse haben sich in den Gastländern zu integrieren oder sich ruhig zu verhalten. (...) Die Bürgerkriegskonstellationen werden hineingetragen in die jeweils europäischen und nationalen Gemeinschaften".

Nachdem dergestalt angeblich die wahre Bedrohung des Landes ausgemacht ist, schreibt er ihr auch kurzerhand die Urheberschaft für rassistische Übergriffe und Repression gegen Ausländer zu: "Es ist also nicht primär der deutsche Fremdenhaß oder die Angst vor Veränderung und Umwälzung, die die deutschen Vorbehalte gegen die ‚Fremden` schüren, sondern deren Verhalten und Demonstration, die deutsche Gesellschaft für private oder gruppenspezifische Sonderinteressen jeweils nur zu nutzen, trägt bei zur inneren Spaltung der Gesellschaft. (...) In Europa bedeutet diese politische Überfremdung die grundlegende Zerstörung von Volk und Kultur, vor allem dann, wenn die Auflösung der nationalen Identität bereits so weit fortgeschritten ist durch die kapitalistische Umwertung der Werte wie in Deutschland".

Nachdem hier bis in das Vokabular hinein ein Geist durchscheint, der nach 1945 nicht zu wirken aufgehört hat, wendet sich Rabehl der eigenen Vergangenheit zu und beschreibt ausführlich, wie er mit dem "Fluchthelfer" Dutschke schon seit Anfang der 60er eine "nationalrevolutionäre" Linie vertreten habe. Über die mutwillige Umdeutung Dutschkescher Positionen soll auch gleich die gesamte Geschichte der APO mit erledigt werden, wenn er schreibt: "Der Internationalismus trug die Farben nationaler Empörung" (3).

Daß Geschichte eigentlich nur ein Modus ist, die heutige Welt zu begreifen, wird dann vor allem deutlich, wenn er nach dieser Umdeutung anmerkt, daß diese frühen "nationalrevolutionären" Versuche gescheitert seien, weil "die ‚psychologische Aktion`, von der die amerikanischen Deutschlandspezialisten 1944/45 sprachen, die nationale Tradition aufzulösen, die Eliten zu entmachten und auszutauschen, die Kultur und die psychologische Disposition der Menschen zu verändern und vor allem Institutionen zu schaffen, die der Dynamik eines modernen Kapitalismus entsprachen, (...) 1998 längst verwirklicht" sei. Neben den angeblich fehlenden nationalen Werte hätten auch "die Eliten (...) ihre Verantwortung delegiert an Großbürokratien und Verwaltungsakte. (...) Deshalb müssen die Wahlen manipuliert werden, finden große Reklamefirmen Einsatz, werden Wahlgeschenke verteilt und Feste gefeiert und es geht immer darum, neue Wählerschichten zu finden. So sollen 16jährige teilhaben am Wahlklamauk und werden die unterschiedlichen ‚Einwanderer` verdeutscht, früher die Kasachstandeutschen für die CDU, jetzt die Völker der Türken und Nordafrikaner für Grüne und SPD". Daß diese Visionen von "Wahlklamauk", "Überfremdung" und "Verdeutschung" von Einwanderern ihre geistigen Wurzeln in Schmittscher Tradition hat, macht der Abschlußparagraph deutlich: "Dort, wo Völker keinerlei Kultur oder Identität mehr besitzen, ist keinerlei Entscheidung zum Kurswechsel möglich. Agonie und Anomie sind angesagt. So gesehen haben die Fremden, die nach Deutschland fliehen, sogar recht, sich nicht anzupassen, denn um selbst nicht zu verschwinden in Dekadenz und Lethargie, wird es notwendig sein die eigene politische Identität zu pflegen und sich vorzubereiten auf die Kriege im eigenen Land".

Die eindeutigen Bezüge auf nationale Werte, die Angst vor angeblicher Überfremdung, die Postulierung eines unzulässig vereinfachenden Freund-Feind Schemas, die Existenz angeblich existierender Allianzen zwischen einer "Antifa-Linken" und "bestimmten Medien im In- und Ausland" signalisieren nicht nur eine, im gewerkschaftlichen Rahmen untragbare, Nähe zu rechtsextremen Konzeptionen, sondern bieten offene Kontaktpunkte für die völkische, nationalrevolutionäre Rechte, die die Vorstellung eines "nationalen Sozialismus" in der Tradition von Niekisch u.a. verbreiten.

Daß Rabehl diese Kontakte gezielt sucht, wird deutlich wenn man bedenkt, daß er sich von diesen Äußerungen nicht nur nicht distanziert hat, sondern sogar später noch stolz darauf ist, "lange nicht derartig personenidentisch gesprochen und geschrieben" (4) zu haben.

Da Ihr von diesen Vorgängen seit langer Zeit wißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, mag erstaunen, daß Ihr nicht sofort das Verhältnis zwischen der HBS und Rabehl gelöst habt. Vielleicht wird im Licht weiterer Vorgänge allerdings ein Schuh daraus:

In mehreren Studien ist mittlerweile nachgewiesen worden, daß es unter Gewerkschaftsmitgliedern eine gefährliche Rechtsentwicklung gibt, die dazu zu führen scheint, daß auch gewerkschaftlich organisierte Jugendliche zunehmend rechtsextreme Parteien wählen (5).

In den Gewerkschaftlichen Monatsheften 6/7 1998 schreiben Wilhelm Hankel und Hermann Lübbe. Ersterer schreibt in "Freiheit Wattenscheid" einer lokalen neofaschistischen Zeitung und in der "Jungen Freiheit", letzterer arbeitet mit dem Studienzentrum Weikersheim (rechtskonservativ mit Übergängen zum Rechtsextremismus) zusammen.

Bereits 1992 zeigte ein Interview mit Wolfgang Kowalski, damals Mitglied der IG-Metall Grundsatzabteilung, in der Jungen Freiheit 11/92, daß manche hohen gewerkschaftlichen Funktionäre in ihren Kontakten zur extremen Rechten eine offene Flanke zeigen.

Vielen GewerkschafterInnen, nicht zuletzt KollegInnen ohne deutschen Paß, die in ihrer Arbeit vor Ort gegen solche betrieblichen und gesellschaftlichen Konsequenzen kämpfen, und die ja die Arbeit der Stiftung auch finanziell unterstützen, muß es wie Hohn in den Ohren klingen, wenn sie von dem Verhältnis HBS - Bernd Rabehl hören.

In der gewerkschaftlichen Geschichte gibt es immer zwei Traditionen. Die eine fährt im nationalen Boot mit bis es schließlich auch die treuesten Anhänger im Untergang mit sich nimmt. Die andere grenzt sich vom nationalen Schulterschluß ab, da dieser in der Konsequenz immer dazu führt, daß Arbeitnehmerrechte beschnitten, "Fremde" benachteiligt und ausgegrenzt werden und reaktionäre Geschlechterverhältnisse durchgesetzt werden. Lange Zeit hat in den Gewerkschaften ein antifaschistischer Konsens gegolten. Dieser wird nicht zuletzt von der Haltung führender Funktionäre in den Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Organisationen mitbestimmt. Ihr könnt durch Euer Verhalten dazu beitragen, daß diese Positionen nicht wieder

hoffähig werden. Mit einer Position der "Offenheit", die beinhaltet, daß man mit allen diskutiert, weil sie angeblich respektable Wissenschaftler sind, ungeachtet ihrer gesellschaftspolitischen Aussagen, geht dies nicht.

Wir fordern Euch daher auf, das Verhältnis zwischen der HBS und Rabehl umgehend zu beenden (6), und dazu öffentlich Position zu beziehen.

Es ist nun an Euch, zu handeln.

Mit kollegialen Grüßen

LK Uni Hamburg

Tanja Bogusz, Ali Bostanci, Martin

Kimmich, Anja Schneider, Lars Stubbe

Hamburg, Juli 1999

Anmerkungen:

1) s. TAZ 5.1.1999

2) Alle folgenden Zitate aus dem Redemanuskript, datiert auf den 6.12.1998.

3) Mittlerweile haben viele ehemalige SDSler Rabehls Version eindeutig als Umdeutung der wirklichen Vorgänge bezeichnet. S. z.B. "Nationalisten waren wir nie" unter http://www.sds.partisan.net/.

4) Brief Rabehl vom 28.12.1998.

5) s. Klaus Weber: "Das Wir und die Leistung. Über funktionale Leerstellen der extremen Mitte", express 05/99.

6) Wir schließen uns hiermit der unmißverständlichen Aufforderung der AG Internationalismus/Antirassismus der StipendiatInnen der HBS vom 29.5.99 an.

15. Von Konsens und Herrschaft. Rot-Grün und die gesellschaftliche Rechtsentwicklung

Autor: Raul Zelik · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:05

Gerade einmal ein Jahr ist es her, daß in der linken Popkulturzeitung SPEX (die sonst nicht gerade im Ruf steht, ein Blatt der rot-grünen Klientel zu sein) über die Chancen des Regierungswechsels debattiert wurde. Rene Martens spekulierte in der Ausgabe von Mai 1998, ein Kanzler Schröder könnte eine Linksverschiebung in der Kulturszene verursachen, weil man sich an Rot-Grün stärker abarbeiten werde als an Kohl. Im Juli dann interviewte der renommierte Pop- und Rassismusanalytiker Mark Terkessidis für die SPEX den grünen Spitzenkandidaten Joschka Fischer.

Das Gespräch war bezeichnend für die Endphase Kohl. Terkessidis äußerte im Vorwort zurückhaltenden Optimismus: Bei allen Einschränkungen "bleiben die Grünen doch - vor allem was die sensiblen Fragen Jugend, Drogen, Migration, Kriminalität, Innere Sicherheit anbetrifft - definitiv die andere Stimme im ansonsten recht harmonischen Konzert der Parteien". Mit seiner wohlgesonnenen Interviewführung ermöglichte der Journalist Terkessidis es dem Außenminister in spe, sich als Progressiver zu präsentieren. Fischer durfte unhinterfragt bekräftigen, er habe sein geistiges Erbe nicht aufgegeben und sei in manchen Fragen "immer noch Marxist".

Dieser Rückblick ist nicht als nachträgliche Attacke gegen Martens und Terkessidis gemeint. Daß es in der linkskritischen SPEX damals keinen Aufschrei über die merkwürdige Verharmlosung von Rot-Grün gab, war nicht nur den RedakteurInnen geschuldet, es war auch Ausdruck der Zeit: Wer sympathisierte nicht zumindest innerlich mit der Forderung "Kohl muß weg!"?

Inzwischen weiß man es besser. Die Abwahl der CDU-FDP-Koalition ebnete nicht etwa einem bescheidenen Reformprojekt den Weg, ja stoppte noch nicht einmal den neoliberalen Trend, sondern beschleunigte im Gegenteil den gesellschaftlichen Rechtsruck. Unter Rot-Grün führte Deutschland seinen ersten Angriffskrieg seit 1945, wurde das unsozialste Kürzungsprogramm der vergangenen 20 Jahre beschlossen und ein Großangriff auf die Gewerkschaften eröffnet, der auch denjenigen Sorge bereiten sollte, die von den Gewerkschaftsführungen nichts (oder zumindest nichts Positives) erwarten. Deutschland ist nicht einfach auf dem Weg zur "Neuen Mitte", sondern es wird von seiner Geschichte befreit und von lästigen sozialen Kompromissen entsorgt, die über ein Jahrhundert lang erkämpft wurden. Die Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter ist in dieser Hinsicht ebenso als Schlußstrich unter die alte Bundesrepublik zu verstehen wie das mediale Dauerbombardement gegen "Traditionalisten", "Alt-Linke" und leicht beschränkte 68er.

Daß Rot-Grün eine derartige Modernisierung im Sinne des Kapitals erleichtern würde, wäre eigentlich vorauszusehen gewesen. Wenn man sich umschaut, ist es in den letzten 25 Jahren oft die Funktion der europäischen Sozialdemokratie gewesen, jene Umstrukturierungen politisch durchzusetzen, die als nicht mehrheitsfähig galten. In Spanien und Portugal beispielsweise konzentrierten sich die "sozialistischen" Parteien 1975-87 nicht etwa (wie oft unterstellt) darauf, die "Transformation zur Demokratie" zu gewährleisten - diese war von der Straße längst erkämpft worden -, sondern umgekehrt jene Modernisierungsschritte politisch zu vermitteln (Deindustrialisierung, Integration in NATO und EU, Zurückdrängung der außerparlamentarischen Linken), vor der die rechten Parteien kapituliert hatten. Mit den im Baskenland aktiven GAL baute die spanische Sozialdemokratie sogar rechtsradikale Todesschwadrone auf, um die Integrität des monarchistischen Staates zu sichern. In Frankreich und Großbritannien gibt es zwar einige Unterschiede, aber auch dort gilt, daß Mitterrand und Blair klassische Modernisierungsfunktionen ausübten.

Nun ließe sich dieses Verhalten der Sozialdemokratie etwas einfältig damit erklären, daß Regierungen immer nur ausführen, was ihnen vom Kapital diktiert wird, und es deswegen sowieso völlig egal ist, wer gerade die Ministerien besetzt. Doch das wäre, wie man heute sehen kann, eine Verharmlosung. Die wesentliche Aufgabe von Regierungen besteht eben nicht darin, Grundsatzentscheidungen zu treffen und gesellschaftliche Transformationen einzuleiten, sondern solche politisch zu vermitteln. Genau darin besteht ein wesentlicher und verhängnisvoller Unterschied zwischen den Konservativen und Rot-Grün.

Es mag etwas bizarr klingen, aber de facto hat das Gespann Schröder-Fischer in Deutschland einen gesellschaftlichen Rechtsruck ausgelöst, wie es Schäuble niemals möglich gewesen wäre. Schlagworte wie "sicherheitspolitische Verantwortung Deutschlands", "individuelle Versorgungspflicht" oder "Entlastung von höheren Einkommen" sind erst durch Rot-Grün wirklich hegemonial geworden.

Besonders verheerend ist also nicht, daß die Regierung Schröder eine Politik wie die CDU macht, sondern daß sie dafür sorgt, ihre Modernisierung alternativlos erscheinen zu lassen, nach dem Motto: "Wenn die Linke (obwohl sie eigentlich nicht will) das Gleiche macht wie die Rechte, dann muß es wohl notwendig sein."

Ein solcher Stimmungsumschwung in der Bevölkerung ändert die Gesellschaft mehr als politische Entscheidungen, die in den Ministerien getroffen werden, sich jedoch letztlich immer an Kräfteverhältnissen und "Sachzwängen" orientieren. Die marxistisch inspirierte Regulationsschule untersucht seit nun bald 20 Jahren, wie sich in kapitalistischen Gesellschaften Konsens formiert, ohne den diese aus dem Gleichgewicht geraten würden. Ihre Erkenntnisse könnten einiges dazu beitragen, ein differenzierteres Verständnis von Staat, Politik und bürgerlicher Demokratie zu erlangen. So schreibt der Frankfurter Professor Joachim Hirsch in "Der nationale Wettbewerbsstaat": "Neben dem engeren, kann man mit Gramsci von einem ‚erweiterten` Staat sprechen, der den ganzen Komplex der 'zivilen Gesellschaft' umfaßt. Das ist das verzweigte Netzwerk der vom Staat formell mehr oder weniger unabhängigen Organisationen oder freiwilligen Zusammenschlüsse." Mit öffentlichen Debatten (die natürlich im Kapitalismus keineswegs demokratisch organisiert sind) sorge dieses Netzwerk, so Hirsch, für die ständige Reproduktion von jenem Konsens, der als Kitt einer im Prinzip nach wie vor antagonistischen Gesellschaft dringend gebraucht wird.

Wenn nun grundsätzliche Reformen in die eine oder andere Richtung durchgesetzt werden sollen, muß auch dieser Konsens verschoben werden. Dies leisten Lobbys oder Massenmedien, aber umgekehrt auch soziale Protestbewegungen und Revolten, die die Verhältnisse von unten thematisieren.

Es ist also ein verhängnisvoller Irrtum anzunehmen, gesellschaftliche Reformen seien vorrangig das Ergebnis von Regierungswechseln. Auch die Politik der Regierung Brandt war eine Antwort auf die 67er Revolte und nicht etwa Folge des SPD-Programms. Noch verhängnisvoller ist es jedoch, wenn man übersieht, wie "linksliberale" Regierungen mit ihren Sachzwangdiskursen den gesellschaftlichen Konsens - gewollt oder ungewollt - nach rechts verschieben.

Man kann nur hoffen, daß die PDS diesen Trend mit ihren zuletzt von Gysi formulierten Angeboten an die SPD-Wählerschaft nicht zusätzlich anheizt. Wer den neoliberalen Modernisierern etwas entgegensetzen will, darf nicht auf zwei oder drei Prozent mehr Stimmen spekulieren, er /sie muß dafür sorgen, daß alternative Gesellschaftskonzepte wieder in die Diskussion kommen und sich außerhalb der Parlamente eine Gegenströmung konstituiert. Eine Debatte darum, was Gerechtigkeit auszeichnet, wäre dabei nicht falsch, wenn sie sich nicht ständig auf die (ideologisch konstruierten) Argumentationsmuster des Mainstreams einlassen würde.

Gesellschaftliche Veränderungen wird es nur geben, wenn der herrschende Konsens durch Kritik, Kämpfe und soziale Unruhe zerbricht und damit verschoben wird. Gutmeinende, aber staatsfixierte ReformistInnen, die auf die Entwürfe von "linksliberalen" MinistrantInnen setzen, werden hingegen ewig warten müssen. Von oben kommt gar nichts (außer Schnee und Regen)! Oder ganz simpel wie bei Chuck D: Fight the power!

Raul Zelik

16. Gib Gas für den Atomausstieg. Alternativen zum unwirtschaftlichen Atomstrom

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:20

Mitte Juli veröffentlichte die Hamburger Umweltbehörde eine Studie, die die Wirtschaftlichkeit der Atomreaktoren Brunsbüttel, Brokdorf, Stade und Krümmel untersuchte und mit dem Bau und Betrieb von modernen Gas-Kraftwerken verglich. Für die Hamburgischen Electricitäts Werke (HEW), so das Fazit der Studie, würde sich der sofortige Ausstieg aus den AKWs auch finanziell lohnen. Die Studie ist jedoch nicht nur unter diesem Blickwinkel interessant. Die rot-grüne Koalition in Hamburg hatte nämlich vereinbart, diese Studie durchzuführen und bei entsprechendem Ergebnis das noch zu 50,1 Prozent im Besitz der Stadt befindliche Unternehmen dazu zu drängen, den Atomausstieg zügig auf den Weg zu bringen (vgl. ak 428).

Nun liegen die Fakten auf dem Tisch: Der Neubau bzw. Verkauf von Strom aus Gas- und Dampfkraftwerken bringt den HEW gegenüber dem Weiterbetrieb ihrer vier Atomkraftwerke einen satten wirtschaftlichen Vorteil. Würden die HEW sofort alle AKWs in Brunsbüttel, Krümmel, Stade und Brokdorf abschalten, dann ergäben sich langfristig Mehreinnahmen von 250 Mio. DM für das Unternehmen, das vorerst noch mehrheitlich im Besitz der Stadt Hamburg ist. Aufgeschlüsselt nach den einzelnen AKWs könnten die Mehreinnahmen sogar noch höher ausfallen.

Denn laut den Gutachtern wäre die Stillegung des AKW Brokdorf aus heutiger Sicht nicht wirtschaftlich und mit 391 Millionen DM günstiger als die Alternative Gasstrom. Die Stillegung von Brunsbüttel würde jedoch einen Vorteil von 272 Millionen DM bringen, die Stillegung von Stade 200 Millionen DM und bei Krümmel wären es immerhin noch 170 Millionen DM. Ließe man also Brokdorf am Netz und würde "nur" die drei anderen Atommeiler abschalten, dann ergäbe sich ein wirtschaftlicher Vorteil für die Gas- und Dampfkraft-Variante in Höhe 642 Mio. DM gegenüber dem Weiterbetrieb der AKWs.

Das ist das wesentliche Ergebnis einer Studie der Hamburger Umweltbehörde, die nach nunmehr eineinhalb Jahren rot-grüner Regierungstätigkeit in Hamburg vorgelegt wurde. Die Berliner Unternehmensberatung LBD und das Freiburger Öko-Institut haben auf Basis öffentlich zugänglicher Daten und mit profunden Insiderkenntnissen dem Senat eine Studie in die Hand gegeben, der nun Taten folgen müssen: Denn im Koalitionsvertrag zwischen GAL und SPD ist festgelegt, daß die Hamburger Regierung auf den Atomausstieg "drängen" wird, sollte die vereinbarte Studie zu dem Ergebnis kommen, daß die Alternativen zum Atomstrom wirtschaftlicher sind.

Spannender könnten die Rahmenbedingungen, in denen die Studie publiziert wird, kaum sein. Bis Ende September läuft noch die Frist, bis zu der die HEW den Gesellschaftervertrag mit PreussenElektra über den Betrieb des AKW Brunsbüttel kündigen kann. Bis dahin muß sich zeigen, ob die SPD und die GAL bereit und willens sind, den Koalitionsvertrag umzusetzen oder ob beide weiter tatenlos auf die Bonner Konsensverhandlungen starren. Der Gesellschaftervertrag zwischen HEW und PreussenElektra zum Betrieb des AKW Brunsbüttel sieht vor, daß er alle drei Jahre gekündigt werden kann. Geschieht dies, so erhalten die HEW das Recht, die Anlage vollständig zu übernehmen. Nach Ablauf einer weiteren Dreijahresfrist würde Brunsbüttel dann zu 100 Prozent (heute 66,6 Prozent) den HEW gehören.

Zwar ist dies kein "goldener Weg" für den Atomausstieg, aber immerhin wäre es ein Instrument, daß der Hamburger Senat über den Aufsichtsrat gegen den Vorstand der HEW in Anschlag bringen könnte.

Während der letzten Bürgerschaftssitzung vor der Sommerpause Anfang Juli, einen Tag bevor die Umweltbehörde die Studie veröffentlichte(!), war diese Problematik auf Antrag der REGENBOGEN-Gruppe bereits Thema. Dabei hatte der grüne Umweltsenator Alexander Porschke schon mal den möglichen Kurs des Senats skizziert. Aus seiner Sicht ist die Frist für die Vertragskündigung nicht mehr sonderlich wichtig. Denn, so seine Argumentation, wenn die AKWs unwirtschaftlich laufen, dann müßte der HEW-Vorstand schlicht auf Basis des Aktienrechts die entsprechenden Anlagen abschalten. Dazu bedarf es nach Porschke dann keiner Frist. Damit gibt der Umweltsenator eine der wichtigen Regelungen des Koalitionsvertrages auf und bis heute hat die GAL-Fraktion dieser in der Bürgerschaft geäußerten Position nicht widersprochen. Dabei waren die Vereinbarungen zur Stillegung des AKW Brunsbüttel, wie sie im Vertrag zwischen GAL und SPD stehen, damals als das Highlight und als der entscheidende grüne Erfolg gefeiert worden. Für die GAL war dies ein

wichtiger Pluspunkt in den Verhandlungen, nachdem man u.a. der Hafenerweiterung in Altenwerder oder dem Ausbau der DASA und der Zuschüttung des Mühlenberger Lochs zugestimmt hatte.

Durch die Abspaltung der REGENBOGEN für eine neue Linke Bürgerschaftsgruppe von der GAL ist in jedem Fall sichergestellt, daß es nach der parlamentarischen Sommerpause in der Bürgerschaft zu einer heftigen Auseinandersetzung kommen dürfte. Die REGENBOGEN-Gruppe hat bereits einen Antrag angekündigt, mit dem sie vor allem die GAL-Fraktion in Verlegenheit bringen dürfte. Denn das Gutachten, die Ende September ablaufende Frist für die Vertragskündigung von Brunsbüttel und die nicht absehbaren Ergebnisse der Bonner Konsensverhandlungen werden die GAL zwingen, deutlich und öffentlich zu erklären, wie sie denn den vereinbarten Hamburger Atomausstieg auf den Weg bringen will.

Einfluß auf Konsensverhandlungen?

Doch nicht nur für die Hamburger Perspektive hat die Studie und das Verhalten des Hamburger Senats große Bedeutung. Mit Blick auf die Konsensverhandlungen zwischen der Bonner Regierung und der Atomwirtschaft, könnten die Hamburger erheblichen Druck machen und die Richtung des weiteren Geschehens maßgeblich beeinflussen. Würden in Hamburg Atomkraftwerke aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt, dann würde dies mächtigen Gegenwind für die Atomwirtschaft bedeuten. Deren Forderungen nach Betriebszeiten von 40 Jahren und Schadensersatzzahlungen im Falle einer "vorzeitigen" Stillegung sind mit der Hamburger Studie einigermaßen zahnlos geworden. Zwar können die Ergebnisse der Gas- und Dampfkraft-Atom-Studie nicht einfach auf andere Reaktoren übertragen werden. Doch erkennbar ist, daß diejenigen Anlagen, die bis Anfang der 80er Jahre in Betrieb gegangen sind, vor erheblichen wirtschaftlichen Problemen stehen. Für diese Anlagen dürften eventuelle Schadensersatzzahlungen also kaum noch einen Abschreckungsfaktor für die Bundesregierung darstellen.

Ob die Bonner Koalition die Hamburger Studie nun nutzen wird, bleibt abzuwarten. Allerdings dürfte es für die Regierung immer schwieriger werden, ein Einknicken bei der Ausstiegsfrage zu rechtfertigen. Denn sollte die Regierung sich mit der Atomwirtschaft auf Restlaufzeiten von etwa 30 Jahre "verständigen", dann würde dies nicht nur eine Lebensverlängerung für die AKWs von fünf bis zehn Jahre gegenüber früheren Planungen bedeuten. Daß die Bundesregierung möglicherweise einem solchen "Konsens" zustimmt, der sogar noch unwirtschaftliche Reaktoren am Netz läßt, dürfte kaum vermittelbar sein.

Die 130 Seiten und zwei umfangreiche Anlagenbände umfassende Studie untersucht nicht nur die Kostenstrukturen für die HEW-Reaktoren, sondern betrachtet auch den Stand und die Entwicklung der internationalen Gasmärkte. Neben der Liberalisierung des Strommarktes und der damit verbundenen Aufhebung der Monopolgebiete, wird in der Energiebranche für die kommenden Jahr vor allem der verstärkte Einsatz von Gas zur Stromerzeugung erwartet. Werden heute größere Kraftwerke neu errichtet, so sind dies überwiegend auf Gasbasis befeuerte Anlagen.

Der Grund dafür ist naheliegend. In den vergangenen Jahren sind immer mehr Gasvorkommen entdeckt und erschlossen worden. Aus Sicht der Gutachter stehen für den europäischen Markt heute Gasvorkommen in Höhe von 87.045 Mrd. m3 (1996) zur Verfügung. Demgegenüber betrug die europäische Nachfrage 1996 "nur" 392 Mrd. m3. Rein rechnerisch wäre damit das zweihundertfache der heutigen Nachfrage zur Verfügung. Für die Gas-Preis-Entwicklung ist außerdem von entscheidender Bedeutung, daß die Transportkapazitäten erheblich angewachsen sind und in den kommenden Jahren noch weiter ausgebaut werden. Gasleitungen nach Deutschland bestehen für die riesigen russischen Vorkommen ebenso wie zu den norwegischen und niederländischen Förderstätten in der Nordsee. Seit 1998 besteht außerdem zwischen England und Belgien eine Verbindung, so daß auch hierüber Importe von großen Mengen Gas nach Deutschland erfolgen können. Das deutsche Ferngasnetz ist außerdem mit den dänischen Gasfeldern sowie den französischen und italienischen Netzen verbunden. Über verschiedene europäische Anlandepunkte kann außerdem Erdgas aus Algerien und Nigeria auf dem deutschen Markt verfügbar gemacht werden. Und weitere Leitungen sind in Planung: so sollen in den nächsten Jahren weitere Pipelines von England nach Polen, von Rußland über Skandinavien nach (Ost-) Deutschland gebaut werden. Dadurch wird das Erdgas immer einfacher und in immer größeren Mengen zur Verfügung stehen.

Mit Stand von 1996 wurde der deutsche Erdgasbedarf folgendermaßen gedeckt:

Inlandsförderung: 20 Mrd. m3, Norwegen: 18 Mrd. m3, Niederlande: 24 Mrd. m3, Rußland: 34 Mrd. m3, Dänemark: 2 Mrd. m3, Summe: 98 Mrd. m3.

Auf der Abnahmeseite (1996) sieht es folgendermaßen aus: Haushalte: 34 Prozent, Industrie: 40 Prozent, Öffentliche Einrichtungen: 5 Prozent, Handel, Land- und Forstwirtschaft: 6 Prozent, Fernwärme: 7 Prozent, Energieversorgungsunternehmen (EVU): 5 Prozent, Sonstige: 3 Prozent.

Hier wird auch ersichtlicht, daß Erdgas bis heute nur eine geringe Rolle bei der Stromerzeugung spielt. Mit nur fünf Prozent liegt der Anteil der deutschen EVUs am Erdgasverbrauch sehr niedrig. Eben deshalb wird auch in den kommenden Jahren erwartet, daß Erdgas in starkem Maße zur Stromerzeugung eingesetzt werden wird. Denn wie schon jetzt die Liberalisierung der Strommärkte die Preise für die Kilowattstunde sinken läßt, so wird auch auf den liberalisierten Gasmärkten mit Preisreduzierungen gerechnet.

Für ihre Berechnungen bei den Kosten zum Bau und Betrieb von Gaskraftwerken spielt der Gaspreis die entscheidende Rolle. Die Gutachter geben folgende Preise an: "Die Grenzübergangspreise, zu denen Gas aus Norwegen, Rußland und den Niederlanden nach Deutschland importiert werden, lagen im Mai 1999 zwischen 0,92 und 1,05 Pf/kWh und damit deutlich über den derzeitigen Grenzkosten für Produktion und Transport." Diese Preise bieten also noch ausreichend Spielraum für weitere Preissenkungen. Unter Berücksichtigung der Transportkosten von der Grenze bis zu einem Kraftwerksstandort (bei Hamburg) gehen die Gutachter von einem Gaspreis von 1,20 Pf/kWh aus. Die derzeit noch bestehende Ergassteuer lassen die Gutachter vorerst unberücksichtigt, da sie davon ausgehen, daß die Bundesregierung diese Steuer in nächster Zeit abschaffen wird.

Bei Errichtungskosten von rund 862,50 DM je Kilowatt installierter Leistung kommen die Gutachter schließlich zu einem Strompreis von 3,98 Pf/kWh aus Gaskraftwerken. Dabei wird eine Nutzungsdauer von jährlich 7.884 Stunden unterstellt.

Dieser Preis je erzeugter Kilowattstunde aus neuen Gaskraftwerken wird in der Studie als Vergleichsbasis für die in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke der HEW angelegt.

Kosten des Atomstroms

Für den Weiterbetrieb der AKWs müssen die Gutachter zahlreiche Annahmen treffen, von denen die künftigen Strompreise abhängen. Einige der wesentlichen Daten sowie zwei unterschiedliche Varianten, die berechnet worden sind, sind der nebenstehenden Tabelle (1) zu entnehmen.

Für die künftigen Wartungskosten in den AKWs unterstellen die Gutachter niedrigere Ausgaben als in den vergangenen Jahren, sie unterstellen aufgrund höherer Abbrände bei den Brennelementen geringere spezifische Brennstoffkosten als derzeit. Außerdem wird unterstellt, daß im Rahmen der Kosten der Entsorgung die Betreiber die bestehenden Wiederaufarbeitungsverträge bis zur Erfüllung bedienen werden und erst danach auf die billigere "direkte" Endlagerung übergehen. Die Auswirkungen auf die vier AKWs der HEW in Form von Barwerten (Summe aller Jahresergebnisse) sind der Tabelle (2) zu entnehmen.

Im Ergebnis zeigt sich, daß es für das AKW Brokdorf nicht wirtschaftlich wäre, wenn die HEW auch dieses Kraftwerk abschalten würden. Lediglich wenn die Ausnutzung von Brokdorf (Stromabsatz) und/oder die Gaspreise deutlich sinken würden, wäre die Abschaltung von Brokdorf unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vertretbar, so die Gutachter. Im einzelnen haben die Gutachter die maximalen Gas-Preise bestimmt, bis zu denen der Ausstieg aus den vier AKWs wirtschaftlich wäre: Für Brokdorf müßte der Gaspreis bis maximal 0,95 Pf/kWh betragen, für die AKW Brunsbüttel und Stade könnte er getrost bis über 2 Pf/kWh ansteigen und für das AKW Krümmel würde ein Gaspreis bis 1,4 Pf/kWh möglich sein, bis zu dem der Atomausstieg und Gaseinsatz günstiger wäre, als der Weiterbetrieb der Reaktoren.

DSe

Die Studie kann bei der Umweltbehörde Hamburg unter Telefon 040-42845-3248/9 bestellt werden.

17. Sorgen der Entsorger. In Stade wird es eng - Atommüllbehälter im Süden blockiert

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:28

Bundesamt für Strahlenschutz und die AKW-Betreiber verhandeln derzeit über die Wiederaufnahme der Atomtransporte mit bestrahlten Brennelementen. Vor allem PreussenElektra, Betreiber des AKW Stade, drängt. Denn sollte es in den nächsten Wochen keine Genehmigung für neue Atomtransporte geben, dann steht Stade vor der Stillegung. Das interne Zwischenlager ist randvoll. Der Versuch, diesen akuten Engpaß durch ein neues Lagergestell zu beseitigen, in das erheblich mehr abgebrannte Brennelemente eingesetzt werden können, könnte nämlich scheitern. Niedersachsens Umweltminister Jüttner (SPD), zuständig für die Genehmigung eines solchen Gestells, läßt derzeit prüfen, ob es sich dabei nicht um eine "wesentliche Änderung" der Anlage handelt. Ist das so, dann verlangt das Atomgesetz ein Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung, also zweimonatige Auslegung der Antragsunterlagen und anschließend ein Erörterungsverfahren. Da sich das radioaktive Inventar innerhalb des AKW Stade durch den Einsatz eines solchen Lagergestells deutlich erhöhen wird, wird Jüttner vermutlich kaum etwas anderes übrig bleiben, als eben ein solches öffentliches Verfahren anzuordnen. Damit wäre eine Genehmigung jedoch vor dem für Januar 2000 anstehenden Brennelementewechsel in Stade kaum noch wahrscheinlich. Das AKW müßte dann wegen fehlender Entsorgungsmöglichkeiten abgeschaltet werden. Kein Wunder also, daß PreussenElektra nun unbedingt eine Transportgenehmigung braucht, um möglichst viel Atommüll bis Januar nach Frankreich zur Wiederaufarbeitung zu karren und so Platz im eigenen Lager zu schaffen.

Unterdessen (12. August) ist am AKW Neckarwestheim ein Excellox-6-Behälter (Excellox ist nur ein anderes Wort für Castor) unter massivem Polizeischutz eingetroffen. Seit seiner Abfahrt in England stand dieser Behälter unter Beobachtung von AtomgegnerInnen. Der leere Behälter traf am frühen morgen per Schiene am Kohlekraftwerk Walheim ein. Dort muß der Behälter vom Bahnwaggon auf einen LKW umgeladen werden, da das AKW Neckarwestheim keinen Gleisanschluß hat. Die Weiterfahrt auf der Straße verzögerte sich jedoch, weil AtomkraftgegnerInnen das Tor des Kohlekraftwerkes mit einem Fahrradschloß abriegeln konnten. Anschließend gelang dem Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim eine weitere Blockade des Leerbehälter in Bietigheim. Tags zuvor war der Behälter bereits in Saarbrücken durch eine erste Blockade für 20 Minuten aufgehalten worden. Ebenfalls am Mittwoch hatten AtomgegnerInnen den unbeladenen Straßentransporter auf der Walheimer Höhe bei der Fahrt ins Kohlekraftwerk für zweieinhalb Stunden blockiert.

Mit dem Leerbehälter wollen die Betreiber nun die neuen Abläufe und Auflagen für das Beladen mit abgebrannten Brennelementen testen und feststellen, ob damit die Kontaminationen an der Außenhaut des Behälters verhindert werden können. Ist das der Fall, könnte der beladene Behälter sofort wieder aufs Gleis gesetzt und zur Wiederaufarbeitung geschickt werden. Wenn nichts dazwischen kommt ...

DSe

18. Einwendung gegen das atomare Zwischenlager am AKW Lingen

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:27

Gegen das Vorhaben der Kernkraftwerke Lippe-Ems GmbH, am AKW-Lingen das Standort-Zwischenlager Lingen zu errichten, erhebe ich hiermit Einwendungen wie folgt:

1. Das geplante Zwischenlager wird nach der Inbetriebnahme ein zunehmend hohes Aktivitätsinventar besitzen und das Gesamtaktivitätsinventar am Standort drastisch erhöhen. Durch die Erhöhung des Risikos für katastrophale Unfälle und die zusätzlichen radioaktiven Emissionen ist mein Recht auf Gesundheit und damit mein nach Artikel 2 Absatz 2 Grundgesetz geschütztes Recht auf körperliche Unversehrtheit gefährdet.

2. Durch die vom Zwischenlager ausgehende Gamma- und Neutronenstrahlung wird die Strahlenbelastung in der Umgebung des Zwischenlagers erhöht. Wie hoch die durch Niedrigstrahlung verursachte Strahlenbelastung ist, ist wissenschaftlich umstritten.

3. Das Behälterlagerkonzept entspricht nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik. Die Lagerbehälter bilden die einzige Sicherheitsbarriere, das heißt es existiert keine Doppelbarriere im sonst in der Kerntechnik üblichen Sinn.

4. Die Langzeitsicherheit der Behälter ist nicht gewährleistet.

5. Die Behälter gewährleisten nicht die notwendige Transportsicherheit. Alle Sicherheitstests sind nur mit Behältermodellen durchgeführt worden, die in wesentlichen konstruktiven und materialstrukturellen Eigenschaften nicht den tatsächlich verwendeten Behältern entsprechen.

6. Bei einem schweren durch äußere Einflüsse verursachten Unfall kann die Dichtigkeit der Behälter nicht garantiert werden. Falls die Abführung der Nachzerfallswärme nicht gewährleistet ist, kann auch Überhitzung zum Undicht werden der Behälter führen.

7. Die Kapazität des Zwischenlagers reicht nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz aus, um die Brennelemente aus 50 Betriebsjahren des AKW-Lingen aufzunehmen. Für eine solche Kapazität kann die Antragstellerin keinen Bedarf darlegen. Aufgrund der beantragten Kapazität des Lagers ist zu befürchten, daß auch Atommüll aus anderen Atomkraftwerken in Lingen eingelagert wird.

8. Da das Zwischenlager dem Weiterbetrieb des AKW-Lingen dient, mache ich ausdrücklich alle in früheren Genehmigungs- und Gerichtsverfahren gegen das AKW-Lingen vorgebrachten Einwendungen zum Gegenstand des jetzigen Verfahrens.

9. Die Entsorgung des Atommülls ist ungeklärt.

10. Im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens findet keine Umweltverträglichkeitsprüfung statt. Eine solche Prüfung ist bei Zwischenlagern für andere Abfallarten gesetzlich vorgeschrieben und aufgrund des erheblichen Gefahrenpotentials auch hier erforderlich.

11. Die Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren ist unzureichend. Die Bekanntmachung der Auslegungs- und Einwendungsfrist sowie die Hälfte der Auslegung selbst erfolgen in den Sommerferien. Ausgelegt wird nur während der Dienstzeiten der auslegenden Ämter. Das Sicherheitsgutachten des TÜV wird nicht mit ausgelegt, so daß eine Abwägung der mit dem Zwischenlager verbundenen Gefahren nicht möglich ist. Der Erörterungstermin ist so kurze Zeit nach der Einwendungsfrist geplant, daß eine gründliche Bearbeitung der Einwendungen vorher nicht möglich ist.

Ich behalte mir vor, meine Einwendungen auf dem anstehenden Erörterungstermin näher zu konkretisieren und zu erweitern. Ich beantrage, daß das Bundesamt für Strahlenschutz mir Ort und Zeit des Erörterungstermins mindestens einen Monat vorher schriftlich und persönlich mitteilt und den Termin entweder auf mehrere Wochenenden legt oder den EinwenderInnen ihre Verdienstausfälle ersetzt.

Datum Name Vorname

.....

Anschrift Unterschrift

.....

Bitte ausgefüllt bis zum 25.9.99 zurückschicken an: Vernetzungstreffen Lingen, Jägerstraße 4, 49808 Lingen

19. Lagern für die atomare Zukunft. Erstes Standort-Zwischenlager entsteht am AKW Lingen

Autor: Bernd Schmidt · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:26

Die ersten Ergebnisse der rot-grünen Bundesregierung in Sachen Atomausstieg nehmen Form an: es werden neue Atomanlagen gebaut, die verhindern sollen, daß die bestehenden AKWs abgeschaltet werden müssen. Am AKW Lingen (Niedersachsen) läuft seit Anfang August die Auslegung der Unterlagen für den Bau einer neuen Lagerhalle für hochradioaktive Brennelemente. Nach Gorleben, Ahaus und der Castorhalle am stillgelegten AKW Greifswald wird Lingen damit zum ersten in Betrieb befindlichen Meiler, der sich ein solches von der Bundesregierung heiß ersehntes Atommüll-Zwischenlager gönnt.

Am AKW-Lingen läuft das atomrechtliche Genehmigungsverfahren für das bundesweit erste standorteigene Zwischenlager. Es ist für die Brennelemente aus 50 Reaktorbetriebsjahren ausgelegt. Mit dem Baubeginn der Halle wird ab November gerechnet.

Seit das AKW-Lingen im Dezember letzten Jahres, als erstes und bislang einziges Atomkraftwerk, den Antrag auf ein Standort-Zwischenlager beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) eingereicht hat, arbeitet das inzwischen grün geführte BfS mit Hochdruck an der schnellen Abwicklung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Wobei es die BürgerInnenbeteiligung auf das gesetzlich notwendige Mindestmaß beschränkt: Die Auslegung der Antragsunterlagen im Genehmigungsverfahren begann zusammen mit dem Sommerloch und alle Fristen werden auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum beschränkt.

Regierung und Betreiber eint das Interesse, widerstandsträchtige Castortransporte in Zukunft so gut es geht zu vermeiden, um der öffentlichen Diskussion um die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, die durch Castorblockaden erneut angefacht würde, zu entgehen. Weshalb die rot-grüne Bundesregierung auch darüber hinwegsieht, daß die Kapazität der beantragten Castorhalle ihren sogenannten "Ausstieg" zur Absurdität werden läßt. Der Antrag sieht nämlich vor, daß auf den 130 Castorstellplätzen der größtmögliche Behältertyp zum Einsatz kommen soll. Dadurch können die abgebrannten Brennelemente aus 50 Jahren Reaktorbetrieb aufgenommen werden. Als radioaktives Inventar sollen 1.500 Tonnen Schwermetall zugelassen werden. Das ist dieselbe Menge, für die ursprünglich auch Gorleben und Ahaus genehmigt wurden.

Mit dem Baubeginn der Halle ist noch in diesem Jahr zu rechnen. Denn für die reine Baugenehmigung der Halle ist nicht das BfS sondern die Stadt Lingen zuständig. Und diese Genehmigung ist ohne weiteres noch vor dem Ende des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens möglich. Ein Vorgehen das auch in Ahaus angewandt wurde.

Castor- oder Standortbewegung

Durch ihre Dimensionen und den Versuch von Betreibern und BfS sie so schnell wie möglich zu genehmigen, bietet die Lingener Castorhalle eine gute Möglichkeit, öffentlichen Druck auf Regierung und Atomlobby aufzubauen. An ihr läßt sich derzeit am deutlichsten zeigen, daß es bei Schröders Pro-Atom-Konsens nicht um den Ausstieg, sondern um den langfristigen und vor allem reibungslosen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke geht.

Mit dem Widerstand gegen die standorteigenen Castorhallen soll erreicht werden, den durch den Transportstop und die angekündigten Castorblockaden nun langsam eintretenden Entsorgungsnotstand der AKWs aufrecht zu erhalten. Denn wächst der Widerstand gegen die dezentralen Atommüllager stark an, so stecken die Stromkonzerne nämlich in einem Dilemma. Verzichten sie auf den Bau standorteigener Castorhallen, müssen sie, um die abgebrannten Brennelemente loszuwerden, langfristig auch weiter Castortransporte in die Wiederaufarbeitungsanla-gen nach Frankreich und England oder in die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus durchführen. Diese müssen, wenn sie überhaupt durchführbar sind, gegen massiven Widerstand durchgesetzt werden. Bauen sie die Castorhallen, schaffen sie mit jeder Halle einen neuen Kristallisationspunkt für die Anti-Atom-Bewegung. Sie müssen also befürchten, das Umgehen der Anti-Castor-Bewe-gung mit einem Comeback der Anti-AKW-Bewegung an den Standorten zu bezahlen.

Ziel der in Lingen aktiven Anti-Atom-Gruppen ist es derzeit vor allem, die Castorhalle Lingen und die Problematik der dezentralen Zwischenlagerung regional und bundesweit ins Bewußtsein zu bringen. Im Zentrum stehen dabei erstmal, Einwendungen gegen die atomrechtliche Genehmigung der Halle zu sammeln und der Aktionstag am 25. September. Beide Aktionsformen bringen viele Menschen mit dem Thema in Kontakt und geben vielen Gruppen die Möglichkeit, dazu zu arbeiten.

Wie es nach dem Aktionstag weitergehen, wird derzeit noch diskutiert. Klar ist, daß es eine große Aktion bei der Lingener Ratssitzung, auf der die Baugenehmigung abgesegnet wird soll, und einen Aktionstag am ersten oder zweiten Samstag nach Baubeginn geben wird. Im Gespräch ist außerdem, ab dem Aktionstag monatliche Spaziergänge durchzuführen, um einen regelmäßigen Termin an den Anlagen zu schaffen und so die Grundlage für eine engere Zusammenarbeit zu legen.

Während des Baus der Halle dürfte vor allem die Baustellenzufahrt als Aktionsort interessant sein, da der Bauplatz auf dem AKW-Gelände liegt. Hier bietet sich vor allem die Aktionsform der technischen Blockade, also der Blockade mit Tripoden (Dreifüßen), Festschließaktionen und ähnlichem, an. Einige Gruppen arbeiten auch an der Idee eine Aktion "Ausgebaut" durchzuführen und, in Anlehnung an die Aktion Ausrangiert, in einer öffentlich angekündigt Aktion zivilen Ungehorsams die Baustellenzufahrt rückzubauen.

Und wenn das Zwischenlager betriebsbereit ist, bieten die Transporte der leeren Castorbehälter, die zum beladen nach Lingen gebracht werden sollen, genauso gute Ansatzpunkte für Aktionen und Blockaden wie volle Castoren.

Bernd Schmidt

Aktionstag in Lingen: Samstag 25.9.99

Vormittags: Öffentlichkeitsaktionen in der Lingener Innenstadt und auf dem Wochenmarkt, 13.00 Uhr: Auftaktkundgebung vorm Tor des AKW-Lingen. Anschließend: Aktionen rund um die Anlagen, 18.30 Uhr: Abschlußkundgebung, Abends: Open-Air-Kino im Camp. Von Freitag bis Sonntag gibt es ein Übernachtungscamp und während der Aktionen am AKW eine Mahnwache als Erholungs- und Rückzugsraum. Falls der nächste Castortransport in der zweiten Septemberhälfte stattfindet, wird der Aktionstag in den späteren Herbst verlegt.

Wichtig: Wir werden keine Aktionen auf den Schienen machen, da die Strecke am AKW stark befahren und das Betreten der Gleise lebensgefährlich ist.

20. Auf der Suche nach dem Führungskader. BKA droht der Anti-AKW-Bewegung

Autor: Castor-Gegner · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:25

Anfang Juli langte das BKA voll hin. Zahlreiche Wohnungen von AtomkraftgegnerInnen wurden in mehreren Städten durchsucht. Hintergrund der Durchsuchungen sollen laut BKA Anschläge auf die Bundesbahn in Zusammenhang mit Castor-Transporten ins Wendland sein. Wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" oder "gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr" wird gegen die Betroffenen ermittelt. Die ak-Redaktion erklärt sich mit den Betroffenen solidarisch. Auf die Anklagebank gehören diejenigen, die mit ihrem Atomprogramm Leben und Umwelt bedrohen und diejenigen, die diese dabei schützen. Wir dokumentieren hier den Offenen Brief der Betroffenen, der inzwischen von zahlreichen Gruppen unterschrieben wurde.

Am 6.7.1999 durchsuchte das Bundeskriminalamt (BKA) insgesamt 10 Wohnungen in Berlin, Bremen, Hamburg, im Landkreis Lüchow-Dannenberg und im Landkreis Lüneburg, einen Taxi-Betrieb in Berlin Kreuzberg und ein Umweltinstitut in Bremen. Der Vorwurf lautet "Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (129a) oder "gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" (315). Nach der Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes (vom 6.7.1999) waren 9 StaatsanwältInnen, 100 BKA-BeamtInnen und weitere 200 PolizistInnen der Länder beteiligt. Die angetroffenen Beschuldigten wurden erkennungsdienstlich behandelt, teilweise wurden noch zusätzlich Speichelproben und Haarproben (aus Haarbürsten) für DNA-Analysen entnommen. In eine Wohnung in Berlin drangen vermummte SEK-BeamtInnen mit Stahlhelm und gezogenem Revolver ein. Ein Mensch wurde von der Arbeit "verbracht".

Nach Angaben der Bundesanwaltschaft gingen der Durchsuchungsaktion "intensive Ermittlungen der Arbeitsgruppe Energie beim Bundeskriminalamt" voraus. Diese Ermittlungen hätten ergeben, daß die Aktionen auf eine Personengruppe aus dem militanten Widerstand gegen die CASTOR-Transporte und auf eine aus dem Widerstand gegen die Olympischen Spiele in Berlin (AOK, Anti-Olympia-Komitee) zurückzuführen sind.

Begründet wurde der Vorwurf mit den Hakenkrallenaktionen gegen die Deutsche Bahn AG, die laut Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes am 7. Oktober 1996 an 12 Orten im Bundesgebiet und am 25. Februar 1997 an 8 weiteren Orten in Norddeutschland stattfanden, sowie dem "Kommuniqué autonomer Gruppen" zu diesen Aktionen und weiteren BekennerInnenschreiben. In dem breit veröffentlichten Kommuniqué heißt es dazu: "Ziel der Anschläge war es, die Deutsche Bahn AG unter Druck zu setzen, um die CASTOR-Transporte auf dem Schienennetz einzustellen."

Aus der Zeitgleichheit der Aktionsserien und gemeinsamer Erklärungen schließt die Generalbundesanwaltschaft auf die Existenz einer Organisation "Autonome Gruppen", deren "Führungskader" sie in den Beschuldigten gefunden zu haben glaubt.

Es gibt eine weitere Beschuldigung wegen gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr im Rahmen des Widerstandes gegen das AKW Krümmel.

Die Staatsanwaltschaft unterstellt, daß durch die reißenden Oberleitungen Gefahr für Leib und Leben von LokomotivführerInnen und Reisenden entstanden war. Dagegen geht aus den Diskussionen der Anti-AKW-Bewegung ganz klar hervor, daß solche Aktionen so angelegt sind, daß keine Menschen gefährdet werden. In dem besagten Kommuniqué heißt es dazu: "Wir bewegen uns mit dieser Aktion im Konsens des wendländischen Widerstandes, keine Menschenleben zu gefährden".

Es gibt elf "Beschuldigte" und neun weitere "Betroffene", wobei dieses Personen sind, die mit den "Beschuldigten" in Kontakt stehen sollen, oder zu deren Räumen die "Beschuldigten" Zugang haben sollen.

Die Durchsuchungen - zumindest bei den "Beschuldigten" - fanden in allen Räumen statt, zu denen sie nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Zugang haben. Das betraf auch Keller, Dachböden, Schuppen, Ställe, Autos, Gärten und landwirtschaftliche Flächen. Die Durchsuchungen begannen zeitgleich etwa um 8 Uhr morgens und dauerten bis zu 13 Stunden. Es wurde zugelassen, eine AnwältIn zu benachrichtigen, dann aber konnten, bis auf eine Ausnahme, keine weiteren Telefongespräche geführt oder empfangen werden.

In Bremen gehört ein Mitarbeiter der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.) zu den Beschuldigten. Sein Arbeitsplatz, sowie die Räume der Meßstelle und das gesamte Haus, in dem sich die Meßstelle befindet, wurden durchsucht. Geschäfts- und Arbeitsunterlagen wurden in einem Ausmaß beschlagnahmt, daß ein Weiterbetrieb gefährdet ist. Hier wurde vor Ort eine weitere Beschuldigung erhoben: "Anfangsverdacht des Betruges durch unzweckmäßig verwendete Fördergelder". Das geschah sicher nicht zufällig: Die Meßstelle hat z.B. die Kampagne gegen Atomtransporte durch Bremen und Bremerhaven ('97,'98) wissenschaftlich begleitet und politisch unterstützt. Diese Kampagne bekam durch den "CASTOR-Skandal" eine zusätzliche Bestätigung.

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wurden bei den Durchsuchungen beschlagnahmt (wobei bei den verschiedenen Durchsuchungen sehr unterschiedlich vorgegangen wurde): PCs und Datenträger (Disketten, CDs), Videofilme, Fotos, Kalender, Adress-, Notiz- und Tagebücher, Material, an dem gerade gearbeitet wurde (unter anderem Artikel und weitere Texte, unabhängig vom konkreten Tatvorwurf), Krankenunterlagen und Therapieunterlagen über die eigene Behandlung, PatientInnenunterlagen, Strategiediskussionen zu Uran-, CASTOR-Transporten und AKW-Widerstand, Unterlagen zu Bankkonten, Quittungen, Verträge usw., Schraubstöcke, Rohrzangen, Bolzenschneider, Schraubschlüssel, Eisenbahnschienen, Funkscanner, Signalwesten, Landkarten, Schreibmaschinen, Typenrad, Handschriften- und Schreibmaschinenproben, Haarbürsten und Hanfpflanzen. Außerdem wurden Zigarettenkippen beschlagnahmt, da laut eines Durchsuchungsbeschlusses eine Zigarette (Marke Juwel) auf einer Betonschwelle im Gleisbett ausgedrückt worden sei. Sie soll 13,20 m von der Stelle gelegen haben, an der eine Hakenkralle bei Potsdam eingehängt worden sein soll.

Erfahrungsgemäß kann es eine zweite Welle von Durchsuchungen geben. Darauf sollten wir uns vorbereiten!

Diese Staatsschutzaktion steht für uns im ganz konkreten Zusammenhang mit den Energiekonsensgesprächen zwischen Regierung und Atomindustrie.

Im Vorfeld der politisch und praktisch in Vorbereitung befindlichen Atomtransporte soll der Widerstand dagegen kriminalisiert, eingeschüchtert, in "friedliche" und "gewalttätige" gespalten und dadurch geschwächt werden. Das bekommt gerade jetzt eine besondere Bedeutung: Weil sich die Grünen und die SPD von Ihrer Kritik an der Atomtechnologie mit der Übernahme staatlicher Macht immer stärker zu den Garanten der Atomindustrie entwickeln.

Weil demnächst wieder Atomtransporte von den AKWs zu den Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague (F) und Sellafield (GB), bzw. von diesen Anlagen in die "Zwischenlager" Gorleben oder Ahaus, oder von den AKWs in die "Zwischenlager" rollen sollen.

Weil außerdem fast täglich Atomtransporte, wie z.B. mit Uranhexafluorid für die Brennelementeproduktion durch die BRD fahren.

Abschließend wollen wir betonen: Unsere Widerstandsformen gegen die menschenfeindliche Atomtechnologie bestimmen wir selbst. Wir lassen sie uns nicht von den VertreterInnen der Atomindustrie und deren staatlichen UnterstützerInnen vorschreiben! Egal, welche "Farbkombination" in Berlin regiert: Wir werden solange gegen Atomanlagen und transporte kämpfen, bis alle Anlagen stillgelegt sind! Wir wissen: Gemeint sind wir alle - aber wir lassen uns nicht einschüchtern und auch nicht spalten. Entscheidend für Veränderung war immer nur der Druck, den wir selbst erzeugen konnten.

Sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!

Einstellung aller Verfahren gegen AtomkraftgegnerInnen!

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

UnterzeichnerInnen der Erklärung:

ADELANTE Umzugskollektiv, Hamburg / AG Schöner Wohnen, Berlin / AK gegen Konservatismus, Coburg / AK KRAAK, Videomagazin, Berlin / Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand, Neckarwestheim / Anti-Atom-Aktuell Zeitung für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen / Anti-Atom-Büro Hamburg / Anti-Atom-Plenum Berlin / Anti-Atom-Plenum Göttingen / Antifaschistische Aktion Oldenburg / Antifa Ammerland / Antifa-Café im Alhambra, Oldenburg / Antifa-Café in der B5, Hamburg / Antifaschistisches Komitee, Bremen /

Antifaschistische Aktion Lüneburg-Uelzen / Anti-Rassismus-Büro, Bremen / Arbeitskreis Umwelt, Wiesbaden / ARGE Gemeinsam gegen Atomgefahr, St. Peter, Austria / ASO - Anarchistischer Störtrupp, Oldenburg / Atomplenum Greifswald / Atomplenum Minden / BamM! (Büro für antimilitaristische Maßnahmen), Berlin / BBA-Infoladen, Bremen / Bremer Anti-Atom-Forum (BAAF) / Bremer Friedensforum / Bremer Kassiber Stadtzeitung für Politik, Alltag, Revolution / Bremer Mahnwache-Frauen / BIU-Bürgerinitiative Umweltschutz, Budweis, Cech. Republik / Buchhandlung Oh 21, Berlin Kreuzberg / CASTOR-Gruppe Bremen / CASTOR-Gruppe Dahlenburg / Centrum ENERGIE, Budweis, Cech. Republik / "Copy Time" Kopierladen, Berlin-Kreuzberg / Dachverband der Oberpfälzer Initiativen gegen Atomanlagen, Schwandorf / Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Landesverband Berlin, Landesverband Bremen / Delegiertenkonferenz der Abrüstungsinitiativen Bremer Kirchengemeinden / DGB Jugendbildungsstätte Fulda / "D.U.P." Der Umzug Platzt, Berlin / Ermittlungsausschuß (EA) -Berlin / EA-Bremen / EA-Hamburg / El Rojito Nicaragua-Kaffee-Handel, Hamburg / Einige AntifaschistInnen aus München / EZM-Energie Zukunft Mühlviertel, St. Stefan, Austria / Ex Levanti, Bremen / FC Dynamo Hasenheide, Berlin / FDCL Forschung und Dokumentation für Chile und Lateinamerika im Mehringhof, Berlin / Frauengruppe "Drächin Futura", Berlin / FrauenLesben-Info-Laden Mafalda, Bremen / FROXS Radikal Ökologische und Internationalistische Initiative, Bremen / Fritz Bauch -Kneipenkollektiv, Hamburg / Gegeninformations-Büro Mehringhof, Berlin / Gruppe Mücadele, Berlin / Hamburger Bündnis Antimilitaristischer, Antiimperialistischer Gruppen und Einzelpersonen / HessenBaden Plenum der Initiativen gegen Atomanlagen / Info-Café Anna und Arthur, Lüneburg / Initiative gegen den Coburger Convent, Coburg / Internationaler Menschenrechtsverein Bremen / Kaffee Klatsch Kollektiv, Wiesbaden / Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin, Potsdam / Kölner Gegenstrom gegen Atomanlagen / KöXüz MigrantInnenzeitschrift / Kurdistan Solidarität, Hamburg / Leben nach Tschernobyl, Gießen / Lebensmittel Hille, Berlin-Kreuzberg / Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.), Bremen / Meuchefitzer Gasthof Kneipenkollektiv, Wendland / Mozart-Apotheke, Berlin-Kreuzberg / NIX MEHR Info-Telefon 030 261 98 12, Kampagne gegen Atomtransporte, Berlin / OOe Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr, Austria / Ratschlag der Anti-AKW-Initiativen in Trebel (Wendland) vom 20.7.1999 / Rote Hilfe, Ortsgruppe Bremen / Rote Flora - Plenum, Hamburg Schulz & Korn Naturkost, Berlin-Kreuzberg / Schwarzer Hahn e.V. Kulturverein, Lensian (Wendland) / Schwarzmarkt Infoladen, Hamburg / "Schwarze Risse" Buchladen im Mehringhof, Berlin / Soligruppe "Goldene Hakenkralle" / Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Bremen / "Taverna Babis", Berlin-Kreuzberg / Umbruch Satz, Repro, Bildarchiv, Berlin / Unorganisierte AKW GegnerInnen, Oldenburg./ WiWos Autonome FrauenLesben Gruppe, Bremen / Wohnprojekt Nimm 2, Hamburg / Zeitungsladen Mehringdamm, Berlin-Kreuzberg / Zieten-Apotheke, Berlin-Kreuzberg

Eigene Solidaritätserklärungen von: Autonome Gruppe Gegenenergie, Presseerklärung vom 14.7.99, Berlin / Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Presseerklärung vom 21.7.99, Bonn / GRUPPE LANDFRIEDENSBRUCH, Basisgruppe Reiskirchen, Offener Brief an das Bundeskriminalamt

Gemeinsames Solikonto:

Rote Hilfe e.V., Kto. 48 19 12 206, BLZ. 200 100 20, Postbank Hamburg, Verwendungszweck: "Goldene Hakenkralle".

Wir brauchen starke finanzielle Unterstützung. Aktuelle Infos sind abzufragen bei www.nadir.org unter Punkt "Aktuelles".

Weitere UnterzeichnerInnen oder Solidaritätserklärungen an:

BBA-Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen, Tel./Fax: 0421 / 700 144.

21. Schutzwürdiges Interesse an einem geordneten Haar. Aktueller Stand nach den Hausdurchsuchungen

Autor: Castor-Gegner · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:36

Die AnwältInnen (etwa 20 an der Zahl, denn jede(r) "Beschuldigte" oder "Betroffene" kann sich nur unabhängig von den anderen vertreten lassen) haben Widerspruch gegen die Durchsuchungen und gegen die Beschlagnahmungen eingelegt, Akteneinsicht gefordert, spezielle beschlagnahmte Gegenstände oder Papiere (oder deren Kopien) zurückgefordert.

Bis auf eine Diskette mit dem Entwurf einer Diplomarbeit und vereinzelt Kopien von Kalendern oder Telefonbüchern oder von einigen Disketten, ist alles abgelehnt worden.

Die Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz e.V. (MAUS), deren Verfahren ja von der Bremer Staatsanwaltschaft behandelt wird (s. "Offener Brief"), konnte Kopien von einigen Geschäftsunterlagen machen.

Die Akteneinsicht wurde abgelehnt, um "die laufenden Ermittlungen nicht zu gefährden". Die Ablehnung der Rückgabe der Beschlagnahmungen (wie PC, Disketten, ZIP-Laufwerk, Arbeitspapiere usw.) oder auch die Anfertigung von Kopien wurde u.a. vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes inhaltlich begründet mit:

"Der Beschuldigte steht im Verdacht, sich als Mitglied an einer terroristischen Vereinigung zu beteiligen, die bestrebt ist, die Castor-Transporte der Deutschen Bahn durch militante Aktionen (Hakenkrallenanschläge, Schienensägereien und andere Aktionsformen des militanten Widerstandes) zu unterbinden und dadurch auch die Gesellschaft als solche revolutionär zu erschüttern. Die Mitglieder der Vereinigung stehen untereinander in regem Kontakt, arbeiten dabei aber äußerst konspirativ. ...

Sie (gemeint sind: die schriftlichen Unterlagen) können Aufschluß geben über die Art und Weise der Begehung der Straftaten sowie deren Vorbereitung, über die Kommunikationswege der Gruppenmitglieder untereinander, die Konzeption der terroristischen Vereinigung und die Einbindung des Beschuldigten in die Führungsstrukturen der "Autonomen Gruppen ...."

In einem Beschlagnahmebeschluß gegen den Einspruch eines Anwalts wird die Herausgabe einer Haarbürste wie folgt abgelehnt: "Ob es im Hinblick auf die Beweissicherung sachgerecht erscheint, das Asservat Nr. 1.4.9.3.1 (=Haarbürste) nach evtl. Entfernung der Haare herauszugeben, bedarf noch der näheren Prüfung. Im Interesse einer möglichst weitgehenden Sachaufklärung kann dem Beschuldigten zugemutet werden, eine Haarbürste bei seinen Mitbewohnern vorübergehend zu entleihen, bzw. eine neue Bürste zu erwerben, damit sein individuelles, schutzwürdiges Interesse an einer geordneten Haartracht befriedet werden kann." (Dr. Wolst vom BGH)

Die BerlinerInnen planen für den 14. Oktober eine Veranstaltung. Nächstes Vorbereitungstreffen für eine internationale, öffentliche Begegnung der Führungskader der "Autonomen Gruppen" mit der Einweihung eines Wanderdenkmals, am Dienstag, 24. Aug.99, 20.00 Uhr im BBA-Laden in Bremen. Die INTERNET-Seite bei NADIR soll immer noch eingerichtet werden. Solange dort unter "Aktuelles".

22. Siemens Wille geschehe. Kanzler bezahlt AKWs in der Ukraine

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:35

Ein Votum des deutschen Bundestages gegen die Finanzierung von zwei Atomreaktoren in der Ukraine nötigte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Juli zu Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung in Kiew über nicht-atomare Alternativen. Erwartungsgemäß beharrte die Ukraine auf dem Atomkraftwerksbau. Nach dieser Good-Will-Tour möchte Schröder nun zugunsten des deutschen Atomkonzerns Siemens die Finanzierung der Atommeiler durchpauken. Doch nur 13 Prozent der deutschen und 9 Prozent der ukrainischen Bevölkerung unterstützen diese Atompolitik des Kanzlers.

1995 wollte die Ukraine noch Gaskraftwerke als Ersatz für Tschernobyl bauen (vgl. ak 428). Doch Deutschland und Frankreich wollten zugunsten ihrer Atomfirmen Siemens bzw. Framatome nur Kredite für die Fertigstellung der beiden Atomkraftwerksblöcke Khmelnitzki-2 und Rowno-4 bereitstellen. Das extrem finanzschwache Land willigte schließlich ein.

Im Juli 1999 reiste nun der Kanzler einer rot-grünen Koalition wegen eines Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 17. Juni nach Kiew, um wiederum über nicht-atomare Alternativen wie Gas- und Kohlekraftwerke zu verhandeln. Derselbe deutsche Bundeskanzler hatte selbst monatelang immer wieder deutlich gemacht, daß er sich nicht mit dem mächtigen Atomkonzern Siemens anlegen und den Atomkraftwerksbau finanzieren möchte. Unmittelbar im Vorfeld seiner Gespräche mit der ukrainischen Regierung lieferte Schröder die Steilvorlage für das von ihm gewollte "Scheitern" der Verhandlungen über die Alternativen: Er betonte, die Schließung der noch laufenden Reaktoren in Tschernobyl sei das wichtigste Ziel, wohl wissend, daß die Bedingung der Ukraine für diese Abschaltung die Fertigstellung der neuen Atommeiler ist. Und so kam, was kommen mußte: Die Ukraine bestand auf der Finanzierung der Atomkraftwerke und Kanzler Schröder kündigte an, jetzt werde im September endgültig über den Atomkredit entschieden. In der rot-grünen Koalition gäbe das keine ernsthaften Auseinandersetzungen.

Mit in Kiew dabei war übrigens ein führender Atommanager des Siemens-Konzerns. Einladungen des Bundesumweltministeriums an atomkritische Bundestagsabgeordnete sowie AtomkraftgegnerInnen von Greenpeace und von der alternativen Ärzteorganisation IPPNW scheiterten hingegen am Veto des Bundeskanzleramts.

Doch Bundeskanzler Schröder, Deutschlands oberster Dienstleister für die Atomindustrie, hat seine Bevölkerung nicht hinter sich. Eine repräsentative Meinungsumfrage im Auftrag der IPPNW, durchgeführt am 19. und 20. Juli ergab, daß nur 13 Prozent der Bevölkerung in Deutschland wollen, daß der Westen neue Atomkraftwerke in der Ukraine als Ersatz für Tschernobyl finanziert. 79 Prozent plädieren hingegen für nicht-atomare Alternativen.

75 Prozent lehnen es generell ab, daß der deutsche Atomkonzern Siemens in Osteuropa Atomkraftwerke baut, aus denen dann Atomstrom unter anderem nach Deutschland geliefert wird, ermittelte das Meinungsforschungsinstitut Forsa. Nur 15 Prozent befürworten dieses Vorhaben von Siemens.

Eine überwältigende Mehrheit von fast 80 Prozent der Menschen in Deutschland besteht damit auch nach den "Verhandlungen" in Kiew darauf, daß mit ihren Steuergeldern keine neuen Atomkraftwerke in der Ukraine finanziert werden. Die Regierung Schröder würde sich mit der Finanzierung der Atomkraftwerke also sowohl über das eindeutige Votum des Deutschen Bundestages - mit den Stimmen der regierenden grünen und der SPD-Fraktion - und über eine überdeutliche Mehrheit in der Bevölkerung hinwegsetzen. Eine derartige Konstellation dürfte es in der bundesrepublikanischen Demokratie selten gegeben haben! Sie dokumentiert eindrucksvoll die Macht des Atomkonzerns Siemens.

Henrik Paulitz

23. "Heidelberg boykottiert Siemens". Mit Städtekampagnen gegen den Atomkonzern

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:34

Mit einer "Prototyp-Kampagne" in Heidelberg entwickelte die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW gemeinsam mit örtlichen Gruppen ein Konzept, um dem Atomkonzern Siemens den Atomkraftwerksbau madig zu machen. Das Konzept stadtbezogener Siemens-Boykott-Kampagnen möchte die Organisation jetzt schrittweise in andere Städte "exportieren". Mit Castor-Blockaden die laufenden deutschen Atomanlagen verstopfen, mit dem Siemens-Boykott den Atomkraftwerksneubau in Osteuropa verhindern, ist die Strategie der IPPNW.

Die "zermürbenden Auseinandersetzungen" um die Atomenergie in Deutschland, so ein führender Manager der Deutschen Bank, veranlaßte die eng mit Siemens kooperierende Großbank spätestens 1989, die "Europäisierung" und Liberalisierung der Energiepolitik voranzutreiben. Die strategische Überlegung: Wenn wir Atomkraftwerke und fossile Großkraftwerke in Deutschland gegen den Widerstand aus der Bevölkerung nicht mehr durchsetzen können, dann bauen wir die Großkraftwerke im benachbarten Ausland an Standorten, wo die "politische Akzeptanz" größer ist, und importieren den (Atom-)Strom nach Deutschland (vgl. Paulitz 1994: Manager der Klimakatastrophe - Die Deutsche Bank und ihre Energie- und Verkehrspolitik).

Heute können wir hautnah z.B. in der Radiowerbung die schrittweise Realisierung des Stromwettbewerbs miterleben, die die Regierung Kohl noch auf den Weg gebracht hat und die die Regierung Schröder auch nicht behindern wird. Bündnis 90/Die Grünen haben sich selbst in Oppositionszeiten nicht grundsätzlich gegen diese Liberalisierung der Energiemärkte gewandt, die den (relativ teuren) regenerativen Energieträgern und der kommunalen Kraft-Wärme-Kopplung in den kommenden Jahren das Genick brechen könnte. Auf europäischer Ebene werden die großen Energiekonzerne die kleinen Versorger aufkaufen, miteinander fusionieren und Strom europaweit austauschen.

In diesem - hier nur kurz angedeuteten - Kontext sindst die Fertigstellung des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce und die jetzt geplante Fertigstellung der ukrainischen Atomanlagen Khmelnitzki-2 und Rowno-4 und viele weitere geplante Projekte zu sehen. Siemens baut Atomkraftwerke in Osteuropa und die Energieversorger importieren künftig den Atomstrom u.a. nach Deutschland.

Das Problem der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland: Mit dem Castor-Widerstand kann sie zwar sehr wirksam den Betrieb der von Siemens errichteten Atomkraftwerke in Deutschland "verstopfen", nicht jedoch den Export von Atomkraftwerken nach Osteuropa verhindern, obwohl wir künftig von dort mit Atomstrom überschwemmt werden. In den kommenden Monaten und Jahren stehen unzählige Entscheidungen über neue Atomprojekte an, die es zu verhindern gilt.

Wir haben praktisch keine Möglichkeit, uns Siemens beim Marsch Richtung Osteuropa physisch in den Weg zu stellen. "Wir stellen uns quer" funktioniert hier nur im übertragenen Sinne: Mit dem Siemens-Boykott können wir Siemens derart schwere Image-Schäden zufügen, daß es sich der Elektrokonzern nicht mehr leisten kann, Atomkraftwerke zu bauen. Großunternehmen sind heute extrem empfindlich gegenüber Image-Schäden, so daß Unternehmensberater empfehlen, gesellschaftlich umstrittene Produktionen im Zweifelsfall aufzugeben.

Heidelberg ...

Auf Initiative der IPPNW bildete sich in Heidelberg ein Aktionsbündnis bestehend aus IPPNW, Anti-AKW/Castor-Gruppe, Werkstatt für gewaltfreie Aktion, BUND Heidelberg, GAL/Bündnis 90/Die Grünen Heidelberg und der Fachschaftskonferenz der Uni Heidelberg mit dem Ziel, in der "kleinen Großstadt" Siemens in wenigen Wochen das Image "flächendeckend" zu beschädigen.

Kern der Aktivitäten bildete ein Faltblatt, von dem über 50.000 im gesamten Stadtgebiet in (fast) alle Haushalte verteilt wurden. Das informative Faltblatt wurde so gestaltet, daß bereits die Wahrnehmung der wenigen Sätze auf der ersten Seite und sogar die alleinige Wahrnehmung der Überschriften "Heidelberg boykottiert Siemens" und "Siemens baut Atomkraftwerke" ausreichten, um das Wesentliche zu vermitteln. Denn wenn die breite Bevölkerung erfährt, daß Siemens Atomkraftwerke baut und ein Boykott gegen das Unternehmen läuft, ist bereits die entscheidende Voraussetzung für den gewünschten Image-Schaden gegeben. Mit weiteren Texten

und Grafiken auf den übrigen Seiten des Faltblatts wurde über die aktuellen Atomgeschäfte von Siemens informiert, auf die Energie-Alternativen verwiesen, die boykottierbaren Produkte gezeigt und die Funktionsweise des Siemens-Boykotts erläutert.

Den Auftakt der mehrwöchigen Kampagne bildete eine bunte Aktion am 13. Tschernobyl-Jahrestag (Motto: "Jetzt schlägts 13") auf dem zentralen Bismarckplatz. Mit Transparenten, einem Wegweiser zu den sieben Atomkraftwerksblöcken rund um Heidelberg, Redebeiträgen, Musik und Faltblättern führte sie zu einem überraschend guten Medienecho. Durchweg positive Berichte erschienen u.a. in der größten Tageszeitung, in einer an alle Haushalte verteilten lokalen Anzeigenzeitung und in dem bedeutendsten Radiosender der Region.

Mit einer intensiven Pressearbeit konnten wir Beiträge in seltener erscheinenden Publikationen arrangieren: so erschienen beispielsweise Artikel in der breit gelesenen regionalen Stadtillustrierten, in dem regionalen Umweltmagazin, in beiden Studierenden-Zeitungen und in der grünen Mitgliederzeitung. Die grüne Stadtratsfraktion stellte uns zudem im offiziellen Amtsblatt der Stadt Heidelberg ihre Spalte (Seite 2) zur Verfügung, mit der wir den Siemens-Boykott erneut in alle Haushalte transportieren konnten. Ein Aufruf lokaler "prominenter" Persönlichkeiten, darunter der Umweltbürgermeister als Privatperson, die Leiterin der Volkshochschule, diverse Künstler und Uni-Professoren, die zu einer "bewußten Kaufenthaltung" bei Siemens-Produkten aufforderten, veranlaßte schließlich auch die regionale Bild-Redaktion zu einem Bericht über den Heidelberger Siemens-Boykott.

Mit zwei Motiven warben wir in zwei Heidelberger Programm-Kinos einen Monat lang vor jeder Vorstellung für den Siemens-Boykott. Über 4.000 Boykott-Postkarten wurden in Kneipen ausgelegt und hinter Autoscheibenwischer geklemmt. Über 2.000 Postkarten verteilten wir vor unserem Infostand auf einem Straßenfest der Stadt Heidelberg am Autofreien Sonntag. Mit einem Stand auf einer lokalen Solarmesse erreichten wir an zwei Tagen ebenso zahlreiche interessierte Leute.

Mit einer Aktion auf dem Uniplatz protestierten wir mit dem "größten Atomkraftwerk Heidelbergs" und sammelten Unterschriften unter Protestfaxe an Bundeskanzler Schröder, die wir direkt ins Kanzleramt faxten. Zeitgleich mit den Verhandlungen des Kanzlers in der Ukraine protestierten wir mit einem Haufen Schrott, mit Boykott-Aufrufen per Megaphon und mit Unterschriften unter Faxe an den regionalen Betriebsratsvorsitzenden von Siemens gegen die geplante Fertigstellung von Atomkraftwerken in der Ukraine. Die in alle Heidelberger Haushalte verteilte Anzeigenzeitung berichtete ausführlich über die Aktion.

Mit dem Mix aus dem flächendeckend verteilten Faltblatt und der sehr guten Medienresonanz konnte in kurzer Zeit ein Großteil der Heidelberger Bevölkerung über die Atomgeschäfte von Siemens und über den Aufruf zum Siemens-Boykott informiert werden. Das tut dem Elektrokonzern, der derzeit mit Handys auf den Markt drängt, nicht gut.

Und weil die Kampagne in Heidelberg so viel Spaß gemacht hat, beschloß die Gruppe, auch weiterhin gemeinsam aktiv zu bleiben.

... und anderswo

Mit derartigen stadtbezogenen Boykott-Kampagnen haben wir den Schlüssel in der Hand, mit dem wir sukzessive einen ganz gewaltigen Druck gegenüber Siemens aufbauen können. Mit jeder weiteren Stadt, die wir mit einer derartigen Kampagne überziehen, muß sich die Siemens-Führung überlegen, ob ihr die damit verbundenen Image-Schäden noch tragbar erscheinen. Wie stark die Befürchtungen in der Siemens-Führung vor einer Ausweitung des Boykotts sind, zeigt sich allein daran, daß sich Konzernchef Heinrich von Pierer immer wieder gegenüber der IPPNW für eine Beendigung der Kampagne einsetzt.

Die Überlegungen für die Realisierung weiterer Städtekampagnen gehen dahin, den Umfang an Aktivitäten zu reduzieren. Denn entscheidend für den Erfolg sind praktisch drei Dinge: Erstens die Durchführung einer guten und sinnvoll plazierten Auftaktaktion, zweitens das Verteilen von Faltblättern in möglichst alle Haushalte und drittens eine gute Pressearbeit. Alles, was darüber hinausgeht, ist sehr nützlich, aber kein "Muß".

Was sind die Voraussetzungen für die Durchführung einer derartigen Kampagne? Basierend auf den Heidelberger Erfahrungen erscheint es wegen der Wirkung auf Presse und Bevölkerung sinnvoll, daß die Kampagne von einem relativ breiten Aktionsbündnis getragen wird. Entscheidend ist sicherlich auch, daß sich

eine harmonierende und arbeitsfähige Kerngruppe herausbildet. Als günstig erweisen sich Mitstreiter, die in der politischen Szene der jeweiligen Stadt gut verankert sind und weitere Leute für Aktionen und für das Verteilen der Faltblätter mobilisieren können.

Um den künftigen Städtekampagnen den nötigen Drive zu geben und zu einer schlagkräftigen und druckvollen bundesweiten Kampagne "hochzufahren", ist geplant, nochmals in wenigen Städten die Vorfinanzierung der Aktivitäten (Druck der Faltblätter etc.) wie in Heidelberg vorzunehmen. Das Spendenaufkommen in Heidelberg, das aus einer sehr zurückhaltenden Spendenaufforderung auf den Faltblättern resultierte, läßt allerdings erwarten, daß bei einem offensiveren Spendenaufruf für eine bundesweite Kampagne eine Stadt die jeweils nächste Kampagne in einer anderen Stadt finanzieren kann. Wenn jeweils mehrere Städtekampagnen die nächsten Städtekampagnen ermöglichen, dann wäre der Siemens-Boykott nicht mehr aufzuhalten. Siemens stünde dann massiv unter Druck.

Henrik Paulitz

Der Autor organisiert für die IPPNW die Siemens-Boykott-Kampagne. Weitere Informationen im Internet unter: www.siemens-boykott.de. Erwägt Ihr, in Eurer Stadt eine Siemens-Boykott-Kampagne durchzuführen? Dann meldet Euch doch einfach mal bei Henrik Paulitz, Tel./Fax 06221-75 88 77. Oder bestellt unseren kostenlosen Leitfaden für stadtbezogene Siemens-Boykott-Kampagnen mit vielen weiteren Tips bei der IPPNW, Tel. 030-693 02 44, Fax 030-693 81 66.

24. Baraks Visitenkarte. Regierungsbildung in Israel

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:24

Die Anfang Juli vereidigte israelische Regierung besteht aus 6 von 15 in der Knesset vertretenen Parteien, die Koalitionspartner verfügen zusammen über 75 der insgesamt 120 Mandate. Die sozialdemokratische Arbeitspartei stellt mit zwei kleineren Splitterparteien unter dem gemeinsamen Listennamen "Ein Israel" mit 26 Abgeordneten die stärkste Fraktion, gefolgt von der sephardisch-religiösen Shas-Partei mit 17 Abgeordneten sowie der linksliberalen Meretz-Partei mit 10 Abgeordneten. Weitere Koalitionspartner sind die Partei der russischen EinwanderInnen, Yisrael Be'Aliya, die Nationalreligiöse Partei als Vertreterin der Siedlerlobby und die neue Zentrumspartei, ein Zusammenschluß von ehemaligen Likud-Politikern, die aus Protest gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Netanjahu die Partei verließen. (Zum Wahlergebnis siehe ak 427)

Keine israelische Regierung seit den Tagen der uneingeschränkten Vorherrschaft der sozialdemokratischen Arbeitspartei in den 50er und 60er Jahren verfügte über eine so komfortable Mehrheit. Barak hat seine starke Position als ein per Direktwahl und mit einer überwältigenden Mehrheit gewählter Ministerpräsident genutzt, um allen im Parlament vertretenen Parteien sein Grundsatzprogramm als Paket anzubieten. Sie waren vor die Wahl gestellt, dies zu akzeptieren oder abzulehnen, ändern konnten sie daran nichts. Der Koalitionsvertrag gesteht den Koalitionspartnern lediglich das Recht zu, in spezifischen Fragen eigene Ansichten zu vertreten, solange die Koalitionsdisziplin gewahrt bleibe.

Barak und die Shas-Partei

Mit der Aufnahme der Shas-Partei in die Koalition hat Barak seine potentiell gefährlichsten politischen Gegner in die Regierung eingebunden. Shas konnte mit den Wahlen die Anzahl ihrer Mandate von 10 auf 17 steigern, alle anderen etablierten Parteien konnten ihre Wahlergebnisse von 1996 bestenfalls wiederholen. Die ehemaligen Volksparteien - die ehemalige Arbeitspartei und der Likudblock mußten große Verluste hinnehmen. Beide verfügen zusammen nur noch über 45 der 120 Sitze im Parlament. Shas ist somit die faktische Gewinnerin der Wahlen. Die Partei vertritt eine Mischung aus volkstümlicher Religiosität, jüdischem Nationalismus und sozialem Protest. Sie versteht sich als Sprachrohr marginalisierter jüdischer Bevölkerungsschichten aus mittelöstlichen Herkunftsländern. In ihren Hochburgen, peripheren Regionen und Stadtvierteln mit überwiegend mittelöstlicher jüdischer Bevölkerung, hat sie eine eigene Infrastruktur an sozialen Einrichtungen wie z.B. Kindergärten errichtet. Darüber hinaus bietet sie vielen verarmten Familien finanzielle Unterstützung.

Ähnlich wie etwa in der türkischen Wohlfahrtspartei formiert sich in Shas eine neue Staatselite, die mit der alten konkurriert. In Israel bildet sich diese alte Staatselite überwiegend aus ashkenasischen (d.h. aus Europa stammenden), säkularen und ursprünglich sozialdemokratisch orientierten Schichten, die in der wachsenden Popularität von Shas eine existentielle Bedrohung des von ihnen propagierten demokratischen und liberalen Charakters der israelischen Gesellschaft durch "fundamentalistische" Kräfte sehen. Diese alte Elite ist mit den diesjährigen Wahlen wieder an die Regierungsmacht gekommen. Selbst die streng säkulare Meretz-Partei hat sich dazu entschlossen, gemeinsam mit Shas auf der Regierungsbank zu sitzen: Lieber Kröten schlucken, als jenes Potential an sozialem Protest, das Shas bindet und kanalisiert, in der Opposition belassen.

Barak ist es damit gelungen ein möglichst breites Spektrum in seine Regierung einbinden, weder vor Shas noch vor der Nationalreligiösen Partei ist er zurückgeschreckt. Auch letzteres wurde von einem bedeutenden Teil seiner Wählerschaft mit Unmut zur Kenntnis genommen. Nach der überraschend weitgehenden Erosion des herkömmlichen "nationalen Lagers" bei den Wahlen sind der dezimierte Likudblock und die Nationalreligiöse Partei die einzigen in der Knesset verbliebenen Vertreter der Siedlerlobby. Die Aufnahme dieser Partei in die neue Regierung, in der sie dann auch noch den Wohnungsbauminister stellt, wurde Barak als Verstoß gegen den Geist des Wahlergebnisses angekreidet. Von der Presse wurde zudem kritisch vermerkt, daß Barak mit sämtlichen in der Knesset vertretenen Parteien sprach, mit Ausnahme der arabischen Parteien und der kommunistischen Partei. Letztere wird aufgrund ihrer antizionistischen Tradition vorwiegend von Palästinensern gewählt. Das Ignorieren dieser Parteien wurde als Affront gegen die über die israelische Staatsbürgerschaft verfügende palästinensische Minderheit gewertet. Über 90% dieser Minderheit hatten für Barak als Ministerpräsident gestimmt. Mit seinem Verhalten macht Barak deutlich, daß er nicht daran denkt, den Diskurs von einer jüdisch-israelischen Staatsnation in irgendeiner Form anzutasten. Freilich kann er sich

dabei einer weitgehenden Zustimmung unter der jüdischen Bevölkerungsmehrheit sicher sein. So sah sich Ahmad Tibi, ein Palästinenser israelischer Staatsangehörigkeit und Berater Yassir Arafats, aufgrund seiner Kandidatur für die Knesset heftigen Anfeindungen ausgesetzt: Er müsse sich entscheiden, ob er Israeli oder Palästinenser sein wolle. Wenn es ans Eingemachte geht, ist kaum jemand in Israel bereit, den dominanten nationalen Diskurs zu hinterfragen.

Es reicht allenfalls für etwas Multikulti-Kosmetik: So wurde zu Beginn dieses Jahres zum ersten Mal eine Palästinenserin zur israelischen Schönheitskönigin gewählt. Trotz der Brüskierung der palästinensischen Bevölkerung kann sich Barak der Unterstützung der ihre Belange vertretenen Parteien in all jenen Fragen sicher sein, die die Räumung besetzter Gebiete und die Friedensverhandlungen mit arabischen Nachbarstaaten betreffen - eine zusätzliche Versicherung für den Fall, daß der eine oder andere Koalitionspartner über diese Fragen aus der Regierung ausscheren sollte.

Schlechte Stimmung

Zu ernsten Unstimmigkeiten kam es bei der Postenvergabe. Zwar bedachte Barak seine eigene Arbeitspartei, die nicht einmal über ein Drittel der Abgeordneten in der Koalition verfügt, mit gut der Hälfte der Ministerposten. Dennoch zog er bei der Postenvergabe besonders den Groll seiner Partei auf sich: Barak war sehr darauf bedacht, seinen Parteifreunden wenig Verhandlungsspielraum zu lassen und potentielle Konkurrenten aus den eigenen Reihen an den Rand zu drängen. Die von der Arbeitspartei gegen den Wunschkandidaten Baraks fast einstimmig unterstützte Wahl von Avraham Burg als Vorsitzender der Knesset ist dann auch als Warnung der Partei an ihren Vorsitzenden, sie nicht noch weiter zu brüskieren, zu verstehen. So wurden die beiden populärsten Politiker der Arbeitspartei - Shlomo Ben-Ami und Yossi Beilin - mit Ministerien abgespeist, die ihren Neigungen und Fähigkeiten völlig fremd sind.

Shlomo Ben-Ami, der Shooting Star innerhalb der Partei, ein aus Marokko stammender Professor an der Philosophischen Fakultät der Universität Tel Aviv mit Ambitionen in Innen- wie Außenpolitik, wurde "Minister für Innere Sicherheit" (dieses Ressort wurde unter Netanjahu vom Innenministerium ausgekoppelt). Als oberster Polizist und Verwalter der israelischen Gefängnisse dürfte sein Beliebtheitsgrad in den Umfragen bald deutlich sinken. Zwar hat Ben-Ami angekündigt, er wolle sich mit Ursachen von Devianz und Möglichkeiten zur Prävention auseinandersetzen. Doch dürften solche eher wissenschaftlich anmutenden Ansätze bei der für ihr brachiales Verhalten bekannten Polizei kaum auf Gegenliebe stoßen.

Yossi Beilin, Architekt der Oslo-Verträge und kreativer Vordenker der Partei, wurde als Nicht-Jurist auf den Posten des Justizministers gehievt. So hat er keinen Einfluß auf die weiteren Verhandlungen der israelischen Regierung mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten. Beilin hat die Stärkung der Rechtstaatlichkeit in Israel zu seinem obersten Ziel erklärt: So kündigte er an, er wolle unverzüglich alle palästinensischen Gefangenen aus den besetzten Gebieten (von Palästinensern als politische Gefangene bezeichnet) aus den israelischen Gefängnissen entlassen. Diese Ankündigung soll offenbar Barak davor warnen, Beilin von den Verhandlungen mit den Palästinensern fernzuhalten. Es ist ziemlich unwahrscheinlich, daß er den Willen und die Macht hat, eine solch unpopuläre Entscheidung durchzusetzen.

Die Berufung nur einer Frau, Dalia Itzik als Umweltministerin, ins Kabinett wurde von israelischen Frauenorganisationen scharf kritisiert. Noch im Wahlkampf hatte Barak versprochen, drei Ministerien mit Frauen zu besetzen. Offenbar als Reaktion auf diese Angriffe hat Barak im Zuge der Anfang August von der Knesset bewilligten Kabinettserweiterung von 18 auf 23 MinisterInnen eine weitere Frau ernannt. Dabei handelt es sich um Juli Tamir, Sozialdemokratin und Professorin für Soziologie an der Universität Tel Aviv, die den Posten der Einwanderungsministerin bekleidet. Ursprünglich kommt sie aus der Frauenpolitik, in der Vergangenheit hat sie sich einen Namen als Initiatorin der ersten israelischen Frauenhäuser gemacht.

Der Dirigent

Barak selbst ist Ministerpräsident und Verteidigungsminister in Personalunion. Alle außen- und sicherheitspolitischen Belange werden von seinem Büro aus dirigiert. Mit David Lévy hat Barak einen Außenminister berufen, der in seinen Amtszeiten in den 80er Jahren schon als farbloser Verwalter aufgefallen war. Eigene Initiativen zählen nicht zu den Stärken von Lévy. Ganz im Gegensatz etwa zu dem von Barak auf den bedeutungslosen Posten eines "Ministers für regionale Entwicklung" abgeschobenen Shimon Peres. Seine ersten Wochen im Amt waren geprägt von vollmundigen Ankündigungen eines Friedensvertrages mit

Syrien innerhalb von 15 Monaten nach seinem Amtsantritt (dem Zeitpunkt der nächsten Wahlen in den USA), einer Räumung des besetzten Südlibanon innerhalb eines Jahres nach Amtsantritt sowie eines zügigen Überganges zu den Verhandlungen über den endgültigen Status der Westbank und des Gazastreifens parallel zu den Verhandlungen mit Syrien.

Baraks autokratischer Führungsstil und seine äußerste Zurückhaltung bezüglich der konkreten Umsetzung dieser für die israelische Öffentlichkeit aufwühlenden Ankündigungen haben Kommentatoren bereits zu sarkastischen Bemerkungen veranlaßt: Barak wähne sich noch immer in seinem Büro als Generalstabschef und plane einen diplomatischen "Blitzkrieg" als geheime Kommandoaktion.

Ziel der außenpolitischen Bemühungen Baraks ist die völkerrechtlich anerkannte Festlegung der israelischen Staatsgrenzen, der Abschluß von Friedensverträgen mit den arabischen Nachbarstaaten und im Anschluß daran die Öffnung der mittelöstlichen Märkte für die im regionalen Vergleich überlegene israelische Wirtschaft. Damit würde Israel aufgrund seiner hochentwickelten Infrastruktur für internationale Investoren als Brückenkopf in die mittelöstlichen Märkte interessant. Diese Strategie stand auch hinter den Oslo-Verträgen und wird nach der Abwahl Netanjahus nun wieder zur Richtschnur israelischer Außenpolitik. Die "Lösung der palästinensischen Frage", d.h. vor allem ein endgültiger Status für die besetzten Gebiete, hingegen scheint für Barak nur insofern Priorität zu haben, als sie für die "Normalisierung" der Beziehungen Israels mit seinen arabischen Nachbarstaaten unabdingbare Voraussetzung ist. Ohne eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes, die zumindest einen begrenzten territorialen Kompromiß beinhalten muß, wird es keine Integration Israels in die Region geben. Barak wird dabei versuchen, so wenig wie möglich Zugeständnisse an die Forderungen der Palästinenser zu machen. Aufgrund des bestehenden Machtgefälles zugunsten Israels wird er damit höchstwahrscheinlich Erfolg haben.

Friedenspläne

Zweifel sind angebracht, was die politische Durchsetzbarkeit von Baraks "Friedensplänen" angeht. Aus welchem Grund sollten die arabischen Regierungen den israelischen Initiativen so ohne weiteres folgen? Der syrische Präsident Assad hat auf die wiederholten Gesprächsangebote Baraks mit dem kühlen Hinweis reagiert, ohne eine bedingungslose Räumung des Golan bestünde kein Anlaß zu direkten Gesprächen. Bei seinem Antrittsbesuch in Kairo wurde Barak mitgeteilt, nun sei es an der Zeit, daß Israel sich als verläßlicher Verhandlungspartner erweise, immerhin zeichnet sich der gesamte Oslo-Prozeß seit 1993 und bis zu den Wye-Verträgen durch die eklatante Mißachtung unterschriebener Vereinbarungen durch die israelischen Regierungen aus.

Innenpolitisch müssen Zugeständnisse Israels an die Palästinenser und/oder arabische Nachbarstaaten - selbst wenn sie eher symbolischer Natur sein mögen - von der jüdisch-israelischen Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert werden. Bereits die Regierung Rabin/Peres scheiterte daran, daß die Oslo-Verträge und der von Peres proklamierte "Neue Nahe Osten" für die Mehrheit der jüdisch-israelischen Bevölkerung nicht nur eine Identitätskrise bedeutete, sondern vielen von ihnen auch handfeste ökonomische Nachteile zu bringen versprach. Die Ergebnisse von Oslo resultierten aus der Einsicht der israelischen Eliten, daß unter den Bedingungen der Globalisierung der Erfolg der israelischen Wirtschaft längerfristig nur durch eine Integration des Landes in eine zu schaffende mittelöstliche Freihandelszone zu gewährleisten sei. Die Umsetzung der Oslo-Verträge ging einher mit einer zügigen Umstrukturierung der israelischen Wirtschaft nach neo-liberalen Kriterien. Gerade diese Politik jedoch delegitimierte "Oslo" unter Angehörigen marginalisierter Schichten. Zwar kam es zu einem Boom etwa in der Hightech-Industrie und zu einem verbesserten Angebot im privaten Dienstleistungs- und im Konsumgütersektor. Aber gleichzeitig wurden Arbeitnehmerrechte und soziale Leistungen abgebaut, und zahlreiche Produktionsstätten in arbeitsintensiven und wenig qualifizierten Berufszweigen wurden geschlossen. Die israelische Textilindustrie etwa verlagerte einen Großteil ihrer Produktionsstätten nach Jordanien, wo die Lohnkosten erheblich niedriger als in Israel sind. Insgesamt nahmen die sozialen Spannungen innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft in den letzten Jahren stark zu. Da deren soziale Schichtung entlang ethnischer Linien verläuft, führte dies auch zu einer verstärkten Politisierung ethnischer, kultureller und religiöser Identitäten, wie die Erfolge der Shas-Partei deutlich zeigen. Zusätzliche territoriale Kompromisse, wie Barak sie plant, werden nur dann auf Zustimmung unter der jüdisch-israelischen Bevölkerung stoßen, wenn sie von ernsthaften Bemühungen der Regierung begleitet werden, die sozialen Spannungen innerhalb der Gesellschaft abzubauen.

Nicht umsonst hat sich Barak in seinem Wahlkampf als "Heiler" präsentieren lassen, der diese Spannungen mittels einer integrativen Politik abbauen könne. Doch aus diesen Ankündigungen ist bislang nicht viel geworden. Barak selbst hat, laut Presseberichten, in seinem gesamten Stab niemanden, der sich mit sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigt. Gerade die Mißachtung dieser Fragen könnten Baraks außenpolitischen Initiativen gefährden.

Achim Rohde

25. Multis und der schmutzige Krieg. Große Geschäfte und staatlicher Terror in Kolumbien

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:02

In keinem anderen lateinamerikanischen Land wird die Opposition heute so brutal verfolgt wie in Kolumbien. Schon seit Anfang der 80er Jahre wüten die Todesschwadrone, und zuletzt hat sich die Situation weiter verschärft: Die mit der Armee liierten und hauptsächlich von Viehzüchtern und Drogenhändlern finanzierten paramilitärischen Gruppen haben allein in den ersten vier Monaten 1999 fast 100 Massaker verübt. Nachdem die Guerilla in den letzten Jahren überraschend erstarkt ist, will die Oberschicht offensichtlich die soziale Basis der Aufständischen jetzt regelrecht ausradieren. Der Terror hat System: Die Motorsäge ist zur Kriegswaffe der Todesschwadrone avanciert.

Obwohl es in der internationalen Berichterstattung oft den Anschein hat, Gewalt sei so etwas wie "eine soziokulturelle Eigenheit" des Landes, gibt es eine starke internationale Komponente bei der Situation in Kolumbien. Ausländische Militärberater spielten beim Aufbau der paramilitärischen Gruppen von Anfang an eine Schlüsselrolle. So holte der Verband der Bananenunternehmer UNIBAN 1986 - 87 eine Gruppe Ausbilder um den israelischen Söldner Yair Klein ins Land. Der ehemalige Geheimdienstagent, der 1988 auch die nicaraguanische Contra trainiert hatte (und nach Angaben der Tageszeitung El Espectador zehn Jahre später beim Sturm auf die Hauptstadt von Sierra Leone in Westafrika als Militärberater wieder auftauchte) war von Ytzhak Maerot Shoshani, dem Vertreter einer israelischen Rüstungsfirma beim kolumbianischen Verteidigungsministerium, an UNIBAN vermittelt worden. Klein und seine Leute unterrichteten 1988 Paramilitärs aus ganzen Kolumbien in verschiedenen Mordtechniken und erhielten dafür 800.000 US-Dollar, die von der rechtsradikalen Tradición, Familia y Propiedad (dt. Tradition, Familie und Eigentum), UNIBAN und einigen Drogenhändlern bezahlt wurden.

Weitere Spuren führen zur US-amerikanischen Militärschule School of Americas nach Fort Benning/Georgia. Nach 1998 vorgelegten Angaben der US-Kongreßabgeordneten Kennedy und Torres sind 124 der 247 wegen Menschenrechtsverletzungen belasteten kolumbianischen Offiziere auf der School of Americas trainiert worden. Tatsächlich werden in den spanischsprachigen Feldhandbüchern, mit denen die US-Army lateinamerikanische Offiziere ausgebildet hat, Anweisungen gegeben, wie bei Geheimdienstaktivitäten mit "Einschüchterung, Kopfgeldern für getötete Feinde, Schlägen, willkürlichen Verhaftungen, Exekutionen und einem Wahrheitsserum" gearbeitet werden könne (Untersuchungskommission des US-Verteidigungsministeriums; zit. nach Washington Post, 29.9.1996).

Im Sommer 1998 entlarvte die Washington Post zudem den kolumbianischen Geheimdienstkoordinator Iván Ramírez, der als enger Vertrauter des Paramilitärkommandanten (und mutmaßlichen Drogenhändlers) Carlos Castaño Gil gilt, als Gehaltsempfänger des CIA. Ramírez, der 1983 in Washington Geheimdienstkurse besucht hatte und 1986 - 88 das Kommando über die XX. Brigade (einer Geheimdiensteinheit der kolumbianischen Armee) innehatte, wurde 1992 - unmittelbar nachdem US-Berater Vorschläge für eine Restrukturierung der kolumbianischen Geheimdienstarbeit entwickelt hatten - zum Chef der Armeegeheimdienste ernannt.

Zu den Anschuldigungen der Washington Post, die führende Rolle Ramírez im schmutzigen Krieg sei lange bekannt gewesen, hieß es im US-Verteidigungsministerium lapidar, man "habe gewußt, daß Ramírez ein bad guy gewesen sei, aber mit wem sonst hätte man zusammen arbeiten sollen?" (Washington Post, 12.8.1998) (...)

Multinationale Auftraggeber

Derartige Geheimdienstaktivitäten mögen nicht sonderlich überraschen. Sehr viel weniger bekannt ist, daß auch zahlreiche multinationale Betriebe sowie eine Reihe internationaler Sicherheitsunternehmen in den schmutzigen Krieg in Kolumbien involviert sind. Als erster Fall wurde die Beteiligung der Erdölkonzerns Texaco am Aufbau paramilitärischer Gruppen in der zentralkolumbianischen Region ab 1983 bekannt. Nach Angaben von MenschenrechtsaktivistInnen stellte der Erdölmulti den Paramilitärs damals Geld und Ländereien in der Nähe von Puerto Boyacá zur Verfügung. Die Region galt damals als Laboratorium des Paramilitarismus.

Andere Vorwürfe erhob Anfang der neunziger Jahre die Gewerkschaftsbewegung gegen den Schweizer Multi Nestlé sowie gegen Coca-Cola. So wies die Zentrale der Ernährungsgewerkschaft SINALTRAINAL in Bogotá darauf hin, daß während der Tarifverhandlungen immer wieder GewerkschafterInnen erschossen werden. Solche Morde sind in Kolumbien keine Seltenheit. Für viele Unternehmer scheint es opportun, die Gewerkschaftsbewegung mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen. Da sich Armee und Polizei kooperativ zeigen und eine Strafverfolgung so gut wie ausgeschlossen ist, nützen auch transnationale Betriebe die Möglichkeit, unangenehme Gegner aus dem Weg zu räumen. Ein direkter Nachweis von Mordaufträgen ist allerdings nur selten möglich.

In den vergangenen Jahren geraten jedoch vor allem solche Unternehmen ins Zwielicht, die an der Ausbeutung von Erdöl und Gold beteiligt sind. Als im Juli 1998 etwa 10.000 Bauern aus dem Süden der Provinz Bolívar aus Protest gegen paramilitärische Massaker in die Erdölmetropole Barrancabermeja marschierten und dort Schulen und Universitäten besetzten, richtete sich eine ihrer Hauptforderungen gegen den US-Goldmulti Corona Goldfields. Die BäuerInnen berichteten, daß die Paramilitärs im Auftrag des Multis in die Dörfer am Fuß der Serranía San Lucas vorgedrungen seien, Häuser verbrannt und ganze Familien massakriert hätten.

Der Fall macht das militärische und ökonomische Interessengeflecht deutlich, das sich hinter dem Paramilitarismus verbirgt. Die verkehrstechnisch kaum erschlossene Serranía de San Lucas, ein etwa 300 Kilometer nördlich von Bogotá gelegener Kordillerenausläufer, ist eine der letzten Bergwaldregionen Nordkolumbiens und verfügt über etwa 70 Prozent der kolumbianischen Goldvorkommen. Gleichzeitig gilt das Gebiet, das erst in den letzten 15 Jahren von Nicht-Indígenas besiedelt wurde und in dem etwa 800.000 Menschen leben, als eine der Hochburgen der Guerillaorganisation ELN.

Offensichtlich setzten sich im Verlauf des Jahres 1997 verschiedene Gruppen die Vertreibung der Guerilla zum Ziel. Von Anfang 1998 an drangen immer wieder große paramilitärische Banden in die Ortschaften um die Serranía herum ein. Wenig später verkündete Paramilitärkommandant Carlos Castaño Gil großspurig, man werde die ELN "bis Weihnachten aus der Serranía verdrängt haben". In Wirklichkeit richteten sich die Aktionen der Paramilitärs gegen die BäuerInnen der Region, doch in der Presse wurden die Ereignisse, die mehrere Fluchtwellen auslösten, als "Kampf zwischen Guerilla und Paramilitärs um die territoriale Kontrolle" verkauft. Federführend bei den Operationen war die Armee unter dem Kommando des Generals Fernando Millán. So wurde bei gefallenen Soldaten Armbinden der paramilitärischen Autodefensas Unidas de Colombia (dt. Vereinigte kolumbianische Selbstverteidigung) gefunden, BäuerInnen berichteten zudem, daß sie zahlreiche Soldaten unter den Paramilitärs wiedererkannt hätten.

Der Versuch, die Kontrolle über die Serrania San Lucas zurückzugewinnen, hatte nicht nur mit dem strategischen Interesse der Regierung zu tun, ein Rückzugsgebiet der Guerilla zu erobern, sondern auch mit den dortigen Edelholz- und Goldverkommen. Nur ein Teil des Edelmetalls in der Serrania wird von unabhängigen Schürfern ausgebeutet, den größeren Anteil übernehmen kapitalstarke Konzerne wie Corona Goldfields, die mit ihren Schürfmethoden ein ökologisches und soziales Desaster anrichten.

Für die Goldgewinnung werden nämlich die Flußtäler mit gigantischen, auf abenteuerliche Weise in den Wald geschafften Schaufelrädern ausgegraben und umgewälzt. Das Erdreich wird gesiebt und den goldhaltigen Mineralverbindungen hochgiftiges Quecksilber beigesetzt, das Flüsse und Trinkwasser verseucht. Wer die Täler der Serrania von Norden heraufsteigt, trifft deshalb immer wieder auf verlassene Indigena-Gehöfte, die wegen des Goldabbaus aufgegeben werden mußten.

Auch die Arbeitsbedingungen der Goldschürfer sind katastrophal. Die Arbeiter, die für die Unternehmen das Erdreich durchwühlen, schuften vier bis sechs Monate, oft 14 Stunden am Tag. Sie schlafen auf engstem Raum in Plastikplanenverschlägen, haben keine Gesundheitsvorsorge oder Sozialversicherung und sind in den abgelegenen Tälern völlig auf sich allein gestellt. Viele von ihnen sind drogenabhängig.

Das Problem für Unternehmen wie die Corona Goldfields besteht darin, daß die Guerillaorganisationen den Goldanbau besteuern und gewissen Auflagen unterwerfen. So kassiert die ELN in der Region beispielsweise nicht nur Steuern von den Großunternehmen, sondern hat auch einen Mindestlohn festgesetzt, bestimmte Methoden der Goldgewinnung untersagt und einige Täler zu Schutzreservaten erklärt. Für die Goldmultis bedeutet dies eine spürbare Beeinträchtigung. (1)

Counterguerilla

und Erdölinteressen

Noch offensichtlicher sind die Verbindungen zwischen Paramilitärs und transnationalen Unternehmen in der Erdölindustrie. (2) So führt die Occidental, ein von Shell und dem staatlichen kolumbianischen Erdölunternehmen ECOPETROL gegründetes Konsortium seit 1992 einen Landkonflikt mit den U'wa-Indígenas in Nordostkolumbien. Der in den Departements Arauca, Norte de Santander, Santander, Boyacá und Casanare ansässige Stamm gehört zu den letzten autonomen Gemeinden des Landes. Die U'was, für die die Ölförderung gleichbedeutend mit dem spirituellen Tod ihres Landes ist, verweigerten dem profitträchtigen Projekt von Anfang an ihre Zustimmung. Doch obwohl die Indígenas auch vor dem Verfassungsgericht Recht bekamen, übten die kolumbianische Regierung und Occidental/Shell weiter Druck aus. Im April 1997 erklärte der Chef von Occidental Columbia, Stepen Newton, in einem Interview mit der Tageszeitung El Tiempo, daß das U'wa-Territorium "das Zuhause des Pfarrers Pérez" sei (zit. nach U'wa-Solidarity Homepage 1998). Der spanischer Pfarrer Manuel Pérez war zu diesem Zeitpunkt oberster politischer Verantwortlicher der ELN.

Mit der Behauptung, die U'was seien Kollaborateure der Guerilla, gab der Öl-Manager die Indígenas praktisch zum Abschuß frei. Tatsächlich wurde der Sprecher der U'was, Berito KuwarU'wa, im Juni 1997 von bewaffneten Vermummten angegriffen und mißhandelt. Die Pistoleros wollten den U'wa-Sprecher zur Unterschrift einer gegenseitigen Vereinbarung zwingen, doch Berito KuwarU'wa, ein Analphabet, weigerte sich, ein Papier zu unterzeichen, das er nicht verstand.

In den Folgemonaten kam es zu einer Eskalation der Auseinandersetzung. Die ELN führte eine Serie bewaffneter Aktionen gegen das Ölkonsortium durch, in den USA gründete sich ein Support-Netzwerk, 3.000 Menschen demonstrierten in Bogotá gegen die Ölförderpläne, und die 5.000 U'was drohten gar mit kollektivem Selbstmord. Doch erst als Berito KuwarU'wa mit den internationalen Bartolomeo de las Casas- und Goldman Enviromental-Preisen ausgezeichnet wurde, lenkte die Occidental vorübergehend ein (U'wa Support Homepage, 4.7.1998). Die Pläne wurden vorübergehend auf Eis gelegt, doch schon bald nahm der Druck auf die U'was erneut zu.

"Psychologische Operationen"

Schwerwiegend ist auch der Fall der British Petroleum (BP), die seit Anfang der neunziger Jahre die Ölvorkommen bei Cusiana in der ostkolumbianischen Provinz Casanare ausbeutet und dabei auf die massive Unterstützung der britischen Regierungen Major und Blair zählen konnte und kann. Die Paramilitärs tauchten just in jenem Moment in der Gegend um Cusiana auf, als die BP mit ihren Explorationen begann.

Die Aktionen der Todesschwadrone richteten sich vor allem gegen Ölgewerkschafter und die Bevölkerung der anliegenden Dörfer. Der britische Europa-Abgeordnete Richard Howitt legte Ende 1996 in der Tageszeitung The Observer eine ganze Liste mit Vorwürfen gegen den Erdölmulti vor. Howitt verwies auf Berichte von Einheimischen, wonach die Gewässer im Waldgebiet von La Tablona durch die Ölgewinnung verseucht worden seien. Außerdem habe die BP Fotos, Videos und andere Informationen von streikenden Arbeitern an die kolumbianische Armee weitergegeben, obwohl die von ihr verübten Menschenrechtsverletzungen kein Geheimnis seien. (EnviroNews Service, 2.12.1996)

Im Oktober 1998 veröffentlichte ein gemeinsames Recherche-Team der kolumbianischen Tageszeitung El Espectador und des Londoner The Guardian dann weitere Details über die Aktivitäten der BP. Offensichtlich beauftragte der Erdölmulti 1996 die kolumbianische Tochter des britischen Sicherheitsunternehmens Defence Systems Limited (DSL) mit dem Schutz der Erdölanlagen. Die Hauptsorge von BP und DSL galt der Ölpipeline Cusiana-Coveñas, einer Röhrenleitung, die von Ostkolumbien bis an die Karibikküste verlegt werden sollte, weil die Kapazitäten der bestehenden Pipeline Caño Limón-Coveñas für das Vorkommen nicht ausreichend waren. Während das Teilstück in den von Paramilitärs kontrollierten Gebieten, in den Departments Boyacá und Córdoba, als sicher galt, erklärte der Ölmulti einen 115 Kilometer langen Abschnitt bei Segovia im Nordosten Antioquias zum Sicherheitsproblem, weil dort mehrere ELN-Fronten aktiv seien.

Um das Problem in den Griff zu bekommen, schlug der paraguyaische Sicherheitsexperte Oscar Ricardo Zayas Marini dem britischen Militärexperten Roger Brown von Defence Systems Colombia (DSC) im Juni 1996

unter anderem ein Seminar zum Thema psychologische Operationen und Spionage vor. Zu diesem Zweck sollten der ehemalige Militärattaché Israels in Kolumbien, Asaf Nadel, sowie zwei weitere Fachleute eingeflogen werden.

Bemerkenswert ist nicht nur, daß die Überlegungen von Brown und Zayas Marini darauf abzielten, Kriegswaffen, darunter "Helikopter, spezielle Anti-Guerilla-Waffen, fliegende Spionage-Roboter (drones) und andere hochtechnologische Kriegsmaterialien" (El Espectador, 25.10. 1998) zum Schutz der Pipeline einzusetzen, sondern auch die Person Zayas Marinis selbst. Der Paraguayer war wegen Verbindungen zum Drogenhandel bereits drei Mal aus Kolumbien ausgewiesen worden und wurde mit Haftbefehl gesucht. Dennoch konnte Zayas im August 1997 im Präsidentenpalast und in mehreren Ministerien vorsprechen und dort seinen Plan zur psychologischen Kriegsführung gegen die Menschenrechtsorganisationen der Region Segovia (Antioquia) unterbreiten. Zayas äußerte die Ansicht, die Menschenrechtsorganisationen vor Ort seien nichts anderes als der politische Arm der Guerilla.

Es blieb nicht bei verbalen Angriffen. 1996/97 kam es über die DSC auch zu Geschäften zwischen BP und kolumbianischer Armee. Nach eigenen Angaben schenkte das Erdölunternehmen der XIV. Brigade 60 Nachtsichtgeräte, deren Übergabe vom US-State Department auf Initiative von BP autorisiert worden war. Die Zusammenarbeit war möglich, obwohl der XIV. Brigade schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Zwei Coronels der Einheit waren wegen des Massakers von 1988 rechtskräftig verurteilt, weitere Angehörige der Brigade wurden des Mordes an sechs Aktivisten des Menschenrechtskomitees von Segovia beschuldigt. Doch die BP brauchte die Kooperation der Armee für den Pipelinebau. Bewacht von der XIV. Brigade verlegte das von BP getragene Konsortium Ocensa die Ölleitung Cusiana-Coveñas unterirdisch durch das Gebiet von Segovia. Aus Furcht vor Guerillaangriffen wurden die Bauarbeiten in Form eines "wandernden Militärforts" (EnviroNews Service, 2.12.1996) durchgeführt.

Mit Unterstützung Ihrer Majestät

Zwar ist nirgends belegt, ob die "psychologischen Operationen", von denen Zayas und Brown gesprochen hatten, während der Bauarbeiten wirklich zur Anwendung kamen, doch fest steht, daß nach Jahren relativer Ruhe der paramilitärische Terror in die Region um Segovia zurückkehrte. So wurden bis August 1997 sämtliche Mitglieder des örtlichen Menschenrechtskomitees ermordet. Der Pfarrer der Gemeinde nannte vor der Presse die erschreckende Zahl von insgesamt 140 Opfern des Paramilitarismus während des Pipeline-Baus, und das in einer Stadt, die kaum 50.000 EinwohnerInnen zählt.

In den Unterlagen von BP und DSC findet sich über diese Verbrechen nichts. Die Berichte des von BP beauftragten Sicherheitsexperten Roger Brown erwähnen unter dem Stichpunkt "Sicherheitssituation" einzig und allein die Aktivitäten der ELN, die vorübergehend einen Mitarbeiter des Pipeline-Konsortiums entführt hatte.

Daß BP und das Sicherheitsunternehmen am Krieg beteiligt sind, legen auch andere Papiere nahe. So ermittelt die kolumbianische Staatsanwaltschaft seit einigen Monaten gegen die DSC wegen der Zahlung von 310.000 US-Dollar an die XVI. Brigade in Yopal (Casanare). Offensichtlich bezahlte der Erdölmulti die Armee für Patrouillengänge, Geheimdiensttätigkeiten und Straßenkontrollen in der Nähe der Erdölfelder.

Zwar hat BP die Zusammenarbeit mit Roger Brown inzwischen aufgekündigt, und der Sprecher des Ölmultis, John O'Reilly, zog sich gegenüber dem britischen The Guardian darauf zurück, mit "psychologischen Operationen" sei der Dialog mit den anliegenden Gemeinden gemeint gewesen, doch das britisch-kolumbianische Recherche-Team von El Espectador und The Guardian zitiert Quellen von DSL, die von weitergehenden Aktivitäten sprechen. So soll DSC in der Nähe der BP-Anlagen ein Spionagenetz aufgebaut haben, um mögliche Saboteure aufzuspüren. Das jedoch wäre unter den kolumbianischen Bedingungen faktisch nichts anderes als der Aufbau einer paramilitärischen Gruppe.

Der Hintergrund von DSC und DSL läßt derartige Behauptungen durchaus plausibel erscheinen. Die DSL entstand 1981 unter der Regierung Thatcher aus einer engen Zusammenarbeit zwischen Londoner Wirtschaftsgrößen und ehemaligen Agenten des berüchtigten britischen Geheimdienstes SAS, die sich durch ihre Nordirland-Aktivitäten einen zweifellosen Namen gemacht haben. DSC wirbt selbst mit den jahrelangen Erfahrungen der Mitarbeiter im Anti-Terrorkampf.

Zudem heuerte BP im Sommer 1996 aufgrund schwerer Sicherheitsmängel eine weitere Gruppe ehemaliger SAS-Agenten an, um kolumbianische Polizisten im Anti-Guerillakampf zu trainieren. Um dies zu vertuschen, trugen die SAS-Agenten nach Informationen der Weekly Mail & Guardian kolumbianische Uniformen, und reisten under cover ein und aus. Die einheimischen Polizisten erhielten von der BP eine monatliche Zulage von 245 US-Dollar.

Interessant ist auch, daß die BP-Privatterminals, über die das ausländische Personal des Multis nach Kolumbien einreist, vom Konsortium Laurel and Honor verwaltet werden, das wiederum unter Führung des ehemaligen Geheimdienstoffiziers Bill Nixon steht. Auch Nixon ist durch seine Aktivitäten in Nordirland bekannt geworden. Es scheint, als habe im Bereich sogenannter Sicherheitsdienste der halbe britische Geheimdienst ein neues Zuhause gefunden. Daß die betreffenden Regierungen von diesem Engagement nichts wissen, ist kaum anzunehmen. Die Kolumbien-Expertin von Amnesty International in London, Susan Lee, bekräftigte, daß die israelische Botschaft die Einreise "israelischer und britischer Söldner ins Land, die dort paramilitärische Gruppen unter Kontrolle der XIV. Brigade trainierten", unterstützt habe. (EnviroNews Service, 2.12.1996) In Großbritannien kritisierten linke Abgeordnete 1997 den Premierminister Tony Blair darüber hinaus wegen der Berufung des für die Kolumbienaktivitäten verantwortlichen BP-Chefs Lord Simon of Highbury zum Staatssekretär.

Raul Zelik

Anmerkungen:

1) Die Bauernproteste gegen die Aktivitäten der Corona Goldfields verhallten jedoch ungehört. Als im August 1998 einige Hundert Bauern in Bogotá die Kathedrale in der Innenstadt besetzten und vor der US-Botschaft Mahnwachen durchführten, antwortete man ihnen mit Gleichgültigkeit und repressiven Maßnahmen. Die Kirchenleitung der Diozöse von Bogotá ließ die BesetzerInnen räumen, die Pastrana-Regierung stellte sich taub, und die US-Botschaft wies die Vorwürfe lapidar zurück. Erst nachdem die ELN den ehemaligen Parlamentspräsidenten Espinosa Lince entführte und von der Regierung verlangte, auf die Vorwürfe der BäuerInnen einzugehen, kam es zu einigen Lippenbekenntnissen, die jedoch konsequenzlos blieben. Unmittelbar nach den Protesten verübten Armee und Paramilitärs in Tateinheit neue Massaker in der Serranía San Lucas.

2) Die wichtigste Devisenquelle Kolumbiens - mit etwa 2 Mrd. US-Dollar jährlich - ist nicht etwa Koka, sondern Erdöl. Im Osten und im Zentrum des Landes befinden sich mehrere große Vorkommen, die v. a. von europäischen Ölmultis erschlossen wurden.

Dieser leicht überarbeitete Vorabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des ISP-Verlags, Köln. Zwischenüberschriften ak.

Raul Zelik: Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, ca. 250 Seiten, ca. 30 DM, erscheint im Oktober 1999.

26. Noch nicht vergessen, aber fast schon Legende. Vor 20 Jahren siegten die Sandinisten in Nicaragua

Autor: Friedhelm Böhnke · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:13

Am 19. Juli 1979 feierten die Bevölkerung und die Truppen der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) in Managua den Triumph über das Somoza-Regime. Sie beendeten damit eine 45jährige Geschichte der Unterdrückung und Ausbeutung, in deren Verlauf die Familie Somoza Nicaragua quasi zu ihrem Familienbesitz gemacht hatte. Bis zuletzt wurde das Regime von Anastasio Somoza durch die USA offen unterstützt, die ihre machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen seit den dreißiger Jahren in den Händen der Somoza-Dynastie gut aufgehoben sahen. Schließlich beantwortete das Regime jedwede Opposition mit blutiger Repression. Der siegreiche Aufstand war daher auch ein Symbol der Befreiung eines kleinen Landes von dem übermächtigen imperialistischen Riesen USA.

Unvergessen bleibt der unwiderstehliche Charme der nicaraguanischen Revolution. Einer unausweichlich blutigen und zugleich gerechten, einer gewalttätigen und zugleich zärtlichen, einer Revolution der jugendlichen Guerilla, der Dichter und der rebellischen Priester, eine Revolution, in der die Frauen nicht nur eine untergeordnete Rolle spielten und in der eine breite Mehrheit der Bevölkerung mit spontanen Erhebungen den Kampf der Befreiungsbewegung vorangetreiben hatte, wo das Volk den Comandantes auch schon mal die Initiative aus der Hand nahm. Eine Revolution die ohne Personenkult auskommt, bis auf die Persönlichkeiten ihrer Märtyrer. Eine Revolution, "unversöhnlich im Kampf und großzügig im Sieg".

Dieses Motto der Sandinisten im Umgang mit ihren Feinden wurde unmittelbar nach der Regierungsübernahme Realität. Trotz 50.000 Menschen, denen der Kampf gegen die verhaßte Diktatur das Leben gekostet hatte, trotz unzähliger Verletzter, Verstümmelter und Gefolterter, erfolgte kein Aufruf zur Rache, sondern die sofortige Abschaffung der Todesstrafe und die Garantie ordentlicher Prozesse für die Schergen des somozistischen Repressions- und Folterapparats.

Die sandinistische Politik zeigte einen eigenwilligen revolutionären Charakter jenseits sozialdemokratisch oder orthodox kommunistischer Vorstellungen: Blockfreiheit, politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaft, Akzeptanz der religiösen Volkskultur, Zusammenarbeit mit Kirche und Christen. Viele Widersprüche versammelten sich unter dem "großen Hut des Sandino" und bildeten die Grundlage für das "Nicaragua libre".

Fidel Castro bezeichnete die NicaraguanerInnen als Verrückte, als er von der geplanten Alphabetisierungskampagne trotz leerer Staatskassen und einem stark zerstörten Land hörte. Aber im Sommer 1980, ein Jahr nach dem Sieg, begann mit 800.000 freiwilligen AlphabetisatorInnen die zweite Phase der Revolution. Ein Lernprozeß, der sich nicht einfach an die "unwissenden BäuerInnen" richten, sondern auch jungen VolkslehrerInnen die soziale Wirklichkeit auf dem Land näher bringen sollte.

Über die Erfolge und Mißerfolge des sandinistischen Experiments ist viel geschrieben und gestritten worden. Einigkeit besteht, daß neben der Alphabetisierung die Agrarreform ein erfolgreicher Ansatz war, um die Landfrage zu lösen. Die sandinistische Landreform unter dem Motto: "Das Land denen, die es bebauen" erreichte praktisch über Nacht durch die entschädigungslose Enteignung der Somozistas, daß 20% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Nicaraguas "Volkseigentum" wurden.

Diese "Bilderbuch-Revolution" wurde zum grenzüberschreitenden Identifikationsobjekt unterschiedlichster gesellschaftspolitischer Gruppen weltweit, insbesondere der "neuen sozialen Bewegungen" in Europa. Der verlorene Traum von 1968 schien in Mittelamerika wahr zu werden. Auf ihn bezog sich bald die größte internationalistische Solidaritätsbewegung seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Unzählige Soligruppen und Komitees entstanden in Europa und weltweit. Als die USA Anfang der 80er Jahre begannen, massiv gegen das sandinistische Nicaragua vorzugehen, und das Land in den Contra-Krieg verwickelten, wurde eine internationalen Anti-Interventionskampagne gestartet und Hilfsbrigaden organisiert.

Wirtschaftsembargo, verminte Häfen, der von außen aufgezwungene Krieg haben den Traum vom neuen Nicaragua zerschlagen. Die Befreiungsbewegung an der Macht verlor ihren Charme jugendlicher Spontanität. Den Preis der Befriedung zahlte die FSLN im Februar 1990 mit dem Machtverlust an die bürgerliche Regierung unter Violetta Chamorro. In der Folge wurde deutlich, wie sehr die Partei mittlerweile verkrustet und von der

eigentlichen Basis entfremdet war. Ihre Versuche sich zu konsolidieren scheiterten. Die FSLN spaltete sich und die Mehrheitsfraktion versuchte durch Verhandlungen mit der neuen Regierung, Teile der Macht und ihres wirtschaftlichen Einflusses abzusichern. Schritt für Schritt gingen die Errungenschaften der Revolution im Bildungs- und Gesundheitswesen, vor allem aber die der Agrarreform verloren. Neoliberale Wirtschaftspolitik und verordnete Strukturanpassungsmaßnahmen schafften das, was der jahrelange Krieg gegen das soziale Experiment der Sandinisten nicht geschafft hatte. Sie führten nicht nur zu einer drastischen Verarmung der Bevölkerung, sondern ganz entscheidend zu ihrer Entsolidarisierung.

Mit dem Wahlsieg des reaktionären Arnoldo Alemán im Herbst 1996 wurde das Fiasko des nachrevolutionären Prozesses total. Die weitere Entwicklung Nicaraguas, mittlerweile zweitärmstes Land auf dem lateinamerikanischen Kontinent, wird zunehmend erstickt durch Korruption und soziale Desorganisation, wachsende Kriminalität und Verelendung. Ganz im Stile seiner somozistischen Vorgänger versteht es Alemán, sich auf Kosten der Bevölkerung individuell zu bereichern. Schon in seiner Amtszeit als Bürgermeister von Managua konnte er mit dubiosen Machenschaften sein Privatvermögen verdreißigfachen.

Im Oktober letzten Jahres kam es in Folge des Wirbelsturms Mitch zu einer verheerenden Katastrophe, die tausenden Menschen das Leben kostete und wichtige Teile der Infrastruktur des Landes, Ernten und Anbauflächen zerstörte. Noch sind die Schäden nicht richtig bilanziert, geschweige denn der Wiederaufbau richtig in Gang gekommen, da beginnt bereits eine Welle der Bodenspekulation, die die Existenz vieler kleiner BäuerInnen zusätzlich bedroht. An den spekulativen Landkäufen ist die derzeitige Regierungsclique beteiligt, die während der Katastrophe ein menschenverachtendes Katastrophenmanagement initiierte. Es scheint, als wenn sich die grausame Geschichte wiederholte, die es Somoza 1972 erlaubte, sich an dem Erdbeben, das in Managua 10.000 Tote forderte, schamlos zu bereichern.

Doch es gibt auch hoffnungsvolle Signale. Die schon fast totgeglaubte Nicaragua-Solidarität mobilisierte nach der Naturkatastrophe eine Hilfskampagne in einer Größenordnung, die es seit dem Ende der sandinistischen Regierung nicht mehr gegeben hatte. Gleichzeitig konnte mit Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen und Basisinitiativen im Lande die klientelistische Verteilung der Hilfe durch den Regierungsapparat weitgehend verhindert werden. Derzeit entwickelt sich ein breiter werdender Widerstand gegen die Korruption und die weitere Mafiosisierung in Staat und Gesellschaft. Innerhalb und außerhalb der sandinistischen Partei, die nach ihrem Machtverlust keine wirkliche Oppositionspartei mehr war, versuchen die Menschen einen Neubeginn. Dabei, so hoffen wir, wird ihnen die Erfahrung und die Geschichte der erfolgreichen Befreiung vor zwanzig Jahren behilflich sein.

Friedhelm Böhnke

(Informationsbüro Nicaragua)

27. Von Somoza bis Chamorro. Ein Rückblick auf die sandinistische Revolution

Autor: Bernd Pickert · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:07

Die nicaraguanische Revolution, die vor zwanzig Jahren mit dem Sieg des Volksaufstandes unter Führung der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) über die Somoza-Diktatur begann, ist eine Geschichte des Scheiterns. Sie scheiterte nicht erst am 25. Februar 1990, als die Mehrheit der nicaraguanischen WählerInnen ihre Stimme dem damaligen Oppositionsbündnis gab - nein, die Revolution hat sich schon früher selbst zu Grabe getragen.

Es war kein leichtes Unterfangen, das die Comandantes der sandinistischen Guerilla im Juli 1979 vor sich hatten. Der Volksaufstand hatte gesiegt, die seit den 30er Jahren in Nicaragua herrschende Diktatur der Familie Somoza war zu Ende, die Nationalgarde zerschlagen, der Diktator selbst in die USA geflohen. Und nun?

Vom somozistischen Staat war nichts mehr übrig. Der Bürgerkrieg gegen die Nationalgarde, und vor allem deren ausufernde Repression, im Zuge derer ganze Stadtviertel bombardiert worden waren, hatten das Land zerstört. Die "Junta des Nationalen Wiederaufbaus", gebildet aus Sandinisten und einigen VertreterInnen der bürgerlichen Opposition, darunter die spätere Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro, mußte das Land neu aufbauen, ihm eine neue Struktur geben. Die Vorstellungen, welche das sein sollte, waren durchaus unterschiedlich. Die FSLN war sich wohl bewußt, daß der Aufstand vor allem eine Revolte gegen Somoza gewesen war, keine sozialistische Revolution.

Woher hätte die auch kommen sollen? Bis zur Gründung der FSLN war die organisierte Linke in Nicaragua völlig marginal, linkes Denken oder gar eine politisch bewußte arbeitende Bevölkerung in Nicaragua praktisch unbekannt. Die politische Auseinandersetzung hatte sich stets zwischen den Liberalen und den Konservativen abgespielt, die jedoch lediglich unterschiedliche Teile der nicaraguanischen Oligarchie vertraten. Der erste Somoza, der nach seinem Sieg über den Bauerngeneral Augusto César Sandino und dessen Ermordung 1934 zum Staatsoberhaupt avancierte, war der erste Präsident, der nicht einer der traditionellen liberalen oder konservativen Familien angehörte, sondern als Präsident und Chef der Nationalgarde die Interessen der gesamten Oligarchie absicherte.

Erst als der Somoza-Clan zu viel wirtschaftliche Macht für sich selbst forderte und sich zudem mit der Regierung Jimmy Carters in den USA die internationale Großwetterlage geändert hatte, wurde Somoza auch für die traditionelle Herrschaft Nicaraguas ein Problem. Dieser Legitimationsverlust der Diktatur auch innerhalb der herrschenden Klasse hat mit dazu beigetragen, daß die Rebellion gegen die Diktatur auf einer so breiten Basis stand. Die linke FSLN-Guerilla hatte im Volksaufstand zwar durch ihre militärischen und organisatorischen Führungsqualitäten eine herausragende Rolle gespielt, doch ideologisch hatte sie den Kampf noch längst nicht gewonnen. Kaum jemand wußte wirklich zu sagen, wie die neue Regierung politisch einzuordnen war - und das hing auch mit der ideologischen Zerstrittenheit der FSLN selbst zusammen.

Drei Flügel hatten sich in den siebziger Jahren innerhalb der FSLN gebildet, die nur notdürftig zusammengehalten werden konnten. Neben der "Proletarischen Tendenz" und der Fraktion "Verlängerter Volkskrieg", die sich des marxistischen und guevaristischen ideologischen Instrumentariums bedienten, waren es letztendlich die sogenannten "Terceristas", die "Drittisten" um Daniel und Humberto Ortega, Edén Pastora und Dora María Téllez, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre durch spektakuläre Aktionen wie die Besetzung des nicaraguanischen Nationalpalastes 1978 die Bevölkerung für sich zu begeistern wußten. Ihr Ziel war es, so schnell wie möglich die Diktatur zu zerschlagen und die Macht zu übernehmen - alles weitere werde sich dann schon finden.

Das breite Bündnis gegen Somoza

Zu diesem Zwecke hatten sie schon früh damit begonnen, Kontakte zu oppositionellen Intellektuellen wie dem Schriftsteller Sergio Ramírez Mercado oder dem Befreiungstheologen Ernesto Cardenal zu knüpfen, genauso wie zu jenen Teilen des aufgeklärten Bürgertums, die sich mehr oder weniger offen gegen Somoza gestellt hatten. Etwa Violeta Barrios de Chamorro, deren Ehemann Pedro Joaquín Chamorro als Herausgeber der

bürgerlich-konservativen Zeitung La Prensa 1978 von den Schergen der Diktatur erschossen worden war, weil er in der Zeitung über Menschenrechtsfragen berichtet hatte.

So war aus taktischen Gründen ein Bündnis gegen die Diktatur entstanden, mit dessen ideologischer Vielfalt jedoch die Mehrheit der sandinistischen Kader der traditionell-linken Strömungen nichts zu schaffen haben wollte. Für sie mußte die Ausrichtung der sandinistischen Revolution klar sozialistisch sein - das Modell Kuba stand in vielerlei Hinsicht Pate. So war die FSLN auch darum bemüht, ein Staatswesen aufzubauen, in dem sie alle wichtigen Positionen kontrollieren konnte.

Die FSLN bildete aus ihren Reihen Militär und Polizei. In kurzer Folge wurden sandinistische "Massenorganisationen" gegründet, ganz so, wie man das aus den sozialistischen Ländern kannte, mit denen man sich gern verbrüdern mochte: Industriegewerkschaft, Landarbeitergewerkschaft, Lehrergewerkschaft, Produzentenverbände, Jugendverband, Frauenorganisation bis hin zu jenen Stadtteilorganisationen, den "Sandinistischen Verteidigungskomitees" (CDS), über die sogar FSLN-Gründer Tomás Borge später sagte, sie seien lediglich eine "mechanische Kopie" des kubanischen Modelles gewesen. Alle diese Organisationen waren mit Sitz und Stimme auch im Staatsrat vertreten, der anstelle eines gewählten Parlamentes legislative Aufgaben übernahm - und alle waren mit FSLN-Kadern besetzt. Kunststück, daß die FSLN im Staatsrat durchsetzen konnte, was sie wollte, so daß sich die VertreterInnen des Bürgertums alsbald an den Rand gedrängt sahen und die Regierung verließen.

So verfügte die FSLN schnell über die alleinige Entscheidungsgewalt in allen staatlichen Institutionen. Ihr gelang es dabei, die hierarchische Struktur einer politisch-militärischen Organisation beizubehalten, innerhalb derer die neunköpfige Nationalleitung alle Fäden in der Hand behielt. Dennoch strukturierte die FSLN sich um - von der Guerilla zur Staatspartei. Eine Deformation, unter der die FSLN bis heute leidet.

Aufbau und Contra-Krieg

Die ersten vier Jahre sandinistischer Regierung sind vor allem von zwei Komponenten geprägt: Dem massiven Auf- und Ausbau eines für Nicaragua unbekannten Netzes sozialer Sicherheit - von der Alphabetisierungskampagne und dem Aufbau eines basisorientierten Bildungs- und Gesundheitswesens bis zu den ersten Schritten der Landreform einerseits, dem aufkommenden Konflikt mit den Vereinigten Staaten und dem Beginn des Contra-Krieges andererseits.

Der Aufbau des Sozialwesens kostet Geld, und der nicaraguanische Staat ist pleite. Zwar hat die neue Regierung mit der Verstaatlichung des gesamten Somoza-Besitzes die Verfügungsgewalt über eine Reihe Schlüsselunternehmen in der Landwirtschaft und praktisch alle relevanten Industriebetriebe - das Kapital jedoch ist außer Landes, und die Fachkräfte oft gleich mit. So werden Unternehmen, mit denen Somoza seinen Reichtum mehrte, unter der sandinistischen Staatsverwaltung schnell zu defizitären Betrieben.

Die neue Regierung erkennt die Auslandsschulden an, die Somoza hinterlassen hat, und erreicht dadurch günstige Konditionen für eine Umschuldung. Frisches Geld kommt ins Land - und wird umgehend im Sozialbereich verkonsumiert. Unumwunden setzen manche sandinistische Ökonomen alles in die Hoffnung, ähnlich wie Kuba Sonderkonditionen aus dem RGW, dem sozialistischen Wirtschaftsraum zu erhalten. Der aufkeimende Krieg mit den USA ist so zwar nicht gerade willkommen, nutzt aber dennoch auch, um die UdSSR unter Druck zu setzen, die sandinistische Regierung nicht im Regen stehen zu lassen. Dafür beteuert man auch fleißig, es handele sich bei der sandinistischen Revolution um eine Revolution mit "sozialistischer Ausrichtung", während westliche Geldgeber statt dessen ein Modell der gemischten Wirtschaft und des Parteienpluralismus vorgeführt bekommen.

Beide Strategien nutzen - der Geldstrom nach Nicaragua reißt in den ersten Jahren nicht ab. Er befördert freilich nichts anderes als eine Mentalität der Staatsfixierung und des Verschenkens. Kredite werden unterhalb der Inflationsrate verzinst und so zu direkten Subventionen, die Produktivität sinkt stetig. Die Landreform kommt nicht recht in Gang, weil die sandinistische Regierung wenig Lust verspürt, das in ihrem Besitz befindliche Land tatsächlich umzuverteilen - ihr schwebt vielmehr der Aufbau eines staatlichen Sektors in der Landwirtschaft vor. Erst nachdem die FSLN bei den ersten Wahlen 1984 in den wesentlichen landwirtschaftlichen Regionen des Nordens und des Landesinneren recht schlecht abschneidet und dort gleichzeitig die Contra ihre soziale Basis auszubauen versteht, erhalten mehr Bauern eigene Landtitel.

Freie Produzenten sind sie trotzdem nicht. In der Kreditvergabe werden Staatsbetriebe und Kooperativen bevorzugt, und alle landwirtschaftlichen Betriebe sind gezwungen, ihre Produkte über die staatliche Konsumorganisation zu festgelegten Preisen zu vertreiben, die in der Situation des Mangels deutlich unter den Marktpreisen liegen. Eine ganze Generation von ProduzentInnen und KonsumentInnen, die ihre Produkte auf dem immer blühenderen Schwarzmarkt handeln, wird kriminalisiert.

Doch schon zu diesem Zeitpunkt folgt die Regierung kaum noch einer Politik der sozialen Umgestaltung - vielmehr betreibt sie eine Flickwirtschaft zur Machterhaltung nach den Gesetzen der Kriegslogik. Die militärische Sicherung genießt oberste Priorität, die politischen Spielräume für Medien, Parteien und Bevölkerung werden enger, der Staat schottet sich zusehends ab, bietet immer weniger Möglichkeiten zur Partizipation. Jede öffentliche Debatte etwa mit GesundheitsarbeiterInnen, LehrerInnen, Busfahrern oder Zuckerrohrschneidern, bei der diese ganz konkrete Probleme vortragen, endet damit, daß ein sandinistischer Kader erklärt, daß es vor allem darauf ankomme, die imperialistische Aggression gegen Nicaragua abzuwehren. Der Diskurs ermüdet. So hat die US-finanzierte Contra doppelten Erfolg: Sie schwächt das Land wirtschaftlich und zehrt die Revolution politisch von innen aus.

Ab 1986/87 wird die Situation immer unerträglicher. Der Krieg fordert immer mehr Opfer, die sandinistische Jugendorganisation ist vor allem damit befaßt, junge Männer - zum Teil mit Gewalt - für den Militärdienst zu rekrutieren, die Inflation hat horrende Größenordnungen angenommen. Außenpolitisch kann die sandinistische Regierung zwar erreichen, daß die USA 1986 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag zur Zahlung von zwölf Milliarden US-Dollar Schadensersatz an Nicaragua verurteilt werden (eine Summe, die sie nie zahlen und die ihnen von der konservativen nicaraguanischen Regierung in den 90er Jahren feierlich erlassen wird). Doch für ihre Position, mit der Führung der Contra nicht verhandeln zu wollen, die für die Sandinisten lediglich eine Marionettentruppe des Pentagon darstellt, findet die nicaraguanische Regierung immer weniger Unterstützung.

1988, zwei Jahre vor den nächsten Wahlen und ein Jahr vor den Umstürzen in Osteuropa, muß die Regierung ihren Kurs grundlegend ändern - es kommt zu direkten Verhandlungen mit der Contra und zu einem wirtschaftlichen Schockprogramm, mit dem das Staatsdefizit verringert, die Inflation abgebaut und Kapital ins Land geholt werden soll. Zu spät - und zu halbherzig. Die Währungsreform vom Februar 1988 streicht an den wertlosen alten Cordobas lediglich ein paar Nullen weg, Schwarzmarkt und Inflationsspirale bewegen sich nur noch schneller. Die staatliche Verwaltung, die Tausenden von SandinistInnen Arbeit gibt, ist ein aufgeblähter bürokratischer Moloch, der den Mangel verwaltet und teilweise erst produziert. Die Kaufkraft gerade der Armen, die doch durch die Revolution am meisten profitieren sollten, ist rapide gesunken - und mit ihr die Legitimation der sandinistischen Regierung, deren lokale VertreterInnen obendrein immer öfter durch Amtsmißbrauch und Korruption auffallen. Lediglich die nach wie vor kostenintensiv aufrechterhaltene Subventionierung von Lebensmitteln sichert den Ärmsten noch einen minimalen Lebensstandard.

Am 25. Februar 1990 bekommen die SandinistInnen die Quittung: Bei den allgemeinen Wahlen erhält das von den USA unterstützte Oppositionsbündnis U.N.O. mit der Präsidentschaftskandidatin Violeta Barrios de Chamorro 54% der Stimmen.

Tausende sind im Krieg gestorben, das Land ist politisch zerrissen, wirtschaftlich verarmt und voller Waffen. Die sandinistische Führungsschicht sichert sich mit einigen zwischen Wahlniederlage und Amtsübergabe eilends erlassenen Gesetzen einen Teil ihrer Pfründe - und diskreditiert sich in den Augen vieler Menschen noch mehr. Vom Versuch, Nicaragua durch eine Revolution des Volkes auf einen Weg aus der Armut und Bevormundung zu führen, ist nicht viel übrig geblieben.

Bernd Pickert

Nachdruck aus

Lateinamerika Nachrichten, Nr. 301/302

28. Millenium-Round - oder wer gestaltet zukünftig den Welthandel?

Autor: Stefan Armborst/ Tom Kucharz · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:31

Hand in Hand mit dem europäischen Kapital sucht die Bürokratie der Europäischen Union (EU) nach neuen Wegen, durch Abkommen und Verträge größtmöglichen Einfluß auf den weltweiten Handels- und Investitionsmärkten zu erlangen. Mit "Marathon-Verhandlungen" in der Welthandelsorganisation (WTO) - die sogenannte Millenium-Runde beginnend zur Ministerialkonferenz der WTO Ende November in Seattle - soll der weltweite Handel ab 2000 weiter expandieren, um Bereiche, die noch nicht von Privatisierung und Deregulierung betroffen sind, zu liberalisieren - sprich der zerstörerischen Logik der herrschenden ökonomisch-politischen Eliten und ihrem globalen Programm zur ungehemmten Ausbeutung des Planeten auszusetzen. Folgender Beitrag erläutert die strategischen Ziele der Transnationalen Konzerne (TNCs) und der mit ihnen eng kooperierenden, für Handelsfragen zuständigen Generaldirektion der EU-Kommission. In der nächsten Ausgabe wird über die vielfältigen Widerstandsaktivitäten gegen die Millenium-Runde.

Besonders in Zeiten instabiler Wirtschaftsdaten und wachsender Rohstoffpreise prognostizieren die Ökonomen eine rasche Gesundung der Wirtschaft. Die Europäische Zentralbank (EZB) muß dies angesichts wachsender Erwerbslosigkeit und rückläufigen Vertrauens in den Euro zum einen, aber als Machtbeweis im Kreis der konkurrierenden Wirtschaftsblöcke zum anderen besonders deutlich tun. Schließlich hat sich die EU in Sachen Weltwirtschaft für das nächste Jahrtausend viel vorgenommen; bestärkt vom Wissen, daß ein Drittel der weltweit größten Unternehmen ihren Sitz in Europa haben, rechnen sich die Wirtschaftspropheten Vorteile aus, wenn man mit geschwellter Brust in der Öffentlichkeit so oft wie nur irgend möglich positiv Stellung bezieht.

Daß sich der weltweit florierende Kapitalismus nicht grenzenlos entwickeln kann, haben die Strategieexperten der TNCs längst erkannt und sichern sich mit zunehmender Konzentration von Unternehmen (Fusionen und Übernahmen) Anteile auf dem Weltmarkt - beispielhaft seien hier BP/Amoco/Mobil, Daimler/ Chrysler und Thyssen/Krupp genannt - um nicht selber aufgekauft zu werden oder an Marktmacht zu verlieren. In diesem Sinne vollzieht sich auch die Wirtschaftspolitik der EU, die sich auf der einen Seite als starker Wirtschaftsblock gegenüber Amerika und Asien behaupten muß, um die Standortlogik der Mitgliedsstaaten, deren Regierungen direkt am Tropf der nationalen Wirtschaft hängen, nicht zu gefährden; auf der anderen Seite üben die TNCs durch ihre Machtkanäle direkten Druck auf die EU-Kommission aus, damit die Politik ihren Strategien angepaßt funktioniert. Weltweit kontrollieren die TNCs mittlerweile zwei Drittel des Handels und 80% der Investitionen. Einen Einfluß, den das transnationale Kapital den nationalen Regierungen zu Verdanken hat, die sich im Rahmen von Abkommen wie zum Beispiel der EU, GATT/WTO, MERCOSUR, APEC oder in den internationalen Institutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds für eine größtmögliche Liberalisierung aller Wirtschaftsbereiche eingesetzt haben, um sie für den Weltmarkt "fit zu machen".

Daß die Interessen von Regierungen und TNCs manchmal doch nicht auf einer Geraden liegen, zeigte das Scheitern des geplanten Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI), das vor allem durch die Ausnahmeforderungen der französischen Regierung nicht wie geplant in diesem Jahr in der OECD verabschiedet wurde. Eine Neuverhandlung der Grundzüge des MAIs wurde aber nicht auf die lange Bank geschoben, sondern soll nun in eine auf drei Jahre angelegte Verhandlungsrunde der 131 Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO), der Millenium-Runde, integriert werden. Unterstützt von Japan, Kanada, Australien, großen Teilen Lateinamerikas - und inzwischen auch von der USA - will die EU in einer neuen Runde von ausgedehnten WTO-Verhandlungen alle noch bestehenden Außenhandelszölle gegen Null reduzieren und den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse beschleunigen. Auf der Grundlage des Prinzips der Gleichbehandlung mit der nationalen Ökonomie (national treatment) soll der Marktzugang für transnationale Unternehmen (z.B. zum Aufkauf lokaler Reisproduzenten auf den Philippinen) auf der Basis der WTO-Vereinbarungen gesichert werden. In der Praxis macht heute kein Unternehmen vor schwächeren Ökonomien halt, um seinen Profit zu mehren, doch ein vertraglich abgesicherter Marktzugang erleichtert die Expansion erheblich. Außerdem vereinfacht es den nationalen Regierungen, sich hinter internationalen Vereinbarungen zu verstecken, um die Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten von TNCs (soziale und

ökologische Katastrophen wie z.B. beim Erdöl-Raubbau durch Royal Dutch/ Shell im Nigerdelta) gegenüber der innenpolitischen Opposition zu verteidigen. Erfüllt eine Regierung nicht die Auflagen gemäß den Abkommen der neuen Verhandlungsrunde, die von allen Teilnehmerdelegationen im Paket unterzeichnet werden sollen, so kann ein sich in seinen Handelsinteressen verletzt fühlendes WTO-Mitgliedsland ein Streitschlichtungsverfahren beantragen. Im Falle einer Nicht-Erfüllung der WTO-Regeln drohen den beschuldigten Ländern auch Handelssanktionen in Bereichen, die im Grunde nicht Gegenstand des Konflikts sind. Die Regierung eines WTO-Mitgliedsstaates "muß" sich so im Falle von Menschenrechtsverletzungen und Umweltkatastrophen stets im "Guten" wissen, denn wer wird schon wollen, daß wegen einer Minderheit (z.B. Ogoni) die Interessen des ganzen Landes Gefahr laufen?

Im Zentrum der neuen Verhandlungsoffensive steht die Ausweitung der Zuständigkeitsbereiche der WTO, das heißt, die vertraglich gestützte Deregulierung folgender sechs Bereiche: Investitionen, öffentliche Aufträge und Beschaffung, Konkurrenzförderung, Handelserleichterungen, elektronischer Handel und Industriezölle. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zum MAI soll nun versucht werden, den Schutz der direkten Auslandsinvestitionen vertraglich in der WTO zu verankern. Auch wenn es in der Millenium-Runde zu einigen "Zugeständnissen" an die MAI-kritischen Verhandlungspartner kommen sollte, wird die regionale Entscheidungsgewalt in diesem strategisch wichtigen Bereich der Wirtschaftspolitik (Auflagen für Direktinvestitionen zum Schutz der sozialen, ökologischen und kulturellen Bedürfnisse) durch die WTO-Verträge unterbunden. Im Hinblick auf ein multilaterales Investitionsabkommen verfolgte die EU bisher eine doppelte Strategie: seit 1995 beteiligte sie sich einerseits an den geheimen Verhandlungen zum MAI innerhalb der OECD und bestärkte andererseits 1996 die Teilnehmerländer der WTO-Ministerialkonferenz in Singapur, das Thema "Investitionen" auf die Tagesordnung zu setzen. Dies scheiterte am Widerstand ökonomisch wichtiger Länder des Südens, die das Thema in der UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen zu Handel und Entwicklung) behandelt haben wollten; statt dessen bildete sich eine informelle Arbeitsgruppe, der 30 WTO-Mitgliedsstaaten angehörten und die im Dezember 1998 - mitten in den Auseinandersetzungen um das MAI - ihren Endbericht vorlegte. Als abzusehen war, daß die ursprüngliche Version des MAI in der OECD nicht durchzusetzen war, focht die EU-Kommission fortan für ein MAI-ähnliches Vertragswerk in der WTO, versehen mit einigen kosmetischen Veränderungen bezüglich Nachhaltigkeit, Entwicklung, Umwelt und Arbeitnehmerinteressen. In der Endkonsequenz hätten die Protagonisten der MAI-Verhandlungen damit ihr Ziel erreicht oder übertroffen, denn die Vertragswerke der WTO sind weniger durchschaubar, gleichviel antidemokratischer als der MAI-Entwurf der OECD. Alles, was in den Verhandlungspapieren der Millenium-Runde noch einen "handlungshemmenden" Charakter trägt, kann schon ein Jahr später durch die verschiedenen Organe der WTO "geglättet" werden, ohne daß es öffentlich wird. Weshalb dieser Sektor für die Wirtschaft so bedeutend ist, zeigt allein das Transaktionsvolumen (2,5 Billionen US-Dollar) der 12.500 Zusammenschlüsse und Übernahmen von Unternehmen im Jahr 1998. DaimlerChrysler, zweitgrößter TNC der Welt, erwirtschaftet durch die Fusion beider Unternehmen einen Umsatz von 258 Milliarden DM jährlich - das Bruttosozialprodukt (BSP) Norwegens. Im Jahr 1997 fanden 58% der ausländischen Direktinvestitionen im Rahmen von Unternehmensfusionen und Firmenaufkäufe statt, wobei der Zugriff der Großunternehmen auf die lokalen Produktionsressourcen in den meisten Fällen zu deren Zerstörung führt, auf jeden Fall aber zu Entlassungen. Zwischen 1993 und 1995 stieg der Umsatz der 100 größten TNCs weltweit um 25%; im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Beschäftigten (insg. 5,8 Mio.) um vier Prozent (mehr als 225.000).

Daß mit der Millenium-Runde die in den letzten Jahrzehnten im Rahmen der neoliberalen Politik (im Süden vor allem mittels IWF und WB) durchgesetzten Deregulierungs- und Privatisierungsvorhaben "festgezurrt" und durch internationales Recht zementiert werden sollen, zeigt sich vor allem in diesem von der WTO bisher nicht überwachten Bereich: die Auftragsvergabepolitik der öffentlichen Hand. In vielen Ökonomien der Länder des Südens macht dieser Sektor bis zu 60% des BSP aus und ist für große Teile der lokalen Wirtschaft die einzige Überlebenschance. Das von der EU und der TNC-Lobby geforderte Ende der Diskriminierung würde aufgrund der Marktmacht und der zahlreichen strategischen Vorteile letzterer bei einer Gleichbehandlung die lokalen Produzenten ausschalten. Am Beispiel der Privatisierung der staatlichen Gesundheitsversorgung, deren Kosten aufgrund demographischer Veränderungen ständig ansteigen, zeigt sich besonders deutlich, wie sich internationale Dienstleistungsmultis den öffentlichen Gesundheitssektor Stück für Stück einverleiben, was vor allem negative Auswirkungen auf die lokalen Zulieferungsbereiche (Reinigung, Material, Pharmaerzeugnisse) und - damit - auf die Beschäftigung hat. In einem Dokument der Coalition of Service Industry, das die US-Handelsbeauftrage Charlene Barshevhy vorlegte, wird ohne Umschweife eine Mehrheitsbeteiligung bei

Privatisierungen, "Gleichberechtigung" z.B. im Krankenhausbau und eine Liberalisierung im Ausbildungsbereich eingefordert.

Soweit zu den beiden Hauptpunkten der Millenium-Runde, für die von Beginn an - ähnlich dem Agenda-21-Prozeß seit dem Gipfel 1992 in Rio de Janeiro - um die Einbeziehung der "Zivilgesellschaft" geworben wird. In Spanien bemüht sich die WTO-Beauftragte des Wirtschaftsministeriums um eine Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) am offiziellen Gipfel in Seattle, wobei Fahrkosten und Unterbringung vom Ministerium übernommen werden. Angeblich will die US-Regierung für die Aufnahme von Arbeitnehmerrechten und die EU-Delegation für die Aufnahme von Umweltklauseln eintreten. Demnach seien Handels- und Investitionsliberalisierung mit "nachhaltiger Entwicklung" vereinbar, solange sich die umweltrelevanten Verhandlungen auf die Produktions- und Prozessierungsmethoden (ökologische Etikettierung, etc.) konzentrieren. Mit Recht widersetzen sich viele Länder des Südens der Aufnahme umweltpolitischer Themen in Verhandlungen über Handelsinstrumente, weil es dort weder um die grundlegenden Problemursachen geht, noch der Mißbrauch im Sinne eines verdeckten Protektionismus des Nordens verhindert werden kann.

Um der internationalen Kritik an den weltweiten sozialen und ökologischen Folgen einer erweiterten Handels- und Investitionsliberalisierung den Wind aus den Segeln zu nehmen, organisiert die für Handelsfragen zuständige Generaldirektion der EU-Kommission seit September 1998 "Dialog-Treffen" mit ausgewählten NGOs, an denen auch Vertreter der Industrielobby teilnehmen. Die EU-Verantwortlichen versprechen, Transparenz und Partizipation am Entscheidungsprozeß innerhalb der WTO-Verhandlungen zu gewährleisten, eine informative Webseite anzubieten und eine Umweltfolgen-Abschätzung der Millenium-Runde in Auftrag zu geben. Parallel zum Konsultierungsprozeß mit den NGOs, denen u.a. ein Diskussionspapier mit Stellungnahmen des 133er-Expertenkomitees der EU für Außenhandel zu allen brisanten Punkten zugestellt wurde, beriet sich die EU mit dem "Investitions-Netzwerk" von ca. 50 europäischen Großkonzernen. Doch die Aktivitäten der EU-Bürokratie im direkten Kontakt zur Wirtschaft, um die eigene Verhandlungsposition gegen mögliche Kritik aus den Regierungsreihen der EU-Mitgliedländer zu stärken, gehen noch weiter. So wurden über 2.000 europäische Spitzenmanager befragt, um sich ein klares Bild über die Haltung der Unternehmenswelt zu den geplanten Verhandlungen einzuholen. Auch fühlte sich die EU-Kommission veranlaßt, die europäischen TNCs aufzufordern, ein Europäisches Dienstleistungsnetzwerk (ESN) zu formen, um der EU in den diesbezüglichen WTO-Verhandlungen auf die wesentlichen, weltweit noch existierenden Handelsbarrieren aufmerksam zu machen. Das inzwischen gegründete Netzwerk arbeitet sehr eng mit der European Service Leader Group (ESLG), bestehend aus 40 Aufsichtsratsvorsitzenden und TNCs-Managern dieses Sektors, zusammen.

Hintergrund dieser gezielten Aktivitäten der EU im Bereich der Dienstleistungen sind die - auch ohne Millenium-Runde - anstehenden Verhandlungen über das Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS). Eine völlige Gleichbehandlung der TNCs im Dienstleistungssektor umfaßt nicht nur alle Geschäftsabwicklungen im Bereich Banken und Versicherungen, sondern greift in über 160 Unterbereichen in Tätigkeiten ein, die bisher Teil der öffentlichen Hand waren, aber im Rahmen neoliberaler Privatisierung enorme Gewinnpotentiale bergen: Stadtplanung, Erziehung, Gesundheit, Archive, Museen, Bibliotheken, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung, Elektrizität, Telekommunikation, Tourismus, usw. Die Auswirkungen einer marktliberalen Ausgestaltung des GATS im Interesse der Dienstleistungslobby sind deutlich wahrnehmbar: erhöhte Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel, unbezahlbare Kindergartenplätze, Strom- und Gasabschaltung bei Erwerbslosen und Sozialhilfe-Empfängern, Zutrittsverbot für öffentliche Straßen und Plätze - so wird die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilhabe am sozialen Leben ausgeschlossen. In den westlichen Metropolen bedeutet dies eine verschärfte Ausdehnung jahrzehntelanger Repression, Ghettoisierung, Ausgrenzungs- und Isolationspolitik, begleitet von zunehmendem Rassismus.

Die Lobbyorganisationen der europäischen Großkonzerne haben schon seit geraumer Zeit eine Offensive für die Millenium-Runde gestartet. Auch sie sind angeblich bereit zu Zugeständnissen an die "Zivilgesellschaft", um die öffentliche Akzeptanz zu erhöhen. So beteiligt sich der europäische Arbeitgeberverband (UNICE) am schon beschriebenen "Dialogprozeß" zwischen EU und NGOs. Zusammen mit Leon Brittan, Kommissinär für Handelsfragen der EU und laut dem WTO-Präsident Renato Ruggiero "einer der wichtigsten Anwälte des Freihandels", plädiert UNICE für sogenannte multilaterale Umweltabkommen, tritt aber im Grunde für eine der härtesten MAI-Versionen innerhalb der WTO ein. Der Vorsitzende des European Roundtable of Industry

(ERT), Peter Sutherland, Aufsichtsratsvorsitzender von BP und -mitglied von Goldmann & Sachs Int., wird als "Geheimwaffe" der Industrie in Sachen WTO gehandelt. Der ERT besitzt eine eigenständige Delegation bei der WTO und verhilft der EU-Kommission offiziell zu einem "soliden" Dokument zur Millenium-Runde. Zwei weitere europaübergreifende Lobbyverbände sind aktiv an der Gestaltung der WTO-Verhandlungen beteiligt. So erstellte der Transatlantic Business Dialog (TABD) eine Wunschliste für die Erweiterung der WTO-Zuständigkeitsbereiche und eine Spitzendelegation die International Chamber of Commerce (ICC), bis heute der führende Verfechter eines MAI, besuchte im Vorfeld des G8-Gipfels (Köln) den zu dieser Zeit amtierenden Vorsitzenden des EU-Ministerrats, Gerhard Schröder (SPD), um ihm die Forderungen im Hinblick auf die Millenium-Runde zu präsentieren. Die bei der ICC angesiedelte Arbeitsgruppe Internationaler Handel und Investitionspolitik wird von Arthur Dunkel geleitet, dem Generaldirektor während der 8 Jahre dauernden Verhandlungen um das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), die 1994 in die Gründung der WTO mündeten.

Stefan Armborst / Tom Kucharz

Movimiento contra la Europa de

Maastricht y la Globalización economica

(maast@nodo50.ix.apc.org)

"In den armen Gesellschaften ist nicht die Qualität des Lebens in Gefahr, sondern das Leben selbst." (Bericht zur Entwicklung der Menschheit, 1994)

"Europa beginnt das Jahr 2000 mit einer mächtigen wirtschaftlichen Erholung." (Otmar Issing, Chefökonom der Europäischen Zentralbank)

"Die Globalisierung des Kapitalismus läßt die Welt politisch, ökonomisch und sozial in ein Gemenge konkurrierender und von ihren Möglichkeiten und Ausgangsbedingungen her höchst ungleicher ‚Wettbewerbsstaaten` zerfallen."

(Joachim Hirsch)

"Nehmen wir jetzt an, daß eine junge Generation von sich im Ausland aufhaltenden Juniorpolitikern studiert, wie dieses Land zu retten sei, in der einzigen Form, in der sie die Rettung begreifen können, das heißt, über die Geschichte hinwegzugehen und es an den Schwanz des rasenden Zuges der Brutalität und menschlicher Dummheit anzuhängen: an den Kapitalismus." (Sub Marcos, Chiapas)

"... die politische Macht wird auch durch die Vermittlung einer gewissen Zahl von Institutionen ausgeübt, die anscheinend nichts mit der politischen Macht gemein haben und unabhängig scheinen, obwohl das nicht so ist." (Foucault)

29. Das Jahrhundert der Flüchtlinge. Michael R. Marcus" Buch "Die Unerwünschten"

Die Flüchtlingspolitik des Völkerbundes auf dem Balkan

Autor: Michael Marrus · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:01

Massenflucht und Vertreibungen, wie sie die Kriege in Bosnien und im Kosovo begleitet haben und begleiten, haben auf dem Balkan historische Vorläufer. Gleiches gilt für Umsiedlungsprogramme in großem Stil, die darüber hinaus im Rahmen internationaler Initiativen koordiniert und abgewickelt werden. Michael R. Marrus zeigt diese Parallelen im folgenden am Beispiel der Flüchtlingshilfprogramme des Völkerbundes nach dem griechisch-türkischen Krieg von 1919-1923. Es handelt sich bei diesem Text um einen Auszug aus dem zweiten Kapitel des soeben bei VLA/Schwarze Risse-Rote Straße erschienenen Buches "Die Unerwünschten".

Für die Türkei und einen Großteil der Balkanhalbinsel begann 1912 (mit den Balkankriegen 1912/13, Anm. d. Red.) ein langjähriger Krieg, der weit über das Ende des Ersten Weltkriegs hinaus andauerte. (...) Das Ergebnis waren zwei vereinbarte Bevölkerungstransfers zwischen Griechenland und der Türkei sowie zwischen Griechenland und Bulgarien. Zwei Millionen Menschen waren in diesen Prozeß eingespannt, der von internationalen Organisationen beobachtet und begleitet wurde. (...)

Die türkische Politik unter Atatürk stellte sowohl die Nachkriegsbesetzung durch die Alliierten als auch die Gründung eines armenischen Staates in Frage. (...) Mit Unterstützung Sowjetrußlands, das ebenfalls brennend daran interessiert war, daß die Alliierten aus der Region vertrieben wurden, kurbelte Atatürk ein Programm der Modernisierung und der nationalen Wiedergeburt an. Ihm gegenüber standen die Engländer, Franzosen und Italiener, die auf eine Teilung des Landes setzten, offensichtlich aber weder die erforderliche Übereinstimmung noch genügend Truppen aufbrachten. Ihre Kriegsmüdigkeit und die anstehende Demobilisierung standen im auffallenden Kontrast zum Feuereifer der türkischen Nationalisten.

Der griechisch-

türkische Krieg

Anders als die Großmächte unter den Alliierten war Griechenland jedoch durchaus bereit, etwas zu riskieren, um für sich einen Teil des zersplitterten Osmanischen Reichs loszueisen. 1917, gegen Ende des Kriegs, führte der tatkräftige und gewandte griechische Premier Eleutherios Venizelos sein Land in den Krieg, um aus der Niederlage der Mittelmächte einen maximalen territorialen Nutzen zu ziehen.

(...) Mit dem Segen der Alliierten marschierte Venizelos im Mai 1919 in die anatolische Hafenstadt Smyrna (Izmir) ein, wobei er auf die Unterstützung der griechischen Bewohner der Stadt baute. Die griechischen Streitkräfte operierten zunächst erfolgreich: Sie nahmen die Stadt ein und drangen dann tief ins anatolische Hinterland vor. Innerhalb kürzester Zeit standen ihre Armeen 65 Kilometer vor Ankara. Gleichzeitig verjagten griechische Truppen die Türken aus Ostthrazien. Bis zum Frühjahr 1922 konnten sie ein ansehnliches Gebiet unter ihre Kontrolle bringen.

Kurz nach den ersten Erfolgen begann die politische Basis für das griechische Abenteuer jedoch zu bröckeln und drei Jahre später endete die ganze Operation in einem Fiasko. Wider Erwarten war die griechische Regierung im Oktober 1920 von der kriegsmüden griechischen Wählerschaft abgesetzt worden. Der junge König Alexander starb plötzlich an den infektiösen Folgen eines Affenbisses und sorgte so dafür, daß der frühere prodeutsche König Konstantin, ein erbitterter Widersacher von Venizelos und alter Gegner der Alliierten, nach Griechenland zurückkehrte. Vom Erfolg verwöhnt verfolgten die Griechen unterdessen ihren Kurs in Kleinasien weiter, nun aber ohne Venizelos' hervorragende Führungsqualitäten und ohne westliche Unterstützung. (...)

Die Wende kam mit der blutigen Schlacht am Sakarya im August 1921, als die Türken den griechischen Vormarsch definitiv stoppten. Von dem Moment an machten sich Demoralisierung und Konfusion in den griechischen Reihen breit. (...) Als die Türken im Sommer 1922 die Offensive ergriffen, überrollten sie die griechischen Verteidigungsstellungen und trieben die Invasoren zu einem panikartigen Rückzug. Nach einem

furiosen Vorstoß stürmte Atatürk im September Smyrna. Die vielköpfige griechische Bevölkerung der Hafenstadt, deren Anzahl durch Massen orthodoxer und armenischer Flüchtlinge noch angewachsen war, sah sich nun der Wut der siegreichen kemalistischen Truppen ausgesetzt.

Fast sofort kam es zu Massakern. Eine aufgebrachte Menge von Moslems ermordete den griechischen Erzbischof von Smyrna und schleppte seine Leiche durch das türkische Viertel. Plünderung und Vergewaltigung überzogen den armenischen Stadtteil. Türkische Soldaten trieben tausende Griechen zusammen, massakrierten sie am Stadtrand und steckten Teile der Stadt in Brand. "Als vorsätzlich geplante und systematisch durchgeführte Schreckenstat", schrieb Winston Churchill seinerzeit, "dürfte es zu Smyrna ... nur wenige Parallelen in der Geschichte menschlicher Verbrechen geben."

Unter dem Schutz amerikanischer Zerstörer, die vor der Küste lagen, nahmen griechische Schiffe fieberhaft Flüchtlinge aus Smyrna an Bord, häufig an die 45.000 Menschen täglich. Die Abfahrt fand mitten im Chaos und Elend statt. (...) Ein Teil der Flüchtlinge ging nach Saloniki und andere auf die griechischen Inseln in der Ägäis. Zehn-, schließlich gar Hunderttausende quetschten sich in undichte kleine Boote und setzten so unter größtem Risiko nach Athen über. (...)

In der Zwischenzeit scheuchte die türkische Armee die restlichen griechischen Truppen und weitere Flüchtlinge Richtung Konstantinopel und war bereits im Begriff, die Dardanellen zu überqueren und wieder in Europa einzudringen. In der folgenden Krise waren die Briten die einzigen der früheren Alliierten, die Atatürk die Stirn boten und ihn an den Verhandlungstisch brachten. Es kam zu einem Waffenstillstand, in dem Ostthrazien an die Türkei abgetreten und die Aussiedlung der Griechen aus der Region zusagt wurde.

Diese Ereignisse führten zu einer Neuauflage der Räumung Smyrnas. Aus allen griechischen Siedlungen in Kleinasien sowie aus den gerade erst von der Türkei erworbenen Gebieten jenseits des Bosporus wurden die Griechen evakuiert. Einige Griechen folgten der westlichen Route der Vertriebenen aus Smyrna. Die Schiffe liefen in den Schwarzmeerhäfen Trebizond (Trabzon) und Samsun aus, fuhren durch den Bosporus nach Konstantinopel, wo weitere Flüchtlinge an Bord genommen wurden, passierten dann das Marmarameer und landeten schließlich in Griechenland. Andere verließen Konstantinopel in entgegengesetzter Richtung: Sie fuhren ostwärts an der Küste des Schwarzen Meers entlang, legten dann in türkischen Häfen an und begaben sich auf dem Landweg nach Süden Richtung Syrien.

Ein Ausschuß des Völkerbunds schätzte später, daß von den mindestens zwei Millionen Griechen, die 1914 in der Türkei gelebt hatten, knapp die Hälfte überlebt hatte, um dann 1922 und 1923 evakuiert zu werden. Erwachsene Männer waren häufig unter besonders lebensgefährlichen Umständen interniert gewesen, und viele starben. Infolgedessen bestand der Hauptteil der Flüchtlinge aus alten Männern, Frauen und Kindern. Helfer waren entsetzt über den schrecklichen Zustand der Flüchtlinge. Das galt besonders für die im Inneren der Türkei, wo Typhus grassierte und es extrem schwierig war, den Flüchtlingen irgendeine Form von Hilfe zukommen zu lassen. Viele starben im Verlauf der Evakuierung.

Der Vertrag von Lausanne

Die Hilfsorganisation "Near East Relief" kümmerte sich um Unterstützung, wie schon im Fall der Armenier wenige Jahre zuvor. 1922-23 brachten ihre Mitarbeiter etwa 22.000 Waisenkinder auf langen Wanderungen durch die Wüste nach Syrien in Sicherheit. Die Hochkommission des Völkerbundes unter dem Vorsitz des Norwegers Fridtjof Nansen koordinierte die Hilfsmaßnahmen mehrerer Regierungen, initiierte ernsthafte Versuche, Epidemien unter Kontrolle zu bekommen, beschaffte Schiffe für die Flüchtlinge und Lebensmittel für jene, die auf den Inseln der Ägäis gestrandet waren.

Im Herbst 1922, als der Flüchtlingsstrom einen Höchststand erreicht hatte, bombardierte Nansen den Völkerbund mit dringenden Appellen; er wies darauf hin, daß damals mindestens 900.000 Flüchtlinge in Griechenland waren, darunter 50.000 Armenier. Ein Drittel von ihnen stammte aus Ostthrazien und der Rest aus Kleinasien. Überdies waren viele in den Strudel des türkischen Rachefeldzugs geraten, die kaum oder gar kein Bewußtsein über ihre "griechische" Abstammung hatten und nun nur aufgrund einer Laune der Geburt vertrieben wurden etwa weil sie einen griechisch klingenden Namen hatten oder von alters her Türkisch in griechischer Schrift schrieben. Vertreter des Völkerbunds stießen schnell auf sogenannte Griechen aus der Türkei, die wenig oder gar kein Griechisch verstanden und eine verwirrende Fülle von Sprachen, Dialekten, Bräuchen und Loyalitäten an den Tag legten. Ein paar angeblich griechische Teppichmacher aus einem

umgesiedelten Dorf weigerten sich sogar, griechische Muster in ihre Teppiche aufzunehmen, so empört waren sie, daß sie mit einem solchen Etikett versehen wurden; einem Sozialarbeiter zufolge "waren sie mit der Türkei verheiratet. Sie waren eingeschnappt bei der Vorstellung, daß sie versuchen sollten, etwas Griechisches zu tun."

Fridtjof Nansen war offenbar der erste, der, das schreckliche Gedränge griechischer Flüchtlinge vor Augen , einen offiziellen Bevölkerungstransfer zwischen Griechenland und der Türkei anregte. (....) Auf Bitten der Großmächte, im griechisch-türkischen Konflikt zu vermitteln, nahm er die Verhandlungen zu dem Zeitpunkt auf, als die Konferenz von Lausanne zusammentrat, um ein endgültiges Abkommen zwischen der Türkei und den Alliierten zu erzielen. Die Türken waren von der Idee eines Transfers begeistert, wollten sie doch verhindern, daß etliche bereits vertriebene Griechen wieder zurückkehrten; zudem wollten sie einen revanchistischen Vorstoß der Griechen gegen Ostthrazien und Kleinasien abblocken. Ihr Ziel war im Grunde, jede hellenische Präsenz in der modernisierten Türkei dauerhaft zu eliminieren. Um diesen Prozeß zu vereinfachen, erklärten sich die Türken ihrerseits bereit, mehrere hunderttausend noch in Griechenland befindliche Türken aufzunehmen.

Venizelos, der damals Griechenland vertrat, (...) akzeptierte widerstrebend einen Transfer als Möglichkeit, die türkische Minderheit aus dem eigenen Land zu entfernen und die Ansiedlung der griechischen Flüchtlinge zu fördern. Besonders bemerkenswert war der Zwang zum Transfer, eine Neuerung, gegen die von griechischer Seite öffentlich protestiert wurde, und die bei britischen Beobachtern (...) auf starke Einwände stieß. In Wirklichkeit war dies wahrscheinlich unvermeidlich. Die Türken hatten ihren Feind gerade gedemütigt und waren offenbar entschlossen, die restlichen "Griechen" zur Aussiedlung zu zwingen. (...)

Der Vertrag von Lausanne vom Januar 1923 sah "einen obligatorischen Austausch türkischer Staatsangehöriger griechisch-orthodoxer Religionszugehörigkeit auf türkischem Grundgebiet und griechischer Staatsbürger moslemischer Religionszugehörigkeit auf griechischem Grundgebiet" vor. Nach traditionellem griechischen und türkischen Brauch - und das war vermutlich der einzig praktikable Ansatz - benutzte das Abkommen die Religionszugehörigkeit als Nachweis für die staatliche Zugehörigkeit. Von dem Transfer ausgenommen waren die Türken aus Westthrazien und die Griechen aus Konstantinopel, bei denen es sich in beiden Fällen um alte Communities handelte, deren Umsiedlung mit zu vielen Problemen verbunden gewesen wäre. (...)

Eine Ausgleichszahlung für zurückgelassenes Vermögen sollte geleistet werden, wobei sämtliche Bewegungen von Griechen und Türken zwischen ihren jeweiligen Ländern seit Oktober 1912 berücksichtigt werden sollten. Der Austausch sollte unter Aufsicht einer gemischten Kommission stattfinden, das zurückgelassene Vermögen der Umsiedler taxiert und aufgelöst werden und der Gegenwert an die Regierung des Aufnahmelandes überwiesen werden. Alle Vermögens- und sonstigen Fragen sollten von der gemischten Kommission, die sich aus drei neutralen Mitgliedern sowie aus jeweils drei griechischen und türkischen Vertretern zusammensetzte, entschieden werden. Der Bevölkerungsaustausch sollte optimistischen Vorstellungen zufolge etwa anderthalb Jahre dauern.

Zwangsumsiedlungen

Insgesamt waren mehr als 1,5 Millionen Menschen beider Nationen von diesem Transfer betroffen, dem bis dahin größten derartigen Austausch in der Geschichte. Im Vergleich zur Türkei hatte Griechenland eine ungeheure Bürde zu tragen. Bei einer Bevölkerung von gerade 5 Millionen Menschen im Jahr 1920 hatte Griechenland schon annähernd eine Million Flüchtlinge aufgenommen, ehe der Vertrag von Lausanne überhaupt offiziell in Kraft trat. Wie wir später sehen werden, trafen gleichzeitig aus Bulgarien noch zusätzliche griechische Flüchtlinge ein. Nachdem sich dieses relativ arme Land seit 1912 im Krieg befunden hatte, mußte es nun diese riesigen Menschenmassen absorbieren, ca. ein Viertel seiner Gesamtbevölkerung, eine Zahl, die dreimal so hoch war wie die der abwandernden Türken.

In der ersten Phase der Umsiedlung gab es rund eine Million völlig verarmte Neuankömmlinge. Buchstäblich überall waren Flüchtlinge - sie lagerten in Verschlägen im Stadttheater von Athen oder im Schatten der Akropolis und sie übervölkerten Bahnhöfe, Schulen, öffentliche Gebäude, Kirchen, Schuppen, Lagerhäuser und Kinos. Die Gemeinden waren völlig überfordert. Innerhalb von 18 Monaten hatte sich die Einwohnerschaft von Athen mehr als verdoppelt, von 300.000 auf über 700.000.

Saloniki, das 1916 durch Brände teilweise zerstört worden war und 174.000 Einwohner hatte, nahm 160.000 Flüchtlinge auf. Viele Unselbständige unter den Evakuierten konnten nur unter großen Schwierigkeiten umgesiedelt und beschäftigt werden. Malaria, Typhus und Ruhr forderten einen schrecklichen Tribut. In den letzten Monaten des Jahres 1923, so eine Quelle des Völkerbunds, kletterte die Sterberate bei den Neuankömmlingen auf astronomische 45%. Zu der Zeit hatten die Griechen nach eigenen Angaben 1,2 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, von denen 870.000 auf staatliche Unterstützung angewiesen waren.

Die gemischte Kommission versuchte zwar die Folgen des Transfers zu lindern, indem sie den Umsiedlern erlaubte, ihre Habe zu behalten, doch diese Vereinbarung versagte in der Praxis, und auch dies traf die Griechen unverhältnismäßig. Die Kommission konnte sich nicht über Prozeduren und Prinzipien einigen, erstickte Gespräche mit bürokratischer Schreibarbeit und blockierte Entschädigungen für Regierungen und Individuen. Letztendlich bestanden die Vermögensregelungen nur auf dem Papier und konnten einfach nicht umgesetzt werden. (...)

Beide Seiten nutzten die religiöse Definition von "Griechen" und "Türken", um unerwünschte Minderheiten loszuwerden; zudem half sie bei der Lösung einiger innenpolitischer Probleme. Die Türken bedienten sich der Definition, um manche Armenier des Landes zu verweisen, denen sie das Etikett "Griechen" anhefteten. Auch unerwünschte Serben, Rumänen, Russen, Zigeuner und selbst Araber griechisch-orthodoxen Glaubens wurden mit diesem Etikett versehen.

Auf der anderen Seite nutzten die Griechen die Gelegenheit, die Hellenisierung bestimmter Regionen zu verfolgen, auch durch den Versuch, albanische Moslems aus Epirus zu vertreiben. (...) Ebenso schob Athen tausende Doenmeh aus Saloniki ab, Angehörige einer ladinosprachigen moslemischen Sekte und Nachkommen von Juden, die im 17. Jahrhundert zum Islam konvertiert waren. Zugleich setzten griechische Planer die Neuankömmlinge für die Hellenisierung Mazedoniens ein; vier Fünftel der Bauern der ankommenden Flüchtlingspopulation wurden dorthin dirigiert. Dieses Vorhaben scheint weitgehend gelungen zu sein: Sie lösten nicht nur die eingeplante Abwanderung von Moslems in die Türkei aus, sondern auch - als unerwartete Beigabe die Flucht von Mazedoniern nach Bulgarien.

Flüchtlingselend, Flüchtlingshilfe

1923 drohte Griechenland unter der schrecklichen Last der Flüchtlinge zusammenzubrechen. (...) Die Antwort kam schließlich in Form einer vom Völkerbund unterhaltenen "Greek Refugee Settlement Commission", die Ende 1923 eingesetzt wurde. Dieses Gremium übernahm die Aufgabe, (...) die für die Unterbringung, Ernährung und sonstige Versorgung der Flüchtlinge erforderlichen Mittel zu beschaffen. Langfristig entwickelte und realisierte die Kommission Programme, mit denen die Flüchtlinge zu "produktiven" Bürgern gemacht werden sollten. (...)

Die gemeinsame Kommission arbeitete, bis die Griechen 1931 ihre Aufgaben übernahmen; bis dahin beschaffte sie mit beachtlichem Erfolg hohe internationale Kredite. Die Kommission leitete die Vermessung und Urbarmachung von Land, die sanitären Verbesserungen usw. und gab damit den Anstoß zu einer bemerkenswerten landwirtschaftlichen Erschließung. In den Städten umfaßte die Neuansiedlung riesige Bauvorhaben, die Bereitstellung von kommunalen Diensten, Fabriken und die Anregung des Handels. Im ganzen Land baute die Kommission die medizinischen Einrichtungen aus und rang mit den Problemen der Gesundheitskontrolle und Ernährung. Sie konnte für all diese Projekte ausländische Hilfe und Mitarbeit gewinnen und so Materialien, Beratung und Märkte für in Griechenland produzierte Waren bereitstellen. In einem Zeitraum von sieben Jahren, so die amerikanische Journalistin Dorothy Thompson, demonstrierte diese Organisation "ein Wunder an Kreativität, selbstloser Tatkraft und Ausdauer". Es handelte sich ihren Worten zufolge um "das größte humanitäre Unternehmen der Geschichte".

Vor dem Hintergrund der verhängnisvollen Vertreibungen aus Kleinasien leistete die internationale Gemeinschaft Griechenland und seinen Flüchtlingen erstaunlich gute Dienste. Nansen, darüber besteht weitgehende Einigkeit, spornte den Völkerbund zum Handeln an, und das Engagement des Völkerbunds trug dazu bei, daß Regierungen und internationale Bankhäuser bei der Neuansiedlung der Flüchtlinge halfen. (...) Es gab viel Kritik an dem Zwang beim Transfer und Angriffe auf die Unausgewogenheit des "Austauschs", der die Griechen so sehr benachteiligte. Aber der Völkerbund war kaum in der Lage, die kemalistische Minderheitenpolitik zu kontrollieren, und hatte gewiß nicht die Absicht, die Griechen vor den Folgen ihres

Anatolien-Abenteuers in Schutz zu nehmen. Der Völkerbund schlug immer nur begrenzte Antworten auf praktische Probleme vor.

Natürlich waren die gefundenen Lösungen in mancher Hinsicht ungerecht. (...) Im Jahr 1930, als die Settlement Commission ihre Aufgabe der griechischen Regierung übertrug, waren ihre Berichte über die Integration der restlichen Flüchtlinge in die griechische Gesellschaft optimistisch. Nachdem sie ihre Arbeit unter den katastrophalen Bedingungen beispiellosen menschlichen Leids begonnen hatte, bewies die Kommission, daß eine internationale Einrichtung praktische Flüchtlingsarbeit in großem Maßstab leisten konnte, ohne sich in von außen herangetragene politische Interessen zu verwickeln.

Griechisch-bulgarische Spannungen

(...) Die ruinösen Folgen der Balkankriege und des Ersten Weltkriegs lösten nicht nur die Flucht griechischer und türkischer Flüchtlinge aus, sondern auch die zahlreicher Bulgaren. (...) 1913 strömten die ersten Flüchtlinge aus Gebieten, die einst zu Bulgarien gehört hatten oder von bulgarischen Führern beansprucht wurden, auf das noch von Sofia regierte Land zu. Dieser Prozeß überdauerte das Ende des Ersten Weltkriegs, als Bulgarien an der Seite der Mittelmächte besiegt worden war. Aus Westthrazien und Mazedonien schlugen sich Flüchtlinge nach Bulgarien durch aus Angst, unter Griechenland oder den neuen Staat Jugoslawien subsumiert zu werden. Weitere Flüchtlinge kamen aus Rumänien, das sich nach dem Krieg auf Kosten Bulgariens vergrößert hatte, und aus der Türkei. Wiederum andere kamen aus Rußland oder den verwüsteten armenischen Siedlungen. Insgesamt 200.000 Flüchtlinge drängten sich in dieses kleine Land mit seinen 5,5 Millionen Einwohnern. Umgekehrt gingen relativ gesehen weit weniger ethnische Griechen oder verschiedene slawische Minderheiten aus Bulgarien in die angrenzenden Staaten, um dem erbitterten, rachsüchtigen Nationalismus zu entgehen, der nun das politische Leben Bulgariens prägte.

Bulgariens neue Grenzen wurden im Vertrag von Neuilly im November 1919 und in einem ein Jahr später geschlossenen Zusatzabkommen festgelegt. Sofia war gezwungen, einen sogenannten freiwilligen Austausch von Minderheiten zu akzeptieren - ein Verfahren, das auf die Vereinfachung des neuen Territorialabkommens zielte, indem die Anhänger Bulgariens aus den Gebieten entfernt wurden, die sich Griechenland einverleibt hatte. Eine unabhängige griechisch-bulgarische Kommission, die mit der Durchführung dieses Transfers beauftragt war, leitete Schritte ein, um die Emigranten für ihre zurückgelassenen Besitzgüter zu entschädigen. Sie bestimmte darüber hinaus, daß die Wiedergutmachung mit rückwirkender Kraft auf alle griechischen und bulgarischen Flüchtlingen angewendet werden sollte, die seit 1900 zwischen den Ländern umgezogen waren.

Wie bei dem griechisch-türkischen Transfer klaffte jedoch eine große Lücke zwischen dem in diplomatischen Verhandlungen entworfenen Prozeß und der Wirklichkeit vor Ort. (...) Zwei Faktoren brachten die Situation jedoch völlig aus dem Gleichgewicht. Erstens setzte der Strom griechischer Flüchtlinge aus Anatolien die griechische Regierung außerordentlich unter Druck, Platz für die neu angekommenen Flüchtlinge zu schaffen. Die griechische Antwort bestand in der Abschiebung von "Bulgaren" - meist Mazedonier (...) Zweitens lösten die Griechen 1923 eine Flüchtlingslawine aus, als sie aus Sorge vor einem erneuten Krieg mit der Türkei ein paar tausend bulgarische Familien unter dem Vorwand militärischer Zwänge aus Westthrazien fortschafften.

Viele der Vertriebenen überquerten die Berge nach Bulgarien. Dort lagerten sie in griechischen Dörfern, was gewaltsame Zwischenfälle provozierte und einen Strom griechischsprachiger Flüchtlinge südwärts nach Griechenland in Gang setzte. 1923 nahm der Flüchtlingsverkehr in beide Richtungen deshalb enorm zu. In den folgenden beiden Jahren gingen 52.000 Bulgaren nach Griechenland und 30.000 Griechen nach Bulgarien. Niemand konnte behaupten, daß der Austausch freiwillig oder ordnungsgemäß war, und die Maschinerie, die in Neuilly installiert worden war, erwies sich als unfähig, die Abwanderung zu steuern oder Vermögensansprüche zu regeln.

Von Flüchtlingen überrollt und dringend auf Hilfe von außen angewiesen, ersuchten die Griechen den Völkerbund um finanziellen Beistand. Der drohende Krieg zwischen den beiden Balkanstaaten verlieh dem Ruf nach einem internationalen Eingreifen Nachdruck. Im Oktober 1925 drohte ein kleinerer Zusammenstoß an der griechisch-bulgarischen Grenze schnell zu einer ernsthaften Konfrontation zu eskalieren, und durch diesen Zwischenfall wurde der Völkerbund eng in die Beziehungen zwischen den streitenden Parteien verwickelt.

Der Völkerbund als Krisenmanager

Der Rat des Völkerbunds beauftragte eine Kommission unter dem britischen Diplomaten Sir Horace Rumbold, um den Konflikt zwischen Griechenland und Bulgarien zu untersuchen, einschließlich des Flüchtlingsverkehrs zwischen beiden Ländern. Rumbold berichtete schon bald, was vor Ort jeder wußte: daß der Entschädigungsprozeß zu langsam verlief, daß die Flüchtlinge auf beiden Seiten noch immer wehrlose Opfer waren und daß künftige Ansprüche von ehemaligen Flüchtlingen die Beziehungen zwischen beiden Ländern belasten könnten. Die Nachbarstaaten Bulgariens befürchteten insbesondere, daß die Flüchtlinge benutzt würden, um strategische Eisenbahnverbindungen zu bauen, und daß sie für die Sache des bulgarischen Revanchismus rekrutiert würden.

Andererseits löste die Ankunft von tausenden Neuankömmlingen in Bulgarien Anfang 1926 eine Krise aus. Wie in Griechenland waren die dortigen Behörden durch Krankheit, Übervölkerung, Hunger und die Unzulänglichkeit sämtlicher Dienstleistungen überfordert. Und wie schon dort kam als Antwort ein riesiges Darlehen, das der Regierung vom Völkerbund gewährt wurde, und ab Mai 1927 verbesserte sich die Lage der Flüchtlinge allmählich. (...)

Verhandlungen über ein Flüchtlingsabkommen zwischen Griechenland und Bulgarien erwiesen sich als außergewöhnlich schwierig. Anders als im Falle Griechenlands und der Türkei betrachtete sich kein Land als Verlierer, der dem anderen ausgeliefert war. Beide waren erbitterte Feinde. (...) Griechenland verfügte nun über den Löwenanteil der Region und hatte mit seiner Nachkriegspolitik zehntausende verbitterte mazedonische Nationalisten nach Bulgarien getrieben. Dort schlossen sie sich bulgarischen Mazedoniern und einem großen Kontingent jugoslawischer Mazedonier an und entwickelten einen starken Einfluß auf das bulgarische Leben. (...)

Dennoch wurde durch Vermittlung des Völkerbunds eine ganze Menge erreicht. 1933, als der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in Osteuropa neue Darlehen für derartige Zwecke verhinderte, war die Umsiedlung zu einem großen Teil abgeschlossen. Innerhalb eines Jahrzehnts war fast eine Viertel Million notleidender Bulgarien-Flüchtlinge untergebracht, ernährt und zu "produktiven" Mitgliedern der Gesellschaft gemacht worden. Sie gehörten zu den etwa zwei Millionen Flüchtlingen, die in diesem Zeitraum in Griechenland, der Türkei und Bulgarien angesiedelt wurden; keine unerhebliche Leistung für die internationale Gemeinschaft.

Nur ein internationales Gremium konnte so erfolgreich arbeiten. Kein Nachbarstaat war zur Unterstützung bereit, und die in der Region tätigen privaten Organisationen waren eindeutig außerstande, Hilfe in dem benötigten Ausmaß zu leisten. Für die Großmächte, die den Völkerbund über seinen Rat effektiv kontrollierten, standen in den armen, ausgehungerten und von Krankheit heimgesuchten südosteuropäischen Staaten nur wenig unmittelbare Interessen auf dem Spiel. Sie waren somit bereit zu tolerieren, daß der Völkerbund die Siedlungskommissionen als eine karitative Einrichtung unterhielt, die ihnen nicht außer Kontrolle zu geraten drohte. (...)

Michael R. Marrus: "Die Unerwünschten. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert", Verlag Libertäre Assoziation, Schwarze Risse - Rote Straße; gebunden, 456 Seiten, 48 DM. Das Buch ist ab Juli im Buchhandel erhältlich.

Das Jahrhundert der Flüchtlinge

Michael R. Marrus' Buch "Die Unterwünschten"

Als Michael R. Marrus sein Buch 1985 in Druck gab, war noch nicht abzusehen, wie sehr neue Flüchtlinge das Europa der 90er Jahre prägen würden: Die Flüchtlingsschiffe vor Brindisi, die Vertriebenen aus Kurdistan, dem Kosovo oder der Krajina belegen, daß Armut, Krieg und "ethnische Säuberungen" auch das Ende des 20. Jahrhunderts bestimmen - eines Jahrhunderts, welches nicht als das der Wissensexplosion, des demokratischen Imperialismus oder des Siegeszugs des Kapitalismus in die Geschichte eingehen wird, sondern als Jahrhundert der Massenvernichtung, des Völkermords und der Flüchtlinge.

Antisemitismus und Judenvernichtung kennzeichnen die deutsche Geschichte über dieses Jahrhundert hinaus. Zur Flüchtlingspolitik bestehen enge Zusammenhänge. Dennoch wurden die Debatten über die faktische Abschaffung des Asylrechts und die "illegalen" MigrantInnen oft in Unkenntnis der Geschichte der Flüchtlingsbewegungen und -politik in Deutschland und Europa geführt. (...)

Unsere Veröffentlichung von "Die Unerwünschten" soll zu einem historisch begründeten Urteil über Flüchtlingspolitik in Europa beitragen. Zur Flüchtlingspolitik der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs gibt es außer dem hier vorliegenden Buch keine Übersicht in deutscher Sprache. Natürlich muß die Darstellung eines Zeitraums wie dem 20. Jahrhundert im Detail Schwächen haben, und seit dem Erscheinen des Originals ist die Geschichtsforschung nicht stehengeblieben. Dennoch bleibt dieses Buch eine einzigartige Gesamtdarstellung der Flüchtlingspolitik jenseits nationaler Blickwinkel und vor allem steht es auf der Seite der Flüchtlinge und Vertriebenen selbst.

Schwarze Risse, Rote Straße,

Verlag Libertäre Assoziation

30. Zwangsarbeiter in der Todesfabrik. Ehemalige Häftlinge der Sonderkommandos in Auschwitz berichten

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:10

Gideon Greifs Buch "Wir weinten tränenlos..." über die jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz ist eine Herausforderung, um nicht zu sagen: eine Zumutung. Es konfrontiert den Leser nicht nur mit den Details der Massenvernichtung, sondern auch mit letztlich unlösbaren moralischen Fragen zu einem "Grenzfall der Kollaboration" (Primo Levi). Zwar waren es ausnahmslos SS-Männer, die das Zyklon B in die Gaskammern warfen. Aber ihre unentbehrlichen Helfer waren Häftlinge, vor allem Juden. Deren Aufgabe war es, die Opfer beim Gang in die als Duschräume getarnten Gaskammern zu beruhigen - das heißt zu belügen -, um einen reibungslosen Lauf der Mordmaschinerie zu ermöglichen; sie mußten die zurückgelassene Kleidung der Opfer sortieren, den Ermordeten die Goldzähne ausbrechen, die Leichen in die Krematorien schaffen. Als Augenzeugen der Massenvernichtung waren sie vom ersten Tag an ausnahmslos zum Tode verurteilt. Nur wenige überlebten.

Der einleitende Beitrag gibt nicht nur einen Überblick über die Arbeit in der Todesfabrik. Er zeigt auch die Infamie der SS-"Psychologen", die Opfer in ihr Verbrechen hineinzuziehen. Greif, Mitarbeiter des Forschungsinstituts und Pädagogischen Zentrums der Gedenkstätte Yad Vashem, zitiert Primo Levi: "Die Erfindung und Aufstellung der Sonderkommandos ist das dämonischste Verbrechen der Nationalsozialisten gewesen. (...) Die Existenz der Sonderkommandos hatte eine Bedeutung, sie enthielt eine Botschaft: Wir, das Herrenvolk, sind eure Vernichter, aber ihr seid nicht besser als wir. (...) Juden mußten es sein, die Juden in die Verbrennungsöfen transportierten, man mußte beweisen, daß die Juden, die minderwertige Rasse, die Untermenschen, sich jede Demütigung gefallen ließen, sich sogar gegenseitig umbrachten."

Während die Nazis auch ihre noch lebenden Opfer als Individuen vernichtet glaubten, fanden Hunderte Mitglieder der Sonderkommandos dennoch die Kraft, Widerstand zu leisten. Ihr Aufstand im Oktober 1944 war zum Scheitern verurteilt. 450 Häftlinge starben während des Aufstandes, der dennoch ein Zeichen setzte. Er demonstrierte den Mut der Gedemütigten und die Verletzbarkeit der Bestien und ihrer Bauwerke: Drei SS-Männer wurden getötet und zwölf verletzt, das Krematorium III mit acht Verbrennungsöfen und drei Gaskammern wurde zerstört. Gideon Greif schreibt: "Der Aufstand der Sonderkommando-Häftlinge in Birkenau muß den Aufständen im Warschauer Ghetto, in Treblinka, Bialystok, in Sobibór und in Wilna an die Seite gestellt werden. Sie zeigten den Deutschen, daß auch die angeblichen ‚Untermenschen` in der Lage waren sowie Willen und Mut besaßen, um die Würde ihres Lebens zu kämpfen."

Der wesentliche Teil von Greifs Buch besteht aus Interviews mit Überlebenden der Sonderkommandos. Sie durchzuführen, hat den Autor große Mühen gekostet. Das Thema war, auch in Israel, lange Zeit tabu. Die Überlebenden schwiegen meist auch gegenüber ihren Angehörigen, und wenn sie sich zum Reden entschlossen, sahen sie sich unter einem so gewaltigen Rechtfertigungsdruck, daß apologetische Argumente nicht ausbleiben konnten. Gideon Greif hat die ungemein schwierige Aufgabe, aus den Aussagen seiner Gesprächspartner "Wahrheit" zu gewinnen, großartig gelöst. Er fragt mitfühlend, aber auch unerbittlich, wenn es um Details geht.

Das wird schon im ersten Interview deutlich, das hier exemplarisch vorgestellt werden soll (in dem Buch kommen insgesamt sieben jüdische Überlebende der Sonderkommandos zu Wort). Der erste von ihnen, den Greif kennenlernte, war Josef Sackar, 1924 in Griechenland geboren, 1944 nach Auschwitz deportiert. Sackar, "ein kleiner schmächtiger Mann, zart an Körper und Seele", antwortet auf die Frage, was ihm überleben half: "Der Wille zum Leben, damit ich weitererzählen kann, damit die Wahrheit ans Licht kommt. Auf der einen Seite laufe ich vor dem Erzählen davon, aber andererseits muß diese Geschichte die ganze Welt hören, damit man nicht meint, die Shoah wäre nicht gewesen. Es gibt ja Leute, die den Holocaust leugnen." Die innere Zerrissenheit ist damit angedeutet: Die Überlebenden wollen erzählen, sie fürchten sich aber auch davor. Vielleicht brauchen sie gerade Zuhörer wie Greif, der mehr wissen will, auch wenn sein Gesprächspartner bittet: "Fragen Sie besser nicht genau nach".

So erhält er Antworten auf schreckliche Fragen: zu den Schreien der Sterbenden, dem Aussehen der Vergasten, dem Abtransport der Leichen, schließlich zu den "Vergünstigungen" (u.a. Alkohol und ausreichendes Essen), welche die Häftlinge der Sonderkommandos erhielten. Sackar, der auch im Entkleidungsraum eingesetzt war, sieht sich natürlich mit der Frage konfrontiert, wie er es fertigbrachte, die Todgeweihten anzulügen: Sie würden "erst duschen und dann zur Arbeit" geschickt werden. Er antwortet mit Gegenfragen, auf die es keine Antwort gibt: "Blieb mir etwas anderes übrig?" oder "Was hätte ich denn sonst noch sagen können?"

Das alles ist - selbst beim Lesen - nur schwer zu ertragen. In den Verdacht des Voyeurismus oder der Gier nach Horror gerät Greif dennoch an keiner Stelle. Seine Penetranz dient der Wissenschaft und dem Gedenken an die Opfer. Man müsse den Aussagen der Überlebenden der Sonderkommandos "Gehör schenken und versuchen, sie zu verstehen", schreibt er am Ende des einleitenden Kapitels, "weil sie detailliert und mit einfachen, ausdrucksstarken Worten ein unvorstellbares Verbrechen schildern, dem im 20. Jahrhundert und mitten im Herzen der westlichen Zivilisation Millionen von Menschen - hauptsächlich Juden - zum Opfer fielen. Den Opfern, aber auch uns selbst und unserer Zeit sind wir die ständige Erinnerung an die Shoah schuldig. Dieses Buch wurde geschrieben, damit die Opfer durch unser Vergessen nicht ein zweites Mal getötet werden."

Das moralische Urteil über die Häftlinge der Sonderkommandos bleibt bei Greif offen. Das ist ganz im Sinne Primo Levis, der in seinem 1986 erschienenen Buch I sommersi e i salvati ("Die Untergeangenen und die Geretteten") schrieb: "Jedes Individuum ist ein so komplexes Wesen, daß es sinnlos ist, sich einzubilden, man könne sein Verhalten voraussagen, besonders in extremen Situationen. Deshalb bitte ich, daß die Geschichte der ‚Raben des Krematoriums` sowohl mitfühlend als auch streng überdacht werde, daß jedoch das Urteil über sie in der Schwebe bleibe."

Js.

Gideon Greif: "Wir weinten tränenlos..." Augenzeugenberichte des jüdischen "Sonderkommandos" in Auschwitz; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, März 1999; 384 Seiten, 19,90 DM

31. Museum der Wahnsinnigen Schönheit. Berlin: Mahnmal für Euthanasie-Opfer geplant

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:39

"Haus des Eigensinns - Museum der Wahnsinnigen Schönheit", dieser Titel läßt nicht erahnen, daß in Berlin neben dem Haus der Wannseekonferenz, der Topographie des Terrors und dem Neuen Jüdischen Museum ein weiteres mit einem Museum kombiniertes Mahnmal für NS-Opfer entstehen soll. Wenn es nach dem Freundeskreis des Museums "Haus des Eigensinns" geht, soll unmittelbar hinter der Philharmonie auf dem Grundstück der Tiergartenstraße 4 ein 1100qm großer Museumsneubau für die über 200.000 Euthanasieopfer entstehen. Prominente aus Politik, Kultur und Wissenschaft unterstützen diese Forderung. Zu ihnen zählt neben Walter Jens und Bischof Huber auch der englische Historiker Henry Friedländer, der mit seinem Standardwerk "Die Entstehung des Nazigenozids - von der Euthanasie zur Endlösung" einen wesentlichen Anteil an der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieses Kapitels der Naziverbrechen hat. In der alten Villa in der Tiergartenstraße wurde seit 1939 die "Aktion T4" geplant. So lautete unter den Nazis die aus der Adresse abgeleitete Tarnbezeichnung für die von der "Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten" organisierte systematische Registrierung und Tötung geistig Behinderter. "Vergleichbar mit dem ‚Haus der Wannseekonferenz` saßen auch in der Tiergartenstraße die planenden und organisierenden Schreibtischtäter", erklärt der Sprecher der Berliner Initiative "Haus des Eigensinns", René Talbot.

Seit 1989 erinnert immerhin eine unscheinbare Gedenkplatte an das mörderische Treiben. In den sechziger Jahren, als das Gelände mit der Errichtung des Westberliner Kulturforums eine enorme Wandlung durchmachte, hatte niemand daran gedacht. Die Philharmonie, die Neue Nationalgalerie sowie das Kunstgewerbemuseum haben damals dort ihr Domizil bezogen. Für Talbot ist diese Umgebung genau der richtige Ort für das Museum. "Im kulturellen Herzen der Hauptstadt Berlin, gleich um die Ecke von den zentralen Institutionen der Demokratie soll die Tiergartenstraße 4 ein einprägsamer Ort werden". Das Museum soll keine abgeschlossene Geschichte vermitteln, sondern Bezüge bis in die Gegenwart herstellen. "Die zur Euthanasie führenden Diskurse begannen um die Jahrhundertwende und waren auch nach 1945 nicht zu Ende", sagt Talbot. Daß belegt eine vom "Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten" konzipierte Ausstellung, die in dem Museum ihren festen Platz bekommen soll. Für die Euthanasieopfer war mit dem Ende der Naziherrschaft die Schreckenszeit in den seltensten Fällen abgeschlossen. Bis auf wenige Ausnahmen blieben sie in ihren Anstalten unter der Oberaufsicht des gleichen Personals wie zwischen 1933 und 1945. In den ersten Nachkriegsjahren war die Zahl der Hungertoten unter den Lagerinsassen extrem hoch. Noch in den 60er Jahren wurde ein in der NS-Zeit Zwangssterilisierter in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, weil er den verantwortlichen Arzt, der mittlerweile Karriere an der FU-Kinderklinik gemacht hatte, auf Entschädigung verklagen wollte. 1990 wurde die Sterilisierung von "Einwilligungsunwilligen" wieder gesetzlich ermöglicht.

Die fortdauernde Mißachtung der Euthanasieopfer zeigt sich für Talbot auch beim Streit um die Prinzhorn-Sammlung. Dabei handelt es sich um über 5.000 künstlerische Exponate von Psychiatrieinsassen. Sowohl ihr Name als auch ihr weiteres Schicksal sind weitgehend unbekannt. Zur Zeit lagern die Werke im Keller der Heidelberger Universitätspsychiatrie, der Wirkungsstätte des Psychiaters Hans Prinzhorn. Er hatte die Exponate zwischen 1919 und 1921 aus Deutschland und der Schweiz von Psychiatriepatienten zusammengetragen. Die Heidelberger Universität sieht sich als rechtmäßiger Eigentümer und will die Prinzhorn-Sammlung ab 2001 in einem Heidelberger Museum präsentieren und den Sammler ehren.

Doch die Initiative "Haus des Eigensinns" will die Kunstwerke in das neue Museum nach Berlin holen. "Die Ausstellung ist ohne die Einwilligung der Patienten gesammelt worden und muß jetzt den Vertretern der Opfergruppen zur Verfügung gestellt werden", meint Talbot. Dafür bekam er prominente Unterstützung. "Wir sind bisher irrtümlicherweise davon ausgegangen, daß die Universität Eigentümer der Ausstellung ist", schrieb der Staatsminister für Kultur und Medien, Dr. Naumann, an die Initiative. Die erhofft sich Unterstützung von der Berliner Finanzsenatorin Dr. Annette Fugmann-Heesing. Als Chefin der Finanzverwaltung muß sie das Grundstück zur Verfügung stellen. Obwohl die Initiative Kontakte zu allen Berliner Parlamentsfraktionen hat und sich der Kulturausschuß schon positiv zu dem Vorhaben äußerte, steht der Museumsplan noch auf dem

Papier. Eine Befürchtung hegen die Museums-Initiatoren: daß nach dem Entscheid über das Holocaust-Denkmal niemand mehr von weiteren Mahnmalprojekten hören will.

Peter Nowak

32. IG Farben: Entschädigung im Miniaturformat

Autor: Günter Hoffmann und Angela Martin · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:17

Die Aktionärsversammlungen der IG Farben AG in Abwicklung sind die turbulentesten in Deutschland: Jahr für Jahr kommt es zu lautstarken Protesten falls die Veranstaltung überhaupt zustandekommt. Dieses Jahr allerdings konnte die Hauptversammlung fristgemäß am 18. August stattfinden. Konflikte mit den Kritischen Aktionären und Verbänden von NS-Opfern waren trotzdem vorprogrammiert. Sie kritisierten schon im Vorfeld der Aktionärsversammlung, daß die Liquidatoren und der Aufsichtsrat die überfällige Auflösung der Gesellschaft verschleppen würden, so der Dachverband der Kritischen Aktionäre. Und die Gründung einer "Miniaturstiftung" zugunsten der ehemaligen Zwangsarbeiter, wie sie auf der Tagesordnung stand, sei in ihrem finanziellen Umfang von drei Millionen DM "in lächerlicher Weise unzureichend".

Diese scharfe Kritik hat manch einen vielleicht überrascht. Denn im Februar hatten die neuen Liquidatoren der IG Farben, Otto Bernhardt und Volker Pollehn, in einer viel beachteten Pressekonferenz versprochen, die Abwicklung der Gesellschaft "so weit wie möglich zu beschleunigen und in einem überschaubaren Zeitraum abzuschließen." Außerdem hatten sie damals angekündigt, "eine Stiftung zu gründen, in die der wesentliche Teil des Erlöses aus allen noch geltend zu machenden bzw. einzuziehenden Forderungen fließen soll."

Das klang gut, erwies sich aber bald als wenig glaubwürdig. Von einer beschleunigten Abwicklung ist inzwischen nicht mehr die Rede, erst recht nicht von einer Auszahlung des IG Farben-Restvermögens an die ehemaligen Zwangsarbeiter, wie es Kritische Aktionäre und Opferverbände auf der Hauptversammlung forderten.

Auf Vorschlag der Liquidatoren wurde jetzt nach teilweise tumultartigen Auseinandersetzungen mit einer Mehrheit von 92,5 Prozent der Aktionäre die Gründung einer Stiftung zur Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter beschlossen. Mehrere Anteilseigner der Firma beschuldigten die Liquidatoren allerdings, ihnen mit diesem Vorhaben "das Geld aus der Tasche" ziehen zu wollen. Die anwesenden Vertreter des bundesweiten "Bündnisses gegen IG Farben" und des Auschwitz-Komitees kritisierten die Stiftung als unzulänglich, die mit drei Millionen DM nicht eben großzügig ausgestattet wird, zumal nur die Erträge aus dem Vermögen der Stiftung an die Opfer der Farbengemeinschaft ausgezahlt werden sollen.

Forderungen an UBS -

"im Namen der Opfer"

Damit das Stiftungskonzept trotzdem attraktiv aussieht, haben die Liquidatoren angekündigt, daß sie weiterhin versuchen werden, ihre Forderungen in der Sache Interhandel/UBS zu realisieren. In der Firma Interhandel (vormals IG Chemie Basel) war während des Zweiten Weltkrieges das Auslandsvermögen der IG Farben geparkt. Den Liquidatoren zufolge ist dieses Vermögen unrechtmäßig "verschweizert" und dann in das Eigenkapital der Schweizerischen Bankgesellschaft, heute UBS, überführt worden. 1965 erhielt Interhandel 515 Millionen Franken aus dem Verkauf der amerikanischen Tochter General Aniline and Film Corporation (GAF). Dieses Vermögen ist inzwischen durch eine Fusion in der UBS aufgegangen und beträgt, so Pollehn, hochgezinst 4,4 Milliarden DM. Die Liquidatoren fordern es jetzt zurück, und zwar im Namen der Opfer.

Allerdings drängt sich die Frage auf, ob diese Ansprüche nicht wieder dazu dienen, die Auflösung der IG Farben AG weiter hinauszuzögern. Denn bereits in den achtziger Jahren hatte die Gesellschaft versucht, dieses Geld von der Schweizerischen Bankgesellschaft zurückzubekommen. 1988 wurden ihre Forderungen letztinstanzlich vom Bundesgerichtshof abgewiesen. Auf den neuen Anlauf von Bernhardt und Pollehn reagiert Christoph Meier von der UBS daher gelassen. Für ihn "ist der Fall der Vermögensansprüche der IG Farben AG an die UBS durch die Gerichtsurteile rechtskräftig abgedeckt. An der juristischen Ausgangslage, wie wir sie kennen, hat sich nichts geändert". Dagegen ist Volker Pollehn fest davon überzeugt, daß die UBS das Thema Interhandel in den nächsten Jahren nicht los wird, wenn sie keinen Vergleich mit IG Farben - d.h. laut Pollehn "mit den Opfern" - anstrebt.

Auch wenn es zunächst so schien, als würden die neuen Liquidatoren eine Wende in der Unternehmenspolitik einleiten, verfolgen sie doch eine alte Strategie. Schon 1990 hatte der Aufsichtsrat der AG die Gründung einer

Stiftung angekündigt. Diese Stiftung sollte ebenfalls an die Realisierung von Besitzansprüchen der IG Farben gekoppelt sein. Nach der Wiedervereinigung hatte die Gesellschaft Ansprüche auf Grundstücke in der ehemaligen DDR erhoben: Insgesamt 151 Millionen Quadratmeter Immobilien forderte sie zurück, das ist so viel wie eine mittlere deutsche Großstadt. Fünf Prozent aus dem Erlös dieses Vermögens sollten in eine Stiftung für die Zwangsarbeiter fließen. Nachdem inzwischen alle Anträge auf Rückübertragung der von den Sowjets enteigneten Liegenschaften bis hin zum Bundesverfassungsgericht abgelehnt worden sind, setzen Bernhardt und Pollehn jetzt keine allzu großen Hoffnungen mehr auf die Rückgewinnung dieses Vermögens.

Miniaturstiftung als

Schutz vor Einzelklagen

Die Stiftung, deren Gründung jetzt beschlossen worden ist, soll vielleicht auch helfen, Ansprüche in Höhe von insgesamt über 15 Millionen DM abzuwehren, die neuerdings von Einzelklägern gegen die IG Farben AG erhoben werden. Die Liquidatoren halten diese Forderungen für rechtlich nicht begründet und berufen sich in diesem Zusammenhang auf Zahlungen, die die Gesellschaft im Jahre 1957 an die Jewish Claims Conference geleistet hat. Damals wurde auch ein Gesetz verabschiedet, demzufolge alle Ansprüche von ehemaligen Zwangsarbeitern gegenüber der IG Farben erloschen sind, sofern sie nicht bis zum 31. Dezember 1957 angemeldet wurden. Bernhardt und Pollehn räumen allerdings ein, daß weitere Zahlungen moralisch geboten sind. Die könnten aber nur durch die Stiftung geleistet werden.

Die Miniaturstiftung wird gerade einmal 300.000 DM jährlich für die ehemaligen Zwangsarbeiter des Farbenkonzerns abwerfen, und das auch erst ab 2003, also knapp 60 Jahre nach Kriegsende. Für die noch lebenden, hochbetagten Opfer müssen diese Pläne des seit 54 Jahren angeblich in Auflösung befindlichen Konzerns geradezu wie eine Verhöhnung wirken.

Günter Hoffmann und Angela Martin

33. "Eine Katastrophe ist nichts dagegen." Hans Frankenthal über seine Zwangsarbeit für die IG Farben AG (Interview)

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:16

Am 18. August 1999 fand die Aktionärsversammlung der IG Farben AG in Abwicklung statt. Seit Jahren fordern Verbände von Opfern des NS-Regimes und Kritische Aktionäre die sofortige Auflösung der Gesellschaft und die Auszahlung des Restvermögens an die ehemaligen Zwangsarbeiter, die der einst größte und berüchtigtste Chemiekonzern während des Zweiten Weltkrieges ausgebeutet hat.

Die IG Farben AG war das erste Privatunternehmen, das die Einrichtung eines firmeneigenen Konzentrationslagers initiiert und finanziert hat. Die Insassen dieses Lagers wurden auf einer 20 Quadratkilometer großen Baustelle in der Nähe von Auschwitz eingesetzt, wo die IG eine riesige Chemiefabrik baute. Einer der Zwangsarbeiter auf dieser Baustelle war Hans Frankenthal, Sohn eines jüdischen Viehhändlers aus dem Sauerland. Im März 1943 war er mit seinen Eltern und seinem Bruder nach Auschwitz deportiert worden. Schon bei der Ankunft wurde selektiert.

Herr Frankenthal, Sie waren bei der Ankunft in Auschwitz gerade 16 Jahre alt. Wieso sind Sie trotzdem bei der ersten Selektion den erwachsenen, arbeitsfähigen Männern zugeteilt worden?

Hans Frankenthal: Gleich nach der Ankunft im Lager wurden wir nach unserem Geburtsjahr gefragt. Als ich sah, daß vor mir junge Menschen, die gleichaltrig waren, zu den Frauen und Kindern geschickt wurden, habe ich mich älter gemacht. Das war meine erste Urkundenfälschung: Auf meinem Einlieferungsschein steht, ich sei am 15.6.1921 geboren. Daraufhin wurde ich mit etwa 400 Leuten auf Lastwagen verladen und ins Konzentrationslager Auschwitz 3 gebracht. Wir haben noch gesehen, wie man die Frauen und Kinder, unsere Eltern und andere ältere Leute in die entgegengesetzte Richtung führte.

Woher wußten Sie, daß Sie in Auschwitz waren?

Am ersten Abend erschien der Blockälteste noch mal in der Tür und sprach uns an: "Kameraden, herhören! Ihr seid hier im Vernichtungslager Auschwitz." Er erklärte uns das und sagte dann: "Fangt nicht an, nach Leuten zu suchen, die nicht in diesem Block sind. Wer jetzt nicht bei euch ist, lebt nicht mehr. Schaut zum Fenster hinaus: Dort wo der Himmel sich rot verfärbt, dort bringt man eure Angehörigen um. Morgen früh leben sie nicht mehr."

Sie wurden dann einem Arbeitskommando der IG Farben zugeteilt. Wer hat Sie dafür ausgewählt?

Am nächsten Tag erklärte uns der Blockälteste, daß Meister von IG Farben, Direktoren, SS-Leute und Ärzte kommen würden, um uns für bestimmte Arbeitskommandos auszusuchen. Wer ein Handwerk erlernt hatte, sollte das sagen, denn das könnte ein Stück Lebensversicherung sein. Es wurden dringend Facharbeiter gesucht. Mein Bruder und ich brauchten nicht zu lügen, wir sagten, wir seien Schlosser.

Wie wurden Sie von den Vorarbeitern und Meistern der IG Farben behandelt?

Als wir das erste Mal zu der IG-Farben-Baustelle gebracht wurden, kam ein Meister auf uns zu und fragte, ob wir schwindelfrei seien. Wir sagten ja, wußten aber gar nicht, was das bedeutete. Der Meister ist dann mit uns einige Leitern hinaufgestiegen auf das oberste Deck eines Gerüstes und hat mir befohlen, einen Hammer zu holen. Dazu mußte ich in großer Höhe über einen schmalen Träger jonglieren, den Hammer nehmen und zurück balancieren. Mein Bruder mußte den Hammer auf dem gleichen Weg zurückbringen. Dem Meister wäre es vollkommen gleichgültig gewesen, wenn einer von uns da heruntergefallen wäre, denn jeden Tag kam ja neuer Nachschub an Arbeitskräften.

Trotzdem gehörte ich als Facharbeiter zu den "privilegierten" Häftlingen, denn zumindest während der Arbeitszeit war ich ohne Berührung mit der SS. Die SS fand allerdings auch sonst noch genug Gelegenheit, uns zu quälen. Wenn ein SS-Mann mal zwei oder drei Tage Sonderurlaub haben wollte, suchte er sich einen Häftling aus, nahm ihm die Mütze vom Kopf, warf sie über die Postenkette und schrie ihn an: "Hol deine Mütze

wieder!" Sobald der Gefangene die Postenkette überlaufen hatte, wurde er erschossen. Das hieß dann "auf der Flucht erschossen" und gab drei Tage Sonderurlaub, außerdem einen Viertel Liter Schnaps und 20 Zigaretten.

Haben Sie irgendeinen Lohn für ihre Arbeit von der IG Farben erhalten?

Einen Lohn? Eine Buna-Suppe gab es .... Später haben wir erfahren, daß die IG Farben für jeden Häftling 4 RM pro Tag an die SS gezahlt hat.

Haben Sie je eine Entschuldigung, irgendein Zeichen des Bedauerns von IG Farben erhalten?

Nie, kein Wort der Entschuldigung, um Gottes Willen. Als ich das erste Mal auf einer Aktionärsversammlung aufgetreten bin und kurz geschildert habe, was mir widerfahren ist bei IG Farben, da gab es gleich Zwischenrufe: "Das wissen wir schon alles, das sind alte Kamellen, das ist alles übertrieben." Der nächste stand auf und sagte, wir hätten ja jeden Tag eine Buna-Suppe gekriegt, was wir eigentlich wollten? Wenn es IG Farben nicht gegeben hätte, wären wir alle umgekommen in Auschwitz. Und dann stand einer auf und verlangte, daß man mir endlich das Wort verbieten solle.

Die neuen Liquidatoren der Gesellschaft haben den Aktionären auf der Hauptversammlung vorgeschlagen, eine Stiftung zu gründen, aus der auch ehemalige Zwangsarbeiter entschädigt werden sollen. Was halten Sie davon?

Eine Katastrophe ist nichts dagegen. Die Abwickler wollen drei Millionen DM für diese Stiftung zur Verfügung stellen. Dieses Geld war aber schon im Besitz der Zwangsarbeiter. Denn nach dem Wollheim-Prozeß in den fünfziger Jahren hat die IG Farben in einem Vergleich mit der Jewish Claims Conference Gelder für ehemalige Zwangsarbeiter zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln sind damals etwa drei Millionen DM nicht ausgezahlt worden. Die IG Farben hat diese Summe dann zurückgefordert.

Insgesamt hat die IG Farben 450.000 Zwangsarbeiter ausgebeutet, und für die sollen nun jährlich ganze 300.000 DM zur Verfügung gestellt werden. Außerdem reden die Abwickler seit Monaten von der Einrichtung einer Stiftung. Warum haben sie sie noch immer nicht gegründet? Uns ist schon 1990 auf einer Aktionärsversammlung versprochen worden, daß Gelder für eine Stiftung bereitgestellt würden. Ich habe damals meinen Bruder angerufen und ihm gesagt, daß wir wahrscheinlich etwas bekommen werden. Mein Bruder ist längst unter der Erde, und wir haben bis heute, neun Jahre später, immer noch nichts erhalten. Wir können uns nicht darauf einlassen, daß die Finanzierung der Stiftung immer wieder hinausgeschoben wird, wir haben doch alle ein so hohes Alter erreicht, daß für uns das Leben jeden Morgen zu Ende sein kann.

Interview:

Günter Hoffmann und Angela Martin

34. Der große Knall. Atomwaffen und das Jahr2000-Problem

Atomwaffen und das Jahr-2000-Problem

Autor: Olivier Minkwitz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Sowjetunion und Nachfolgestaaten; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:22

Das sogenannte Jahr-2000-Problem (Y2K) läßt viele Amerikaner unruhig schlafen. Denn jede Woche werden neue Problemfelder entdeckt, die davon betroffen sein könnten, wenn zum Jahresende die digitale Datumsangabe von 1999 auf 2000 springt. Von der Nahrungsmittelproduktion, der Flugverkehrskontrolle bis hin zu militärischen Frühwarnsystemen, funktioniert heute kein technologisches Großsystem ohne Computer. Doch auch das andere Extrem, die optimistische Sorglosigkeit und Nachlässigkeit insbesondere bei Atomwaffen, kann zum Problem werden. Zwar sind sich die Experten einig, daß ein alter Computerchip in einer Atombombe am Silvesterabend keine atomare Explosion auslösen wird. Dennoch ist auch bei den scheinbar sicheren Nuklearsprengköpfen erhöhte Aufmerksamkeit geboten. Atomraketen werden von einem Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssystem (Command, Control and Communication - C3) gesteuert und gezündet. Genau dieses hochkomplexe System könnte auf Grund eines Softwarefehlers bei der Jahresumstellung jedoch versagen. Ebenfalls geht eine Gefahr vom russischen Frühwarnsystem aus, das nach Zeitungsberichten wegen Geldmangel langsam veraltert, zerfällt und funktionsuntüchtig wird. (1) Deshalb wird es höchste Zeit, daß noch vor Jahresende amerikanische und russische Atomraketen und Bomben in ihrem Alarmbereitschaftsstatus herabgesetzt ("De-Alerting") oder ganz aus dem Betrieb genommen und abgerüstet werden. Bislang aber weigert sich die US Regierung diesen Schritt zu tun. Als Antwort darauf sind auch die russischen Militärs nicht bereit ihren nuklearen Sicherheitsstatus zu verändern. Amerika steht mit dem Atomwaffen-Y2K-Problem nicht alleine da. Jedoch ist von den anderen offiziellen Atommächten bisher so gut wie gar nichts über ihr Y2K-Problem und Atomwaffensicherheit an die Öffentlichkeit gelangt.

Sicherheit, Fehler und Y2K

Im Prinzip ist das Jahr-2000-Problem eine Glaubensfrage. Entweder man ist der Überzeugung, daß es ein wirkliches Problem ist oder man hält es schlicht für einen technischen Hype, mit dem sich einige Softwarefirmen und Programmierer eine goldene Nase verdienen wollen. Trotzdem sollte dem Problem und seinen Auswirkungen auf Atomwaffen einige Aufmerksamkeit geschenkt werden, damit an Silvester wirklich nur mit Feuerwerksraketen geschossen wird.

Die ganze Aufregung und die Millionen an US-Dollar, die jetzt für die Überprüfung von kommerzieller und militärischer Computersoftware ausgegeben werden, rührt daher, daß man in sich in den Siebzigern wenig Gedanken über den Datumswechsel am Ende des Jahrtausends machte. Als Hardware noch teuer war, mußten Programmierer sparsam mit dem Speicherplatz umgehen. Jedes Byte und jede Programmzeile zählte. Infolgedessen ließ man die ersten zwei Stellen bei der Datumsangabe weg. Nun steht man vor dem Problem, daß einige Rechner das Jahr 2000 als das Jahr 1900 interpretiert könnten und das moderne Computerzeitalter gleich zu Beginn des nächsten Jahrtausends in ein globales Chaos stürzt. (2) Dabei wird es unmöglich sein, alle Computerbauteile und jeden Programmcode zu testen, um eine alte Programmzeile in einem unwichtigen Computerbauteil zu finden, die möglicherweise das Großsystem zum Abstürzen bringt.

Die größte Gefahr, so befürchten Experten, geht von zivilen Großsystemen wie der Flugsicherung und besonders von Atomkraftwerken aus. (3) Atomwaffen und Interkontinentalraketen (ICBM) sind nicht im selben Maße vom Jahr 2000-Problem betroffen, wie kommerzielle Großsysteme. Trotzdem legen die Militärs nicht alle Karten auf den Tisch und halten Informationen über mögliche Auswirkungen auf US Atomwaffen zurück. (4) Das eine Atombombe gezündet oder eine Interkontinentalrakete durch einen Y2K-Fehler gestartet wird, ist nahe zu unmöglich. (5) Für das Militär und die nuklearen Streitkräfte ergeben sich jedoch indirekt erhebliche Probleme durch den digitalen Datumswechsel, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Außerdem können Fehlfunktionen bei Atomraketen und Sprengköpfen zu andern Unfällen führen, bei denen Radioaktivität freigesetzt werden kann. Atomwaffen sind selbst nur ein System innerhalb eines Geflechtes von sozialen Organisationen und Technologien, das von den Atomwaffenlabors, die die Bomben entwickeln, bis hin zu Satelliten im All reicht, die einen Raketenabschuß melden. Solche "Makrosysteme" sind aufgrund ihrer

Komplexität sehr anfällige Risikosysteme. Gefährlich wird dieses System dadurch, daß sich noch mehr als 4.000 amerikanische und russische Atomraketen gegenüberstehen, die innerhalb von 15-30 Minuten für einen nuklearen Schlagabtausch ins Ziel gebracht werden können. Ein kleiner Computerfehler und eine Fehlinterpretation durch einen Offizier, kann in diesem schmalen Zeitfenster zu fatalen Folgen führen.

Mit was die C3I Kommandoketten zum Jahreswechsel zu rechnen haben, zeigte ein Test des nordamerikanischen Frühwarnsystems. Als das North American Aerospace Defense Command (NORAD), das ein dichtes Netz von Satelliten, Radar und Kommunikationsnetzen zur Überwachung der Aktivitäten der russischen Nuklearstreitkräften betreibt, für eine Simulation 1993 das Datum auf den 1. Januar 2000 stellte, schaltete sich das ganze System ab. (6)

Atomsprengköpfe sind durch zwei von einander unabhängig funktionierende elektronische Sperren vor dem versehentlichen oder unerlaubten Zünden gesichert. (7) Ein Sensor (Environmental Sensing Device) verhindert das ein Sprengkopf durch gewaltsame Einflüsse von außen zur Explosion gebracht wird. Die zweite Sperre (Permissive Action Links) macht eine unautorisierte Zündung unmöglich. Wird eine Sicherheitsmaßnahme umgangen, wird der Sprengkopf automatisch abgeschaltet und eine Explosion unmöglich gemacht. Eine nukleare Detonation durch Y2K ist deshalb so gut wie ausgeschlossen, auch wenn diese Sicherungssysteme Y2K anfällig sein sollten. (8) Das "schlimmste" was passieren kann ist, daß sich sämtliche Atomsprengköpfe in der Silversternacht von alleine abschalten. Genau darin aber sieht das Strategic Command ein Problem für die Einsatzbereitschaft ihrer Waffen durch Y2K.

Nicht nur die Elektronik im Sprengkopf der Bombe ist Y2K anfällig. Eine andere Problemquelle ergibt sich aus den Trägersystemen. Atomraketen enthalten kleine Computer, die die monatliche Wartung überwachen. Wenn die Datumsanzeige auf "00" springt, könnten die Sicherheitschips und Wartungssysteme dies so interpretieren, als habe seit 1900 keine Wartung mehr stattgefunden und würden dann die Raketen bzw. Sprengköpfe automatisch abschalten. Alle weiteren Funktionen würden dadurch blockiert werden. (9) Damit wären die Nuklearstreitkräfte für einige Zeit außer Gefecht gesetzt.

Ebenso kann die Zielgenauigkeit der ICBMs durch ein nichtfunktionierendes Leitsystem, das während des Fluges die Zielkoordinaten übermittelt, abnehmen. Zum Beispiel ist in der Minuteman-III-Rakete eine elektronische Zielsteuerung eingebaut, die auf mathematischen Operationen basiert, die Datumsangaben enthalten könnten. (10) Dies könnte böse Folgen haben. Cruise Missiles werden durch das Globale Positions System (GPS) in Ziel gesteuert, dessen Datumswechsel schon ein paar Monate vor dem Jahreswechsel von Experten erwartet wird. (11) Die interne GPS Uhr basiert auf einer relativen Datumsangabe, die sich von der absoluten Zeitangabe nach unserem Gregorianischen Kalender unterscheidet. Relative Datumsangaben können zum Beispiel mit dem Baujahr beginnen. GPS könnte in diesem Falle schon am 22. August 1999 die Cruise Missiles vom Kurs abbringen.

Schließlich besteht noch die Gefahr, daß durch ein mangelhaftes Wartungs- und Sicherheitssystem ein Kurzschluß und ein Brand entstehen und dadurch Radioaktivität freigesetzt werden könnte. Der Brand des Treibstoffes einer Trident-II-Rakete kann Temperaturen von über 1000 Grad Celsius erreichen, die die Sprengkopfummantelung nicht mehr aushält. Dies kann zur Explosion des konventionellen Sprengsatzes in den W76 und W88 Atombomben und zur Verseuchung weiter Gebiete führen.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem Zusammentreffen von Mensch und Maschine. Wenn ein Computer ausfällt und deshalb improvisiert wird, steigt die Gefahr, daß Fehler gemacht werden. Im Falle komplexer Systeme, wie Atomkraftwerken, Flugsicherung und Nuklearwaffen, kann dies unabsehbare Folgen haben.

Komplexität

und Redundanzen

Atomwaffen werden von der Risiko-Fachterminologie als "ein System innerhalb eines Systems" bezeichnet. (12) Von außen betrachtet bilden Atomwaffen also nur ein Teilsystem des komplexen Systems von Nuklearwaffenlabors, Raketensilos und C3-Frühwarnsystemen. Das Makrosystem wird zur Hochrisikotechnologie, wenn die Koppelung und die Interaktion zwischen den Einzelsystemen sehr eng beziehungsweise hoch ist. (13) Unter Koppelung versteht die Risikotheorie Systeme, die in Folge von einander, ähnlich wie Fließbänder, abhängen. Interaktion findet man in Systemen, die mit anderen

Teilsystemen verzahnt sind oder mehrere Funktionen gleichzeitig ausführen. Zusätzliche Sicherheitssysteme (Redundanzen) bringen in solchen Systemen paradoxerweise keine zusätzliche Sicherheit, sondern machen Systeme noch komplexer.

Genau diese prekäre Situation findet sich im Makrosystem der Nuklearwaffen wieder. Die Kommandostellen sind in Folge von einander abhängig und eng verzahnt. Immer noch sind die amerikanischen Interkontinentalraketen in hoher Alarmbereitschaft (High Trigger Alert) und können innerhalb von einer Minute aktiviert werden. Die kurze Reaktionszeit kann so zum tödlichen Problem werden, wenn zum Jahreswechsel ein Softwarefehler fälschlicherweise auf dem Radarschirm anfliegende Raketen zeigt und schnelles Handeln gefordert ist. Da helfen auch nicht die von einander unabhängigen Frühwarnsysteme am Boden (Radarstationen) und im All (Satelliten). Schon einmal interpretierte das russische Frühwarnsystem den Abschuß einer norwegischen Rakete zur Erforschung des Wetters als einen nuklearen Angriff. (14)

Löcher im Käse

Besonders besorgniserregend ist der Zustand des russischen Frühwarnsystems, das sich mit der anhaltenden ökonomischen Krise zunehmend verschlechtert. Zu Sowjetzeiten bestand das russische Überwachungssystem aus neun geostationären und kreisenden Satelliten und einigen Radarstationen am Boden. Auf Grund der chronischen Finanzkrise wurden die alten Satelliten nicht mehr durch neue ersetzt, so daß mittlerweile nur noch drei funktionierende Satelliten einen Raketenabschuß registrieren können. (15) Somit entstehen Löcher im russischen Frühwarnsystem. Die Löcher sind dazu noch größer geworden, da einige Bodenradars verloren gegangen sind, die sich in ehemaligen Sowjetrepubliken befanden. Im Prinzip ist Rußland nun der Gefahr eines Raketenangriffes ausgesetzt, der nicht einmal auf ihren Monitoren der Streitkräfte erscheinen würde. Den russischen Offizieren der Kommandostellen fehlen deshalb essentielle Informationen mit denen ein Fehlalarm von einem wirklichen Angriff unterschieden werden kann. Y2K könnte hier die Situation verschlimmern, wenn noch weitere Systeme ausfallen, oder es zu Fehlanzeigen kommt.

Um diese Gefahr wenigstens etwas zu mildern, haben sich die USA bereit erklärt, den russischen Nuklearstreitkräften unter die Arme zu greifen und finanzielle und technische Hilfe zugesichert. (16) Im September 98 gaben Jelzin und Clinton eine gemeinsame Erklärung über den Austausch von Informationen über Raketenstarts und Frühwarnung ab. Nun werden 190 Mio. US-Dollar für ein gemeinsames Projekt zum Bau neuer Satelliten von den Amerikanern bereitgestellt. Den Russen wird ebenfalls erlaubt, neue Supercomputer und Sensortechnik zu kaufen. Ebenso wurde ein gemeinsames "Center for Y2K and Strategic Stability" in Colorado Springs, dem Sitz von NORAD und dem US Space Command, ins Leben gerufen, das den Informationsaustausch zwischen den Streitkräften sichern und somit vor einem versehentlichen Atomschlag schützen soll. Kritiker weisen jedoch darauf hin, daß der Datenaustausch nur schleppend in Gang kommt.

Silvesternacht - Wenn die Korken knallen

Y2K ist nicht nur auf die USA und Rußland beschränkt. Zwar sieht es derzeit ganz danach aus, weil die amerikanischen Medien dem Problem größere Aufmerksamkeit schenken und Atomwaffengegner in Y2K die Chance zu weiterer nuklearer Abrüstung und zum "De-Alerting" sehen. Die Ungewißheit der Nuklearwaffensicherheit durch das Jahr-2000-Problem und das marode russischen Frühwarnsystem sind Gründe genug, diesen Schritt, den auch Command und Control Experten schon lange fordern, endlich zu tun. Bislang sperrt sich das Pentagon vehement, die Alarmbereitschaft der Nuklearwaffen für den Jahreswechsel auszusetzen. Dahinter steht die Befürchtung des Militärs und des Nuklearwaffenkomplexes, daß Nuklearwaffen in ihrer sicherheitspolitischen Rolle herabgesetzt werden und an Bedeutung verlieren könnten, sobald einmal der Einsatzstatus der Waffen reduziert wurde.

Im Prinzip aber sind alle atomwaffenbesitzenden Staaten, China, Frankreich, Großbritannien, Israel, Indien und Pakistan nicht vor dem Problem geschützt. Neueste Studien zeigen, daß den beiden neuen Nuklearstaaten, Indien und Pakistan, elementare Sicherheitssysteme wie die Permissive Action Links und C3 Frühwarninstallationen, die die nukleare Abschreckung zwischen den USA und Sowjetunion aufrecht erhielten, fehlen. (17) Die logische Konsequenz wäre ein weltweites "De-Alerting" und eine weltweite nukleare Abrüstung. So lange dies unmöglich ist, bleibt zu hoffen, daß an Silvester nur die Sektkorken knallen.

Olivier Minkwitz

Anmerkungen:

1) Washington Post, 10.2.99

2) Neben dem 31.12.1999 besteht noch eine weitere Serie von Datumsproblem: 29.2.2000 (Computer müssen das Schaltjahr mit 366 Tagen erkennen) 1.10.2000 (Oktober ist der erste zweistellige Monat) etc.. . Darüber hinaus funktioniert das Global Positioning System (GPS), das z.B. die neuste Version der Tomahawk Cruise Missile in Ziel bringt, nicht nach dem Gregorianischen Kalender, sondern nach einem internen Datum, das oftmals mit dem Baujahr beginnt. Vgl. Kraig, Michael. "January First is not the only Problem" In: Bulletin of the Atomic Scientists, March/April 1999, S.40.

3) Expertenrunde während des "Nuclear Y2000 Symposium" am 8. März 1999 in Washington, DC. So könnte es zum Beispiel ein kalter Winter für die Bewohner Berlins werden, wenn ein alter russischer Rechner bei GAZPROM ausfällt, und die Erdgasversorgung zusammenbricht.

4) Der Bericht des Joint Chiefs of Staff und der STRATCOM über "Year 2000 Compliance on Nuclear Command and Control" wurde bis jetzt nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

5) Kraig, Michael. "Safe or sorry: The ‚Y2K` problem and nuclear weapons". In: Bulletin of the Atomic Scientists, March/April 1999, S.40.

6) Kraig, Michael. "The Bug in the Bomb. The Impact of the Year 2000 Problem on Nuclear Weapons." BASIC Research Report 98.0 Washington, DC/London 1998. S.11

7) Thomas B. Cochran, William M. Arkin, Robert S. Norris, Milton M. Hoenig. "Nuclear Weapons Databook Series Volume I: U.S. Nuclear Forces and Capabilities". S.30-31.

8) Kraig, Michael. "Safe or sorry". Siehe Anm. 5. S.40.

9) Kraig, Michael. "The Bug in the Bomb". Siehe Anm. 6. S.12

10) Ebenda. S.13.

11) vgl. Anm. 2.

12) Perrow, Charles. "Normale Katastrophen: die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik." Frankfurt a.M. 1989.

13) Ebenda.

14) Vgl. antimilitarismus information 03/95, S.7f.

15) Washington Post, 10.2.99

16) Jane's Defence Weekly, 29.3.99

17) Francois Heisbourg. The Prospects for Nuclear Stability between India and Pakistan. In: Survival, Jg.40, Nr.4 (Winter 1998/99). S.85f.

35. Im Dienst der alten Ordnung. Goethe als Politiker - ein Staatsbeamter wider den "Parteigeist"

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:06

"Geheimrat Goethe war

ein politischer Realist."

Gerhard Schröder, Bundeskanzler

Es geht nicht nur um Medienrummel und Geschäft im "Goethejahr" 1999. Auch für das "kollektive Bewußtsein", gar die "nationale Identität" der Deutschen soll etwas abfallen. Nach der Hängepartie um das Berliner Holocaust-Mahnmal dürfen "wir" nun unbeschwert "unseren größten Dichter" feiern, den jedeR kennt und kaum jemand liest, und in dessen Namen die BRD seit Jahrzehnten "deutsche Kultur" in viele Länder der Welt exportiert.

Wo es im Jubiläumsjahr um die Bewertung seines politischen Wirkens geht, ist sowohl von "linken" als auch von "rechten" Interpreten teilweise Verblüffendes zu hören. Es war Ex-Bundespräsident Roman Herzog, der Mann des starken Staates und des "Rucks", der vor einer "Idealisierung des Menschen Goethe" warnte - so habe Goethe "für die Vollstreckung der Todesstrafe an einer verzweifelten und von allen verlassenen Kindsmörderin plädiert", "Studenten und Professoren der Universität Jena bespitzeln" lassen, allein der "Gedanke der Demokratie" habe ihm Furcht eingeflößt. (Rede zum 250. Geburtstag von Johann Wolfgang Goethe, gehalten am 14. April 1999 im Kaisersaal des Frankfurter Römer)

Für diese nachweisbar zutreffenden Behauptungen erntete Herzog allerhand Vorwürfe, u.a. von dem ehemaligen Kulturredakteur des Spiegel, Hellmuth Karasek, der die von Herzog aufgeführten Kritikpunkte in das Reich des Privaten schob, welches aber bei Schriftstellern nicht zu interessieren habe.

Der Politikwissenschaftler Ekkehard Krippendorff dagegen, dem die Freie Universität in Westberlin Anfang der sechziger Jahre wegen "Linksradikalität" die Habilitation verweigerte, versucht seit mehr als zehn Jahren, Goethe für ein aktuelles politisches Projekt zu reklamieren: das "Modell Weimar", auf heute übertragen, ein "Europa der Kommunen und Regionen..., das auf militärgestützte Machtpolitik explizit verzichtet", wo "Kultur, Bildung, Erziehung, Wissenschaft und der künstlerische Austausch höchste Priorität hätten" und die Politik von "verantwortlichen Bürgern in ‚republikanischer Gesinnung`" getragen würde. ("Goethe. Politik gegen den Zeitgeist", erschienen im Goethejahr 1999)

Es ist dies längst nicht der erste Versuch, Goethe von "links" her zu vereinnahmen. Sehr viel weiter ging die politische Führung der DDR, namentlich Walter Ulbricht, auf den eine besonders krasse Fehlinterpretation von Goethes politischen Zielen zurückgeht. Die Vision des sterbenden Faust ("Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!"), so Ulbricht und seine Epigonen ab 1962, werde in der "sozialistischen Völkerfamilie" verwirklicht. In der 1972 im Leipziger Reclam-Verlag erschienenen Goethe-Biographie, einer an die "Werktätigen" gerichteten "Einführung in ein weltumspannendes Leben und Werk", wird "der Mensch in einer sozialistisch-humanistischen Ordnung" direkt als Erbe des Dichterfürsten eingesetzt: "Ihm gehört Goethes, des geistigen Befreiers, Werk als Bestandteil der sozialistischen Kultur."

Der Günstling des Fürsten macht sich ans Regieren

Als Politiker im engeren Sinne wirkte Goethe zunächst zwischen 1776 und 1786. In dieser Zeit veröffentlichte er nichts, sondern widmete sich ganz dem Staat Sachsen-Weimar-Eisenach, dessen 18jähriger Herzog Carl August ihn im September 1775 nach Weimar eingeladen hatte. Die Auszeichnung galt weniger dem Juristen Goethe als dem "Genie" und erfolgreichen Schriftsteller, der sich durch das Ritterdrama "Götz von Berlichingen" einen Namen gemacht und mit dem Roman "Die Leiden des jungen Werthers" bisher nie dagewesene Wirkung erzielt hatte: Das Büchlein löste nicht nur eine Selbstmordwelle aus, sondern schuf auch eine eigene Werther-Mode (blauer Frack und gelbe Weste). Obwohl "Bestseller-Autor", konnte Goethe von der Schriftstellerei nicht leben - die meisten verkauften Exemplare waren Raubdrucke. Zur Anwaltstätigkeit aber fehlte ihm die Lust.

So kam das Angebot aus Weimar gerade recht. Im übrigen waren auch die gleichaltrigen "Stürmer und Dränger", bei aller rebellischen Pose, durchaus karrierebewußt. Sie fühlten sich "als jüngere enterbte Söhne", schreibt der Goethe-Biograph Richard Friedenthal; "man wettert gegen die Tyrannen und sieht sich verstohlen nach einem Posten an einem der kleinen Höfe um".

Mit seiner Ankunft in Weimar ist Goethe zum Privilegierten geworden, zum Favoriten des einige Jahre jüngeren Herzogs. Sein erster Winter in Weimar ist ein einziger "Karneval" (Friedenthal): Zusammen mit seinem Herrn und Duzfreund Carl August heckt er Streiche aus auf Kosten von Bürgern und Bauern; es wird gelärmt und gesoffen. Goethes Freund Johann Heinrich Voß beschreibt das Treiben mit einer Mischung aus Abscheu und Neid: "In Weimar geht es erschrecklich zu. Der Herzog läuft mit Göthen wie ein wilder Pursche auf den Dörfern herum, er besauft sich und genießet brüderlich einerlei Mädchen mit ihm." Die wilde Männerfreundschaft hat auch eine homoerotische Seite; etliche Male teilen Johann Wolfgang und Carl August das Bett.

Gegen einigen Widerstand der Regierenden setzt der Herzog 1776 durch, daß sein Günstling Mitglied des Geheimen Rates wird, der vierköpfigen obersten Regierungsinstanz. "Regieren!" schreibt Goethe in sein Tagebuch. Er will sein Bestes geben, ein Konzept, gar ein Reformprogramm hat er nicht. Als "Pragmatiker" von großer Energie widmet er sich gleichzeitig einer Reihe unterschiedlicher Aufgaben: dem Straßenwesen, der Brandbekämpfung, dem Bergbau, dem Rekrutenhandel, der Sanierung der Staatsfinanzen. Die Tagespolitik verläuft weitgehend unspektakulär - auf Sitzungen des Geheimen Rates, zwischen Akten und Dekreten.

Dulden - die Tugend der Armen

Regt sich auch, in privaten Äußerungen, das Mitleid mit den unter miserablen Bedingungen lebenden Bauern - Maßnahmen zur Milderung des Elends schlägt der neue Mann kaum vor, obwohl er auf Carl August großen Einfluß hat. Die ab 1780 betriebene Agrarreform läßt er sofort fallen, als der Adel gegen die darin enthaltene Beschneidung feudaler Privilegien zu murren beginnt. Seine Sparpolitik auch zu Lasten des Hofbudgets und des Militärs dient allein der Abwendung eines Staatsbankrotts; die Armen profitieren davon nicht.

Man kann solche Politik mit politischen und finanziellen "Sachzwängen" erklären oder gar rechtfertigen. Hinzu kommt bei Goethe aber eine tiefe Verachtung des gewöhnlichen, ungebildeten Volkes. In seinem Idealbild der feudalen Ständegesellschaft ist - von wenigen Ausnahmen abgesehen - sozialer Aufstieg nicht erwünscht, kollektive Emanzipation, und sei es durch Bildung, schon gar nicht. Die "Menge", die "Masse", den "Pöbel" hält Goethe nur zum Arbeiten und zum Gehorchen für fähig. Über Politik sollten die unwissenden Untertanen am besten überhaupt nicht reden - zu groß ist die Gefahr, daß sie von Demagogen verführt werden und, wie in Frankreich, nur Unordnung schaffen.

Goethes "Flucht" nach Italien im September 1786 wird allgemein als Eingeständnis seines politischen Scheiterns interpretiert. Carl August, der Goethe halten will, zahlt nicht nur während der 22 Monate dauernden Reise dessen Gehalt weiter, er entbindet ihn nach seiner Rückkehr im Juni 1788 auch von fast allen Regierungspflichten. Goethe behält die Leitung der Ilmenauer Bergbau-Kommissionen und übernimmt nach und nach die Oberaufsicht über Wissenschaft und Kunst im Herzogtum, er inszeniert Theaterstücke und dichtet für feierliche Staatsakte. Darüberhinaus bleibt er Ratgeber und Mann für besondere Fälle - z.B. begleitet er Carl August 1792 bei der internationalen Intervention gegen die Französische Revolution.

Seine privilegierte und außerordentlich gut bezahlte Stellung ermöglicht ihm diverse Nebenbeschäftigungen, die ihn zeitweise fast vollständig beanspruchen, darunter Anatomie, Botanik, Mineralogie und Optik ("Farbenlehre"). Die schwierige Partnerschaft mit Schiller, der 1794 nach Weimar übersiedelt, wird zum Mythos, Weimar zum Wallfahrtsort für Gebildete. Nach Schillers Tod ist Goethe der alleinige "Olympier", ein Patriarch, der frühzeitig seine eigene Legende konzipiert und so seinen Nachruhm sichert - durch Arbeit an seiner Autobiographie ("Dichtung und Wahrheit"), im Gespräch mit dienstbaren Geistern wie Riemer und Eckermann, durch Selbstinszenierung gegenüber Besuchern, die in seinem museumsartigen Haus am Frauenplan mehr oder weniger tiefsinnige Aussprüche zu hören bekommen.

So wichtig es für den Biographen ist, Lebensphasen zu differenzieren, Handlungen, Werke und maßgebliche Aussprüche genau zu datieren - Goethes politische Grundeinstellungen, um die es hier geht, wandeln sich im Laufe der Jahrzehnte erstaunlich wenig. Er ist kein "Volksfreund", schon gar nicht Demokrat, sondern

Verfechter eines Ständestaates und überzeugter Monarchist. Sympathie für die "kleinen Leute" äußert er allenfalls privat, so in einem Brief an Charlotte von Stein (4.12.1777): "Wie sehr ich wieder (...) Liebe zu der Klasse von Menschen gekriegt habe! Die man die niedre nennt! Die aber gewiß für Gott die höchste ist. Da sind doch alle Tugenden beisammen." Krippendorff, der diesen Gefühlsausbruch als Beleg für Goethes humanistische Ziele zitiert, setzt allerdings einen Punkt, wo im Original eine Aufzählung derjenigen "Tugenden" folgt, die Goethe an der "niederen Klasse" so bewundert: "Beschränckтheit, Genügsamkeit, Grader Sinn, Treue, Freude über das leidlichste Gute, Harmlosigkeit, Dulden - Dulden - Ausharren in un - ich will mich nicht in Ausrufen verlieren."

Andererseits ist dieser Mann der alten Ordnung gegen Krieg und Militär, selbst das aristokratische Jagdvergnügen ist ihm zuwider, von der nationalistischen Bewegung gegen Napoleons Besatzungsarmee hält er sich fern, die Pfaffen haßt er. Daß er in mehrfacher Hinsicht "Politik gegen den Zeitgeist" (Krippendorff) betreibt oder zumindest für richtig hält, wird besonders deutlich an seiner Stellung gegenüber der Französischen Revolution, dem größten welthistorischen Ereignis zu seinen Lebzeiten.

Die erste Phase der Französischen Revolution wird von vielen deutschen Intellektuellen als Beginn einer neuen Epoche begrüßt. Klopstock, Schiller, Herder, Humboldt, Hegel, Hölderlin und viele andere loben die Verkündung der Menschenrechte und der Verfassung, die Schaffung der Nationalversammlung und der Nationalgarde zur Verteidigung der Revolution. Mehr oder weniger offen wird die Frage gestellt, wann denn die Deutschen dem französischen Beispiel folgen werden.

Für Goethe dagegen ist die Revolution ein Unglück, und ein vermeidbares obendrein. König und Adel hätten es nicht so weit kommen lassen dürfen; statt zu herrschen, habe der König sich zum ersten Staatsdiener degradiert: "Diese Sinnesart geht immer weiter, bis der König von Frankreich sich selbst für einen Mißbrauch hält." Dem schwachen Monarchen, der durch seine Schwäche die Revolution geradezu heraufbeschwört, stellt Goethe in seinem Anti-Revolutionsstück "Der Bürgergeneral" den wahren Herrscher gegenüber: "In einem Lande, wo der Fürst sich vor niemand verschließt, wo alle Stände billig gegeneinander denken, wo niemand gehindert ist, auf seine Art tätig zu sein, wo nützliche Einsichten und Kenntnisse allgemein verbreitet sind: da werden keine Parteien entstehen."

Als aufklärerisch wird man dieses Idealbild schwerlich bezeichnen können. Es geht einzig und allein darum, die bestehende "Harmonie" zwischen oben und unten, Herrscher und Beherrschten, den verschiedenen Ständen nicht zu stören. Der Ordnungsfanatiker Goethe verurteilt im übrigen nicht nur die Praxis der Revolution, Unordnung, Durcheinander, Streit und "Parteisucht". Er mißtraut auch ihren Grundideen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. "Allgemeine Begriffe" würden überhaupt nur "entsetzliches Unheil" anrichten - oder, wie in dem Roman "Wilhelm Meisters Wanderjahre" formuliert: "Jede große Idee, sobald sie in Erscheinung tritt, wirkt tyrannisch; daher die Vorteile, die sie hervorbringt, sich nur allzubald in Nachteile verwandeln." Solche Aussagen klingen wie François Furets Warnungen vor jeder Art von Utopie im "Schwarzbuch des Kommunismus" - ein weiterer Beleg für Goethes anhaltende politische Wirkung, leider nicht auf Seiten von Demokratie und Menschenrechten.

Goethes künstlerische Auseinandersetzung mit der Revolution gilt unter Literaturwissenschaftlern als mißlungen. In mehreren Theaterstücken, die allesamt unvollendet bleiben, geht es um das Weltereignis. Daß er überhaupt den Tumult auf die Bühne bringt, löst unter Weimars aristokratischem Publikum Befremden aus, obwohl die Botschaft der Stücke erkennbar auf Erhalt des feudalistischen Systems gerichtet ist. Das "revolutionäre Subjekt", der "Pöbel", besteht aus hohlköpfigen Schwätzern und tumben Mitläufern; die Guten sind tugendhafte und vernünftig denkende Aristokraten wie die Gräfin in den "Aufgeregten", über deren Gesinnung Goethe 1824 im Gespräch mit Eckermann sagt: "Sie war damals die meinige und ist es noch jetzt." Diese Gräfin aber plädiert in der Frage feudaler Privilegien, um die ihr Amtmann einen langwierigen Prozeß gegen widerspenstige Bauern führen will, für einen "leidlichen Vergleich" und für Großmut - "wie es dem gar wohl ansteht, der Macht hat".

Damit ist auch die vor allem in der DDR vertretene These hinfällig, Goethe habe in späteren Jahren der Französischen Revolution wohlwollend gegenüber gestanden. Vielmehr versteht er deren tiefe Ursachen nicht, sondern sieht sie allein als Reaktion auf vermeidbare Fehler der Herrschenden und als französischen Sonderfall, nicht als radikalste Variante der auch in anderen Ländern unausweichlichen Emanzipation des

Bürgertums. Seine politischen Schlußfolgerungen sind reaktionär: Die Herrscher sollten Stärke zeigen, der Staatsapparat den Umsturz im Keim ersticken - durch Zensur, Bespitzelung und Verfolgung der "Demagogen".

Mit Spitzeln und Zensur für die Monarchie

Daß die "Ordnung" notfalls auch mit Gewalt verteidigt werden müsse, gehört zu Goethes Grundüberzeugungen und ist Richtschnur seines politischen Handelns. Wolfgang Rothe sieht Goethe in erster Linie als "Ordnungspolitiker", dem "Ruhe, Ordnung und Sicherheit als oberste Staatsmaximen" galten. Die Anlässe zu repressivem Eingreifen der Staatsorgane sind in Sachsen-Weimar-Eisenach sehr viel zahlreicher als das überlieferte Klischee vom gut regierten Fürstentum mit seinen zufriedenen Untertanen glauben macht. Der amerikanische Germanist W. Daniel Wilson zeigt in seiner kürzlich erschienenen Studie über "Protest und Menschenrechte im klassischen Weimar" ("Das Goethe-Tabu"), daß es eine Reihe politischer Konflikte gab und daß sich unterschiedliche Bevölkerungsschichten (Bauern, Bürger, Studenten) an oppositionellen Bestrebungen beteiligten - und das schon vor Beginn der Französischen Revolution.

Der Widerstand der Bauern richtet sich vor allem gegen die feudalen Privilegien des Adels, gegen Steuern und Frondienste, die vom Weimarer Staat aus gutem Grunde verteidigt werden: Sie sichern die Staatseinnahmen und damit den Fortbestand des Absolutismus. Entgegen der Legende orientiert Goethe in dieser Frage keineswegs durchgängig auf Ausgleich und Mäßigung, sondern redet mehr als einmal hartem Durchgreifen das Wort. So fordert er 1796 vehement den Einsatz des Militärs gegen die Ilmenauer Bauern, die sich einer Vervierfachung der Steuern widersetzen: "Wir müssen zum erstenmal recht derb auffallen, damit sie lernen was das heiße eine zehnjährig vorbereitete Anstalt auf Bauernweise retardiren (verzögern) zu wollen..."

Gegenüber aufmüpfigen Studenten der Universität Jena setzen Carl August, Goethe und der Geheime Rat auf Wachsamkeit und Bestrafung der "Verführer". Um diese dingfest zu machen, werden auch unter Studenten und Professoren Spitzel angeworben. Während er seinen Herzog auf dem konterrevolutionären Feldzug gegen Frankreich begleitet, mahnt Goethe den Geheimrat Voigt per Brief zur Überwachung der Studenten: "daß Sie doch ja genaue Erkundigung fortsetzen mögen um zu erfahren: wo und wie es hängt und wer diejenigen sind die dieses Fieber unterhalten." Denn daß das revolutionäre "Fieber" aus Frankreich eingeschleppt sei, steht für die Herrschenden in Weimar fest. Nach Beginn der Französischen Revolution erklären sie jede soziale Unruhe als Ergebnis staatsfeindlicher Verschwörung, an der ausländische Agenten und einheimische akademische Geheimgesellschaften beteiligt seien. Letztere werden folgerichtig verboten - obwohl sie allenfalls ein humanistisches Programm, nicht aber umstürzlerische Ziele verfolgen.

Während die mutmaßlichen "Anstifter" streng bestraft werden, läßt man gegenüber den für unmündig erklärten "Verführten" vielfach Milde walten - ein weiterer Ansatzpunkt für die Legende vom so ganz anderen, nämlich liberalen und humanistischen Staat Sachsen-Weimar. Wilson kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, daß das von Goethe mitregierte Herzogtum in vieler Hinsicht "ein ziemlich normaler deutscher Kleinstaat des 18. Jahrhunderts" ist - mit einer überdurchschnittlich großen Zahl von Besitzlosen, mit Bauernunruhen und demonstrierenden Studenten und strengen Strafen gegen Aufrührer. So werden z.B. Häftlinge, darunter auch religiöse und politische Dissidenten, als Soldaten an Preußen und England verkauft. Als Vermittler dieses Handels fungiert u.a. der Geheime Rat Goethe.

Auch wenn die staatliche Politik insgesamt weniger repressiv ist als etwa in Preußen oder Kursachsen, schreibt Wilson, ist Weimar gleichzeitig "in einigen Aspekten der Verletzung von Menschenrechten ... kein Nachzügler, sondern führt die Reaktion" - u.a. bei der "von Sachsen-Weimar konzipierten und konsequent betriebenen Initiative eines reichsweiten Berufsverbotes für Ordensstudenten."

Daß die Menschenrechtsverletzungen in Sachsen-Weimar heute kaum bekannt sind, liegt nicht allein an den Generationen von Germanisten, die die Wirkungsstätte Goethes und Schillers zum Paradies auf Erden verklärten. Zu Recht gilt Weimar zwischen 1794 und 1805 (Schillers Todesjahr) als "Kulturhauptstadt" des deutschsprachigen Raums. Ebenso richtig ist aber, daß noch nicht einmal die kleine Schicht der Intellektuellen Geistes-, Rede- und Veröffentlichungsfreiheit genießt. Gern schmückt sich der Kleinstaat mit den Namen großer Geister - sorgt aber durch eine geschickte Kombination von Einschüchterung und Zensur dafür, daß diese politisch wirkungslos bleiben. Goethe ist ohnehin der festen Überzeugung, daß Politik eine Sache für Profis sei, und Carl August sieht bei politisch "räsonnierenden" Professoren vor allem "Eitelkeit" und "Herrschsucht" im Spiel. Die daraus resultierende "Zerstörung" - gemeint ist die Kritik an den bestehenden

Verhältnissen - gilt es zu unterbinden. Goethe scheut sich keineswegs davor, sich die Hände schmutzig zu machen. So führt er eigenhändig Dossiers über Verdächtige wie Schiller, Herder und Fichte und übermittelt ihnen auch im persönlichen Gespräch den Wunsch des Herzogs, die Herren möchten sich politisch zurückhalten.

Besonders aufschlußreich ist Goethes Agieren im "Fall Oken". Der Jenaer Professor hat es gewagt, in der von ihm selbst herausgegebenen Zeitschrift Isis Kritik am Monarchen zu äußern. Staatsminister Goethe empfiehlt in einem Gutachten das sofortige Verbot des Blattes. Ungeachtet der formal geltenden Pressefreiheit sieht er den Fall als "eine Polizeisache, die nur an Ort und Stelle entschieden werden kann." Seine grundlegende Ablehnung der Zeitungen teilt er mit dem von ihm bewunderten Wiener Fürsten Metternich, dem Architekten der reaktionären Wende nach der Niederlage Napoleons. Die Zensur betrachtet Goethe dabei nicht als notwendiges Übel, sondern als "eine Art ästhetischen Gewinn" (Rothe). So schreibt er 1827 in einem Brief an den Kanzler von Müller: "Jede direkte Opposition wird zuletzt platt. Die Zensur zwingt zu geistreicherm Ausdruck der Ideen durch Umwege."

Goethe und Napoleon: das "Charisma" großer Männer

Sicher wäre es falsch, Goethe zum Reaktionär auf der ganzen Linie zu machen. Er hat sich aber in den Dienst eines Regimes gestellt, von dem er selbst profitiert. An der Repression des Staates Sachsen-Weimar ist der "Ordnungspolitiker" Goethe in unterschiedlicher Weise beteiligt: mal als Scharfmacher, mal als Vermittler, mal aktiv und mal eher passiv, indem er von anderen entworfene Dekrete abzeichnet.

Für die Öffentlichkeitsarbeit des Staates spielt er eine herausragende Rolle. Als unübertroffener Meister der Sprache weiß er die Worte auch in den Dienst der Staatsräson zu stellen. Sein Stück vom "Bürgergeneral" geht u.a. auch auf eine direkte Anregung des Geheimrats Schnauß zurück, der in einem Brief an den Herzog dringend eine ideologische Offensive gegen die um sich greifende Revolutionsbegeisterung anmahnt: "Verbothe und Strafen zwingen es nicht; Wann doch ein guter Schriftsteller dem armen, Verkehrten und wahnsinnigen Volck in einem öffentlichen allgemein bekannt zu machenden Zuruf die Augen öffnete und zeigte, daß die glatten und verführerischen Worte der Franzosen lauter Betrug, arglist und Boßheit und ihr FreyheitsPlan nichts, als Unsinn und Thorheit, sey."

Goethe haßt die Revolution und verehrt Napoleon vor allem, weil er in diesem den Liquidator der Revolution sieht, der das schreckliche Durcheinander beendet und wieder Ordnung schafft. Napoleons Eroberungspolitik nimmt er hin: "Daß Moskau verbrannt ist, tut mir gar nichts. Die Weltgeschichte will auch was zu erzählen haben." Den deutschen Patrioten, die vom deutschen Nationalstaat träumen und von ihm Texte gegen den "Tyrannen" erwarten, schleudert er entgegen: "Schüttelt nur an Euren Ketten; der Mann ist Euch zu groß. Ihr werdet sie nicht zerbrechen." Erst nach Napoleons Sturz schwenkt er auf die Linie der Sieger ein, leistet in dem Festspiel "Des Epimenides Erwachen" gar leise Selbstkritik gegenüber den deutschen Gegnern Napoleons.

Vereinzelt verherrlicht er auch die Deutschen ("das edelste Geschlecht"), ein deutschtümelnder Nationalist wird er aber auch jetzt nicht, sondern bleibt Gegner eines deutschen Nationalstaates. Rothe vermutet, daß er "weniger die Bildung einer deutschen Nation für unmöglich erachtet hat, als daß er sie für nicht wünschenswert betrachtete. Das aus dem simplen Grund, weil sie unaufhaltsam zu einem zentralistischen Gesamtstaat führen mußte."

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte seit der Reichsgründung wirkt Goethes "antinationale" Grundhaltung natürlich sympathisch. In "Realpolitik" umsetzbar war sie nicht - in dieser Frage erwies sich Goethe ebenso als "Fundi" wie bei seiner Verurteilung der Demokratie. Der eingangs zitierte deutsche Bundeskanzler, der in seinem Wort zum Goethejahr den "politischen Realisten" lobt, dürfte insgeheim ganz andere Eigenschaften des Politikers Goethe bewundern: all das, was sich mit dem Stichwort "Charisma" verbindet. Daß dies den Spitzenpolitiker von der Masse der Parteiarbeiter und Apparatschiks positiv abhebe, kann in der "Mediendemokratie" als Konsens gelten. Hier hat Goethe einiges zu bieten, das - zum Glück - nicht ohne weiteres nachzuahmen ist: Zeitgenossen berichten, wie er - zuweilen nur durch Blicke - anderen seinen Willen aufzwang, sie skrupellos ausnutzte und dann fallenließ. Insbesondere gilt das gegenüber Frauen.

Kein Vorwurf sei ihm öfter gemacht worden als der, "daß er doch ein unbeschreiblicher Egoist sei", schreibt Friedenthal, der reihenweise üble Eigenschaften zusammenträgt: lehrhaft und autokratisch sei der Meister

gewesen, berechnend, geldgierig und am Rande des Größenwahns, weil er "obstinat glaubte, er müsse auf allen Gebieten der Kunst wie des Wissens lehren, wirken, Menschen bilden nach seinem Ebenbild".

Offensichtlich ist ihm das in erheblichem Maße gelungen - sehr zur Freude seines Schülers Krippendorff, der von der "persönlichen Ausstrahlung, der Kraft und Faszination, die von Goethe ausging", schwärmt und seine LeserInnen sofort beruhigt, sein Idol habe davon nur noblen Gebrauch gemacht: "Er hatte - und er wußte es - ein ausgesprochenes Charisma, zog Menschen schon sehr zeitig in seinen Bann - aber um so bedeutsamer ist die bewußt reflektierte Entscheidung, eben diese ihm verliehene Gabe der ‚Macht über Menschen` nicht auszunutzen, sie zurückzunehmen, auf sie zu verzichten und den gesellschaftlichen Ehrgeiz ‚umzufunktionieren` in eine ganz andere, aber um nichts geringere, vielmehr höhere Form des sozialen Engagements: des politischen Dienens." Welcher Sache Goethe diente, wurde in diesem Artikel gezeigt; daß er in diesem "Dienst" auch beispiellose persönliche Privilegien erwerben konnte, müßte ebenfalls deutlich geworden sein.

Als Genie im Staatsdienst hat Goethe eine Tradition mit begründet, in der Willi Jasper eine wesentliche Grundlage der "deutschen Misere" sieht: "Goethes geistesaristokratische Karriere im aufgeklärten Weimarer Absolutismus wurde zum genialen Vorbild des preußischen Prinzips der verbeamteten Bildung und einer entsprechenden Philologenideologie." Bestandteil dieser Ideologie aber ist die aggressive Abgrenzung von den "freischwebenden Intellektuellen" und ihren "zersetzenden" Einflüssen.

Man "darf", man sollte ihn lesen!

Wer aus seinem politischem Wirken oder aus seinen dichterischen Werken heute direkten "Nutzen" ziehen will, muß sich seinen Goethe entsprechend zurechtbiegen. Möglich ist das - schließlich "läßt sich aus dem immensen Korpus Goethescher Dichtungen, Schriften und Reflexionen, wie aus der Bibel, das eine und sein genaues Gegenteil herauslesen und beweisen", schreibt Wolfgang Rothe, der in seinem lesenswerten Buch "Der politische Goethe" das Kriterium anwendet, "ob es sich um eine einmalige, isolierte Bekundung handelt oder ob ein Gedanke mehrfach geäußert wurde und sich in einen größeren Kontext von Überzeugungen einstellt." Diese Arbeitsweise, die auch in dem vorliegenden Artikel versucht wurde, ermöglicht einen klaren Befund: Goethe war kein Aufklärer, kein Demokrat und kein Wegbereiter der Emanzipation - andererseits aber auch kein Nationalist und kein Militarist.

Richtig bleibt, was Franz Mehring, anknüpfend an Friedrich Engels, schon vor 100 Jahren schrieb: Daß der politische Goethe "ein fleißiger und gewissenhafter Beamter war; was er als weimarischer Minister geleistet hat und überhaupt nur leisten konnte, das leistet jeder passable preußische Landrat ohne jeden Anspruch auf den Lorbeer der Mit- und Nachwelt." Diese klare Sicht der Dinge hinderte Mehring nicht, "den größten Dichter der deutschen Nation" zu preisen und namentlich die Arbeiterklasse aufzufordern, "die großen Überlieferungen deutscher Kultur zu wahren". Wie wir wissen, hat drei Jahrzehnte später nicht die Linke, sondern der Nationalsozialismus die Deutungshoheit über Werk und Persönlichkeit des "größten Deutschen" (Engels) gewonnen: Nun sollte "der edle und tapfere Geist" Goethes "das deutsche Volk in seinem schwersten Entscheidungskampf" leiten, "den deutschen Soldaten" im Vernichtungskrieg "begleiten". (Vorwort zur Goethe-Feldausgabe von 1940)

Zumindest kurzsichtig war es, dieser verbrecherischen Fälschung eine andere entgegenzusetzen, Goethe zum Vorkämpfer des Fortschritts und letztlich des Sozialismus zu machen. Die DDR, die sich damit zur Treuhänderin des "kulturellen Erbes" erklärte, ist Geschichte; schon vor 1989 ist ihr Versuch gescheitert, auf diesem Gebiet die BRD hinter sich zu lassen. "Nationale Identität", und sei sie auch begründet auf dem Erbe der "Dichter und Denker", ist - wenn sie es jemals war - kein Ideal mehr.

Für die antinationale (d.h. die internationalistische, nicht die "antideutsche") Linke ist es im Prinzip kein Problem, daß der vermeintlich größte deutschsprachige Dichter (ich kann das nicht beurteilen) reichlich reaktionäres Zeug von sich gegeben hat. Goethe ist und bleibt Teil der von ihm selbst proklamierten "Weltliteratur". Als solcher sollte er auch von Linken gelesen werden. Zur allgemeinen Beruhigung: Man kann das tun und gleichzeitig den Verklärungen entgegentreten, den konservativen ebenso wie den linken, z.B. in Krippendorffs angeblich zukunftsweisendem "Modell Weimar".

Js.

Verwendete Sekundärliteratur:

Peter Boerner: Johann Wolfgang Goethe; Reinbek (Rowohlt) 1982

Richard Friedenthal: Goethe. Sein Leben und seine Zeit; München (Piper) 1982

Hans-Jürgen Geerdts: Johann Wolfgang Goethe; Leipzig (Reclam) 1972

Willi Jasper: Faust und die Deutschen; Berlin (Rowohlt) 1998

Ekkehard Krippendorff: Goethe. Politik gegen den Zeitgeist; Frankfurt am Main und Leipzig (Insel) 1999

Wolfgang Leppmann: Goethe und die Deutschen. Vom Nachruhm eines Dichters; Stuttgart (Kohlhammer) 1962

Georg Lukacs: Faust und Faustus. Vom Drama der Menschengattung zur Tragödie der modernen Kunst. Ausgewählte Schriften II; Reinbek (Rowohlt) 1968

Hans Mayer: Goethe. Ein Versuch über den Erfolg; Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1974

ders.: Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik; Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1993

Franz Mehring: Aufsätze zur deutschen Literaturgeschichte; Leipzig (Reclam) 1969

Wolfgang Rothe: Der politische Goethe; Göttingen (Vandenhoeck und Ruprecht) 1998

W. Daniel Wilson: Das Goethe-Tabu. Protest und Menschenrechte im klassischen Weimar; München (dtv) 1999

36. Fausts Vision und der reale Sozialismus

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:12

Den zweiten Teil des "Faust" hat Goethe der Nachwelt im versiegelten Paket hinterlassen. An diesem "Hauptgeschäft" seiner letzten Lebensjahre hat er jahrzehntelang, bis kurz vor seinem Tode gearbeitet. Der Monolog des sterbenden Faust wurde vielfach und auf unterschiedliche Weise als Goethes politische Botschaft gedeutet, insbesondere die folgenden Zeilen:

Ja! diesem Sinne bin ich ganz ergeben,

Das ist der Weisheit letzter Schluß:

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,

Der täglich sie erobern muß!

Und so verbringt, umrungen von Gefahr,

Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig Jahr.

Solch ein Gewimmel möcht ich sehn,

Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!

Was viele Interpreten vergessen: Hier spricht nicht Goethe, sondern Faust, dessen künstlich geschaffene Gestalt nur ein Teil der Person Goethe ist. Dessen zweite Seite ist Mephisto, oder wie Friedenthal schreibt: "Mephisto ist Goethe selber, die eine Seite seines Doppelwesens." Der blinde Faust wiederum, von Mephisto getäuscht, verwechselt die Geräusche seiner eigenen Totengräber mit denen "wimmelnder" Arbeiter. Sind diese Arbeiter nur eingebildet, so bauen Fausts real existierende Untergebene mitnichten eine humanistische Gesellschaft auf und schon gar nicht den Sozialismus; vielmehr dienen sie der Entfaltung der kapitalistischen Produktivkräfte. Der Architekt dieses "Fortschritts", der Doktor Faust, geht dabei buchstäblich über Leichen - ein makabres Idol für den "real existierenden Sozialismus" der DDR, die nach dem Willen Walter Ulbrichts "Faust III", ganz ohne Mephisto, verkörpern sollte.

Über Fausts (und Ulbrichts) fatalen Irrtum schreibt Hans Mayer: "Was Faust vorschwebt, dem rücksichtslosen Manager und Großunternehmer, den die Sorge zwar blind macht, im übrigen jedoch nicht verändert hat, das ist Sklavenarbeit der bürgerlichen Arbeitswelt. Der späte Goethe war fasziniert von den Gedanken der Saint-Simonisten über das Bündnis von Technokraten und Industriellen, der ‚industriels` und ‚savants`. (...) Dies alles hat Ulbricht nicht gewußt und auch nicht wissen wollen. Er hätte aber wissen müssen, daß diese Vision ein im Wortsinn vom Teufel arrangiertes Trugbild betraf. Da arbeiten keine freien Arbeiter an einem Werk des gemeinen Nutzens. Es waren Lemuren, die auf Mephistos Geheiß das Grab schaufeln. Das Grab für den blinden Doktor Faustus."

37. "Vom fortschrittlichen Interesse her". Das Goethe-Jahr 1949 in der SBZ

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:45

Der 200. Geburtstag Goethes im August 1949 wurde in der Hochzeit des Kalten Krieges begangen. Die BRD hatte sich im Mai des Jahres mit der Verkündigung des Grundgesetzes konstituiert und damit die Spaltung des Landes vollzogen; als Reaktion darauf wurde am 7. Oktober 1949, zwei Monate nach den Goethe-Feiern, die Verfassung der DDR verabschiedet. In der Sowjetischen Besatzungszone wurden die Feierlichkeiten von langer Hand vorbereitet. Für viele ostdeutsche Kulturpolitiker, allen voran den späteren Kulturminister Johannes R. Becher, bedeutete das Gedenken an Goethe auch ein Bekenntnis zur Einheit Deutschlands und zu jenem humanistischen Erbe, das Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler unterschiedlichster Couleur im Sinne einer kulturellen Volksfrontpolitik einen sollte. Entsprechend begeistert wurde Thomas Mann in der SBZ empfangen. Sein Besuch in Weimar, der in der BRD heftig kritisiert wurde, bildete den Höhepunkt des Goethe-Gedenkens im Ostteil Deutschlands.

Hier wurden die Goethe-Feiern auf breiter Basis geplant. Eine Festspielwoche in Halle, mehrere Ausstellungen - unter anderem über Goethe und die Naturwissenschaften - und eine sechsbändige Jubiläumsausgabe zum 200. Geburtstag des Dichters, die im Aufbau-Verlag erschien (der sogenannte neue Volks-Goethe), sollten den Klassiker den unterschiedlichsten Schichten der Bevölkerung nahebringen. Renommierte Autoren wie Ernst Bloch, Wolfgang Harich, Hans Mayer und Paul Rilla schrieben für die Neue Welt Beiträge zum Goethe-Jahr. Und weil in der Geburtsstadt des Dichterfürsten, in Frankfurt am Main, an Thomas Mann der Goethe-Preis verliehen werden sollte, schuf man in Ost-Berlin in eiliger Konkurrenz einen Goethe-Nationalpreis 1949, dotiert mit 20.000 Mark, den als erster Thomas Mann erhielt.

"Dieser Preis", so der für die Vorbereitungen des Goethejahres beauftragte Heinz-Winfried Sabais nach seiner Flucht in den Westen, "wurde dann nur dieses einzige Mal verliehen. Sein rein propagandistisches Motiv enthüllte sich im Vergleich mit dem sogenannten Goethe-Nationalpreis I. Klasse, dotiert mit 100.000 Mark, den Johannes R. Becher einen Monat nach der Ehrung Thomas Manns erhielt." (1)

"Ein Goethe-Bild für den Werktätigen"

In Ost wie West versuchte man, Goethe zu beerben, ihn für die jeweilige Weltanschauung dienstbar zu machen. So erschien in der Täglichen Rundschau, dem Blatt der Sowjetischen Militäradministration, im Juli und August 1949 eine Artikelserie mit dem Titel "Die Forderung des Tages. Ein Goethe-Bild für den deutschen Werktätigen". Diese Serie sollte "vom fortschrittlichen Interesse her die einzigartige und unvergängliche Bedeutung Goethes erschließen" (Tägliche Rundschau, 16.7.1949).

Nicht immer wurde Goethe so plakativ den Arbeitern empfohlen. Allerdings war man sich in der SBZ eher als in den westlichen Besatzungszonen bewußt, daß die Goethe-Rezeption im Jubiläumsjahr nicht als Alibi benutzt werden dürfe, um aus einer unbequemen, von der Schuld an den Nazi-Verbrechen geprägten Gegenwart in eine schönere Vergangenheit auszuweichen. "Nur der hat das Recht, sich auf das Erbe der Klassik zu berufen", schrieb Wolfgang Harich in der Täglichen Rundschau (31.5.1949), "der über das Unrecht, das im Namen Deutschlands verübt wurde, Scham empfindet und aus der historischen Fehlentwicklung unseres Volkes alle Konsequenzen einer fundamentalen Reinigung und Erneuerung der gesellschaftlichen Zustände zu ziehen bereit ist".

Auch der ungarische Philosoph Gyorgy Lukás betonte in seinem Vortrag über Goethe, den er am am 31. August 1949 in Berlin vor dem Kulturbund hielt (2), den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Veränderungen und der Entwicklung der Goethe-Deutung in Deutschland. Die "Olympier"-Konzeption der nationalliberalen Ära interpretierte Lukács als Versuch der deutschen Bourgeoisie, nach der Niederlage der Revolution von 1848 ihren Kompromiß mit den feudalen Gewalten durch Goethe zu rechtfertigen. Während der imperialistischen Epoche dann sei Goethes Vermächtnis durch Gundolf, Spengler usw. immer mehr für die irrationalistischen, vernunftfeindlichen Tendenzen des Imperialismus ausgeschlachtet worden. Erst von der Großen Oktoberrevolution und dem verwirklichten Sozialismus in der Sowjetunion aus sei es möglich, ein adäquates Goethe-Bild zu schaffen und es gegen vernunftwidrige und inhumane Verfälschungen

durchzusetzen - was keineswegs besagen solle, daß Goethe Sozialist gewesen sei oder auch nur den Sozialismus vorausgeahnt habe. Goethe müsse in seiner Größe gesehen werden, gleichzeitig seien aber auch seine Schwächen, tragischen Niederlagen und Kompromisse wissenschaftlich aufzudecken und zu erklären, um so alles Vorwärtsweisende seines Werkes für Gegenwart und Zukunft fruchtbar zu machen.

Thomas Mann in Weimar

Auch Thomas Manns Ansprache zu Goethes 200. Geburtstag, die er sowohl in der Frankfurter Paulskirche als auch in Weimar hielt, war weder eine Verklärung Goethes noch Flucht in eine schöne, bequeme Vergangenheit. Er wolle nicht "die populäre und schon abgeschmackte Unterscheidung mitmachen zwischen einem ‚bösen` und einem ‚guten` Deutschland und das erhabene Geburtstagskind als den Repräsentanten des ‚guten` propagandistisch herausstellen", sagte Thomas Mann. "Großes Deutschtum hat von Gutheit so viel, wie Größe überhaupt davon haben mag, aber das ‚böse` Deutschland ist auch in ihm", freilich in sublimer, humanisierter, gebändigter Abwandlung. Goethes Leben, "das man oft ein Kunstwerk genannt hat und besser noch ein Kunststück nennen sollte" und die Vorstellungen von Harmonie, glücklicher Ausgewogenheit und Klassizität, die wir mit Goethes Namen verbinden, "war nichts leichthin Gegebenes, sondern eine gewaltige Leistung, das Werk von Charakterkräften, durch welche dämonisch-gefährliche und möglicherweise zerstörerische Anlagen überwunden, genützt, verklärt, versittlicht wurden, zum Guten und Lebensdienlichen gewendet und gezwungen. Und doch bleibt immer viel Dämonisch-Dunkles, Übermenschlich-Unmenschliches, das den bloßen Humanitarier kalt und schreckhaft anweht". (3)

Als Thomas Mann zu den Goethe-Feiern reiste, lagen 16 Jahre Exil hinter ihm. In seiner Ansprache thematisierte er die Erschütterung, die er beim Wiederbetreten des heimatlichen Bodens empfunden hatte, sein Gefühl der Entwurzelung nach der erzwungenen Emigration und die Wichtigkeit der deutschen Sprache, "dieser wahren und unverlierbaren Heimat, die ich mit ins Exil genommen, und aus der kein Mensch mich vertreiben konnte". Gleichzeitig verteidigte er sich gegen Kritiker, die ihm vorwarfen, er hätte "unwissend und erfahrungslos, in bequemster Lebenslage" der Tragödie seines Volkes von weitem zugesehen. "Nicht doch, ich bin dabei gewesen", erwiderte Mann und verwies auf das "Schmerzensbuch von ‚Doktor Faustus`". Gegen Kritik an seiner Fahrt in die SBZ verwehrte er sich mit den Worten: "Ich kenne keine Zonen. Mein Besuch gilt Deutschland selbst, Deutschland als Ganzem, und keinem Besatzungsgebiet. Wer sollte die Einheit Deutschlands gewährleisten und darstellen, wenn nicht ein unabhängiger Schriftsteller, dessen wahre Heimat, wie ich sagte, die freie, von Besatzungen unberührte deutsche Sprache ist?" (4)

Thomas Mann freute sich darüber, daß beide Goethe-Städte, Frankfurt wie Weimar, ihren Goethe-Preis der gleichen Persönlichkeit zugesprochen hatten und wertete dies als ein Zeichen für eine gewisse Einigkeit zumindest auf überpolitischer Ebene. Zudem war er glücklich, mit Weimar die Stadt sehen zu können, die er nicht besuchen durfte, während er an seinem Goethe-Roman schrieb. In Weimar wurde er zudem weitaus freundlicher empfangen als in Frankfurt am Main. "Hier brauchte er das Exil und die Emigranten nicht zu rechtfertigen", schrieb der Leipziger Literaturwissenschaftler Hans Mayer über den Besuch. "Im Dunstkreis von Buchenwald brauchte nichts beschönigt zu werden". (5)

Für Thomas Mann war die Fahrt nach Weimar - mit einem Umweg durch eine soeben nach ihm benannte Straße - der Höhepunkt seiner Deutschlandreise. Umgekehrt bildete sein Besuch in Weimar den Gipfelpunkt der Goethe-Feiern in der SBZ. Die dortige Presse feierte den Dichter schon im voraus enthusiastisch mit langen Beiträgen. In Weimar selbst wurde er von fahnenschwenkenden Jugendlichen begrüßt, und die Thüringische Landeszeitung (4.8.1949) schrieb: "Wir glauben, daß vom Grenzübertritt an der Dichter das Gefühl haben mußte, hier willkommen, im besten Sinne des Wortes, Gast zu sein, daß alles fehlte, was solche ‚Staatsbesuche` sonst so peinlich machen kann: Regie, Absicht, Aufwand und Zwang. Sein altes Heimatlied grüßt seinen Dichter: ‚Wer mit uns die Heimat retten will, ist unser guter Kamerad`."

Auch die überregionalen Zeitungen der SBZ begrüßten den Dichter mit langen Artikeln auf der ersten Seite. "Thomas Manns Bekenntnis zur Einheit Deutschlands" titelte etwa die Tägliche Rundschau (2.8.49) und zitierte entsprechende Äußerungen des Besuchers.

"Als ob es in den Krieg ginge"

Im Westen hingegen sah sich Thomas Mann nach seiner Weimar-Reise heftigster Kritik ausgesetzt. Vor der Abfahrt nach Deutschland schon hatte ihn ein "Gefühl, als ob es in den Krieg ginge" befallen. (6) Damals

konnte er noch nicht wissen, wie wenig ihn dieses Gefühl trügen sollte. Thomas Mann wurde vor allem auch deshalb angegriffen, weil er sich geweigert hatte, einer Aufforderung der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" nachzukommen und während seines Aufenthaltes in der SBZ das Internierungslager Buchenwald zu besuchen, in dem die Sowjets nach der Befreiung nahezu 12.000 "Regimegegner" inhaftiert hatten.

Eugen Kogon, der unter den Nazis Häftling in Buchenwald gewesen war, formulierte in einem undatierten offenen Brief an Mann seine Enttäuschung über diese Weigerung: "Sollten Sie in Weimar sprechen", hieß es dort, "so stellen Sie sich der Freundschaft oder dem Haß von 12.000 politischen Gefangenen im bloß acht Kilometer entfernten Konzentrationslager Buchenwald, ‚armen, leidenden Menschen`, um über Ihre Person hinaus, auf die sie sie anwandten, Worte aus Ihrer Frankfurter ‚Ansprache im Goethe-Jahr` zu gebrauchen. Armen, leidenden Menschen, die sich freilich nicht ‚mit den Geburtswehen der neuen, in Umwälzungen und qualvollen Anspannungsnöten liegenden Zeit herumschlagen`, sondern die wegen solcher Probleme herumgeschlagen werden". (7)

Ähnlich wie Kogon äußerte sich in einem offenen Brief vom 17.9.1949 auch der ehemalige Luftwaffenoffizier und spätere Mit-Initiator des "Nationalkomitees Freies Deutschland", Heinrich Graf von Einsiedel, der bis 1948 Redakteur der Täglichen Rundschau war, nun aber an Thomas Mann appellierte, sich von Kommunismus und Sowjetsystem zu distanzieren. (8)

Dazu war Thomas Mann aber nicht bereit. "In der kommunistischen Lehre glaubt Thomas Mann gewisse Beziehungen zur Humanität zu sehen, die sie über den reinen Nihilismus der nationalsozialistischen Doktrin erhebe", schrieb der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung schon vor dem Besuch Thomas Manns in Weimar. "Er meinte zwar, daß das, was gegenwärtig im Osten geschieht, weniger die wirkliche kommunistische Idee als den russischen Totalitarismus widerspiegle; aber auch in diese Richtung zielende Fragen vermochten ihn nicht zu bewegen, gegen den roten Totalitarismus ebenso Stellung zu nehmen, wie er es seinerseits gegen den braunen getan hat." (9)

Thomas Mann war sich bewußt, daß die Weimar-Reise ihm Probleme bringen könnte - auch in den USA, wo sie Investigationen "wahrscheinlicher" machen würde. (10) Trotzdem bestand er auf einem "Wiedersehen mit dem dem alten Vaterlande als Ganzem. Ich hätte es als unschön und treulos empfunden, wenn ich die Bewohner der sogenannten Ostzone links liegen gelassen hätte", sagte er, nachdem Johannes R. Becher ihm den Goethe-Nationalpreis überreicht hatte. Mann betonte die kulturellen Gemeinsamkeiten Ost- und Westdeutschlands und sprach sich für die "Weckung eines neuen menschlichen Solidaritätsgefühls" aus: "Über allen Unterschieden der Klassen und Anschauungen muß die Erkenntnis stehen, daß gewisse schwer erkämpfte Errungenschaften der Menschheit, daß Freiheit, Recht und Würde des Individuums nicht untergehen dürfen, sondern daß sie, wenn auch in gebundener Form, bedingt durch verstärkte soziale Verpflichtung, erhalten bleiben müssen." (11) In Westdeutschland wurden diese Worte als Kritik am Gesellschaftssystem der SBZ gelesen, in Weimar hingegen als Bekenntnis zur deutschen Einheit.

Angela Martin

Anmerkungen:

1) Zit. nach Thomas Mann, Tagebücher 1949-1950, hg. von Inge Jens, Frankfurt am Main 1991, S.438.

2) György Lukács, Unser Goethe. Festrede, gehalten am 31. August 1949 in Berlin im "Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands", in: Ders., Goethe und seine Zeit, Berlin 1950, S.330-365.

3) Thomas Mann, Ansprache im Goethe-Jahr, in: Ders., Goethe's Laufbahn als Schriftsteller. Zwölf Essays und Reden zu Goethe, Frankfurt am Main 1982, S.312-328, hier S.323f.

4) A.a.O., S.316, 319.

5) Hans Mayer, Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. II, Frankfurt am Main 1984, S.77.

6) Thomas Mann. Tagebücher 1949-1950, Eintrag vom 23.7.1949, S.82.

7) Zit. nach Thomas Mann, Tagebücher 1949-1950, S.430.

8) Vgl. a.a.O., S, 432f.

9) A.a.O., S.434.

10) Thomas Mann. Tagebücher 1949-1950, Eintrag vom 16.6.1949, S.70.

11) Tägliche Rundschau, 2.8.1949.

38. Kein Stoff für linke Heldenmythen: Wagner - der antisemitische Barrikadenkämpfer

Autor: ef · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:44

Wagner, der fortschrittliche Barrikadenkämpfer für eine republikanische Reichsverfassung oder der Anarchist, der sich im Mai 1849 in Dresden mutig zusammen mit Bakunin, Semper, Röckel und vielen anderen den konterrevolutionären sächsischen und preußischen Truppen entgegenstellte: Dieses Bild bestimmte lange Zeit die Wahrnehmung Wagners in der linken Öffentlichkeit. Typisch dürfte etwa die Beschreibung sein, wie wir sie in der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", dem Standardwerk des orthodox-autoritären Kommunismus, finden: "Mehrere Tage lang leisteten mehr als 10.000 tapfer kämpfende Arbeiter, Handwerker und Intellektuelle, unter ihnen ... der große deutsche Komponist Richard Wagner ... (der Konterrevolution) verbissenen Widerstand". Dieses Werk ergreift Partei für "eine der Wahrheit entsprechende Geschichtsschreibung". In einer recht eigenwilligen Auslegung von Wahrheit schaffen die Autoren es, die Beteiligung des Anarchisten Bakunin zu unterschlagen, der - so Franz Mehring - von jeher "als die eigentlich treibende Kraft in der Leitung des Aufstandes gegolten" hat.

Bakunin bei der Schilderung des Dresdner Aufstandes zu "vergessen" ist bei einem anarchistischen Autor natürlich undenkbar. Vielmehr steht Bakunin zusammen mit Wagner im Mittelpunkt des Buches von Bernd Kramer: ',Laßt uns die Schwerter ziehen, damit die Kette bricht...' - Michael Bakunin, Richard Wagner und andere während der Mai-Revolution von 1849", das in ak 426 eine wohlwollende Besprechung erhalten hat.

Das Bild, das Kramer von Wagner zeichnet, liegt ganz auf der Linie des oben geschilderten linken fortschrittlichen Wagnerbildes. Flugs wird Wagner als Anarchist vereinnahmt. Begründet wird dies mit seinem Ausspruch: "Ich will zerstören die Herrschaft des einen über den anderen, ich will zerbrechen die Gewalt der Mächtigen, des Gesetzes und des Eigentums."

Das Judentum sei das "erstaunlichste Beispiel der Rassen-Konsistenz, welches die Weltgeschichte noch je geliefert hat." Auch das ist Wagner: ein militanter Antisemit, Anhänger eines biologischen Rassismus, unterfüttert von Darwins Evolutions- und Gobineaus Rassentheorien. Die Lösung des Judenproblems ist für Wagner erst dann erreicht, "wenn es keine Juden mehr gebe. Uns Deutschen könnte (...) diese große Lösung eher als jeder anderen Nation ermöglicht sein". Zugegeben: Hier handelt es sich um besonders abstoßende und besonders hellsichtige Äußerungen des späten Wagner aus dem Jahre 1881. Doch Wagners Antisemitismus hat eine lange Tradition. An die Öffentlichkeit ging er erstmals 1850 mit einem Pamphlet, das er damals noch unter einem Pseudonym, 20 Jahre später unter seinem eigenen Namen veröffentlicht hat: "Das Judentum in der Musik".

Dort charakterisiert er den Juden folgendermaßen: "(Der Jude ist) abstoßend, ... herrscht und wird solange herrschen, als das Geld die Macht bleibt, vor welcher all' unser Tun und Treiben seine Kraft verliert ... Der Jude ... fällt im allgemeinen Leben zunächst durch seine äußere Erscheinung auf, die gleichviel welcher europäischen Nationalität wir angehören, etwas dieser Nationalität unangenehm Fremdartiges hat." Erlösung winkt nur dort, wo das Judentum überwunden wird, darüber war sich Wagner im klaren: "Aber bedenkt, daß nur Eines Euere Erlösung vom Fluch sein kann: die Erlösung Ahasvers (des "Ewigen Juden"; Anm. ak): der Untergang."

Wie passen diese Äußerungen in das Bild vom fortschrittlichen Wagner? Hat er in den eineinhalb Jahren, die zwischen den Barrikadenkämpfen und dem antisemitischen Pamphlet liegen, einen radikalen Positionswechsel vollzogen? Oder war er ein antisemitischer Republikaner? Oder war er vielleicht auch in der Revolutionszeit gar nicht so fortschrittlich? Und wenn letzteres stimmt, warum wurde er uns dann in der linken Publizistik als solcher präsentiert?

Der Vorkämpfer für das organische Ganze

Deutlicher wird seine Position, wenn wir uns seine programmatische Rede vom 15. Juni 1848 vor dem Vaterlandsverein anschauen, die sofort für große Aufregung sorgte. Wagner fordert dort "den Untergang auch des letzten Schimmers von Aristokratismus", was für ihn aber nicht Abschaffung des Königtums bedeutet:

"Aber, fragt ihr nun: willst du dies alles mit dem Königtum erreichen? (...) wir dürfen nur fordern, daß der König der erste und allerechteste Republikaner sein sollte. Und ist Einer mehr berufen, der wahreste, getreueste Republikaner zu sein, als gerade der Fürst? Res publica heißt: die Volkssache. Welcher Einzelne kann mehr dazu bestimmt sein als der Fürst, mit seinem ganzen Fühlen, Sinnen und Trachten, lediglich nur der Volkssache anzugehören?"

Wagner vertritt also einen Republikbegriff, der nicht dem heutigen Sprachgebrauch entspricht. Republik bedeutet bei ihm vielmehr die organische Einheit der Teile, zu denen selbstverständlich der König gehört. Was diese Einheit des Volkes mit seinem König stört, ist einerseits die Aristokratie, die von der Zerstückelung Deutschlands profitiert und deshalb das Volk unterdrückt; zum anderen ist es das Geld, das den "schönen freien Willen des Menschen" zur widerlichsten Leidenschaft, zu Geiz und Wucher verkrüppelt. Aber durch göttliche Erleuchtung wird "wie ein böser nächtlicher Alp (...) dieser dämonische Begriff des Geldes von uns weichen mit all seinem scheußlichen Gefolge von öffentlichem und heimlichem Wucher (...). Das wird die volle Emanzipation des Menschengeschlechts, das wird die Erfüllung der reinen Christuslehre sein." Auch wenn der Begriff Judentum in seiner Rede nicht fällt, so haben wir hier fast alle Versatzstücke eines antisemitischen Codes zusammen. Darüber war sich gerade zu Wagners Zeit jeder bewußt.

Schließlich vergißt Wagner auch nicht, sich nach links abzugrenzen: "Oder wittert ihr hierin etwa Lehren des Kommunismus? Seid ihr töricht oder böswillig genug, die notwendige Erlösung des Menschengeschlechts von der plumpesten und entsittlichendsten Knechtschaft gemeinster Materie als gleichbedeutend mit der Ausführung der abgeschmachktesten und sinnlosesten Lehre, der des Kommunismus zu erklären?"

Der Erlösungsgedanke - der neue Messias

Die Notwendigkeit der Erlösung dieser Welt ist einer der zentralen Gedanken Wagners. Die jetzige Welt ist verworfen. Das Geld hat sich wie ein Gift in das Volk eingeschlichen und es dadurch von seinem ursprünglichen Menschsein entfremdet.

Nur ein neuer Erlöser kann die Welt vor dem endgültigen Untergang retten. Für Wagner ist klar, daß dies nicht der jüdisch-christliche Jesus sein kann. Notwendig ist ein neuer Messias, der die ursprüngliche Reinheit verkörpert. Literarisch findet Wagner ihn in den mittelalterlichen Sagen eines Wolfram von Eschenbach oder Chrétien de Troyes: im Nibelungenlied oder in den Artussagen. Seine Helden heißen Siegfried, Lohengrin oder Parsifal.

Im Parsifal ist Wagners Vorstellung von einer christlich-germanischen Erlösergestalt wohl am besten ausgearbeitet. In einem Brief an Wolzogen, einen seiner engsten Mitarbeiter und Herausgeber der Bayreuther Blätter, bezeichnet er Parsifal als "eine von aller alexandrinisch-judaisch-römisch-despotischen Verunstaltung gereinigten Erlösergestalt." Es sei das christlichste aller Kunstwerke, so Wagner in einem Brief an König Ludwig II., und ein Signal des Mutes gegen die Feigheit vor den Juden.

Für den kritischen Wagner-Forscher Hartmut Zelinsky ist der Parsifal der geheime Subtext der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Und Gottfried H. Wagner zufolge, dem Wagner-Urenkel und Dissidenten der Familie, muß man begreifen, daß "der Weg (auch) von Bayreuth über Theresienstadt nach Auschwitz führen mußte."

Parsifal erscheint bei Wagner als der reine Tor, der noch unbefleckt ist von der Verfallenheit und Zerrissenheit der Welt. Nur aufgrund dieser Reinheit und Natürlichkeit wird es ihm gelingen, den Gralskönig Amfortas von seinen Leiden zu erlösen und dessen Nachfolger zu werden.

Die symbolische Bedeutung der Grals- und Parsifalsage ist hochpolitisch. Der Gral verkörpert bei Wagner die Kristallschale, in der das Blut Christi aufgefangen wurde. Um diese Reliquie der Reliquien baut Titurel die Gralsburg. Zugang hat nur, wer absolut rein und sündlos ist. Der Besitzer dieses Gefäßes mit dem göttlichen Blut hat die weltbeherrschende Macht und kann die Welt erlösen. Die Gralsburg ist das geheime Energiezentrum der Welt, aber nur, wenn die energiegebende Einheit der Kristallschale mit dem Blut Christi und dem Speer, mit dem der Gott der Liebe getötet wurde, erhalten bleibt.

Für Amfortas, den Nachfolger Titurels, entsteht in Klingsor ein Feind. Klingsor ist als Herrscher des maurisch-arabischen Heidenreiches der Feind des Christentums. Um selbst in den Besitz des Grals zu kommen, geht Klingsor ein Bündnis mit Kundry ein, die als ruhelose ahasverische Jüdin erkennbar ist. Ihr

gelingt es, Amfortas zu verführen und zusammen mit Klingsor den Speer in Besitz zu nehmen. Dadurch wird die Heilsenergie des Grals zerstört.

In der Folge leiden Amfortas und die Welt an zwei Wunden: a) die Wunde Christi bricht wieder auf; dadurch geht die Liebe, die Christus durch den Opfertod in die Welt gebracht hat, wieder verloren; b) die Wunde erneuert sich in Amfortas, der durch die Blutsvermischung mit der Jüdin Kundry verdorben ist und sterben will, weil er glaubt, gegenüber dem Reinheitsgebot des erlösenden Blutes versagt zu haben.

Wagner verbindet in der Person der Jüdin Kundry das antisemitische Ahasver-Motiv mit dem Urmotiv der erbsündlich befleckten Frau. "Die Genitalwunde, die sich der Gralskönig bei ihr holt, ist die Übertragungswunde des unreinen Weltschoßes", schreibt Rudolf Kreis in seiner Interpretation des "Parsifal".

Dann betritt der reine und unbefleckte Parsifal den Schauplatz. Auch ihn will Kundry verführen. Doch sein reines Blut macht ihn letztendlich immun gegenüber den Verführungen; er wird sich seiner Verfehlung bewußt und erhält eine zweite Chance. Es kommt zum Kampf mit Klingsor; Parsifal gewinnt. Er kann den Speer zurückerobern und berührt damit die Wunde von Amfortas, wodurch sich seine eigene und die Wunde von Amfortas wieder schließen. Die christlich-germanische Menschheit hat über ihre jüdisch-maurischen Feinde gesiegt.

Die Interpretation liegt auf der Hand: Schuld an der Verworfenheit der Welt haben in erster Linie die Juden. Entfremdung und Zerrissenheit sind ihr Machwerk. Sie haben die Menschheit verführt. Doch trotz aller Verfallenheit hat die Menschheit noch eine zweite Chance, sich vom Judentum zu erlösen: Es gibt ein Volk, das Urvolk, das trotz aller Sünden am ursprünglichsten geblieben ist, dessen Blut noch am reinsten ist: die Germanen, die Deutschen. Sobald sie sich ihrer politischen Zerrissenheit bewußt werden, können sie zur führenden welterlösenden Nation aufsteigen. Dazu bedarf es noch der symbiotisch-organischen Einheit mit "Parsifal", dem neuen christlich-germanischen Messias.

Dieser neue Erlöser ist natürlich niemand anderer als Wagner selbst, der sich als den "deutschesten aller Deutschen" bezeichnete. Die Aristokratie verhindert aber diese organische Einheit von Volk und Führer und damit letztendlich auch die Erlösung der Welt vom Judentum. Deshalb bedarf es der Revolution! Motive, die in fast allen seinen Opern immer wiederkehren.

Von deutschem Wesen und von deutscher Freiheit

Wagners politische Vorstellungen, die er mittels seiner Opern transportierte, waren tief verstrickt im intellektuellen Denken seiner Zeit. Die Niederlagen in Jena und Auerstedt 1806/07 gegen Napoleon wurden als Folge der politischen Zerrissenheit Deutschlands interpretiert. Die zentrale Frage war also: Wie läßt sich diese Zerrissenheit überwinden? Wie läßt sich eine Einheit von Volk und Nation herstellen? Wodurch unterscheidet sich Deutschland qualitativ von den anderen Völkern, insbesondere von Frankreich und Rom? Welche Rolle spielt dabei das Christentum? Und ganz wichtig: Welchen Platz in dieser herzustellenden Einheit haben die Juden? Haben sie überhaupt einen Platz?

Ein Defizit wurde schon früh benannt, insbesondere von den preußischen Reformern Clausewitz, Scharnhorst und Gneisenau: Den Deutschen fehle es an einem emotionalen Zusammenhalt. Jedes große Volk in der Geschichte habe einen Ursprungsmythos, der den Emotionen Sinn verleihe. Anhand von Mythen seien viel einfacher Freund-Feind-Bestimmungen vorzunehmen.

Am klarsten hat wahrscheinlich Gneisenau die wichtige Funktion der Mythen und Emotionen erkannt. In seinem detaillierten "Plan zur Vorbereitung eines Volksaufstands" von 1811 für den Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. heißt es: "... keine Herzenserhebung ohne poetische Stimmung. Wer nur nach kalter Berechnung handelt, wird ein starrer Egoist. Auf Poesie ist die Sicherheit der Throne gegründet."

Die Poesie muß die Herzen des Volkes ergreifen: in Gestalt eines nationalen Ursprungs- und Gründungsmythos. Alle wichtigen Nationen in der Geschichte hatten einen solchen: die Spanier den El Cid; die Portugiesen die Lusiaden von Camoes; die Engländer die Magna Charta; die Franzosen den Sturm auf die Bastille. Und die Deutschen? In der Folgezeit gab es ein regelrechtes Wettrennen um den eigentlichen Ursprungsmythos. Ariermythos, Kyffhäuser-Sage, Germania-Legende, Märchenerzählungen, all dies kommt in Mode. Am geschichtsmächtigsten wurden aber zwei andere mythische Stoffe.

Zum einen die Nibelungensage. Für viele wurde sie zur National-Bibel. Sie war die deutsche Ilias und Odyssee in einem. In ihr war die Jugendkraft des eigenen Volkes offenbart. Richard Wagner hat viel zu ihrer Popularität beigetragen.

Der zweite, wahrscheinlich noch bedeutendere Mythos, war der von Hermann, dem Cheruskerfürsten, der im Jahre 9 u.Z. die römischen Legionen unter Varus besiegt haben soll. Vermittelt über die Figur Hermanns entstand eine Germanenbegeisterung. Die Germanen galten als authentisch, einfach, bodenständig, treu, naturverbunden, tiefsinnig und freiheitsliebend. Ihre Freiheit bestand gerade in ihrer "absoluten Identität" (Schelling), d.h. sie waren von niemanden abhängig und mußten auf niemandem Rücksicht nehmen.

Zentral für die Verbreitung der Germanenideologie waren u.a. die Dichter Kleist und Arndt. Vor allem wegen des ihnen zugeschriebenen Kampfethos galten ihnen die Germanen als Vorbilder. Wie Parsifal bei Wagner trug Hermann (Herr-Mann!) etwa in Kleists Drama "Die Hermannschlacht" die Züge eines neuen Messias, dem es gelingt, die Römer mit Hilfe einer neuen Ethik des Hasses in wahren Blutorgien zu besiegen. Der Haß auf den inneren (Juden) und äußeren (Frankreich) Feind als Bedingung der Möglichkeit von Freiheit hat bei Kleist die Nationalerziehung zum Haß zur Voraussetzung. "Es gibt kaum einen Textkorpus in der deutschen Literaturgeschichte, in dem Gewalt, Haß und Rache so gefeiert werden. Es gibt kaum Texte, wo der Gegner derart entmenschlicht wird wie in der Befreiungslyrik", schreibt der Literaturwissenschaftler Andreas Dörner.

Freiheit durch Vernichtung des Feindes: So kann man das Programm dieses symbolischen Feldzuges zur Enthegung des Krieges zusammenfassen. Freiheit heißt in diesem Kontext Einheit, heißt Freiheit von den Juden, Römern und Franzosen, aber nicht innere konstitutionelle und individuelle Freiheit. Genau das ist auch das Programm Wagners in seiner Rede vor dem deutschen Vaterlandsverein!

Konstruktion eines germanischen Christentums

In vielen Schriften wurde herausgearbeitet, daß gerade im germanischen Freiheitsverständnis als organischer Einheit zwischen Führer und Volk der wesensmäßige Unterschied zum Welschen, zum Franzosen liegt. Das Verhältnis von Führer und Volk ist kein Untertanenverhältnis, sondern vergleichbar dem Verhältnis von Vater und Sohn. Diese spezifische Beziehung schränkte aber auch die Macht des Führers ein. Denn der Führer mußte immer das Ganze, das Gemeinwohl, im Auge behalten und durfte nicht, wie es viele Fürsten taten, seine Macht willkürlich vermehren. Dadurch werde die germanische Treue zerstört und der Aufstand gegen die Fürsten legitimiert.

Bevor der Germanenmythos hegemonial werden konnte, hatten die Mythenproduzenten ein Problem zu lösen. Wie konnte der Germanenmythos mit der christlichen Religion verbunden werden?

Hier gab es eine Schwierigkeit: Die Germanen als das reine, ursprüngliche Volk hatten andere Gottheiten, z.B. Wotan, Freya etc. Das Christentum als in Deutschland vorherrschende Religion hatte seine Ursprünge in der jüdischen Religion. Konnte es dann überhaupt noch die angemessene Religion für ein reines Urvolk sein? Auf diese Frage gab es unterschiedliche Antworten.

Eine Minderheit wollte das Christentum ganz entjudaisieren, da es aufgrund seiner Verbindung mit dem Judentum eine verfallene Religion sei. Diese Strategie konnte sich nicht durchsetzen, weil das Christentum viel zu sehr in der Bevölkerung verankert war. Es mußte also die Harmonie von Germanentum und Christentum aufgezeigt werden. Dies setzte aber den Nachweis der Höherwertigkeit des Christentums gegenüber dem Judentum voraus.

Auch hier gab es unterschiedliche Argumentationsmuster, etwa die rationalistische, relativ harmlose Version Kants. Für ihn ist das Christentum - er meint natürlich nur den Protestantismus - die vernunftgemäße Religion, weil sie nur auf dem Wort der Heiligen Schrift basiert (sola scriptura). Das Judentum mit seiner Bindung an den vorrationalen Kultus ist ebenso überholt wie der Katholizismus mit seinem irrationalen Reliquien-, Heiligen- und Wunderschwindel.

Hegel formuliert bereits die Synthese eines germanisch-christlichen Ideals. Die Juden verkörpern für ihn die Entzweiung, die höchste Form der Entgegensetzung, die durch den zu sich selbst kommenden Weltgeist in Gestalt des christlich-germanischen Volkes aufgehoben werden muß. In typisch hegelscher Dialektik formuliert er in der "Phänomenologie des Geistes", daß das jüdische Volk gerade darum, "weil es unmittelbar vor der Pforte des Heils stehe, das verworfenste" sei. Im Gegensatz dazu sei der "germanische Geist ... der Geist der

neuen Welt, deren Zweck die Realisierung der absoluten Wahrheit als der unendlichen Selbstbestimmung der Freiheit sei, der Freiheit, die ihre absolute Form selbst zum Inhalte hat."

Gibt es bei Hegel noch eine dialektische Vermittlung zwischen Judentum und Christentum, so ist das Band bei Schleiermacher, dem wohl einflußreichsten protestantischen Theologen des 19. Jahrhunderts, endgültig zerschnitten. Für ihn ist die Religion - wie das Volk und die Familie - eine natürliche Gruppe, die man rein erhalten muß. Ein Jude könne nie Christ werden, so Schleiermacher. In den christlich getauften Juden sah er die eigentliche Gefahr: "Ja, ein judaisierendes Christenthum das wäre die rechte Krankheit."

Das zentrale Theorem, auf das sich solche Vorstellungen stützen konnten, war die im Mittelalter entwickelte Substitutionstheorie, der zufolge der alte Bund Gottes mit den Juden als auserwähltem Volk aufgelöst worden sei, weil die Juden Jesus nicht als den Messias anerkannt hätten. Statt dessen sei ein anderes Volk als auserwähltes Volk an die Stelle der Juden getreten, das Urvolk, die Germanen. In den radikaleren Versionen wurde behauptet, daß Jesus als Erlöser überhaupt nicht von einem verworfenen Volk abstammen könne; im Gegenteil, er hatte nie etwas mit den Juden zu tun, sondern sei schon immer Germane gewesen - wie Parsifal.

In späteren Jahren verknüpfte Wagner diese christlich-germanischen Religionsvorstellungen mit rassistisch-biologistischen Elementen. Eine Version, die später von den Deutschen Christen vertreten wurde. Hat man aber erstmal alle Fäden zwischen Judentum und Christentum gekappt, fällt es natürlich leichter, das Judentum als das absolut Andere, als den absoluten inneren Feind zu konstruieren und darauf seine Vernichtungsphantasien zu projizieren.

Das tut Wagner reichlich. Seine Frau Cosima hat in ihren Tagebüchern über 160 antisemitische Ausfälle von Wagner notiert. Einige Tage nachdem im Dezember 1881 bei einem Theaterbrand in Wien 800 Menschen, darunter 400 Juden, gestorben waren, wünschte Wagner - natürlich im Scherz - "es sollten alle Juden in einer Aufführung des ‚Nathan` verbrennen."

Der Mythos vom fortschrittlichen Wagner

Fassen wir zusammen: Wagner steht mit seinen Opern in einem diskursiven Zusammenhang, in dem fleißig an einem völkisch-nationalistischen Code gebastelt wird. Dieser Code beinhaltet die aggressive Gegenübersetzung von Deutschtum auf der einen und Judentum und allem Welschen auf der anderen Seite. Wagners Antisemitismus spielt dabei eine zentrale Rolle. Manifest ist dieser Antisemitismus bereits seit 1848, dem Jahr, in dem er wahrscheinlich - wie Paul Lawrence Rose begründet behauptet - die Urfassung seiner Antisemitismusschrift formuliert hat. In diesem Jahr beschwört Wagner jedenfalls schon die "wesenhafte Volksallgemeinheit" der Deutschen.

Seine Gewalt- und Vernichtungsvisionen beziehen sich auf eine entfremdete und verworfene Welt, die durch die Verbindungslinie Gold - Geld - Mammon - Jude gekennzeichnet ist. Nur das deutsche Volk kann in Einheit mit einem neuen christlich-germanischen Erlöser diese Welt erlösen. Thomas Mann hat mit seinem Urteil, es sei viel "Hitler in Wagner", schon recht. Umgekehrt gilt natürlich auch, daß viel Wagner in Hitler steckt, was dieser selbst in seinen Gesprächen mit Rauschnig bestätigte.

Von all dem findet sich bei Kramer kein Wort; ebensowenig in der orthodox-marxistischen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Wie ist dies möglich? Warum konnte sich der Mythos vom fortschrittlichen Wagner zum Teil bis heute in der Linken halten?

Zwei Antworten sind hier zu geben. Zum einen war die orthodox-marxistische Geschichtsphilosophie geprägt von einem quasi-religiösen Fortschrittsdenken, dem zufolge die Geschichte eine gesetzmäßige Entwicklung vom Niederen zum Höheren durchmacht. Der Kampf für die Einheit der Nation war von daher per se etwas Positives und Fortschrittliches. Nach den inhaltlichen Begründungen und den Differenzen der Akteure wurde gar nicht mehr gefragt.

Aber es gibt auch einen anarchistischen Wagner-Mythos, dem Kramer nur allzudeutlich erliegt: Es ist das Lob der reinen Tat, die Bewunderung für die Unmittelbarkeit des Kampfes. Bakunin und Wagner! Kramer berauscht sich förmlich an Wagners Gewalt- und Untergangsvisionen, an seiner "Lust der Zerstörung" (S. 218), die er ohne jegliche Einschränkung positiv als anarchistische Tat wertet. Den Inhalt der Zerstörungslust untersucht er nicht. Auch Wagners Freiheitsbegriff wird an keiner Stelle problematisiert.

Wenn überhaupt, dann vertritt Wagner einen biederen Handwerkersozialismus. Der Nürnberger Schuhmacher und Dichter Hans Sachs aus dem 16. Jahrhundert wird ihm zum Vorbild. In Hans Sachs sieht er die letzte Erscheinung des "künstlerisch produktiven Volksgeistes".

Wie viele andere Antisemiten auch zerreißt Wagner die Einheit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Die arbeitsamen, naturverbundenen Handwerker des Produktionsprozesses (Hans Sachs), die konkret-nützliche Gebrauchswerte herstellen, werden den ahasverisch-unruhigen Agenten des oberflächlichen Zirkulationsprozesses gegenübergestellt, der Sphäre des Geldes und somit der Juden.

Es gibt in der Geschichte der Linken eine Reihe von Menschen, auf die man positiv Bezug nehmen kann, wenn man es unbedingt muß. Wagner gehört mit Sicherheit nicht dazu. Seine Teilnahme am Dresdner Aufstand hatte keine emanzipatorischen Ziele zum Inhalt. Wagner zu verherrlichen sollte man anderen überlassen.

ef

39. Elegisches in Schwarz-Weiß. Barbara Klemm fotografiert 30 Jahre deutsch-deutsche Geschichte

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der BRD; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:14

Barbara Klemm fotografiert seit 40 Jahren für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, und jeder, der dieses Blatt liest, stößt auf den Seiten über Politik und Feuilleton immer wieder auf ihre Arbeiten. Das Deutsche Historische Museum, Berlin, zeigt jetzt im Kronprinzenpalais Fotos von Barbara Klemm aus 30 Jahren. Die Ausstellung Unsere Jahre. Bilder aus Deutschland 1968 - 1998 ist nicht nur eine Hommage an die Fotografin, sondern auch ein Rückblick auf die deutsche Geschichte.

Die Fotos der Barbara Klemm haben mehr als nur Informationswert. Ihre Politikerportraits sind oft Aufnahmen von Augenblicken, in denen man die Fotografin vergessen zu haben scheint. Nichts wirkt auf diesen Fotos arrangiert, und das unterscheidet sie von den heute üblichen Illustrationen. Barbara Klemm versteht es,

Nähe herzustellen, ohne die Intimität oder Würde der fotografierten Menschen zu zerstören. Ihre Fotos sind nie denunziatorisch, denn sie sucht nicht das Sensationelle, sondern typische Augenblicke, in denen Geschichte geschrieben wurde. Ihre Schwarz-Weiß-Fotos sind Momentaufnahmen, trotzdem wirken sie in ihrer Komposition und Spannungsdichte oft wie Gemälde.

Das bekannteste ist vielleicht das Foto von Heinrich Böll, wie er 1983 bei einer Demonstration gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Mutlangen nachdenklich zwischen anderen Demonstranten sitzt. Nicht nur auf Bölls Gesicht sieht man die Erschöpfung nach der durchwachten Nacht; gleichzeitig vermittelt das Foto die Breite der damaligen Friedensbewegung und ihre Hoffnung, die Stationierung doch noch verhindern zu können.

Klemm verzichtet bei der fotografischen Dokumentation von Geschichte allerdings meistens auf Politiker und Prominente und widmet ihre Aufmerksamkeit unbekannten Menschen. Dabei versteht sie es immer, ein bestimmtes Lebensgefühl sichtbar zu machen, auch wenn sie die banale Armut eines Gastarbeiterhaushaltes oder alte Frauen in der Schwimmhalle eines Kurbades zeigt, Jugendliche auf einer Straße von Rostock oder die Stimmung in einer Kreuzberger Wohngemeinschaft.

Ihre besten Bilder erzählen mehrere Geschichten. So die Aufnahme von vier Trapezkünstlerinnen in der DDR aus dem Jahre 1974. Klemm interessiert sich nicht für die Erotik von Trikots und Netzstrümpfen oder die spektakulären Leistungen der Artistinnen etwa beim Salto. Statt der Leichtigkeit einer Trapeznummer und lächelnder Gesichtern zeigt sie vier angestrengt arbeitende Frauen in einem Moment höchster Konzentration. Im Hintergrund sieht man die abblätternden Fassaden verkommener Häuser, die durch Kriegsschäden und die Armut des Arbeiter- und Bauernstaates ruiniert sind. "Du siehst das Unsichtbare, das Wesentliche, das, was den Erscheinungen zugrunde liegt", sagt Ellen Auerbach, die große alte Dame der Fotografie, über die Arbeiten ihrer Freundin Barbara Klemm.

Der Gang durch die Ausstellung erzeugt eine elegische Stimmung. Die dreißig Jahre deutsche Geschichte, die hier gezeigt werden, dokumentieren viele verlorene oder vergessene Hoffnungen und Aufbrüche, die steckengeblieben sind. Man spürt die Last der vergangenen Zeit. "Jede Fotografie ist eine Art memento mori", schreibt Susan Sontag in ihrem großen Essay Über Fotografie. "Fotografieren bedeutet teilnehmen an der Sterblichkeit, Verletzlichkeit und Wandelbarkeit anderer Menschen (oder Dinge). Eben dadurch, daß sie diesen einen Moment herausgreifen und erstarren lassen, bezeugen alle Fotografien das unerbittliche Verfließen der Zeit." Barbara Klemms strenges Schwarz-Weiß und ihre Alltagssujets sind, gerade weil sie Verletzlichkeit und Vergänglichkeit dokumentieren, ein großes Bekenntnis zum Leben.

Angela Martin

Unsere Jahre Bilder aus Deutschland 1968-1998. Photographien von Barbara Klemm. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums im Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, 10117 Berlin, bis 5. Oktober, geöffnet täglich außer mittwochs 10-18 Uhr, Eintritt frei.

40. Gregor Gysis moderner Sozialismus. Die PDS und der "sozialdemokratische Entwicklungspfad"

Autor: mb. · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:32

Dem Spiegel war es eine auszugsweise Vorveröffentlichung wert. Anfang August legte die neu gegründete PDS-nahe Bundesstiftung Rosa Luxemburg ein Papier vor, das unter dem Namen seines Verfassers Gregor Gysi bekannt wurde. "Gerechtigkeit ist modern" überschrieb der PDS-Fraktionschef seine "Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus". Damit sollen Gegenpositionen zur Politik der Neuen Mitte entwickelt werden.

Sarah Wagenknecht äußerte sich umgehend kritisch. Die PDS sei nicht dafür gewählt worden, den Verzicht auf Lohnerhöhung bei Tarifverhandlung zu fordern und dem Zurückdrängen des Staates und der privaten Altersversorgung das Wort zu reden, so kommentierte das prominente Mitglied der Kommunistischen Plattform in der PDS das Gysi-Papier. Günter Nooke, im Dezember 1996 zur CDU gewechselter ehemaliger DDR-Bürgerrechtler, bezichtigte den PDS-Fraktionsvorsitzenden genau des Gegenteils. Wenn Gysi von Gegenmacht spreche, so rede er "der alten sozialistischen These vom Klassenkampf das Wort. (...) Nach den Stalinisten und DDR-Nostalgikern sammelt Gysi nun die von Kanzler Schröder enttäuschte linke SPD-Klientel auf." (Berliner Zeitung, 4.8.99)

Jeder pickt das für sich Passende aus dem Text. Allerdings, das zeigt die Erfahrung, liegt hier die Wahrheit oftmals genau in der Mitte. Mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und Gedanken betreibt man sein taktisches Spiel (was durchaus legitim sein kann). Dem Gysi-Papier tut man damit freilich unrecht. Das Papier hat zwei Stoßrichtungen. Zum einen zielt es auf die eigenen Parteimitglieder und ist somit ein Beitrag zur Programmdebatte der PDS. Zum anderen ist es der Versuch, den durch den Rechtsruck der SPD, aber auch der Grünen, frei gewordenen Platz im Parteiensystem zu besetzen.

In der öffentlichen Wahrnehmung beschränkt sich dieser Aspekt auf den Anspruch, das Erbe der SPD anzutreten. Doch die Thesen erschöpfen sich nicht alleine darin, die sozialdemokratische Politik der Vergangenheit zu verteidigen. Vielmehr sind sie ein Plädoyer für einen neuen "gesellschaftlichen Entwicklungstyp", in dem Traditionslinien der sozialen Gerechtigkeit und des ökosozialen Umbaus aufgenommen werden - also durchaus auch Positionen, die die Grünen in den vergangenen Jahren weitestgehend aufgegeben haben.

Modern mit Marx

"Freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller! - Das ist die Botschaft eines freiheitlichen, modernen und demokratischen Sozialismus", so beginnt Gysi seinen Text, in dem er Umrisse einer demokratisch-sozialistischen Politik "am Ende des Jahrhunderts" formulieren will. Eine solche Politik wolle "die Gleichheit in der Freiheit und basiert deshalb auf einer Freiheit, die sich als solidarische erweist".

"Sozialistische Politik nach dem Untergang des Staatssozialismus bedeutet, die Entwicklungspotentiale des Wettbewerbs in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur von der Dominanz der Kapitalverwertung zu befreien bzw. sie davor zu bewahren und ihre patriarchale Verfaßtheit zu überwinden." Dabei geht es Gysi "nicht um die Abschaffung von Märkten, sondern um andere Märkte", nicht "um die Unterdrückung unternehmerischer Initiative, sondern um neue Rahmenbedingungen für ihre soziale und ökologische Ausrichtung. Dies ist nicht durch Beschwörungsformeln, wie sie im gemeinsamen Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair enthalten sind, zu erreichen. Es verlangt vielmehr, daß durch ein Erstarken zivilgesellschaftlicher Gegenmächte und neuer Regulation die Verfügungsmacht über Kapitaleigentum dort beschnitten wird, wo sie dem Gemeinwohlinteresse zuwider läuft, und sie dort neu ausgerichtet wird, wo sie jetzt zu ökologischer Degradation und sozialer Desintegration führt. Öffentliches Eigentum wird dabei eine neue Funktion erhalten müssen."

An Schröder und Blair gewandt, warnt Gysi davor, "die Errungenschaften des sozialdemokratischen Zeitalters" nur kleinzureden. Vielmehr müsse versucht werden, sie "grundlegend gewandelt" produktiv zu machen: "Wirkliche Modernisierung ist nicht Abbau und Deregulation sozialer Institutionen, sondern die Suche nach

einem neuen Entwicklungspfad und die Entscheidung für eine alternative Reformpolitik, die wirtschaftliche, soziale und individuelle Entwicklung herstellt."

Es sei heute ein Punkt erreicht, der nach "einer Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeit und Leben" verlange: "Freigesetzte Arbeit kann nicht vollständig reinvestiert werden, aber sie darf auch nicht überflüssige Zeit, tote Zeit einer scheinbar überflüssig werdenden Unterschicht werden. Ebenso anachronistisch ist es, freigesetzte Zeit in billige und staatlich subventionierte Dienstbotenjobs zu verwandeln. Dies ist der Weg in eine andere, neue Klassengesellschaft - hier die Hochverdiener: viel Arbeit, viel Einkommen, keine Lebenszeit - dort die Niedrigverdiener, die als Dienstboten die Kinder der Hochverdiener aufziehen, deren Haus und Garten warten und für die rasche Abwicklung aller unprofitablen Lebenstätigkeiten sorgen."

Gysi hält daran fest, daß soziale Gerechtigkeit schlechthin "die soziale Grundbedingung für eine dauerhafte, wirklich moderne Politik" sei. Hier kommt sein Gedanke wieder ins Spiel, den er erstmals 1994 in seinem "Ingolstädter Manifest" geäußert hatte: der "neue Gesellschaftsvertrag". Der solle fünf Grundelemente enthalten: eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum durch eine neue Arbeits- und Lebensweise, die ökologisch nachhaltig ist; die Selbstbestimmung der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter; Vollbeschäftigung durch "Verkürzung, Flexibilisierung und inhaltliche Anreicherung der Erwerbsarbeit"; eine soziale Grundsicherung für alle sowie die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die "den Weg zu einer gerechten Sozialordnung eröffnet".

Der Aufbau ganz neuer ökologischer, sozialer und kultureller Felder für die Erwerbsarbeit sowie ihre Kombination untereinander sind nach Gysis Vorstellungen "die Grundvoraussetzungen der Modernisierung der Arbeit. Zugleich sollte bei künftig rund 30 Stunden Arbeitszeit in der Woche der Gesamtzyklus der Lebensarbeitszeit von Frauen und Männern verkürzt und Erwerbsarbeit mit sinnvoller freiwilliger gemeinschaftlicher und individueller Eigenarbeit (ohne Erwerbsorientierung) verbunden werden können." Ein Interessenausgleich zwischen abhängig Beschäftigten und Arbeitgebern sei bei der Suche nach flexiblen Formen ebenso nötig und vorstellbar wie etwa die Einführung einer "Wahlarbeitszeit" oder der Rechtsanspruch auf Alters-Wahlarbeitszeit ab 55.

Gysi akzeptiert, daß die öffentlichen Finanzen "seit Jahren in eine ernste Krise" geraten seien. Aber diese Krise wurzele nicht in erster Linie in der Tatsache, daß bislang der "Weg zur sozialen Gerechtigkeit ... mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert" war, wie Blair und Schröder behaupten. "Davon kann in den Jahren der vorhergehenden Regierung in Deutschland nicht die Rede sein. Die Krise ist vor allem dadurch verursacht, daß den öffentlichen Kassen zunehmend jene Einnahmeblöcke abhanden kamen, die aus Unternehmensgewinnen und Vermögen gespeist wurden. In der Tat ist es so, daß in Deutschland die Gewinnsteuern und die Einkommensteuer für das gesamte Steueraufkommen eine immer geringere Rolle spielen, während der Anteil der Lohnsteuern allein von 1992 bis 1997 um 20,7 Prozent stieg und der größte Einnahmeposten für den Fiskus ist."

Für die Zukunft fordert Gysi eine soziale Grundsicherung, die das bisherige Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente und BAFöG ersetzen soll. Entgegen den bisherigen Konzepten der PDS soll diese allerdings nicht steuerfinanziert sein. Beitragspflichtig sollen außer der Grundsicherung selbst und weiteren Altersbezügen (einschließlich Lebensversicherung) alle Einkommensarten ab einer bestimmten Höhe werden. Die Grundsicherung könnte zwischen einer Mindestsicherung und dem etwa doppelten Betrag variieren. Mehreinkommen blieben diesbezüglich abgaben- und anspruchsfrei. Höhere Ansprüche auf Mehreinkommen wären privat zu finanzieren. Die Einbeziehung fast aller Einkommensarten dient nicht nur einer breiteren und gerechteren Finanzierung der Grundversicherung, sondern trägt auch der Tatsache Rechnung, daß immer mehr Selbständige, Unternehmer etc. in Situationen geraten, in denen sie auf eine Grundsicherung angewiesen sind. Auch sie sollen ihre Lebensarbeitszeit variabler gestalten können.

Gysi will auch die Grünen beerben

Es gehe nicht darum, Altes zu bewahren, sondern weiterzudenken, sagte Gysi bei der Vorstellung seiner Thesen. Er hoffe, mit dem Papier ein grundsätzliches Umdenken in der Partei einzuleiten. (Berliner Zeitung, 4.8.99)

An zwei Punkten gehen die Thesen über das gültige Parteiprogramm hinaus. Erstens wird der Ökologie ein neuer Stellenwert zugedacht. In der Vergangenheit stand für die PDS die Vollbeschäftigung im Zentrum, zu

deren Erreichen auch mehr ökologische Arbeit gefordert wurde. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, in dem soziale, kulturelle und ökologische Arbeit geleistet wird, war das Ziel. In seinem Papier dreht Gysi jetzt die Reihenfolge um: "Es ist möglich und erforderlich, einen neuen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung einzuschlagen und einen mit der Umwelt und den menschlichen Bedürfnissen vereinbaren Entwicklungstyp zu finden. Auf der Tagesordnung steht ein sozialökologischer Umbau."

Dabei wirft er die Frage auf, wie, für wen und was zukünftig produziert werden soll. Wichtiger als der Massenkonsum, schreibt er, seien die freie Zeit und der Kampf um eine neue Lebensweise. Dabei kommt er zu Positionen, die vor Jahren von den Grünen vertreten wurden. "Es geht nicht um Verzicht, sondern um eine andere Nutzung des materiellen Reichtums, der Mobilität, des Raums und der Warenwelt."

Neu ist für die PDS zweitens der Gedanke, daß ein "neuer Entwicklungspfad" nicht in der Regierung oder von oben durchgesetzt werden kann, sondern der Selbstorganisation in Institutionen bedarf, in neu erkämpften Institutionen. "Aufbruch zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit beginnt mit dem Erkenntnis der eigenen Interessen von Betroffenen, beruht auf dem Engagement von Bürgerinitiativen, von Projektträgern, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Expertengruppen und kommunalen Akteuren für einen derartigen Wandel." Hier schimmert ein sympathischer Anti-Etatismus durch, der mit der "staatssozialistischen" Tradition im PDS-Politikverständnis bricht. "So wie im politischen System die Gewaltenteilung eine Bedingung für Demokratie ist, so ist die Teilung von ökonomischer Macht Bedingung einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsordnung."

"Zur bewußten Gestaltung sozialer Verhältnisse bedarf es organisierter Gegenmächte", so Gysi. So weit, so richtig. Einen faden Beigeschmack bekommt diese Erkenntnis allerdings, wenn Gysi auf den "neuen Gesellschaftsvertrag" zu sprechen kommt, um so den Konsens für eine Reregulierung des entgrenzten Kapitalismus zu organisieren. Bei Gysi liest sich das allzu sehr wie eine aus Vernunftgründen ausgehandelte Vereinbarung über allgemein anerkannte Grundlagen und Ziele eines Gemeinwesens. In seinem Papier bezieht er sich positiv auf den fordistischen Wohlfahrtsstaat, der "durchaus erfolgreich" war. Er schriebt: "Und es war nicht nur, aber doch zuerst den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, sozialistischen Bewegungen und Parteien sowie der Konkurrenz mit dem Staatssozialismus geschuldet, daß Institutionen entstanden, die den Interessen der Arbeiterschaft Geltung verschaffen konnten."

Man hat den Eindruck, als sei dies Ergebnis einer "Gott gewollten" Entwicklung, und nicht vielmehr das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe. Wer einen "neuen Entwicklungstyp" Geltung verschaffen will, der muß mehr tun als "richtige" Vorschläge machen und einen "neuen Gesellschaftsvertrag" fordern. Er muß offensiv daran gehen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ändern.

Die Thesen sind in diesem Punkt ambivalent. Da werden organisierte Gegenmächte gefordert und deren institutionalisierte Teilhabe. Da ist die Rede von ungleichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Auf der anderen Seite aber wird auf korporatistische Einbindung abgehoben und ein Bild entworfen, als gebe es auf dem Weg zu einem "neuen Gesellschaftsvertrag" keine Interessensgebundenheit mehr.

"Gysi sucht neue Antworten, die darauf gerichtet sind, den sozialdemokratischen Entwicklungspfad fortsetzen zu können", so André Brie. (Freitag, 6.8.99) Es sind solche Äußerungen, die skeptisch machen. Auch wenn klar ist, daß eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr nach dem Modell der Oktoberrevolution vonstatten gehen und das Verhältnis zwischen Reformismus und Revolution neu gedacht werden muß, die Zielvorgabe kann nicht sein "den Kapitalismus zivilisiert, reform- und innovationsfähig" zu machen. (ebd.)

mb.

Anmerkung:

Das Papier ist dokumentiert im Pressedienst der PDS, Nr. 31/99 und auf der Homepage der Partei: www.pds-online.de

41. Pardon wird nicht gegeben. Wie Gremliza albanische Zivilisten zu "Kombattanten" macht

Autor: Th. Siepelmeyer, AKAFRIK · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:03

Herr Gremliza schreibt in konkret 8/99, Seite 9, "Tod durch Erfindung" u.a.:

"... Das hat einen Grund, den besser verschweigt, wer nicht als Sympathisant der Mörder gelten will: daß die albanischen Bewohner des Kosovo, in dem Augenblick, da alle ihre Sprecher, ob Anführer der UCK oder schlichte Flüchtlinge, die Nato vor den Kameras von CNN zur Bombardierung serbischer Städte anfeuerten, den Status von Kombattanten angenommen hatten - wie zuvor die Bevölkerung jener Dörfer, in denen den Terroristen Unterschlupf gewährt worden war."

Bei aller notwendigen Auseinandersetzung und Diskussion um den NATO-Einsatz in Kosova/Kosovo und seine Folgen, die in den vergangenen Monaten geführt worden sind, ist u.E. mit diesen Feststellungen in konkret ein Punkt erreicht, an dem es notwendig wird, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen zwischen harter Auseinandersetzung und der primitiven Propagierung von Unmenschlichkeit. In der obigen Aussage wird jedem Albaner in der umkämpften Provinz, ob Frau oder Mann, Kind oder Greis, der Status des Kombattanten zugeschrieben; dafür müssen sich diese Menschen nicht einmal selbst zur Bombardierung serbischer Städte geäußert haben, sondern es genügt, daß angebliche oder wirkliche Sprecher dieser Volksgruppe dies gesagt haben sollen. Kombattant bedeutet, daß mit allen kriegerischen Mitteln gegen diese Person vorgegangen werden kann, Unterscheidungen zwischen Militärs, Bewaffneten und Zivilisten gibt es nicht mehr, eine Haager Landkriegsordnung und Genfer Konventionen existieren nicht mehr. Dieses Verständnis von kriegerischer Auseinandersetzung hat Herr Gremliza offensichtlich von der Praxis der deutschen Wehrmacht im Osten und Südosten Europas übernommen, zumindest entspricht es exakt ihrer damaligen Kriegsführung. Bis in die Sprache hinein ergeben sich diese Analogien, wenn er von den Bewaffneten der UCK umstandslos als "Terroristen" spricht. Die Wehrmacht und ihre Hilfstruppen von SS und Polizei haben ebenfalls ganze Dörfer vernichtet, wenn sie nur den Verdacht hatten, daß sich "Terroristen" - sprich: bewaffnete Partisanen - dort aufgehalten haben sollten.

Diese Aussage hätte aber auch für die jüngere Geschichte fatale und unmenschliche Konsequenzen, wenn Herr Gremliza mehr wäre als ein cholerischer Kriegshetzer und Menschenverächter, wenn er wirkliche Macht besäße und nicht nur an seinem Bleistift kauen dürfte. Selbst Autoren von konkret wie Karl Heinz Roth (in Nr. 7/99) bezeichnen die Verhältnisse im Kosova/Kosovo seit 1989 als "brutales serbisches Apartheid-Regime". Wer so genau Begrifflichkeiten wie "Apartheid-Regime" aus der jüngsten südafrikanischen Geschichte auf die Situation in diesem Teil Europas überträgt, muß sich dann fragen lassen, ob er Gremlizas Aussage etwa auch für das ehemalige südafrikanische Regime gelten lassen wollte. Nach dieser Logik hätte das Regime alles Recht gehabt, jeden Township-Bewohner als Kombattanten zu betrachten und entsprechend zu behandeln, da sich ja die Führer der Befreiungsbewegungen gegen das Regime gestellt haben und den bewaffneten Kampf gegen das weiße Regime nicht nur propagiert, sondern aktiv geführt haben. Soweit sind nicht einmal die weißen Rassisten gegangen.

Spätestens hier ist eine klare Stellungnahme von allen verlangt, die ihr Differenzierungsvermögen noch nicht gegen puren Haß eingetauscht haben. Für uns bedeutet dieser Kommentar das Ende der Diskussion mit diesem Herrn und seinen Adlaten. Apologeten von Mord und Völkermord waren noch nie unsere Diskussionspartner.

Greven, den 28.7.1999

AKAFRIK - Arbeitskreis Afrika, i.A. Thomas Siepelmeyer

42. ak auf CD

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak429/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:46

Ab sofort bieten wir unseren AbonnentInnen und denen, die es werden wollen, ein echtes Schmanckerl. Die ak-Jahrgänge von 1995 bis Anfang 1999 gibt es nun vollständig auf CD-ROM. Selbstverständlich mit Volltextsuche.

Zusätzlich befinden sich auch noch die Ausgaben weiterer linke Zeitungen auf der Silberscheibe: Geheim, CILIP, die Antifaschistischen Nachrichten, POONAL, die Lateinamerika Nachrichten, Links, die junge Welt und die ila - Zeitung der Informationsstelle Lateinamerika.

Für diejenigen, die bereits ein ak-Abo (oder eines der genannten Zeitungen) besitzen, kostet Info Links, die Archiv CD-Rom nur 49 DM (plus 5 DM Porto). Wer die CD ohne Abo bekommen möchte, muß dafür 99 DM (plus 5 DM Porto und Versand) berappen.

Sinniger ist es da schon, die Archiv-CD gleich im Paket mit einem ak-Jahresabo zu kaufen.

Als Systemvoraussetzung für die Nutzung der CD muß mindestens Windows 3.1. oder NT ab 3.51 vorhanden sein, dazu werden mindestens 8 MB Arbeitsspeicher und ein CD-Laufwerk benötigt.

Schnupper-Abo: 3 mal ak für 10 DM

Wer ak erstmal kennenlernen will, kann von unserem Schnupperabo Gebrauch machen. Drei Ausgaben kosten statt 22 DM bei diesem Angebot nur 10 DM.

Wenn Ihr die Zeitung danach im Jahresabo weiter beziehen wollt, braucht Ihr nichts zu tun. Lediglich wenn Ihr ak nicht weiter abonnieren wollt, müßt Ihr uns das nach Erhalt der zweiten Ausgabe schriftlich (Post, Fax oder Mail) mitteilen.

Wir hoffen, daß von diesem Schnupper-Angebot viele Gebrauch machen, die uns noch nicht kennen und sich davon überzeugen wollen, daß ein ak-Abo eigentlich für linke Politik unverzichtbar ist.

Sozialabo

Hinweisen möchten wir auch noch einmal darauf, daß wir seit dem letzten ak die Preise für das Sozialabo gesenkt haben. Statt 72 DM, die bisher für ein Sozial-Jahresabo gezahlt werden mußten, kostet das Abo nun nur noch 60 DM.

Abo-Bestellzettel in dieser Ausgabe auf Seite Zwo.

43. Fairer, firmer, faster

Britische Regierung paßt Flüchtlingspolitik Schengen an

CD-Datei: daten/aksuche/ak429/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:23

Vor einem Jahr hat die britische Regierung unter dem Titel "fairer, firmer, faster" (gerechter, entschlossener, schneller) einen umfassenden Entwurf zur Änderung der Einwanderungs- und Asylpolitik vorgelegt. Dies hatte New Labour schon während der Oppositionszeit angekündigt. Allerdings zielt das Papier nicht auf die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und EinwanderInnen, wie es New Labour damals forderte. Ziel ist vielmehr eine verstärkte Abschottung Britanniens und die Ausgrenzung von Flüchtlingen. Das Parlament hat den Gesetzesänderungen im Juni in der dritten Lesung zugestimmt, nach der Sommerpause wird der Gesetzentwurf mit großer Wahrscheinlichkeit ohne große Veränderungen vom Oberhaus angenommen werden.

In der EU ist Großbritannien nach der BRD das Land mit den höchsten Flüchtlingszahlen. 1997 suchten dort über 40.000 Menschen einen sicheren Zufluchtsort, 1998 waren es 48.000. Seit 1989 haben über 300.000 Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl gestellt. Nur rund sechs Prozent der Anträge wurden anerkannt. Für viele Flüchtlinge ist der Ausgang des Verfahrens allerdings immer noch offen, da die Anträge nicht abschließend entschieden sind. Mitte letzten Jahres gab es über 74.000 offene Anträge. Über 51.000 Asylgesuche waren noch nicht entschieden, 23.000 Anträge befanden sich im Widerspruchsverfahren. Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Dauer von Asylverfahren rund 20 Monate bei Anträgen, die nach 1993 gestellt wurden. Ältere Anträge brauchen durchschnittlich 81 Monate bis zur Entscheidung.

Diese langen Wartezeiten werden schon lange von Flüchtlingsgruppen kritisiert. Wer so lange in einem Land lebt, so ihr Argument, hat soziale Beziehungen aufgebaut und sich de facto längst niedergelassen. Dies scheint auch dem für Einwanderung zuständigen Staatssekretär Mike O'Brien einzuleuchten. Er mußte zugeben, daß das britische Asylsystem aufgrund der 51.000 hängenden Anträge ein totales Chaos sei.

Wie dieses Chaos beseitigt werden soll, zeigt der Gesetzentwurf der Labour-Regierung: Er umfaßt 134 Artikel, die neue Einreisebestimmungen, Änderungen im Asylverfahren und der staatlichen Leistungen bis hin zu neuen Straftatbeständen für Asylsuchende vorsehen. Die britische Bürgerrechtsorganisation STATEWATCH bezeichnet den Gesetzentwurf als eine "abscheuliche Arbeit".

Viele Regelungen, so kritisiert die National Assembly Against Racism (NAAR), sind unpräzise, weil sie erst durch weitere Verordnungen und Verwaltungsvorschriften unterhalb der gesetzlichen Ebene festgelegt werden sollen. Nach Anhörungen von MigrantInnenverbänden und Organisationen zum Entwurf Anfang des Jahres habe sich vieles zum Schlechten geändert, so die National Campaign Against Deportation (NCAD): Der Charakter sei nun, so der NCAD, "ferocious" (bösartig), "frenzied" (wahnsinnig), "frantic" (verzweifelt).

Asylsuchende abwehren

Der erste Teil des Gesetzentwurfes beschäftigt sich mit neuen Einreisemodalitäten. Haben bislang Grenzbeamte bei der Ankunft über die Einreiseerlaubnis entschieden, so soll dies nun möglichst in den Herkunftsländern erledigt werden. Beförderungsunternehmen werden verpflichtet, Passagierlisten und Informationen über Passagiere, die für die Einwanderungsbehörde interessant sein könnten, an die Einwanderungsbehörde weiterzureichen. Schon vor dem Besteigen des Flugzeuges, Schiffes oder auch des Eurostars (der Zugverbindung zwischen dem Kontinent und der Insel) könnten so Verbindungsbeamte Passagiere kontrollieren und ihnen den Zutritt verweigern.

Parallel zur Vorverlegung der Grenze werden die Strafen für die Beförderung von Menschen ohne ausreichende Papiere drastisch erhöht. Schon jetzt müssen Beförderungsunternehmen für jeden Passagier, der ohne gültige Papiere nach Großbritannien einreist, eine Strafe von 2.000 £ zahlen. Die Fluggesellschaft British Airways (BA) mußte so alleine im letzten Jahr rund 2,25 £ Millionen bezahlen. Diese Regelung soll nun auf alle - also auch LKW-Fahrer und Privatpersonen - ausgeweitet werden, wenn sie Menschen ohne gültige Einreisepapiere befördern. Dabei wird es keine Rolle spielen, ob der Beförderer von den mangelhaften Papieren seines Mitfahrers weiß, oder ob es sich um blinde Passagiere handelt. Die einzige Möglichkeit der

Strafe zu entgehen, wird der Nachweis sein, unter Zwang gehandelt zu haben. Urteilen wird über diese Frage aber kein Gericht, sondern ein Beamter der Einwanderungsbehörde.

Bisher gibt es für die Beförderungsunternehmen noch die Möglichkeit, der Strafe zu entgehen, wenn dem Asylantrag von Flüchtlingen stattgegeben wurde - BA konnte so im letzten Jahr 250.000 £ einsparen. Diese Ausnahme ist im neuen Gesetz nicht mehr vorgesehen.

Um auch keinen Zweifel an der Kompromißlosigkeit des Staates aufkommen zu lassen, ist im Entwurf vorgesehen, daß nicht nur der Fahrer des Fahrzeuges bestraft wird. Auch der Halter wird mit herangezogen. Das Fahrzeug kann von den Grenzbeamten beschlagnahmt werden. Sollte für die Strafe nicht aufgekommen werden, kann es verkauft werden, um das Geld einzutreiben. Aber damit nicht genug: Fuhr- oder Busunternehmen kann, sollten sie die Strafe nicht bezahlen (können), der ganze Fuhrpark beschlagnahmt werden.

Auch die Ausstellung von Besuchsvisa werden mit der Einführung des Gesetzes neu geregelt werden. In Zukunft werden bei der Beantragung von Besuchsvisa aus bestimmten Ländern - die Rede war von Commonwealth-Staaten und den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge - von der Einwanderungsbehörde Sicherheiten verlangt werden. Diese Sicherheit wird nicht aus einer Bürgschaft oder Verpflichtung der Kostenübernahme bestehen. Vorgesehen ist, daß der Antragsteller einen bestimmten Geldbetrag bei der Behörde deponieren muß. Im Gespräch sind 5.000 bis 10.000 £. Sollte der Besucher später Asyl beantragen oder das Land nach Ablauf des Visa nicht verlassen haben, kassiert die Behörde das Geld ein. Gerade für Menschen mit geringerem Einkommen wird es so zukünftig beinahe unmöglich werden, Verwandte oder Freunde einzuladen. MigrantInnenverbände kritisieren, daß dieser Betrag pauschal festgesetzt wurde und nicht vom Einkommen abhängig gemacht wird. Darüber hinaus werfen sie die Frage auf, warum diese Regelung nur für Besucher aus bestimmten Ländern gelten soll.

20 Prozent weniger

Auch die staatlichen Leistungen für Asylsuchende sollen neu organisiert und repressiver gestaltet werden. Hierfür wird im Innenministerium eine Abteilung mit 200 Stellen aufgebaut werden. Diese Abteilung wird sowohl für die Beantragung der staatlichen Leistungen, als auch für die Überwachung der Leistungsempfänger zuständig sein.

Bisher haben Asylsuchende das Recht auf Unterstützung bei der Wohnungssuche und auf finanzielle Leistungen des Staates. Nun sollen nur noch jene unterstützt werden, die vom Innenministerium als mittellos anerkannt werden. Ziel ist keineswegs eine kurzfristige Kostenreduzierung, sondern die Abschreckung von Flüchtlingen: Sie sollen schikaniert und entmündigt werden. Daß diese Maßnahmen vorerst einen größeren finanziellen Aufwand bedeuten, mußte die Regierung mittlerweile selbst eingestehen.

Bekommen derzeit Asylsuchende nur 90% der Sozialhilfe, so wird diese in Zukunft auf 70% gekürzt. Auch werden die Leistungen - bis auf ein Pfund pro Tag - nicht mehr direkt ausgezahlt, sondern nach bundesdeutschem Vorbild per Gutschein ausgegeben. Mit diesen Gutscheinen kann dann in festgelegten Supermärkten eingekauft werden.

Können Asylsuchende derzeit ihren Wohnort frei wählen, so wird der Wohnort zukünftig von der Einwanderungsbehörde zugewiesen. Landesweit werden die Kommunen gezwungen, leerstehende öffentliche Wohnungen an das Innenministerium zu melden. Einfluß auf die Entscheidung der Behörde werden die Flüchtlinge nicht haben. Notwendige medizinische oder sonstige Betreuung oder gesundheitliche Einschränkungen, dürfen von der Einwanderungsbehörde nicht berücksichtigt werden: Den Beamten ist ausdrücklich verboten, auf solche Wünsche einzugehen.

Die Kritik von UnterstützerInnen-Organisationen, daß medizinische Versorgung, z.B. für Traumatisierte und Folteropfer oder eine angemessene rechtliche Beratung für die Asylsuchenden, nur in den Großstädten zu gewährleisten ist, blieb bislang unberücksichtigt. Ebenso ihre Kritik, daß mit dieser Regelung die Asylsuchenden von Verwandten und FreundInnen getrennt werden.

Asylsuchende, die sich diesen Vorschriften nicht unterwerfen, werden ihren Anspruch auf staatliche Unterstützung verlieren. Damit dies kontrolliert werden kann, erhält die Einwanderungsbehörde neue

Befugnisse: Sie kann in Wohnungen von Asylsuchenden die Belegung überprüfen. Die Post wird verpflichtet, nicht zustellbare Briefe an Asylsuchende an die Behörde weiter zu leiten.

Mehr Rechte für Beamte

Zukünftig werden Asylsuchende in Großbritannien (noch) weniger Möglichkeiten haben, sich gegen behördliche Willkür zu wehren. Die New Labour-Regierung hatte versprochen, einige Regelungen des Gesetzes von 1996 rückgängig zu machen. Von den Versprechungen ist nichts übrig geblieben. Im Gegenteil, die Behörden werden mit weiteren Befugnissen ausgestattet, die Rechte von Asylsuchenden und MigrantInnen weiter eingeschränkt.

Besonders eklatant ist dies in der Abschiebepolitik. Auch im neuen Asylgesetz wird es keine Regelungen über Anlaß und Dauer der Abschiebehaft geben. Die einzige "Verbesserung" für Abschiebehäftlinge werden zwei gerichtliche Anhörungen sein, die innerhalb von 38 Tagen durchgeführt werden sollen. Dabei geht es allerdings nicht um die Rechtmäßigkeit der Haft, sondern ausschließlich um den Asylantrag selbst. Das Erscheinen des Häftlings vor Gericht wird nicht notwendig sein. Ein Sondergesetz läßt zu, daß Anhörungen per Videokonferenz durchgeführt werden können.

MigrantInnengruppen, wie z.B. der Joint Council for the Welfare of Immigrants (JCWI), bezweifeln, daß unter diesen Bedingungen Abschiebehäftlinge eine gründliche juristische Beratung erhalten. Ein Mittel gegen willkürliche Abschiebehaft sei diese Regelung auch nicht.

Der Gesetzentwurf sieht auch neue Straftatbestände für MigrantInnen vor: Falsche oder täuschende Angaben bei Anträgen für einen Aufenthaltsstatus werden als Straftat gewertet. Gleiches gilt für Anträge, die gestellt werden, um eine Ausweisung hinauszuzögern oder zu verhindern. Auch macht sich zukünftig strafbar, wer als Leistungsempfänger vergißt, Änderungen seiner finanziellen Verhältnisse zu melden, oder versucht, sich der staatlichen Kontrolle zu entziehen (z.B. indem er sich gegen die Zuweisung an einen anderen Wohnort wehrt).

Gleichzeitig werden die Befugnisse der Beamten der Einwanderungsbehörde ausgeweitet: sie können ohne Haftbefehl Leute inhaftieren, sie haben das Recht, Wohnungen zu durchsuchen und Beschlagnahmungen durchzuführen. Damit bekommen sie mehr Rechte als die Polizei, die nur bei Straftaten einschreiten darf.

Selbst Standesbeamte werden durch das neuen Gesetz zur Kontrolle der MigrantInnen herangezogen. Sollten sie den Verdacht haben, es handele sich um "Scheinehe", haben sie künftig das Recht, Paaren den Trauschein zu verweigern. Solche Fälle sind - natürlich - dem Innenministerium zu melden. Auf die Frage, welche Kriterien für einen solchen Verdacht ausreichen, nannte Staatssekretär O'Brien, große Altersunterschiede oder den Eindruck eines Beamten, daß das Paar wenig familiär miteinander umgehe. MigrantInnenverbände befürchten, daß vor allem Schwarze - ganz gleich welchen Aufenthaltsstatus sie besitzen - Opfer dieser Verdachtsregelung werden.

Proteste?

Kritik an dem Gesetzesvorhaben hat es von fast allen MigrantInnenverbänden und Flüchtlingsorganisationen gegeben. Der JCWI äußert sich insgesamt enttäuscht von den viel gepriesenen Reformvorschlägen der Regierung. "Das Versprechen der Regierung, Einwanderung und Asyl zu reformieren, ist vor allen durch den Wunsch getragen, die Kosten zu beschränken und zu senken sowie die Kontrolle zu vergrößern."

Die Bürgerrechtsorganisation STATEWATCH beklagt den Abbau von Bürgerrechten, die zunehmende Überwachung und Kontrolle sowie den Abbau von Schutzmaßnahmen, die die Würde des Menschen zerstören und seine Privatsphäre verletzen. Die Zeitschrift Campaign against Racism and Fascism (CARF) polemisiert dagegen gegen die EU. Diese Gesetze würden in Brüssel gemacht, da Großbritannien mit diesem neuen Gesetz mit anderen EU-Staaten gleichziehe.

Innerhalb der Labour Party, die von vielen MigrantInnen gewählt wurde, sind die Proteste nur gering. Lediglich sieben Abgeordnete haben nach der abschließenden Debatte im Parlament gegen den Entwurf gestimmt. Wer sich für eine humane Flüchtlingspolitik einsetzt, macht sich nicht gerade populär. In Dover z.B. - dem Ankunftsort für viele Flüchtlinge, hier leben rund 2000 Flüchtlinge überwiegend aus Osteuropa - ist die Stimmung gegen "Scheinasylanten" und "Wirtschaftsflüchtlinge" mittlerweile so stark, daß es regelmäßig zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und EinwohnerInnen kommt.

Hatte New Labour zu Oppositionszeiten einige Rücknahmen von Gesetzen der konservativen Asyl- und Flüchtlingspolitik versprochen, so hat sie mit dem Gesetzesvorschlag in den meisten Punkten die geltenden Gesetze verschärft. Wie in ganz Europa stehen die Zeichen auf Abschottung und Ausgrenzung von Flüchtlingen. Auch wenn Großbritannien formell kein Schengen-Land ist, mit den Gesetzesänderungen der letzten Jahre haben sie nun eine Vorreiterrolle in der EU.

Seit die Labour Party an der Regierung ist, nimmt auch die Zahl der Abschiebungen und der Einreiseverweigerungen zu. 1997 wurden 25.000 Menschen an der Grenze - in der Regel an Flughäfen oder Seehäfen - der Einlaß verwehrt, weitere 6.000 Menschen wurden abgeschoben. Im letzten Jahr stieg die Zahl der Abschiebungen auf über 7.100, rund 27.500 Menschen wurde an den Grenzen abgewiesen. Die Entwicklung in den ersten Monaten diesen Jahres lassen vermuten, daß die Zahlen weiter steigen werden.

Die einzige Möglichkeit gegen diese Politik vorzugehen, scheint juristisch zu sein. In einer Grundsatzentscheidung kam ein britisches Gericht zu dem Ergebnis, daß weder Frankreich noch die BRD als sicheres Drittland anzusehen sind. Großbritannien erkennt im Unterschied zu den beiden Ländern nicht-staatliche Fluchtursachen als Asylgründe an. Flüchtlinge aus Sri Lanka, Somalia und Algerien dürfen deshalb nicht nach Frankreich oder die BRD zurückgeschoben werden, da ihnen hier die Abschiebung in das Herkunftsland drohe. (FR, 24.7.99)

Ob solche "flüchtlingsfreundliche" Lücken die weitere Harmonisierung der EU-Politik überstehen werden, bleibt allerdings fraglich.

ch.

44. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak429/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:33

Kalender

"Distant Voices" - Bilder aus Ost-Timor

Fotoausstellung von Hans-Georg Gaul.

Berlin, bis 17.9., täglich von 11-17h, Café Springfeld, Axel-Springer-Str. 39.

"I Care - ich misch mich ein"

Dokumentation eines Versuchs, den Kosovokonflikt gewaltfrei zu lösen (Marsch nach Pristina Dezember 98) - eine Ausstellung. Die zugehörige CD-ROM kann bestellt werden beim Friedensmuseum Nürnberg, Kaulbachstr. 2, 90408 Nürnberg, Tel.: 0911-3609577, eMail: na3745@fen.baynet.de.

Nürnberg, Ausstellungseröffnung 1.9. (Antikriegstag), Friedensmuseum Nürnberg, Kaulbachstr. 2.

Der Lübecker Brandanschlag

und die deutschen Verhältnisse

Veranstaltungsreihe zum neuen Prozeß gegen Safwan Eid. Schwerpunkte sind der institutionelle Rassismus in der BRD sowie ein Vergleich mit der Situation in England. Das Programm ist erhältlich bei Kölibri/ Gemeinwesenarbeit (GWA) St. Pauli-Süd, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg, Tel.: 040-3193623.

Hamburg, 26.8.-2.12., verschiedene Veranstaltungsorte (s. Programm)

Kiel, 3.9., 8.30h, Prozeßbeginn/ Auftaktkundgebung vor dem Kieler Landgericht, Schützenwall/ Ecke Harmsstr.

"Wo Hamburgs Kolonien liegen"

Hafenrundfahrt über Hamburgs Handel mit der Dritten Welt, veranstaltet von der Hafengruppe - "Dritte Welt".

Hamburg, 4.9., 16h und jeden ersten Samstag im Monat (für Gruppen auch nach Absprache - Tel.: 040-393001, Do 17-19h), Anleger Vorsetzen, Barkasse "Sönke" (U-Bahn Baumwall), 15DM.

21. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

Entwicklung von Perspektiven gegen Militarismus, Rassismus und Sozialabbau, veranstaltet vom Bildungswerk der DFG-VK zusammen mit dem Koordinierungskreis und AStA der FH Münster.

Münster, 11.9., 10.45-18h, Hüfferstift (Nebengebäude), Hüfferstr. 27

Hafenrundfahrt Migration und Rassismus

Veranstaltung der Hafengruppe - "Dritte Welt" über Blinde Passagiere, Amerika-Auswanderung, polnische Migranten, Arbeit auf Billigflaggschiffen, Frauenhandel und Sextourismus, Flüchtlingsschiffe und Einwanderung von Werft- und Hafenarbeitern.

Hamburg, 15.9., 17h (für Gruppen auch nach Absprache - Tel.: 040-393001, Do 17-19h), Anleger Vorsetzen, Barkasse "Sönke" (U-Bahn Baumwall), 15DM.

Biomedizin und Normalisierung

Reihe aus drei Veranstaltungen, organisiert vom Haus Drei: "Exklusive Gene": Klaus-Peter Görlitzer (Hamburger Journalist) über Marktwirtschaft - Geschäfte mit dem Erbgut; "Das Zeitalter der Genomics": Rainer Hohlfeld (Berlin-Brandenburg. Akad. d. Wiss.) zu politischer Ökonomie und herrschenden Zukunftsvorstellungen in der Biopolitik; "Nichtbehinderte Behindertenbeauftragte": Gerlef Gleiss (Autonom Leben, Hamburg) über Selbst- und Fremdbestimmung .

Hamburg, 2., 16., 30.9., Haus Drei, Hospitalstr. 107.

Europäische Union

für Asyl- und Menschenrechtsschutz

Zu diesem Thema veranstaltet das Komitee für Grundrechte und Demokratie in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Arnoldhain eine Tagung. Für eine politisch-oppositionelle Bewegung von unten sollen erste Kontakte geknüpft werden. Für Anmeldungen und Rückfragen: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Tel.: 0221-9726930, Fax: -31, eMail: grundrechtekomitee@t-online.de.

Schmitten/Taunus, 17.-19.9., Evangelische Akademie Arnoldshain, Im Eichwaldsfeld 3, 150(DZ)/180(EZ)/80DM(ermäßigt).

NATO-Krieg und

politische Gefangene in der BRD

Der Kampf gegen die NATO war auch wesentliches Element der RAF. Auf einer Veranstaltung der Roten Hilfe wird diskutiert, was aus den Erfahrungen, Motiven und Bestimmungen der 70er und 80er Jahre noch heute gilt - einer Zeit, aus der nach wie vor sechs Gefangene im Knast sitzen.

Hamburg, 22.9., 19.30h, Motte, Eulenstr. 43.

Die Linke im Jahr Eins

nach dem Kosovo-Krieg

Seminar des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO). Die geplanten AGs sind: Krieg und Propaganda - die Rolle der Medien im Kosovokonflikt; Die NATO und ihre Strategie; Die Rolle der Linken; Verhütung zukünftiger Konflikte. Für Anmeldungen und Rückfragen: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-393156, Fax: 3907520, Email: bukohh@t-online.de.

Bonn, 24.-26.9.

Standorteigene Castorhalle am AKW Lingen

Erstmalig soll ein standorteigenes Castorlager gebaut werden - und zwar in Lingen. Die Castortransporte sind aufgrund massiven Widerstandes zur bedeutenden Last der Atomindustrie geworden. Mit der Errichtung standorteigener Lager wären die Castortransporte als Hauptansatzpunkt der Anti-Atom-Bewegung beseitigt. Die AG "Keine Castorhalle in Lingen" veranstaltet einen Aktionstag mit Camp: Johannes Fangmeyer, Helenenstr. 1, 48480 Spelle, Tel./Fax: 05977-8845, eMail: jfangmeyer@aol.com.

Lingen, 25.9. Aktionstag, 24.-26.9. Camp.

Homosexualität und Kultur

10. Siegener Kolloquium. Für weitere Informationen: Uni-GH Siegen, FB 3: Sprach- und Literaturwiss., Dr. Dirk Linck, 57068 Siegen, Tel.: 0271-7404588 (12-16h), Fax: -4293.

Siegen, 30.9.-2.3., Uni-GH Siegen, FB 3: Sprach- und Literaturwiss.

Guatemala-Jahrestreffen

Austausch für AGs und Guatemala-Interessierte. Von Basisbewegungen erkämpfte politische Freiräume sollen verteidigt und ausgeweitet werden. Für Anmeldungen und Rückfragen: Infostelle Guatemala, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel.: 0228-634552, Fax: 631226, eMail: guate@link-lev.de.

Kassel, 1.-3.10, Jugendherberge, ca. 100DM(Verpflegung und Unterkunft).

45. Quelldatei 43.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak429/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:43

Kritisches zur Organtransplantation

In einer neuen Broschüre mit dem Titel "Organspende... in Frage gestellt" hat der Verein BioSkop - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften kritische Informationen zur Organtransplantation zusammengetragen. Das Konzept des "Hirntodes" wird dort ebenso hinterfragt wie die Organentnahme bei gesunden Menschen. Zitiert wird die selbstkritische Reflexion eines Kranken, der sich in Bombay eine Niere gekauft hatte: "Ich habe jemanden mit Geld dazu gelockt, sich operieren zu lassen." Hinzu kommen Erfahrungsberichte von Menschen, deren sterbende Angehörige zu "OrganspenderInnen" wurden. Petra Greinert beschreibt, wie Ärzte aus ihrem verunglückten Sohn ein "Ersatzteillager für andere" machten. In ihren Schilderungen wird auch die Fragwürdigkeit des Hirntod-Konzeptes deutlich, das mit dem Transplantationsgesetz rechtsstaatlich anerkannt wurde. Heute empfindet Petra Greinert die Transplantationsmedizin als "die modernste Form von Kannibalismus". Am Ende der Broschüre stellen die HerausgeberInnen die Frage "Was tun?" - gegen parlamentarische Mehrheiten und die Interessen von Verbänden und Wissenschaftlern, die den Austausch von Organen propagieren. BioSkop ruft auf zur Verbreitung gegenläufiger Erfahrungen: "von Angehörigen oder medizinischen Fachkräften, die Zweifel an der Transplantationsmedizin haben; von PatientInnen, die mit Einschränkungen leben, aber andere Behandlungen vorziehen; von Menschen, die Sterbende begleiten - und nicht ‚benutzen`."

"Organspende" ... in Frage gestellt; Hrsg. BioSkop e.V., Bochumer Landstr. 144a, 45726 Essen; Fon 0201/5366706, Fax 0201/5366705; 34 Seiten, 3 DM

Überleben im KZ

"Jeder Überlebende der Shoah hat seine eigene Rettungsgeschichte", schreibt Gideon Greif in seinem Buch "Wir weinten tränenlos...". (siehe Rezension auf Seite 26 dieser ak-Ausgabe) Eine solche fast unglaubliche Rettungsgeschichte ist Thema des Buches "Aus der Hölle zurück. Von der Willkür des Überlebens im Konzentrationslager." Sein Autor, Tadeusz Sobolewicz, der Sohn eines katholischen polnischen Widerstandskämpfers gegen die Nazis, wird im September 1941 von der Gestapo verhaftet. Er ist damals gerade 18 Jahre alt und hat der polnischen Untergrundbewegung als Kurier gedient. Nachdem es seinen Peinigern auch mit Schlägen nicht gelungen ist, ihm Geheimnisse zu entlocken, wird er im November nach Auschwitz deportiert. Sein unausgesprochenes Urteil: Vernichtung durch Arbeit - Arbeit unter unmenschlichen Bedingungen, mit völlig unzureichender Verpflegung, Arbeit bis zur völligen Erschöpfung, dann Selektion und Gaskammer. Während Tadeusz nach überstandenem Flecktyphus als Hilfspfleger "immer abgestumpfter gegen den Anblick des Todes" wird, bleibt sein Lebenswille ungebrochen. Es gelingt ihm, in die Lagerküche versetzt zu werden. Im März 1943 wird er nach Buchenwald gebracht. Es folgen die Lager Leipzig, Mülsen (wo er lebensgefährliche Verbrennungen erleidet), Flossenbürg und Regensburg. Auf dem Todesmarsch gelingt ihm und anderen schließlich die Flucht. Am 1. Mai, als amerikanische Panzer heranrollen, sind sie endgültig frei. Sobolewicz' Bericht enthält nicht nur wichtige Zeugenaussagen über den Terror in den Lagern. Er handelt auch vom Widerstandswillen der Verfolgten, ihrer Solidarität unter extremen Bedingungen. Am Ende steht die befreiende Tat eines polnischen Juden, dessen Kinder von den Deutschen ermordet worden sind. Er erschießt zwei SS-Männer und trampelt "wie irrsinnig" auf ihren Leichen herum. Sobolewicz schreibt: "Er war sich bestimmt nicht darüber klar, daß er auch mir eine gewisse Genugtuung verschafft hatte."

Tadeusz Sobolewicz: Aus der Hölle zurück. Von der Willkür des Überlebens im Konzentrationslager; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, Februar 1999, 256 Seiten, 22,90 DM

"Jahrhundert der Lager"

Mit diesem Begriff beschäftigt sich der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe der blätter des iz3w . Diskutiert werden die Stärken und Schwächen des Begriffs, mit dem der Soziologe Zygmunt Baumann im letzten Jahr das 20. Jahrhundert charakterisierte. Klar ist, daß solche Charakterisierungen immer Metaphern sind. Nach Baumann sind Lager die Kehrseite der Moderne, die Menschen diszipliniert und kontrolliert. Die Existenz von Lagern stellt die extremste Form der Herrschaft von Menschen über Menschen dar und ist verbunden mit den unterschiedlichen Formen von totalitärer Herrschaft, z.B. Auschwitz und Gulag. Aber auch in demokratischen

Staaten gibt es Lager: Abschiebelage für Flüchtlinge - Menschen, die hier nicht erwünscht sind. Auch wenn diese unterschiedlichen Formen von Lagern nicht gleichgesetzt werden dürften, schreibt die Redaktion, sei Baumanns These von der Kontinuität der modernen Disziplinierung des Menschen in modernisierten Formen diskussionswürdig. Jörg Später führt in die Diskussion ein mit der Gegenüberstellung der Thesen von Baumann, Hanna Arendt und Jean Améry. Mit dem Freiburger Historiker Ulrich Herbert wird über die Entstehung von Lagern diskutiert. Als Beispiele von Lagern werden die Lager in Laogai in China und Siblag in Sibirien vorgestellt. Die Zwangsunterbringung von Flüchtlingen dient als Beispiel für Lager in Europa. Außerdem macht sich Günther Jacob Gedanken über die Folgen von Metaphern in Kriegszeiten, wenn aus KZs Lager werden. Weitere Artikel im Heft behandeln u.a. Algerien, Indonesien, die Frage, warum keine nennenswerte Opposition gegen den Krieg zustandekam, ein Resümee der Kölner Gipfelaktivitäten.

Blätter des iz3w, Nr. 239, August 1999; iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg; Fon 0761/74003, Fax 0761/709866; 50 Seiten, 8 DM

100 Jahre Eimsbütteler Stadtteilgeschichte

Unweit der Redaktionsräume der bekannten Zeitschrift ak - analyse & kritik liegt die Galerie Morgenland, die sich u.a. mit der Geschichte "dieses unseres" Stadtteils beschäftigt: Hamburg-Eimsbüttel. Die von der Galerie als Broschüre vorgelegten "Eimsbütteler Facetten" bieten "Einblicke in 100 Jahre Stadtteilgeschichte", natürlich aus kritischer Sicht. Sie sind auch für Menschen interessant, die von Eimsbüttel noch nie gehört haben; auf über 100 Seiten wird exemplarisch vorgeführt, wie Geschichtsschreibung "von unten" aussehen kann. Die Broschüre enthält keine Chronik, sondern zeigt in Einzelaufsätzen "Typisches" auf. Es geht um Wohnen, die Geschichte des öffentlichen Grüns, Schulen, Spuren jüdischen Lebens und die antisemitische Tradition in Eimsbüttel. In dem Artikel "Den Nazis ein Dorn im Auge" wird über die in den 20er Jahren neu gegründeten Aufbau- und Versuchsschulen berichtet - Schulen, "wo Arbeiterkinder Abitur machen können, Lehrer kurze Hosen tragen und mit der Einheitsfront gegen den Faschismus Ernst gemacht wird." Der Aufstieg der Nazis im Stadtteil wurde auch durch dessen antisemitische Tradition begünstigt. Schon bei der Reichstagswahl 1893 hatten die politischen Antisemiten Eimsbüttel mit einem Stimmenanteil von 12,4% zu einer ihrer Hochburgen gemacht. Bei der letzten freien Reichstagswahl im November 1932 erhielt die NSDAP hier 28%; gewählt wurde sie vor allem von kleinen Beamten, Staatsangestellten, Handel- und Gewerbetreibenden.

Sielke Salomon: Eimsbütteler Facetten 1894 - 1994. Einblicke in 100 Jahre Stadtgeschichte; Hrsg. Galerie Morgenland, Sillemstr. 79, 20257 Hamburg, Fon und Fax 040/4904622; zu beziehen über die Galerie oder im Buchladen in der Osterstraße 156, Hamburg-Eimsbüttel; 112 Seiten, viele Abbildungen, 18 DM

46. ak-Redakteurin gesucht!

CD-Datei: daten/aksuche/ak429/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:47

Wir brauchen Verstärkung! Eine Frau, die mit uns jeden Monat diese Zeitung interessant gestaltet. Die Teilzeitstelle in unserem Redaktionskollektiv soll möglichst bald besetzt werden. Zum Aufgabenbereich der künftigen Redakteurin gehören das Schreiben und Bearbeiten von Artikeln, die Teilnahme an unseren Redaktionssitzungen, die Betreuung von AutorInnen und die Übernahme von Bürodiensten. Daß dazu eine Anlern- und Einarbeitungsphase gehört, ist uns völlig klar.

In der ak-Redaktion arbeiten bezahlte und unbezahlte RedakteurInnen gleichberechtigt. Eine Chefredaktion gibt es nicht, wohl aber jeweils eine/n Chef/in vom Dienst. Trotzdem können wir unsere eigenen Vorstellungen einbringen und umsetzen. Mit einer Portion Humor und Idealismus läßt es sich bei uns ganz gut aushalten. Um der "alternativen" Selbstausbeutung Grenzen zu setzen, bieten wir eine bezahlte Teilzeitstelle an.

Wir freuen uns auf interessierte Rückmeldungen. Sicherlich habt Ihr noch Fragen. Ruft doch einfach an, dann können wir telefonisch weitere Auskünfte geben.

ak-Redaktion

47. Arbeit ist nicht alles!

CD-Datei: daten/aksuche/ak429/arbeit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:arbeit

Seit Jahren werden die Menschen ideologisch bearbeitet und materiell weichgeklopft, damit sich die Erkenntnis in ihren Köpfen festsetzt: Hauptsache Arbeit, egal zu welchem Preis und unter welchen Bedingungen. Für die Verbreitung dieses Dogmas stehen diverse Instrumentarien zur Verfügung. Diese bewegen sich im Spannungsfeld von Arbeitszwang für "arbeitsunwillige" Elemente bis hin zu "Bündnissen für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit" für "sozialpartnerschaftlich" orientierte Gewerkschaften. Der Abbau sozialstaatlicher Leistungen, die dauerhaft hohe Erwerbslosigkeit und die Gefahr des Abgleitens in die Armut tragen ihr Übriges bei.

Solche Zustände lassen Grüne, Sozialdemokraten und andere Repräsentanten der politischen Klasse jubeln ob des Bedeutungsanstiegs von "Pflichtwerten" gegenüber den "Selbstverwirklichungswerten". Wer seinen "Pflichten" gegenüber der Gemeinschaft aber trotzdem nicht nachkommen will, für den werden Zwangsmaßnahmen bereit gehalten - Maßnahmen, die von der Kohl-Regierung auf den Weg gebracht wurden und von den rot-grünen "Modernisierern" munter fortgesetzt werden. Mit Verweis auf den staatlichen Sparzwang sollen EmpfängerInnen von Sozialleistungen in Arbeit gezwungen werden. Wohlfahrtsstaatliches Denken soll ebenso baldmöglichst ein Ende finden wie vermeintlicher Müßiggang. Leistung soll sich wieder lohnen - fragt sich nur, für wen.

Diese staatliche Politik wird von der medial gut aufbereiteten Agitation der Arbeitgeberverbände flankiert. Es vergeht kein Tag, an dem nicht eine noch stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten gefordert wird, eine weitere Ausdehnung der Teilzeitarbeit, die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten usw. Gerne wird dabei auf das Vorbild anderer Länder verwiesen. Über die "Erfolgsbilanz" des niederländischen "Poldermodells" geraten bundesdeutsche Politiker förmlich ins Schwärmen: Wirtschaftliches Wachstum und geringe Erwerbslosenraten habe es hervorgebracht.

Eine ganz andere Rechnung machten die deutschen und niederländischen Linken auf, die in Köln die Räume des niederländischen Zeitarbeitmultis Randstad besetzten. Das Poldermodell beruht auf Lohnkürzungen, weitgehender Flexibilisierung und Arbeitszeitver-kürzung ohne zusätzliche Einstellungen. Die Gewerkschaften begründen ihre Zustimmung mit der Behauptung, "die Gewinne von heute" seien "die Arbeitsplätze von morgen".

Diese These wird trotz ihrer offenkundigen empirischen Haltlosigkeit vom wirtschaftswissenschaftli-chen Mainstream geteilt. Sie ist die Voraussetzung für das korporatistische Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit von politischer Klasse, Kapitalistenverbänden und Gewerkschaften. Hoffnungen auf einen Richtungswechsel der Gewerkschaften verbieten sich, solange es nicht intern zu radikalen Brüchen kommt. Die Gewerkschaften sind integraler Bestandteil des kapitalistischen Modernisierungsprozesses. Der "keynesianische Deal" der 60er und 70er Jahre wurde durch den "postfordistischen Deal" ersetzt; Rolle und Funktion der Gewerkschaften haben sich dabei nicht verändert, wohl aber ihr Anteil am zu verteilenden Kuchen.

Daher sollten wir den "Vorrang auf Selbstorganisierung" legen, "auf die Autonomie sozialer Initiativen und Bewegungsansät- ze", schreibt unser Autor in seinem Beitrag über "Standort EU oder sozialistische Perspektive". (Seite 7) Das Modell-Bündnis für Arbeit in den Niederlanden wird auf Seite 8 behandelt.

Über die kontinuierliche Ausweitung des Arbeitszwangs in Deutschland berichten wir auf Seite 9.

48. Reportagen vom Balkan

CD-Datei: daten/aksuche/ak429/balkan.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:balkan

Mitrovica ist eine zwischen Serben und Albanern geteilte Stadt. Der nördliche Stadtteil ist das letzte größere Wohngebiet der Serben im Kosovo. Südlich des Flusses, der die Stadt in zwei unversöhnliche Lager trennt, wohnt die albanische Mehrheit; die Brücken werden von KFOR-Soldaten bewacht. Am Markt, keine 200 Meter von der Brücke entfernt, haben Cafés und Imbiß-Restaurants neu eröffnet. Eines von ihnen heißt "KFOR-Grill", ein anderes "KFOR-Bar". Wer genügend Geld hat, kann auf dem Markt wieder alles kaufen, von Gemüse bis zum Fernseher. Der Wiederaufbau aber kommt kaum voran. "In Mitrovica wird sich entscheiden, ob es in Zukunft ein multi-ethnisches Kosovo gibt oder nicht", sagt ein Mitarbeiter der OSCE. Die Chancen stehen schlecht: Haß und gegenseitiges Mißtrauen sind geblieben, wilde Gerüchte machen die Runde.

Unsere Autoren, die aus dem geteilten Mitrovica berichten, machen in einer weiteren Reportage auf die verzweifelte Lage der aus dem Kosovo geflüchteten Roma aufmerksam. Die Roma werden von albanischen Nationalisten kollektiv der Kollaboration mit den Serben beschuldigt. Viele von ihnen leben in mazedonischen Flüchtlingslagern, die sie lieber heute als morgen verlassen würden - aber wohin? In das Kosovo wollen sie nicht zurück - "die Albaner lassen ihren Haß an uns aus". Albaner wiederum werden in Griechenland Opfer staatlicher Willkür und rassistischer Stimmungen. Viele der 500.000 albanischen MigrantInnen, die seit 1991 nach Griechenland gekommen sind, sollen gewaltsam aus dem Land geschafft werden. Darüber berichten Mitglieder einer Antikriegsinitiative in Thessaloniki. Seite 5 und 6

49. Kurden-Prozesse

CD-Datei: daten/aksuche/ak429/kurden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:kurden

Nach den Protesten gegen die Entführung und Festnahme des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan Mitte Februar drohten die Politiker mit "der ganzen Härte der Gesetze", um militante ProtestlerInnen zu bestrafen. Reflexartig kamen die bekannten Rufe nach weiteren Verschärfungen der Gesetze, von den Medien wurde die Gefahr eines Bürgerkrieges zwischen Kurden und Türken in deutschen Städten beschworen.

Schon wenige Tage nach den Protesten kam es zu den ersten Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden. Es ist symbolträchtig, daß ausgerechnet im Hochsicher-heitssaal des Gefängnisses Stuttgart- Stammheim die Prozeßwelle eröffnet wurde. Während die Verfahren gegen KurdInnen längst laufen, kann sich die Staatsanwaltschaft in Berlin immer noch nicht entscheiden, ob sie die Verantwortlichen für die Toten bei der versuchten Besetzung des israelischen Konsulats zur Rechenschaft ziehen soll.

Seite 13

50. Mach's noch einmal besser, Sandinista

CD-Datei: daten/aksuche/ak429/nica.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:429:nica

Vielen Linken in Deutschland, in Europa und anderswo ging das Herz auf, wenn Anfang der 80er Jahre von der FSLN die Rede war. Im Juli 1979 hatte die sandinistische Befreiungsfront Nicaragua von der über 40 Jahre währenden grausamen Diktatur des Somoza-Clans befreit. Nicht nur, daß dieser Sieg im Vorhof der Supermacht USA gelang - die Art und Weise, wie die Sandinistas die Macht in einem der ärmsten Länder Süd- und Mittelamerikas übernahmen, weckte bei Linken weltweit Hoffnungen. Sofort nach der Revolution wurden umfassende Reformen im Bildungs- und Gesundheitssystem angegangen, eine Agrarreform eingeleitet. Eine der größten internationalen Solidaritätsbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg entstand.

Doch die Verwandlung von der Guerilla zur Staatspartei, das Wirtschaftsembargo der USA, der Krieg der Contras und gravierende politische Fehler der FSLN führten schließlich im Februar 1990 zur Abwahl der Revolution.

Dieser Prozeß begann vor 20 Jahren. Grund genug, die Ereignisse noch einmal in Erinnerung zu rufen und die Gründe für das Scheitern der Revolution der "Verrückten", wie Fidel Castro den Umsturz in Nicaragua einmal nannte, zu untersuchen.

Seiten 21 und 22